

DAS ARGUMENT 126

| | |
|--|-----|
| Verlagsmitteilungen: Sonderverkauf | 167 |
| Neuer Argument-Service | 263 |
| Kommunistische Exkommunikation — antikommunistische Denunziation | 169 |

Subjektivität, Lebensläufe (II)

| | |
|--|-----|
| Alfred Lorenzer: Möglichkeiten qualitativer Inhaltsanalyse | 170 |
| Friedhelm Kröll: Biographie. Ein Sozialforschungsweg? | 181 |
| Fachübersicht: Regionalgeschichte | 239 |
| Themenausschreibung: Umgang mit Alltagsgütern (Warneken) | 260 |

Dritte Welt: Sozialismus und Staat

| | |
|---|-----|
| Gerhard Wegner: Tansania — auf dem Weg zum Sozialismus? | 197 |
| Henning Melber: Staat in der Dritten Welt | 207 |

* * *

| | |
|--|-----|
| Materialistische Wissenschaftsgeschichte — eine Umfrage (Wolfgang Krohn, Jürgen Mittelstraß, Hans Jörg Sandkühler u.a.) | 222 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| Eberhard Göbel: Zur sozialen Lage der Studenten | 237 |
|---|-----|

Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (6)

| | |
|--|-----|
| Günther Bachmann: Sozialistische Umweltpolitik | 253 |
|--|-----|

Kongreßbankündigungen und -berichte

| | |
|---|-----|
| Zweite Sozialistische Konferenz; Mikroelektronik; Psychotherapeutische Praxis; Sport und Persönlichkeitsentwicklung; Gewerkschaftliche Betriebspolitik | 264 |
|---|-----|

Besprechungen

| | |
|--|-----|
| Habermas; Wittgenstein; Literaturgeschichte; Freizeit; Alltag; Dritte Welt; Parteien; Infrastrukturpolitik; Politische Jusitz | 277 |
|--|-----|

| | |
|---------------------------|-----|
| <u>Zeitschriftenschau</u> | III |
|---------------------------|-----|

| | |
|------------------|------|
| <u>Summaries</u> | XIII |
|------------------|------|

| | |
|-------------------------|-----|
| <u>Über die Autoren</u> | XIV |
|-------------------------|-----|

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götz, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

| | |
|---|-----|
| <i>McCarthy, Thomas</i> : Kritik der Verständigungsverhältnisse (<i>W. Kunstmann</i>)..... | 277 |
| <i>Horster, Detlef</i> : Habermas zur Einführung (<i>W. Kunstmann</i>)..... | 277 |
| <i>Ramsey, Frank P.</i> : Grundlagen. Abhandlungen zur Philosophie, Logik, Mathematik und Wirtschaftswissenschaft (<i>M. Lönz</i>)..... | 279 |
| <i>Billing, Hans</i> : Wittgensteins Sprachspielkonzeption (<i>P. Schmidt</i>)..... | 281 |
| <i>Danto, Arthur</i> : Analytische Handlungsphilosophie (<i>J. Tuguntke</i>)..... | 281 |
| <i>Fischer-Lichte, Erika</i> : Bedeutung. Probleme einer semiotischen Hermeneutik und Ästhetik (<i>I. Bindseil</i>)..... | 282 |

(Fortsetzung auf S. XVI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1981 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausfertigung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postcheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin; Herstellung: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. 1. — 7. Tausend März 1981.

Belegahinweis: Dieses Heft enthält einen Zahlkarten-Prospekt des Argument-Verlages

Sonderverkauf

Wir räumen das Lager der Zeitschrift *Argument* bis Heft 120. Jedes Stück kostet einheitlich 4,— DM, auch die Dreifachhefte und Vierfachhefte (mit z.T. fast 400 Seiten). Richtig, wir brauchen Geld. Und wir brauchen den Lagerplatz. Und wir freuen uns, wenn die Hefte benutzt werden.

Der Mindestbestellwert in unserem Sonderverkauf beträgt 20,— DM; hinzukommen 3,— DM Versandkosten; bei Bestellungen über 50,— DM berechnen wir *keine Versandkosten*. Macht Sammelbestellungen!

Einige Hefte sind nur noch in geringer Zahl vorhanden, daher empfiehlt es sich, sofort zu bestellen. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

Die Aktion ist begrenzt bis zum 31.7.1981.

Remittenden: Zusätzlich bieten wir einige Remittendenexemplare von Argument-Sonderbänden und Argument-Studienheften zum bis zu 50% herabgesetzten Preis. Wer von einem Eselohr oder kleinen buchbinderischen Mängeln oder einer nicht ganz richtig gekommenen Umschlagfarbe nicht abgeschreckt wird, sollte zugreifen (näheres auf dem beigehefteten Prospekt). Desto leichter wird es fallen, über die Portofreigrenze zu kommen.

Fördererkreis: Wir danken denen, die monatlich einen gewissen Betrag zur Förderung des *Argument* überweisen. Solche Hilfe bleibt lebenswichtig. Das politische Umfeld bietet keine günstigen Bedingungen. Wir orientieren auf die Verbindung von Wissenschaft und Arbeit. Wir versuchen zudem, einen Diskussionszusammenhang zu entwickeln. Und schließlich strengen wir uns (etwa im Rezensionsteil, ergänzt durch die Rezensionsbeihäfte) an, einen Überblick über die auseinanderstrebenden wissenschaftlichen Teilbereiche herzustellen. Diese Orientierungen sind »zur Zeit« nicht populär. Sie aufzugeben, kommt nicht in Frage. Daher bedarf dieser Versuch, eine differenzierte theoretische Kultur mitzuentwickeln, der Förderung. Kommerziell ist dieses Projekt nicht zu machen. Wir werden weiterhin zinslose Darlehen oder Spenden brauchen. Und die Hilfe beim Gewinnen neuer Abonnenten (und beim Abbau unnötiger Feindschaften).

Erste Argument-LP: »Eisler — Musik gegen die Dummheit« Johannes Hodek (singend und kommentierend) und Thomas Kühn (am Klavier) sind ein Jahr lang mit diesem Programm durch die Lande gezogen. Denn noch immer gilt es, den Komponisten Hanns Eisler zu entdecken. Wie schon 1973 beim Gründungskonzert des Hanns-Eisler-Chors fungierte das *Argument* als Konzertagentur. Und jetzt gibt es diese lustvoll-bildende Eisler-Aneignung auf der ersten LP des *Argument*-Verlages.

Kleine Auflage — jetzt vorbestellen! (Vgl. die Anzeige am Schluß dieses Heftes)

Neuer Argument-Service: Bücher, die uns weiterbringen: Programm siehe Seite 263.

Zum vorliegenden Heft

Allzuoft haben auch Marxisten in ihren Analysen Menschen wie eine Ansammlung von Reflexen und Reaktionen behandelt. Eine Theorie, die Menschen nicht als Handelnde begreift, befähigt aber auch nicht zum eingreifenden Handeln. Welche Herangehensweisen, welche Methoden sind geeignet, die gesellschaftlichen Untersuchungsfelder nicht bloß in ihre Einzelaspekte zu zerlegen, sondern auch herauszufinden, wie die darin handelnden Menschen ihre Lebensprozesse zu einem Ganzen integrieren? In *Argument* 123 haben wir in dieser Hinsicht Sozialbiographie und »oral history« behandelt. In diesem Heft wenden wir uns Problemen der Subjekttheorie zu, sowie der Heimatforschung.

Wie der Zusammenhang von Handeln und objektiven Verhältnissen zu fassen ist, dies ist zentral in der Kontroverse der Kritischen Psychologie und der Kritischen Theorie des Subjekts.

Lorenzer grenzt von Ideologiekritik und Psychoanalyse ein Verfahren »tiefenhermeneutischer Analyse« ab, das den in kulturellen Äußerungen enthaltenen Interaktionsformen auf ihren emanzipatorischen bzw. kontraemanzipatorischen Gehalt nachgeht. Das Verfahren wird beispielhaft verdeutlicht an einer Analyse des Mephisto-Romans von Klaus Mann, die die Selbsterstörung antifaschistischer Absicht durch Festhalten an Grundelementen bürgerlicher Subjektivität herausarbeitet.

Kröll untersucht, wie Biographie als subjektwissenschaftliche Kategorie in eine materialistische Konzeption der Individualität eingearbeitet werden kann. Vor den literarischen Formen interessiert ihn die theoretische Abbildung lebenspraktischer Organisationsweisen von individuellen Entwicklungen zu kohärenten Lebensläufen.

Beide Ansätze lassen Fragen offen, deren künftige Bearbeitung unser Verständnis von Subjektivität weiterbringen kann: Bei Lorenzer droht z.B. die Methode im Geheimnis der jeweiligen Fallanalyse zu verschwinden, und es fehlt noch an methodischer Verallgemeinerung; bei Kröll müssen die entwickelten Begriffe sich erst noch in konkreter biographischer Forschung bewähren.

Dem Interesse am Individuellen entspricht das auf der Linken seit einiger Zeit erwachte Interesse an »Heimat«. Wir bringen einen Bericht über kritische Regionalgeschichtsschreibung und ihre zentralen Forschungsorientierungen. »Heimat« und »Identität« bedingen einander. Widerstand gegen Umwelterstörung kann auf diesen Instanzen aufbauen. — Wichtige Fragestellungen bedürfen weiterer Bearbeitung: Wie verhindert man, daß Regionalismus zu regionalem Partikularismus wird? Wie sind regionale und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen vermittelbar? — Ernst Bloch hat die sozialistische Perspektive einmal als »Umbau der Welt zur Heimat« artikuliert. Wie läßt sich ein Heimatbegriff bilden, der zugleich global ist? Der von den alten Solidargemeinschaften lokaler Selbsthilfe und vom »Proletarier aller Länder« gleichermaßen erbt?

Der Blick auf Region und Individuum darf nicht blind machen für die globalen Zusammenhänge. Mit zwei exemplarischen Beiträgen zur Dritten Welt setzen wir die Behandlung von Grundfragen der Entwicklungsländer fort. Wieder geht es um das Problem des »Überspringens« eigener kapitalistischer Entwicklung. Wie können die persönlichen und sachlichen Bedingungen gesellschaftlicher Produktion geschaffen werden, wo der Kapitalismus sie nicht hinterlassen hat? Welche Rolle spielt der Staat in diesem Zusammenhang und wie sind die Träger staatlicher Macht zu begreifen? (Vgl. dazu die Beiträge in *Argument* 114, 116 und 120).

Melber erörtert die Leistungsfähigkeit marxistischer Staatstheorie, insbesondere ihres hierzulande wenig bekannten englischen Diskussionsstrangs, für die Erklärung des »peripheren« Staats, vor allem afrikanischer Länder. (Dies ist zugleich ein Beitrag zur marxistischen Staatstheorie, vgl. *Argument* 124).

Wegner untersucht die Schwierigkeiten des Übergangs zum Sozialismus am Beispiel Tansanias. Neben Jugoslawien ist Tansania der wichtigste Modellversuch eines »eigenen Wegs« zu einem Sozialismus der Dritten Welt. Die politisch-ökonomische Erfolgskontrolle dieses Modells ist daher auch von exemplarischem Interesse.

Ohne die theoretischen Revolutionen von Marx und Darwin wäre die Entwicklung einer Kritischen Psychologie nicht möglich. Über die Bedingungen der Marxschen Theorie ist viel nachgedacht worden. Die Vorgeschichte des von Darwin vollzogenen Umbruchs im Entwicklungsdenken über die Natur steht im Mittelpunkt des jetzt erscheinenden Sonderbandes »Materialistische Wissenschaftsgeschichte« (AS 54). Parallel dazu veröffentlichen wir in diesem Heft eine Umfrage, in der sich Wissenschaftshistoriker zu

den Zielen und Hauptproblemen materialistischer Wissenschaftsgeschichtsschreibung äußern. Darin wird auf programmatischer Ebene deutlich, mit welcher Vielfalt an Fragen und Methoden wir heute an einen Gegenstand herangehen müssen, der seit den durch Thomas Kuhn ausgelösten Diskussionen zum Auseinandersetzungsfeld um Wissenschaftlichkeit und Rationalität geworden ist.

Kommunistische Exkommunikation — antikommunistische Denunziation

Aus der DDR und auch aus hiesigen kommunistischen Parteien werden gewaltige Wortknüppel gegen das *Argument* geschwungen: »Pseudosozialistische Theorien!« »Bruch mit dem Marxismus!« »Revisionismus!« Warum? Dabei geht es um nicht ökonomistische Politiktheorie, um Kritik an sozialistischen Ländern, um Ideologietheorie usw.

Auf der andern Seite betreiben Flechtheim und Vilmar die große antikommunistische Entlarvung: »DKP-orientierte Unterwanderung!« Das *Argument* gehöre zu den »korrumpierten« linken Publikationen, »die nicht selten mit ganz kapitalistischen Tricks, durch Beschaffung von verlegerischen Eigentumsrechten auf DKP-Linie gezwungen wurden.« (Flechtheim u.a., Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Frankfurt/M. 1980, S.67)

Bei der zitierten Schrift handelt es sich um eine vorwiegend gegen die gewerkschaftliche Linke zielende Denunziation (vgl. dazu die Rezension in: Der Gewerkschafter 1/1981, S.48, »Aus der Geschichte nichts gelernt«; es ist dies das Funktionsorgan der IG-Metall). Das Buch ist, wie wir schon an der Behandlung des *Argument* erkennen, von unverfrorener Verlogenheit.

Was treibt Flechtheim, der einmal Mitherausgeber dieser Zeitschrift war und den wir als Sozialisten geschätzt haben? Und wie ist das phantastisch sich ergänzende Gegen-einander zu begreifen? Zwischen welche Mühlsteine geraten wir da? (Oder sind es nur abgewetzte Mühlsteinchen, die sich mehr und mehr im Leeren drehen und uns gar nicht mehr schrecken müssen?)

Wir finden, es gibt Aspekte an den hier berichteten Denunziationen, die müssen nicht nur die unmittelbar Betroffenen interessieren. Muß nicht jeder, dem an der Handlungsfähigkeit der Linken *und deshalb auch an der ungestörten Führung theoretischer und strategischer Diskussion* liegt, am Abbau solcher pathologischer Politikformen mitwirken? Ebensovienig wie uns bestimmte Kommunisten aus dem Marxismus ausgrenzen können, ebensovienig dürfen wir die Kommunisten aus unseren Arbeits- und Diskussionszusammenhängen ausgrenzen. Das *Argument* soll weiterhin ein Forum sein und werden, in dem zur Entwicklung arbeitsorientierter Wissenschaft allseitig beigetragen wird, in dem die theoretische Selbstverständigung der Linken vorangetrieben und dadurch auch die Verwissenschaftlichung linker Politik vorangebracht werden soll. Läßt sich diese Aufgabe erfüllen, ohne rundherum Diskussionsverbote und Ausgrenzungsbeschlüsse zu verletzen?

Daß und warum von den verschiedenen Mächten mit schmutzigen Tricks gearbeitet wird, läßt sich begreifen. Und in dem Maße, in dem diese Erfahrung selbstverständlicher Bestandteil linker Kultur wird, können wir gelassen zur Tagesordnung übergehen.

Alfred Lorenzer

Möglichkeiten qualitativer Inhaltsanalyse: Tiefenhermeneutische Interpretation zwischen Ideologiekritik und Psychoanalyse

In der letzten Zeit hat sich die sozialwissenschaftliche Diskussion vermehrt der qualitativen Inhaltsanalyse zugewandt. Nicht zuletzt deshalb, weil zunehmend Probleme der Subjektivität — gebrochene Subjektivität als Resultat und Störungsfaktor objektiver Prozesse — Aufmerksamkeit und d.h. »verstehen« fordern.

Um es gleich an einem Beispiel zu zeigen: Unter den literarischen Erzeugnissen gewinnen Autobiographien von Jahr zu Jahr an Terrain. Sicherlich hat das von der Autorensseite her gesehen vielerlei Gründe, zweifellos aber drückt sich darin auch ein Verlangen der Leser aus, das man ungefähr so umschreiben kann: es geht um die Suche nach einer Lebensorientierung, die sich an authentischen Niederschriften vorantasten will.

Gewiß befriedigt das Dargebotene solches Interesse in unterschiedlicher Perspektivierung (auf Generationenkonflikte oder Familiendramen oder Geschlechtsdifferenzen usw.) und unterschiedlicher Tiefe (in vordergründiger Beschränkung z.B. wie der: Familiendramen als Familiendramen und nichts weiter dahinter). Demgemäß hat eine ideologiekritische Sichtung der Lebensskizzen und eine gesellschaftskritische Erschließung des Materials ein reiches Arbeitsfeld — zumal der Gegenstand von vornherein eine Ausrichtung auf objektive Analyse herauszufordern scheint: die Befreiung der Lebensdarstellungen aus dem Schein individualistisch-subjektivistischer Autonomie. Doch diese Ausrichtung aufs Objektive im Subjektiven ist nicht alles. So richtig (und notwendig) es ist, die objektive Bedingtheit der subjektiven Struktur herauszuarbeiten, so falsch wäre es, das Problem der Subjektivität ganz und gar ins Objektive aufzulösen und eifertig über die Eigenbedeutung der subjektiven Struktur (und ihrer Analyse) hinwegzugehen. Wenn man Form und Inhalt der Persönlichkeitsstruktur nicht voneinander trennt und eine ungesellschaftlich-biologische Präexistenz der Menschen behaupten will, so muß man sich klarmachen, daß die Persönlichkeitsbildung ein komplizierter Prozeß und deren Resultat eine komplexe Verarbeitung gesellschaftlicher »Angebote«, »Einflüsse« und »Produktionsmechanismen« ist. Je entschiedener man die gesellschaftliche Bestimmtheit menschlichen »Wesens« anerkennt, desto klarer tritt die Eigenständigkeit der Institution »Individuum« hervor. Die konkreten Individuen sind zwar nicht entscheidungsautonom, wohl aber sind sie Umsetzungsorgane der gesellschaftlichen Praxis, die als sprach-vermitteltes Handeln »im« Menschen ein Organisationszentrum hat. Zwar sind die Individuen in ihrem Handeln vornehmlich »fremdbestimmt« von den herrschenden Verhältnissen, aber sie sind es *nicht nur*, ansonsten wäre die Situation veränderungs- und hoffnungslos, wie das die Verteidiger des Bestehenden gern hätten. Das sprachlich formulierte Bewußtsein ist zwar ideologisch, Sprache selbst hat ideologischen Charakter — aber *nicht nur*, sonst würde jede kritische Potenz von den zugelassenen kulturellen Deutungsmustern aufgesogen werden, der Bannkreis der Ideologie wäre perfekt geschlossen. Sprache und d.h. vor allem auch Texte bieten einen Freiheitsspalt, den eine kritische Analyse ausnutzen kann, — sei es im Aufbrechen der *ideologischen* Unfreiheit der Individuen durch eine Ideologiekritik, der die historische Unangemessenheit der subjektiven Formeln versteinerten Verhältnisse in ihrer Widersprüchlichkeit greifbar wird;

— sei es als »Textanalyse« modo psychoanalytico, die die *neurotische* Unfreiheit der Individuen, die Unterdrückung ihrer geschichtlich möglichen Bedürfnisse aufzuarbeiten hat.

Beidemale erweist sich eine qualitative Inhaltsanalyse als kritisches Instrument, das an den Widersprüchen im dargebotenen Mitteilungstext ansetzt, das im Sich-Einlassen auf die konkrete Widersprüchlichkeit das schlecht Bestehende zu entlarven sucht.

Zwischen diesen beiden kritischen Verfahren ist ein Terrain für eine dritte Vorgehensweise auszumachen, die von den beiden anderen abzugrenzen ist: die tiefenhermeneutische Analyse kultureller Gebilde. Versuchen wir deren Eigenart von einer Beschreibung ihres *Gegenstandes* her zu entwickeln, anhand einer Funktionsbestimmung kultureller Objektivationen, wie ich sie andernorts ausführlicher vorgelegt habe.¹⁻⁵ Ich greife dabei die eine Funktion heraus, die bei der Literatur zentral steht: Soziale Verhaltensformeln, »innere« Muster des zwischenmenschlichen Zusammenspiels und der Auseinandersetzung mit der Realität — Interaktionsformen menschlicher Praxis also — werden *zur Debatte gestellt*. Problematische Interaktionsformen werden in *Bildern* vorgeführt und in ihrer lebenspraktischen Konsequenz durchgespielt und damit auf den lebenspraktisch bestimmenden Ebenen aktualisiert, nämlich

— als »beschriebenes« Szenen sinnlich unmittelbarer Lebenswirklichkeit und
 — als Bezeichnungen mit dem Ziel, Praxisformeln ins System des bewußten Handelns, im System der »Namen« einzubeziehen — denn sozial lizenziertes Handeln verlangt nach der Einfügung in das System der Namen (der sprachsymbolischen Interaktionsformen). Die bewußten Praxismuster dienen ja nicht bloß als *Handlungsanweisungen* (als Anweisungen »planvollen« Handelns), sondern auch als *Deutungsmuster der Welterfahrung*.

»Zur Debatte stellen«, das sagt noch nichts darüber aus, was mit den problematischen Praxisformeln — Interaktionsformen — geschieht: sollen sie bestätigt werden, soll die Übereinstimmung individueller Praxis mit den herrschenden Normen (diesen »Normen der Herrschenden«) befestigt werden in Inszenierungen mit Befriedigungscharakter oder soll im Vorführen szenischer Figuren den »versteinerten Verhältnissen ihr Lied vorgespielt werden«? Oder sollen neue Praxismöglichkeiten gegen die ideologische Verriegelung zur Geltung gebracht werden? Es versteht sich, daß die Trennlinie zwischen emanzipatorischer und kontraemanzipatorischer Literatur schon in der Alternative zwischen beschwichtigender und nichtbeschwichtigender Präsentation subjektiver Praxismuster gezogen ist.

Tiefenhermeneutische Interpretation kultureller Objektivationen hat als kritisches sozialwissenschaftliches Verfahren dieser Alternative im Text nachzugehen und eben deshalb die Ebene der Sprache als »Zeichensystem«, als Glasperlenspiel von Bedeutungen, bei denen das Bezeichnete vom System der Bezeichnungen bestimmt wird und »strukturalistisch« allein interessiert, zu überschreiten. Der lebenspraktisch wichtige »latente Sinn« unterhalb der Sprachstruktur muß herausgearbeitet werden. Diesen »latenten Sinn« bilden die »Interaktionsformen« als Sedimente einsozialisierter Praxis, die

— mit Sprache verbunden sein können als symbolische Interaktionsformen, sich also auch im manifesten Gehalt des Textes ausdrücken können,
 — von Sprache abgetrennt sein können, um als desymbolisierte »Klischees« unbewußt das Verhalten zu steuern, wenn sie situativ provoziert werden,
 — oder aber einfach Teil der lebenspraktischen Basis mit emotionaler Resonanz sind,

im Widerspruch sind zu den »desymbolisierten Zeichen«, diesen Gegenstücken der Klischees, die emotionslos als Einsprengsel einer aufoktroierten Objektivität die Individuen manipulieren.

Selbstverständlich zielt die tiefenhermeneutische Analyse nicht aufs bloße Registrieren des Gegensatzes von augenfällig-manifestem Sinn eines Textes und seiner Bedeutung als Abbild von Praxisformen in der genannten Dreiteilung — bewußtseinsfähigen symbolischen Interaktionsformen, unbewußten Klischees und d.h. desymbolisierten Interaktionsformen und desymbolisierten Zeichen. Tiefenhermeneutische Erkenntnisabsicht geht allemal auf die Inhalte aus, ganz wie dies schon bei der Psychoanalyse der Fall ist. Von der Psychoanalyse trennt sich die tiefenhermeneutische Interpretation kultureller Objektivationen freilich in mehrfacher Hinsicht:

— Gegenstand der tiefenhermeneutischen Untersuchung sind zwar wie in der Psychoanalyse bewußte und unbewußte Verhaltensformeln, d.h. Interaktionsformen, die als gesellschaftlich bestimmte Muster individuellen Verhaltens fungieren. Ihre analytische Bewußtmachung ist im Falle der Literatur aber ein pointiert kollektives Problem, nicht Sache der individuellen Auseinandersetzung. Selbst wenn (wie bei der Autobiographie) individuelles Leiden literarisch vorgeführt wird, so fasziniert dieses doch als ein kollektiv paradigmatisches; oder aber es findet kein Interesse und d.h. keine Leser.

— Damit deutet sich ein weiterer und noch einschneidenderer Unterschied an: Adressat der tiefenhermeneutischen Interpretation ist nicht der Autor, der Textproduzent, sondern der Leser. Ihm wird in der Literatur ein Modell vorgeführt. Er wird von der Präsentation betroffen gemacht. Die Auseinandersetzung des Lesers und nicht die des Autors muß verfolgt werden. Zum Leser, nicht zum Autor, spannt sich der Interaktionsbogen tiefenhermeneutischer Analyse. Sein Gegenstand ist genau formuliert: Das »Verhältnis des Lesers zum Text«.

— Nicht weniger tiefgreifend ist der folgende Unterschied: hier steht nicht vordringlich die infantile Bildungsgeschichte zur Debatte, sondern der Sozialzusammenhang erwachsener Individuen, die Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die therapeutische Psychoanalyse hat die infantile Bildungsgeschichte vordringlich im Auge, da dort die Wurzeln der Entwicklungsverzerrung liegen. Was in therapeutischer Absicht wesentlich ist, verliert beim literarischen Material aber seinen Sinn. Der Autor ist nicht zu therapieren. Und für die Leser ist die Aufdeckung der privat-neurotischen Wurzel des Werkes nur dann von mehr als bloß indiskretem Interesse, wenn die Erkenntnis über den Familienrahmen hinausreicht. Um es an einem bekannten Beispiel zu verdeutlichen. Wenn Marie Bonaparte⁶ Edgar Allen Poe als Necrophilen identifizierte, dann ist solche Interpretation der Poeschen Darstellungen nur relevant, wenn die Frage angeschnitten werden kann, inwiefern und weshalb solche Thematik — die Liebe zum Toten — Bedeutung als Darstellung einer allgemeineren Problemlage hat, deren genauer »sozial-kollektiver« Inhalt aus der Analyse des dichterischen Werkes zu ermitteln wäre. Wenn Freud⁷ in seinem Kommentar zu der Bonaparteschen Untersuchung Poe als den Erfinder des Detektivromans hervorhebt und darauf aufmerksam macht, daß die Identifizierung des Täters der destruktiven Tat, die uns Leser betroffen macht, eine merkwürdige Ablenkung auf ein »Ersatzthema« (das nach Freuds Auffassung anstelle der bohrenden Frage nach der Urszene steht) ist, so muß das noch einmal gewendet werden: der Detektivroman ist nicht nur Ersatzthema für die Bearbeitung eines infantilen Traumas, sondern auch Ablenkungsthema für sozial aktuelle Verursa-

chungszusammenhänge subjektiver Bedrängnis.

Der Fehler der »angewandten Psychoanalyse« lag im Falle der psychoanalytischen Literaturkritik aber nicht nur darin, daß sie die Differenz der Aufgabenstellung und Erkenntnisabsicht (die nichttherapeutische Absicht im Falle der Literatur) überspielt hat, sondern daß sie das Junktim von praktischem Vorgehen und theoretischer Erkenntnis⁸, mißachtet hat.⁹ Weil die psychoanalytische Begrifflichkeit aber ganz aus der Therapiearbeit hervorging und Theorie eines konkret-kritischen Operierens ist, ist die psychoanalytische Theorie notwendig »medizinisch«, und »medizinalisiert« bei jeder Übertragung von Theoriestücken den Bereich der Anwendung unvermeidlicherweise. Nicht der flau Transfer angewandter Psychoanalyse ist anzustreben, sondern die *Methode* muß übertragen werden. Und d. h.: eine kritisch-hermeneutische Methode muß alle ihre Begriffe aus der kritischen Auseinandersetzung mit dem neuen Gegenstand selbst gewinnen. Sie muß dann auch im neu erschlossenen Themenbereich bei jedem Gegenstand bereit sein, die ans Erkennen herangetragenen Vorannahmen zu problematisieren. Genauer, die hermeneutische Auseinandersetzung erfordert stets eine Veränderung der probeweise angelegten Vorannahmen. Alle, auch die in wissenschaftlichen Arbeiten systematisierten Vorannahmen sind nur vorläufige Einsätze, die im hermeneutischen Zirkel verändert werden müssen.

Wie tiefenhermeneutische Analyse funktioniert, ist bei solcher Sachlage (der Nötigung, jedem Gegenstandsbereich seine eigene Begrifflichkeit abzugewinnen) nur vorzuführen und nicht in inhaltsleeren methodologischen Formeln vorzuschreiben. Auch die methodologische Reflexion steht unter dem Gebot: kritische Analyse kann Inhalt und Form des Analysierten nicht voneinander abtrennen. Wie sie funktioniert, muß am Beispiel gezeigt werden. Erst am vorgeführter materialer Analyse kann dann meta-theoretisch der Gang des Analysierten aufgewiesen werden.

Nun fehlt hier der Platz, eine vollständige Analyse vorzulegen. Zur Orientierung möchte ich aber wenigstens abrißhaft einen analytischen Durchgang skizzieren anhand des, aus mehrfachen Gründen interessanten, Mephisto-Romanes von Klaus Mann.¹⁰

Selbstgewähltes Thema des Autors ist der »Roman einer Karriere«, näherhin die Geschichte eines Karrieristen, und noch einmal konkreter gesagt (mit den Worten der Verlagsankündigung): »Klaus Mann sah im Komödianten Höfgen den Exponenten und das Symbol eines durchaus komödiantischen, zutiefst unwahren, unwirklichen Regimes.«

Was der Leser erwartet, ist vorneweg also: der Einblick in den Zusammenhang zwischen »karrieristischer« Persönlichkeitsstruktur und Nationalsozialismus. Ich greife diese Spannung zwischen der Lesererwartung und der Darstellung im Text auf, überspringe aber eine Reihe von Irritationen, die sich aus einzelnen Szenen unmittelbar ergeben. Ich komme gleich zu folgendem Problemüberblick:

Der Schauspieler Hendrik Höfgen wird auf einem Höhepunkt seiner Karriere, einem Geburtstagsball Görings, vorgeführt. Die Geschichte beginnt in diesem »Vorspiel« mit einem Aufriß der nationalsozialistischen Herrschaftsstruktur als allseits einschüchternder, unmittelbar beklemmender Gewaltherrschaft, die — von den höchsten Machtträgern abgesehen — den Menschen insgesamt gegenübersteht: Zwei junge skandinavische Botschaftsattachés plaudern mit einem Deutschen aus dem Auswärtigen Amt:

Es entstand eine Gesprächspause. Die drei Herren blickten um sich und lauschten dem festlichen Lärm. »Kolossal«, sagte schließlich einer von den beiden jungen Leuten leise — diesmal ohne

jeden Sarkasmus, sondern wirklich beeindruckt, beinahe verängstigt von dem riesenhaften Aufwand, der ihn umgab. Das Flimmern der von Lichtern und Wohlgerüchen gesättigten Luft war so stark, daß es ihm die Augen blendete. Ehrfurchtsvoll, aber mißtrauisch blinzelte er in den bewegten Glanz. Wo bin ich nur? dachte der junge Herr — er kam aus einem der skandinavischen Länder —. Der Ort, an dem ich mich befinde, ist ohne Frage sehr lieblich und verschwenderisch ausgestattet; dabei aber auch etwas grauenhaft. Diese schön geputzten Menschen sind von einer Munterkeit, die nicht gerade vertrauenerweckend wirkt. Sie bewegen sich wie die Marionetten — sonderbar zuckend und eckig. In ihren Augen lauert etwas, ihre Augen haben keinen guten Blick, es gibt in ihnen so viel Angst und so viel Grausamkeit. Bei mir zu Hause schauen die Leute auf eine andere Art — sie schauen freundlicher und freier, bei mir zu Hause. Man lacht auch anders, bei uns droben im Norden. Hier haben die Gelächter etwas Höhnisches und etwas Verzweifletes; etwas Freches, Provokantes, und dabei etwas Hoffnungsloses, schauerlich Trauriges. So lacht doch niemand, der sich wohl fühlt in seiner Haut. So lachen doch Männer und Frauen nicht, die ein anständiges, vernünftiges Leben führen ... (S.10).

Der Grund der Angst wird in persona vorgeführt:

Eine Bewegung ging durch den Saal, es gab ein hörbares Rauschen: der Propagandaminister war eingetreten... Der Propagandaminister — Herr über das geistige Leben eines Millionenvolkes — humpelte behende durch die glänzende Menge, die sich vor ihm verneigte. Eine eisige Luft schien zu wehen, wo er vorbeiging. Es war, als sei eine böse, gefährliche, einsame und grausame Gottheit herniedergestiegen in den ordinären Trubel genußsüchtiger, feiger und erbärmlicher Sterblicher. Einige Sekunden lang war die ganze Gesellschaft wie gelähmt vor Entsetzen. Die Tanzenden erstarrten mitten in ihrer anmutigen Pose, und ihr scheuer Blick hing, zugleich demütig und haßvoll, an dem gefürchteten Zweig. Der versuchte durch ein charmantes Lächeln, welches seinen mageren, scharfen Mund bis zu den Ohren hinaufsetzte, die schauerliche Wirkung, die von ihm ausging, ein wenig zu mildern; er gab sich Mühe, zu bezaubern, zu versöhnen und seine tiefliegenden, schlaun Augen freundlich blicken zu lassen. Seinen Klumpfuß graziös hinter sich her ziehend, eilte er gewandt durch den Festsaal und zeigte dieser Gesellschaft von zweitausend Sklaven, Mitläufern, Betrügnern, Betrogenen und Narren sein falsch, bedeutendes Raubvogelprofil. An den Gruppen von Millionären, Botschaftern, Regimentskommandanten und Filmstars huschte er, tückisch lächelnd, vorüber. Es war der Intendant Hendrik Höfgens, Staatsrat und Senator, bei welchem er stehen blieb. (S.18)

Nach dem »Vorspiel« wird zurückgeblendet auf den Beginn der Karriere Höfgens zu einer Zeit, da er sich schon beruflich ausgezeichnet hatte: Ein Schauspieler der ersten Garnitur in Hamburg, zugleich hochneurotisch und exaltiert:

Es war Höfgens schlaue Gewohnheit, wie ein nervöser kleiner Sturmwind in Schmitzens Büro zu fahnen, wenn er Vorschuß oder Gagenerhöhung wollte. Zu solchen Anlässen spielte er den übermütig Launischen und Kapriziösen, und er wußte, daß der ungeschickte dicke Schmitz verloren war, wenn er ihm die Haare zauste und den Zeigefinger munter in den Bauch stieß. Da es sich um die Tausend-Mark-Gage handelte, hatte er sich ihm sogar auf den Schoß gesetzt; Schmitz gestand es unter Erröten.

»Das sind Albernheiten!« Kroge schüttelte ärgerlich das sorgenvolle Haupt. »Überhaupt ist Höfgens ein grandalberner Mensch. Alles an ihm ist falsch, von seinem literarischen Geschmack bis zu seinem sogenannten Kommunismus. Er ist kein Künstler, sondern ein Komödiant.«

»Was hast du gegen unseren Hendrik?« Frau von Herzfeld zwang sich zu einem ironischen Ton; in Wahrheit war ihr keineswegs nach Ironie zumute, wenn sie von Höfgens sprach, für dessen geübte Reize sie nur zu empfänglich war. »Er ist unser bestes Stück. Wir können froh sein, wenn wir ihn nicht an Berlin verlieren.« (S.31)

Quelle oder doch notwendige Bedingung seiner schauspielerischen bzw. komödiantischen Selbstverwirklichung ist ein sado-masochistisches Verhältnis zu einer Negerin:

Im Raume herrschte ein rosiges Halbdunkel; es brannte nur die mit buntem Seidentuch verhüllte Lampe auf dem niedrigen, runden Tisch neben dem Schlafsofa. In die farbige Dämmerung hinein rief Hendrik Höfgens mit einer ganz kleinen, demütigen, etwas zitternden Stimme:

»Prinzessin Tebab, wo bist du?«

Aus einer dunklen Ecke antwortete ihm ein tiefes, grollendes Organ: »Hier, du Schwein — wo soll ich denn sonst sein?«

»Oh — danke«, sagte, immer noch sehr leise, Hendrik, der mit gesenktem Haupt bei der Türe stehengeblieben war. »Ja ... jetzt kann ich dich sehen ... Ich bin froh, daß ich dich sehen kann ... «

»Wieviel Uhr ist es?« schrie die Frau aus der Ecke.

Hendrik versetzte bebend: »Ungefähr vier Uhr — denke ich.«

»Ungefähr vier Uhr! Ungefähr vier Uhr!« höhnte die böse Person, die immer noch im Schatten unsichtbar blieb. »Ist ja drollig! Ist ja ausgezeichnet!« — Sie sprach mit einem stark norddeutschen Akzent. Ihre Stimme war ausgeschrien, wie die eines Matrosen, der sehr viel säuft, raucht und schimpft. — »Es ist ein Viertel nach vier Uhr«, stellte sie fest, plötzlich unheimlich leise. Mit derselben schauerlichen Gedämpftheit, die nichts Gutes verhieß, forderte sie ihn auf: »Willst du nicht eben mal ein bißchen näher an mich ran kommen, Heinz — nur ein ganz klein bißchen! Aber erst mach das Licht an!«

Unter der Anrede »Heinz« zuckte Hendrik zusammen, wie unter dem ersten Schlag. Er gestattete es keinem Menschen, auch seiner Mutter nicht, ihn so zu nennen: nur Juliette durfte es wagen. Außer ihr wußte es wohl niemand hier in der Stadt, daß sein eigentlicher Vorname Heinz war — ach, in welcher süßen und schwachen Stunde hatte er es ihr anvertraut? Heinz: das war der Name, mit dem alle ihn angeredet hatten, bis zu seinem achtzehnten Jahr. Erst als er sich darüber klar geworden war, daß er Schauspieler und berühmt werden wollte, hatte er sich den gewählten »Hendrik« zugelegt.

Er gehorchte ihren beiden Befehlen; bewegte den Lichtschalter, so daß plötzlich eine grelle Helligkeit ihm die Augen blendete, und machte dann, die Stirne noch immer gesenkt, ein paar Schritte auf Juliette zu. Einen Meter entfernt von ihr blieb er stehen; auch dieses aber war ihm nicht gestattet. Sie murmelte mit einer heiseren und höchst beunruhigenden Freundlichkeit — wobei ihre Zähne zusammengebissen blieben: »Komm doch näher, mein Junge!«

Da er sich nicht von der Stelle bewegte, lockte sie ihn, wie einen Hund, den man mit Schmeicheletönen an sich heranholt, um dann um so grausamer zu strafen: »Nur näher, mein Schöner! Ganz nahe! Nur keine Angst!« Er blieb immer noch bewegungslos, immer noch mit dem geeigneten Gesicht; Schultern und Arme hingen ihm schlaff nach vorne, um Schläfen und Augenbrauen trat ein leidender, gespannter Zug hervor; die geblähten Nüstern schnupperten ein penetrant süßes und gemeines Parfüm, das sich mit einem anderen, noch wilderen, aber durchaus nicht süßen Geruch — der Ausdünstung eines Körpers — auf erregende und peinigende Art vermischte.

»Du bist wieder eine Viertelstunde zu spät«, sagte sie, nach einer langen Pause, die niedrige und zu zwei kleinen Buckeln gewölbte Stirne in böse Falten gelegt. »Wie oft soll ich dich noch warnen, mein Süßer?« fragte sie tückisch-leise, um dann in unvermitteltem Zorne loszubrechen: »Es ist genug!! Ich habe es satt! Gib mir deine Pfoten!«

Hendrik hob langsam die beiden Hände, deren Innenflächen er nach oben wandte. Dabei ließ er seine hypnotisierten, aufgerissenen Augen nicht von der ergrimten, schauerlichen Fratze der Geliebten.

Sie zählte mit einer grellen, plärrenden Stimme: »Eins, zwei, drei!« während sie zuhieb. Das Geflecht der eleganten Peitsche pfiff grausam quer über seine Handflächen, auf denen sofort dicke rote Striemen entstanden. Der Schmerz, den er empfand, war so heftig, daß er ihm das Wasser in die Augen trieb. Er verzog den Mund; beim ersten Schlag schrie er leise; dann beherrschte er sich und stand mit einem starren, weißen Gesicht. (S. 66ff.)

Angst, Autoritätshörigkeit und Unterwerfungslust werden vollends exponiert in dem Bild:

Ihr Gesicht stand vor ihm wie die schreckliche Maske eines fremden Gottes: Dieser thront mitten im Urwald, an verborgener Stelle, und was er fordert mit seinem Zähneblecken und Augenrollen, das sind Menschenopfer. Man bringt sie ihm, zu seinen Füßen spritzt Blut, er schnuppert mit der eingedrückten Nase den süß-vertrauten Geruch, und er wiegt ein wenig den majestätischen Oberkörper nach dem Rhythmus des wild bewegten Tamrums. Um ihn vollführen seine Untertanen den verzückten Freudentanz. Sie schleudern die Arme und Beine, sie hüpfen, schaukeln sich, taumeln; aus ihrem Gebrüll wird Wonnegestöhn, aus dem Gestöhn wird ein Keuchen, und schon sinken sie hin, lassen sich fallen vor den Füßen des schwarzen Gottes, den sie lieben, den sie ganz

bewundern — wie Menschen nur Den lieben und ganz bewundern können, dem sie das Kostbarste geopfert haben: Blut. — (S. 69)

Die Verbindung von »Privatneurose« und politischer Verkommenheit deutet sich an: Ein autoritärer Charakter, bei dem jede weitere Differenzierung jedoch ausgelassen wird. Es bleibt unbeschrieben, wie sich die Persönlichkeitsstruktur des Karrieristen Höfgens mit dem Verfall an die faschistische Macht vermittelt — außer über eine grob holzschnittartige Herausarbeitung kleinbürgerlichen Aufstiegsstrebens und neurotischer Angstmechanismen. Wie man sieht, bleibt die Auflösung des Rätsels entweder abstrakt belanglos (im Aufsteigersyndrom), oder sie wendet sich ins Psychopathologische.

Nun stünde solche psychologische Einseitigkeit einem Charakterbild durchaus zu und wäre nicht zu beanstanden, würde sie nicht ergänzt durch einen Kontrast, nämlich der Persönlichkeitsstypik der antifaschistischen Gegenspieler des Hendrik Höfgens. Engt sich die Charakterisierung des Verfalls an die nationalsozialistische Macht psychologisch auf Charakterdefekte und d.h. eine neurotische Struktur ein, so wird der Antifaschismus durch nichtneurotische Subjektivität wenn nicht begründet so doch kontrastscharf charakterisiert. So charakterisiert, daß beide Charakterbilder zusammen den Wert einer Verhaltensbegründung bekommen. Die Gegenüberstellung von Nationalsozialismus und Antifaschismus gerät zur Polarisierung von neurotisch Perversem und wertvoll Geundem.

Auch die angedeutete Spannung zwischen der kleinbürgerlichen Herkunft Höfgens und der großbürgerlichen seiner Frau Barbara Bruckner, die als Exponentin einer antifaschistischen Entwicklung vorgeführt wird, schlägt im Ansatz immer schon um in eine nicht weiter hinterfragte Wertdifferenz: Unverdorbene Natur gegen müde Verkommenheit, Diszipliniertheit gegen komödiantisches Sich-Gehen-Lassen:

Barbara tritt vor dem ersten Frühstück, und wenn sie, gegen neun Uhr, im Speisezimmer erschien, brachte sie von draußen den Duft und Atem eines frischen Morgens mit. Hendrik aber saß, das Gesicht in beide Hände gestützt, müde und mißmutig in seinem Hausgewand, das immer zerschlissener wurde, und sah fahl aus. Um diese Stunde konnte er sich noch zu keinem aasigen Lächeln, zu keinem verführerischen Schillern der Augäpfel zwingen. Hendrik gähnte. — »Du scheinst mir noch halb zu schlafen!« sagte Barbara wohlgelaunt und goß den Inhalt eines weichen Eis ins Weinglas; denn auf diese Manier pflegte sie ihre Eier zum Frühstück zu essen: aus dem Glase und gewürzt mit viel Salz und Pfeffer, scharfer englischer Sauce, Tomatensaft und ein wenig Öl. Hendrik versetzte pikiert: »Ich bin ziemlich wach und habe sogar schon gearbeitet — zum Beispiel mit dem Kolonialwarenhändler telephonierte, der ungeduldig wegen unserer großen Rechnung wird. Entschuldige, daß ich nicht früh morgens schon den Anblick einer festlichen Frische biete. Wenn ich jeden Tag spazierenreiten würde wie du, sähe ich wahrscheinlich reizvoller aus. Aber ich fürchte, zu so eleganten Gewohnheiten wirst sogar du mich nicht mehr erziehen können. Ich bin zu alt, um mich noch zu ändern, und ich komme aus Kreisen, in denen so nobler Sport nicht üblich ist.«

Barbara, die sich die gute Laune nicht verderben lassen wollte, zog es vor, seine Rede wie etwas humoristisch Gemeintes aufzufassen. »Ausgezeichnet triffst du diesen Ton«, lachte sie. »Man könnte beinahe glauben, es wäre dir ernst mit ihm.« Hendrik schwieg zornig; um einen repräsentativeren Eindruck zu machen, klemmte er sich das Monokel vors Auge. (S. 136f.)

Vor dieser Szene wird schon klargestellt, wie selbstverständlich bürgerliche Kultiviertheit und Persönlichkeitsart zusammengehören: im Gegensatz von Angst, gekränktem Stolz, Gereiztheit auf der einen und stiller Gelassenheit auf der anderen Seite.

Noch in der gleichgültigsten und nebensächlichsten Bemerkung, die Barbara ihm gegenüber fallen ließ, vermuteten seine Gereiztheit, sein gekränkter Stolz einen Unter- und Nebensinn, der herabsetzend für ihn war. Barbaras kleine Gewohnheiten und die stille Gelassenheit, mit der sie ihnen treu blieb, ernervierten und beleidigten ihn in einem Grade, dessen Unvernünftigkeit er

sich in Momenten eines ruhigeren Nachdenkens selbst zugeben mußte. (S. 136)

Eine Zweiteilung in Vernunft und Unvernunft, die nicht das Ende der Entwicklung im Faschismus oder Antifaschismus kennzeichnet, sondern deren Basis in einer quasi naturhaften Wertdifferenz behauptet. Eine genaue Analyse könnte hier jene Vergleichstexte, die Theweleit¹¹ unter dem Stichwort der »weißen Schwester« der Freikorpskämpfer gesammelt hat, heranziehen. Nahezu alle Schablonen edelnatürlicher Reinheit, Diszipliniertheit, Selbstlosigkeit und Bescheidenheit finden sich in den folgenden Bildern:

Ihr sehr einfaches, schwarzes Kleid, dem der Kenner seine Herkunft von der kleinen Haus-schneiderin angemerkt hätte und zu dem sie einen weißen, schulmädchenhaft steifen Kragen trug, ließ den Hals und die mageren Arme frei. Das empfindliche und genau geschnittene Oval ihres Gesichtes war blaß; Hals und Arme waren bräunlich getönt, golden schimmernd, von der reifen und zarten Farbe sehr edler, in einem langen Sommer duftend gewordener Äpfel. Hendrik mußte angestrengt darüber nachdenken, woran ihn diese kostbare Farbe, von der er noch betroffen war als von Barbaras Antlitz, erinnerte. Ihm fielen Frauenbilder Leonardos ein, und er war etwas gerührt darüber, daß er hier, in aller Stille, während Marder mit seiner Kenntnis alter französischer Kochrezepte prahlte, an so vornehme und hohe Gegenstände dachte; ja, auf gewissen Leonardo-Bildern gab es diese satte, sanfte, dabei spröde empfindliche Fleischesfarbe; auch einige seiner Jünglinge, die den gekrümmten lieblichen Arm aus einer schattenvollen Dunkelheit hoben, zeigten sie. Jünglinge und Madonnen auf alten Meisterbildern hatten solche Schönheit. (S. 87)

Selbstlose Hilfsbereitschaft zeigt sich in pädagogischer Anteilnahme:

In Barbara blieb ein großes Staunen über das Abenteurer, auf das weder ihr Herz noch ihre Gedanken vorbereitet waren und dessen Konsequenzen unabsehbar schienen. In was geriet sie hier? Wie geschah ihr? Was hatte sie auf sich genommen? Spürte sie denn einen tieferen Kontakt zu diesem vieldeutigen und gewandten, höchst begabten, manchmal rührenden, zuweilen beinahe abstoßenden Menschen — zu diesem Komödianten Hendrik Höfgen?

Barbara war kaum zu verführen, sie blieb kühl noch vor den routiniertesten Tricks. Umso schneller erwachten in ihr Mitleid und die pädagogische Anteilnahme. (S. 99)

Höfgen selbst erschrickt vor der Wertdifferenz:

Mitten in seinem Herzen erschrak er darüber, daß er Barbara Bruckner begnadet fand mit einem Reiz, den er noch an keiner anderen Frau je wahrgenommen hatte. Ihm waren schon vielerlei Frauen begegnet, aber noch keine wie diese. Während er diese anschaute, erinnerte er sich, in geschwinder, aber genauer Zusammenfassung — so, als gälte es, einen Schlußstrich zu ziehen unter eine lange und beschmutzte Vergangenheit — aller jener weiblichen Geschöpfe, mit denen er je zu tun gehabt hatte. Er ließ sie Revue passieren, um sie alle zu verwerfen: Die handfest munteren Rheinländerinnen, die ihn, ohne viel Umstände und ohne viel Raffinement, eingeführt hatten in die derbe Wirklichkeit der Liebe — reifere, aber noch stramme Damen, Freundinnen seiner Mutter Bella; junge, aber keineswegs sehr zarte Dinger, Freundinnen seiner Schwester Josy; — die erfahrenen Berliner Straßenmädchen und die kaum weniger tüchtigen der deutschen Provinz, die ihm jene besonderen Dienste zu leisten pflegten, nach denen er verlangte und ihn solcherart den Geschmack verlieren ließen an weniger scharfen, weniger speziellen Lustbarkeiten; die kunstvoll hergerichteten routinierten und stets gefälligen Kolleginnen, denen er jedoch seine Huld nur in den seltensten Fällen gewährte, die sich vielmehr mit seiner launenhaften, manchmal zur Grausamkeit, manchmal zur verführerischen Koketterie aufgelegten Kameradschaft zufriedengeben mußten; die Schar der Verehrerinnen — schüchtern-mädchenhafte oder pathetisch-düstere oder ironisch-kluge. Sie präsentierten sich alle noch einmal, zeigten alle noch einmal ihre Mienen und ihre Gestalten, um dann zurückzutreten, sich aufzulösen, zu versinken angesichts von Barbaras soeben erst entdeckter, außerordentlicher Beschaffenheit. (S. 86f.)

Höfgen, dessen sexuell derbe Beständigkeit uns von der »Revue« »handfest-munterer Rheinländerinnen« bestätigt wurde, versagt — kennzeichnend und entlarvend — vor solcher Reinheit und Selbstlosigkeit:

Wenn sie nachts allein in ihrem Bett lag — und sie lag allein —, lauschte sie in ihr Inneres, um zu erfahren, ob Hendriks wunderliches und ein wenig blamables Verhalten — das man wohl auch ein Versagen nennen konnte — sie erleichtere oder enttäusche. Ja, es erleichterte sie, und es enttäuschte sie doch auch ...

Die Zimmer Barbaras und Hendriks hatten eine Verbindungstür. Zu später Stunde pflegte Höfgen noch bei seiner Gattin einzutreten, dekorativ gehüllt in seinen schadhaft-prunkvollen Schlafrock. Den Kopf im Nacken, über dem schillernd-schielenden Blick halb die Lider gesenkt, eilte er durchs Zimmer und versicherte Barbara mit singender Stimme, wie froh und dankbar er sei, und daß sie stets das Zentrum seines Lebens bleiben werde. Er umarmte sie auch, aber nur flüchtig, und während er sie in den Armen hielt, ward er bleich. Er litt, er betete, ihm stand der Schweiß auf der Stirn. Scham und Zorn füllten ihm die Augen mit Tränen. (S. 125)

Wie bei den Theweileitschen Beispielen strahlt die Idealisierung der weiblichen Reinheit auf die Herkunftswelt kultivierter Familien zurück, diese ebenso verklärend wie sie in ihr vorweg begründet ist: Barbaras Elternhaus hebt sich leuchtend ab von den verworren kleinbürgerlichen Familienverhältnissen des Hendrik Höfgen, seinem bankrotten Vater Köbes, seiner peinlich geschwätzigem Mutter Bella und seiner liederlich-vergnügungssüchtigen Schwester Josy. Barbaras Vater ist ein weltberühmter Gelehrter. Er wird folgendermaßen eingeführt:

Der Geheimrat erwartete das junge Paar vor der Tür seines Hauses, im Garten. Er begrüßte Hendrik mit einer Neigung des Oberkörpers, die so tief und feierlich war, daß man vermuten mußte, sie sei ironisch gemeint. Jedoch lächelte er nicht; sein Gesicht blieb ernst. Das schmale Haupt war von einer Feinheit und Empfindlichkeit, die fast erschreckend wirkten. Die gefurchte Stirne, die lange, zart gebogene Nase, die Wangen waren wie gearbeitet aus einem kostbaren, gelblich nachgedunkelten Elfenbein. (S. 101)

Auch hier wieder der feine kostbare Stoff einer Natur, in der der Geist wohnt. Der Auftritt von Barbaras Großmutter steigert die Szenerie — und läßt sie umschlagen in Courts-Mahler Schablonen:

Barbaras Großmutter, die Generalin, erschien erst zum Lunch. Es gehörte zu den Prinzipien der alten Dame, niemals ein Automobil zu benutzen; die zehn Kilometer, die ihr kleines Gut von der Brucknerschen Villa trennten, legte sie in einer altmodischen großen Kalesche zurück, und sie verspätete sich zu allen Familienfesten. Mit einer schönen, volltönenden Stimme, die sehr tief in den Baß hinunter und sehr hoch in den Diskant hinauf ging, beklagte sie es, daß sie das Schauspiel auf dem Standesamt versäumt habe. »Nun, und wie sehen Sie denn aus, mein neuester Enkelsohn?« sagte die aufgeräumte Großmama und fixierte Hendrik ausführlich durch die Lorgnette, die ihr an einer langen, mit bläulichen Juwelen verzierten Silberkette auf der Brust hing. Hendrik wurde rot und wußte nicht, wohin er schauen sollte. Die Musterung dauerte lange; übrigens schien sie nicht unvorteilhaft für ihn auszufallen. Als die Generalin die Lorgnette endlich sinken ließ, hatte sie ein Lachen, welches silbrig perlte. »Gar nicht übel!« stellte sie fest, wobei sie beide Arme in die Hüften stemmte. Sie nickte ihm munter zu. In ihrem weiß gepuderten Gesicht führten die schönen, dunkelklaren und beweglichen Augen eine noch eindringlichere, klügere und stärkere Sprache als der Mund, wenn er die große Stimme hören ließ.

Einer derartig wunderbaren alten Dame war Hendrik seiner Lebtag noch nicht begegnet. Die Generalin imponierte ihm ungeheuer. Sie hatte das Aussehen eines Aristokraten des XVIII. Jahrhunderts: ihr hochmütiges, kluges, lustiges und strenges Gesicht war gerahmt von einer grauen Frisur, die über den Ohren zu steifen Röllchen gewickelte Locken zeigte. Im Nacken vermutete man einen Zopf: man war erschraut und ein wenig enttäuscht, daß er fehlte. In ihrem perlengrauen Sommerkostüm, das am Hals und an den Manschetten mit Spitzenrüschen garniert war, hatte die Generalswitwe eine militärisch gerade Haltung. Das breite Halsband, das gleich oberhalb der Spitzenrüsche begann und dicht unterhalb des Kinns endigte — eine schöne antike Arbeit aus mattem Silber und blauen Steinen, die zu den Juwelen an der klappernden Lorgnettenkette paßten —, wirkte an ihr wie ein hoher, steifer, bunt bestickter Uniformkragen. (S. 111f.)

Wer denkt, solcher Auftritt solle die Autoritätsverfallenheit Höfgens, seinen Heiratsopportunisten ins rechte Licht rücken, irrt sich. Höfgen ist da schon verheiratet, die

Generalin hat an dieser Stelle den eindeutigen Zweck nur, edle Abkunft und Art gegen das Unedle auszuspielen und artgerecht zu begründen. Die Generalin taucht denn auch noch mehrfach (mit juwelengeschmückter Lorgnonkette) auf, um diese Differenz zu unterstreichen.

Eine der großen emanzipatorischen Leistungen Freuds war die Aufhebung der totalen Zweiteilung in wohlgeraten Gesunde und Kranke. Die Mannsche Darstellung führt den Leser hinter diese Einsicht zurück und verschmilzt die Aufteilung mit einer Selbstverklärung bürgerlicher Subjektivität. Sie verbindet gefährlicherweise dies mit dem tatsächlichen Qualitätsunterschied zwischen faschistischen und antifaschistischen Handlungsmodellen.

Zugleich wird eine weitere verhängnisvolle Unterscheidung radikalisiert: Die zwischen alter und neuer Macht. Die alte Macht, repräsentiert vom Geheimrat und der Generalin, ist gut, womit der Leser ein zweites Mal verwirrt wird: Der Frage, wie jene — die neue Macht — aus dieser hervorging, wird der Weg verlegt. Die neue Macht aber wird dämonisiert — man lese unter diesen Gesichtspunkten nun nochmals das Vorspiel. Der politische Kampf gegen das Böse draußen wird unrealisiert, weshalb der Rezensent Schoeller¹² nicht von ungefähr auf die eigenartige Verkenning des Nationalsozialismus als eines nicht nur »zutiefst unwahren« sondern auch »unwirklichen« Regimes kommen konnte.

Die dritte verhängnisvolle Blockade eines Selbsterkenntnis- und Selbstveränderungsprozesses im Leser aber ist diese: durch die gänzliche Zweiteilung der Menschen, durch die durchgängige Idealisierung der einen und durchgängige »Neurotisierung« der anderen (deren Beladung mit allen Diskriminierungsfloskeln, die das gängige Vorurteilsgefüge in jedermann bereithält) wird der Leser davor bewahrt, den »Höfgen« in sich suchen zu können. Alles Verächtliche ist erfolgreich ausgegrenzt. Der Leser kann das Buch befriedigt beiseite legen, er befindet sich allemal auf der richtigen Seite und unter anständig-vornehmen Menschen.

Brechen wir unsere Skizze ab, nicht ohne Hinweis darauf, daß unser Parforce-Ritt nicht nur auf eine Problemlinie sich beschränkte, sondern diese über verschiedene Arbeitsschritte hinwegriß. Notwendig auch unvollständig deshalb, weil Fragen wie diese unerörtert blieben: weshalb und wie erwächst die triviale Form aus solcher Inhaltlichkeit des Textes? Unerörtert blieben auch Fragen, die sich erst aus der Verknüpfung der Leser-textzentrierten Untersuchung mit einer Autor-textbestimmten biographischen Betrachtungsweise ergeben würden. Etwa die eine Frage: was bedeutet es, daß der Autor gegen alle Beteuerungen eben doch einen Schlüsselroman über seinen homosexuellen Freund und Schwager geschrieben hat, Homosexualität aber durch Sadomasochismus ersetzt hat? Oder — falls wir der Beteuerung des Autors folgen, den Roman nicht als Schlüsselroman zu nehmen — weshalb ist Klaus Mann von jenem Vorbild so wenig weggekommen, daß er die unverdächtigere Benennung des »Helden« als »Gregor Gregori« (wie in einer vorhergehenden Erzählung) in die platte Anspielung »Gründgens/Höfgen« änderte? Interessant aber wäre gewiß die Frage, die sich aus der Verbindung unserer Untersuchung mit einer Analyse der damaligen politischen Lage ergäbe: was bedeutet es, daß die ausgrenzende Zweiteilung sich mit einer gleichzeitigen schwarzen »Idealisierung« des Nationalsozialismus verband: die »einsame ... Gottheit« umweht von »eisiger Luft«?

Doch vor all diesen Verknüpfungen mit anderen Untersuchungsgängen wäre es nö-

tig, die tiefenhermeneutische Analyse des Romans zu vollenden, bzw. überhaupt erst gründlich und methodisch exakt in Gang zu bringen. Nämlich nicht — wie hier geschehen — die Darstellung in grober Zusammenfassung mit der Gesamtabsicht des Werkes zu konfrontieren, sondern Szene für Szene auf Irritationen abzuklopfen, sich irritieren zu lassen von den Bildern, um im Vergleich der rissigen Stellen des Textes die verborgene Mitteilungsebene aufzufinden. Und auch nicht im vorschnellen Übergriff (dem freilich erlaubten, aber doch eiligen Vergleich mit strukturgleichen Texten der Theweileitsammlung) den Widerspruch zwischen dem »manifesten« antifaschistischen Sinn des Romans und seiner »latenten« Struktur sichtbar zu machen.

Die vorliegende analytische Skizze ist aber nicht nur flüchtig, sie präsentiert — aus Gründen, die auch im Romantext liegen — nur eine Hälfte der tiefenhermeneutischen Aufgabenstellung. Die andere Hälfte, nämlich durch die Widersprüche des Textes, durch die »Sprachrisse« hindurch, utopisch verborgene Praxisentwürfe, die zur Debatte stehen, herauszuarbeiten, ist hier außer Betracht geblieben. Auf diese Möglichkeit der literarischen Darstellung des Noch-Nicht-Bewußten menschlicher Praxis ist eine tiefenhermeneutische Analyse aber nur dann angelegt, wenn sie im genauen Einlassen in den Text aus den Widersprüchen selbst das Verborgene aufscheinen läßt. Vorannahmen, die unverändert in der Textarbeit bestätigt werden, belegen nur die Überflüssigkeit der jeweiligen Analyse.

Literaturverzeichnis

- 1 *Alfred Lorenzer*: Der Gegenstand psychoanalytischer Textinterpretation, in: Sebastian Goepfert (Hrsg.), Perspektiven psychoanalytischer Literaturkritik, Freiburg 1978
- 2 *Alfred Lorenzer*: Zum Beispiel »Der Maltheser Falke«. Analyse der psychoanalytischen Untersuchung literarischer Texte, in: B. Urban und W. Kudzus (Hrsg.), Literaturpsychologie und -psychopathologie (im Druck)
- 3 *Alfred Lorenzer*: Die Funktion der Literatur und der »ästhetische Genuß«, in: Krauss, Wolff, Literaturpsychologie, Literatursoziologie, (in Vorbereitung)
- 4 *Alfred Lorenzer*: Die Analyse der subjektiven Struktur von Lebensläufen und das gesellschaftlich Objektive, in: Dieter Braake und Theodor Schulze (Hrsg.), Aus Geschichten lernen, München 1979
- 5 *Alfred Lorenzer*: Das Konzil der Buchhalter, Frankfurt 1981
- 6 *Marie Bonaparte*: Edgar Poe, Wien 1934
- 7 *Sigmund Freud*: Vorwort zu 6
- 8 *Sigmund Freud*: Die Frage der Laienanalyse. Ges. Werke XIV, London 1948
- 9 *Alfred Lorenzer*: Die Anstößigkeit einer wissenschaftlichen Methode, in: Krovoza, Ottomeier, Oestmann (Hrsg.), Zum Beispiel Peter Brückner. Treue zum Staat und kritische Wissenschaft, Frankfurt 1981
- 10 *Klaus Mann*: Mephisto. Roman einer Karriere, Reinbek 1980
- 11 *Klaus Theweleit*: Männerphantasien, Frankfurt 1977
- 12 *W.F. Schoeller*: Der Fall Mephisto, Rückblick auf einen Literaturskandal der sechziger Jahre, in: Süddeutsche Zeitung vom 8./9. Dezember 1979

Friedhelm Kröll

Biographie. Ein Sozialforschungsweg?

Die schillernde Figur der »Subjektivität« hat gegenwärtig in Literatur und Humanwissenschaften Hochkonjunktur. Sehe ich von der Herausarbeitung einer »umfassenden Konzeption individueller Gesellschaftlichkeit«, wie sie von der Kritischen Psychologie angestrebt wird, ab, dann fällt auf, daß quer durch alle disziplinären Ansätze, die derzeit auf je ihre Weise »Zuständigkeit für Subjektivität« anmelden, hierzu gehören insbesondere »Oral History«, diverse Ansätze von »Alltagsforschung«, »biographische Methode« und »Kritische Theorie des Subjekts«, sich ein gemeinsamer Nenner ermitteln läßt. Er besteht in dem Anspruch, »objektivistische Einseitigkeit«, die »das Subjektive zu Tode objektiviert, bevor sie es in den Griff bekommt«, wie es Lorenzer (1979, 4) anschaulich formuliert hat, zu überwinden. Auch im Editorial des *Argument* 123 ist die Rede von einer antiobjektivistischen Kehre, freilich mit dem Hinweis, daß in der Kritischen Psychologie die Überwindung des Objektivismus resp. ökonomistischen Reduktionismus innerhalb des Marxismus selbst geleistet werde (1980, 641).

Einmal mit Niethammer (1980, 7ff.), Lorenzer (1979, 45f.) und Kohli (1978, 9) als kundigen Interpreten von »Oral History«, »Kritischer Theorie des Subjekts« und »Biographie-Forschung« unterstellt, der »Marxismus« habe traditionell die Dimension der Subjektivität vernachlässigt bzw. »nur unzureichend bearbeitet« (Rosenmayr 1979, 47), so wäre diese Diagnose erstens keine neue Entdeckung, hat doch, was oft übersehen wird, der gern als Objektivist geschmähte Engels schon auf die Notwendigkeit der Aufarbeitung subjektiver Konstitutions- und Verarbeitungsprozesse verwiesen (Engels 1883), und haben Autoren wie Mehring oder Plechanow schon früh dieser Thematik sich zugewandt; und zweitens wäre zu erkunden, ob jene ihren Anspruch einlösen, die emphatisch darauf zusteuern, die Subjektivität zu rekonstruieren, die dem Marxismus entglitten sei.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß »Oral History«, »Alltagsforschung« und »biographische Methode« brauchbare Impulse geliefert haben, Wege zur Erforschung der Problematik der Subjektivität zu eröffnen. Auch an der Absicht, einer den Interessen der arbeitenden Subjekte gerecht werdenden »Sozial- und Kulturgeschichtsschreibung von unten« Wirksamkeit zu verschaffen, ist erstlich nicht zu rütteln.

Dennoch, oder gerade weil derzeit Ansätze und Verfahren zur »Rekonstruktion der Subjektivität« so eingängig sind, weil sie so tauglich sich präsentieren zur Integration in den historischen Materialismus, gilt es, im Zuge der Diskussion, »innerhalb des Marxismus eine Wissenschaft vom Menschen auszubauen« und »eine den Menschen angemessene Empirie mit voranzutreiben« (*Argument* 123, 641), einen Moment innezuhalten.

Es ist zu prüfen, ob und wie die historisch-materialistisch gesicherte Einsicht, daß »die soziale Geschichte der Menschen stets nur die Geschichte ihrer individuellen Entwicklung (ist), ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht«, daß »ihre materiellen Verhältnisse die Basis aller ihrer Verhältnisse (sind)«, und diese endlich »nichts anderes (sind) als die notwendigen Formen, in denen ihre materielle und individuelle Tätigkeit sich realisiert« (Marx 1846, 548f.), in den Konzepten und Verfahrensformen entsprechend zur Geltung gebracht wird.

Es ist zu untersuchen, ob der allzu häufig verwendete Ausdruck »Vermittlung«, wenn

es um den Zusammenhang von »individuell subjektiver und gesellschaftlich-objektiver Struktur« (Lorenzer 1979, 48) geht, mehr ist denn bloß ein Zauberwort, das den zu erhellenden Prozeß individueller Vergesellschaftung eher verdeckt als aufklärt. Innezuhalten scheint mir auch deshalb geboten, weil es allemal nachdenklich stimmt, wenn hierzulande eine Sprachfigur, diesmal »Subjektivität«, zum modischen Trend avanciert.¹

Während der erste Teil des Beitrags sich skizzenförmig mit der Frage befaßt, ob im Zuge der Überwindung des Objektivismus nicht das Objektive zu Tode subjektiviert wird, versucht der zweite, einige Überlegungen zur Kategorie »Biographie« zu referieren. Sie bewegen sich um die Frage, wie »Biographik« als Forschungskategorie in eine Konzeption individueller Gesellschaftlichkeit eingearbeitet werden könnte.²

I.

Ein Blick in die allerjüngste bewußtseinsgeschichtliche Vergangenheit: Zur öffentlichen Marktständigkeit hat sich das Thema »Subjektivität« emporzuarbeiten begonnen, nachdem Peter Schneider 1973 mit seinem »Lenz« den Reigen »der Rekonstruktion individueller Politisierungsgeschichten« eröffnet hatte³, und Hans Christoph Buch 1975 im Literaturmagazin 4 sein Plädoyer fürs »Beharren auf Subjektivität«, kaum mehr als eine Neuauslegung jener von Siegfried Lenz 1961 einmal einprägsam artikulierten organisationsphobischen Uraltidee des »Intellektuellen« als »Ein-Mann-Partei«, abgegeben hatte. Seither sprudeln die aus dem inzwischen geheiligten Berg der Subjektivität entspringenden Quellen biographisch-autobiographischer Literatur reichlich.⁴ Entlang seiner Option für eine »Kritische Theorie einer nichtsubjektivistischen Subjektivität« hat Lorenzer seine schon 1972 vorgezeichneten »Perspektiven einer kritischen Theorie des Subjekts« in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ausgebaut; während in der nämlichen Periode das Stichwort »Alltag« und etwas später das der »Oral History« an Aufmerksamkeit gewannen (vgl. Hack 1977). Wurde Osterlands Bemühen, an Forschungsmotive der »biographischen Methode« anzuknüpfen, zunächst kaum wahrgenommen (Osterland 1973), so deutet sich »die biographische Hausse« 1974 auf dem Kasseler Soziologentag mit einem Beitrag Kohlis, der unter dem Motto »Eine neue Perspektive für die Sozialisationsforschung« firmierte (Kohli 1976), schon an.

Es gibt Anzeichen dafür, daß auch innerhalb der Sozial- und Kulturwissenschaften sich Tendenzen durchzusetzen beginnen, die — wenn auch nicht so ausgeprägt wie in der Literaturentwicklung der Bundesrepublik — Momente von irrationalistischem Subjektivismus hervortreiben. In einer Periode, in der die konservative Biographik zusammen mit der massenmedialen Trivialbiographik in einem frappierenden Ausmaß gedeiht⁵, in der konservative Historiker die »Gegenwehr« gegen demokratische Gesellschaftswissenschaft unter den Parolen von Anti-Strukturalismus, Anti-Objektivismus und Anti-Soziologismus, für die »Wiederkehr des Menschen«, der »farbigen, blutvollen und umfassenden« Historiographie in Gestalt von Biographik feiern (Berglar 1978), muß es nachdenklich stimmen, wenn in der neulinken Literaturdebatte im Literaturmagazin 12 »Nietzsches Wiederkehr als Alibi gegen Marx«, wie Hans Heinz Holz in einer Rezension (1980) treffend angemerkt hat, betrieben wird, nachdem Buch schon 1975 im Namen der »Subjektivität« mit Nietzsche gegen die Kategorie der »objektiven Wirklichkeit« zu Felde gezogen ist (Buch 1975, 15). Weiter verdient der Sachverhalt Aufmerksamkeit, daß die Versuche, in der akademischen Soziologie Biographiefor-

schung auf den Weg zu bringen, wobei den »meisten Verwendungsvarianten gemeinsam (ist), daß sie 'Biographie' als Chiffre für die Einbeziehung von 'Subjektivität' setzen« (Kohli 1978, 23), einhergehen mit einer Reaktualisierung der wissenschaftsprogrammatischen Konzeption der Selbstbiographie bei Dilthey.⁶

Wenngleich auch Dilthey nicht allerwärts Pate steht⁷, so ist doch nicht nur den »biographischen Ansätzen« im engeren Sinn, sondern auch »Oral History«, »Alltagsforschung« und »Kritischer Theorie der Subjektivität« über sonstige Dissonanzen hinweg gemeinsam, die lebensgeschichtlich konstitutive Bedeutung der aus dem gesellschaftlichen Lebensgewinnungsprozeß hervorgehenden materiellen Verhältnisse wenn schon nicht zu einer verschwindenden, so doch zu einer aparten, der Subjektanalyse bloß hinzuzuaddierenden Größe zu verkürzen. Indem die Analyse des Subjekts gegen die der materiellen Strukturen tendenziell verselbständigt wird, wird einer subjektivierenden Auflösung des inneren Zusammenhangs individueller Gesellschaftlichkeit Vorschub geleistet; eine Tendenz, deren irrationalistische Färbungen besonders auf der Ebene der Methodik zum Vorschein kommen. Sie äußern sich zum einen in einer Überanstrengung hermeneutischer Tätigkeit, gleich ob sie als »symptomatisches Lesens«⁸, in Form verstehender Analogiebildung⁹ oder als Aufgabe »methodisch kontrollierten Fremdverstehens«¹⁰ entworfen wird. Zum anderen kommen irrationalistische Tönungen im favorisierten Erfahrungskonzept ans Licht, das in jenem von Holzkamp (1979, 35) aufgewiesenen Dualismus von »Phänomenologie/Hermeneutik« und »Faktenwissenschaft« gründet. Auf dieser Ebene wiederholt sich jene auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene betriebene Verselbständigung von Subjekt- gegen Gesellschaftsanalyse. Das für die Subjektanalyse reservierte Erfahrungskonzept erscheint als eine Neuauflage eines diesmal anti-objektivistisch »restringierten Erfahrungsbegriffs«. Der Restriktion, die den sinnverstandenen Gewinnungs- und Deutungsmethoden von personal documents (gleich ob schriftlich oder mündlich niedergelegt) eigen ist, liegt die vorbegriffliche »Identifizierung der 'Privatform' subjektiver Erfahrung mit menschlicher Subjektivität überhaupt« (Holzkamp 1979, 35) zugrunde.

Über die Hypostase von Subjektanalyse und die letztlich unhistorische Restriktion des Erfahrungsbegriffs können auch nicht die »Vermittlungs«-Litaneien hinwegtäuschen. Sie sind eher Indiz für eine Fehlrangierung der Humanwissenschaft, indem »die Analyse der Subjektivität und die Analyse der objektiven Struktur« erst einmal zerrissen, dann zu »geschlossenen Paketen« verschnürt werden, um endlich die »Vermittlung« des so Zerfallenen als Aufgabe zu formulieren, da die einmal »verschlossenen Pakete« sich nun nicht mehr »zusammenbinden« lassen (Lorenzer 1979, 36). Dem »zerfallenden Denken« ist es geschuldet, daß die fortwährenden Anstrengungen zur »Vermittlung« im Zeichen der »Rekonstruktion der Subjektivität« in eine ausgreifende Tendenz zum eklektischen Modellieren einmünden; sie reicht etwa vom explizierten, gleichsam zweiquelligen Denken bei Lorenzer, über »mehrquelliges« bei Hack (1977) bis zum explizit »vielquelligen« bei Leithäuser/Volmberg (1977, 29, 30).

Daß die vielbeschworene »Vermittlung« von Subjektivität und Gesellschaftlichkeit im Bereich der Individualwissenschaft eher dem Namen nach, in der gängigen Rede von der »doppelten Perspektive«, geleistet ist, darf an zwei Konsequenzen des zerfallenden Denkens abgelesen werden. Erstens daran, daß das von Sève (1977, 260) herausgearbeitete »Paradoxon der Individualität« (»Jedes Individuum ist einmalig, folglich ist die individuelle Einmaligkeit ein allgemeiner, ein gesellschaftlicher Sachverhalt«) in

den angesprochenen Konzepten von Subjektivität unbewältigt bleibt. Das Einmalige der Subjektivität/Individualität wird zwar stetig aufgerufen, um es dann, wie es heißt, »unter soziologischer Perspektive«, doch wieder zugunsten der Exemplarität — in eigentümlichem Widerspruch zum Anspruch — zu einer verschwindenden Größe zu degradieren; oder die Interpretation der an den personal documents gewonnenen Befunde schwankt zwischen sozial-exemplarischer und biographisch-einmaliger Auslegung hin und her.¹¹ Zweitens kommen die Schwächen in den »Vermittlungs«-Anstrengungen in einer bedenklichen Erosion des Wahrheitskriteriums zum Vorschein, die an Mannheims Wissenssoziologie gemahnt, indem die Differenz zwischen privatförmig strukturierter »subjektiver Erfahrung von Geschichte« (d.h. die erkundete Alltagsebene), und theoretisch-wissenschaftlicher Ebene verwischt wird.¹² Hier verbergen sich mehr denn bloß Probleme der Aussage-Verlässlichkeit und der Erinnerungskraft von personal documents: es ist vielmehr die erkenntniskritische Frage berührt, ob die Differenz zwischen »wahr« und »falsch« eingeebnet, die Spannung zwischen empirisch konstatiertem »gewöhnlichem Bewußtsein« und theoretischer Analyse »alltagswissenschaftlich« entschärft wird in einem melting pot von subjektiven »Erfahrungsstandpunkten«, deren hermeneutische Auslegung schon irgendwie zur Einsicht in Formen und Inhalte individuellen wie gesellschaftlichen Bewußtseins führt. Hieraus ergibt sich die eigentümliche Konsequenz, daß bei der Ausarbeitung der »qualitativen Forschung« entweder die Stausebenen von Material, Methodik und Theorie vermenget werden, indem Interpretationsprobleme biographischer Materialien so diskutiert werden, als ob es um »Grundlagentheorie« ginge, Methodik als Programm überanstrengt wird; oder es wird das Problem der Tauglichkeit von Verfahren wie »Oral History« oder »biographischer Methode« mit dem kurzschlüssigen, den Verdacht theoretischer Beliebigkeit nährenden Diktum vom »theoretischen Ziel und dem Erkenntnisinteresse« (Hoerning 1980, 677, 684), als ob davon die Eignung von Methoden einzig abhänge, verharmlost. Hoernings Schlußfrage: »Für welche Probleme und Erkenntnisinteressen braucht man welche Methode« (ebd. 685), greift zu kurz und treibt zu leerformelhaften Statements wie: »Die Anwendung der biographischen Methode bietet sich für jede Studie an, die sich mit Prozeßverläufen menschlicher Bildungs- und Bewußtseinsprozesse (Ontogenese und Sozialgenese) in ihrer Fragestellung beschäftigt« (ebd. 684).

»Eine dem Menschen angemessene Empirie mit voranzutreiben« (*Argument* 123, 641) kann aber doch wohl nicht eine Aufforderung zu blindem Methodenpluralismus bedeuten, der das Wohlfeile sich problemlos einverleibt. Just diese Art der Einverleibung setzt gegenwärtig in der Sozialforschung Schübe frei, das Objektive zu subjektivieren und das Subjektive unreflektiert zu privatisieren.

Gewendet auf das Thema Biographie, für das erst noch zu klären ist, ob es als Methode und/oder als Gegenstand zu begreifen ist, hat Grathoff (1976) in einer Notiz über »cartesianische Biographien« eine prägnante Kritik privatförmig-monadologisch konzipierter Biographieanalyse vorgebracht, indem er vor einer historisch naiven Instrumentierung biographiewissenschaftlicher Konzepte warnt. Mit der bloßen Abdrängung zur »ergänzenden Methode« und ihrer entsprechenden Vereinnahmung für alle möglichen theoretischen Entwürfe (wie dies im übrigen exemplarisch in Hoernings Übersichts-Artikel (1980) geschieht), deformierten Biographie-Konzepte zur schlichten Kennzeichnung »lebensgeschichtlicher Entwicklung personaler Innerlichkeit«, die an Ereignissen sich vergegenständliche und scheinbar problemlos zu identifizieren sei, dürftig

legitimiert durch die allgemeine »Rede vom Wechselverhältnis von Personen und Sozialstruktur«. ¹³ Seine Aufforderung, den »cartesischen Käfig« über ein alltagswissenschaftlich, sprach- und kommunikationstheoretisch verfaßtes Biographie-Konzept zu sprengen, leidet dort fehl, wo die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse in Konstitutionsleistungen rahmenstrukturierter Intersubjektivität verwandelt werden (Grathoff 1975).

II.

Soll vorgebaut werden, »daß die Auseinandersetzung mit dem Biographischen subjektivistisch entgleist« (Lorenzer 1979, 44), soll mit der Kategorie »Biographie« ein Wegstück der »Erkenntnis der Totalität« (Bajohr 1980, 671) beschritten, soll »Biographie« als Sozialforschungsweg ausgewiesen werden, dann »ist vor allem zu vermeiden, die 'Gesellschaft' wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. Das Individuum ist das gesellschaftliche Wesen. Seine Lebensäußerung ... ist daher eine Äußerung und Bestätigung des gesellschaftlichen Lebens« (Marx 1844, 538). Die Warnung vor dem Biographie-Subjektivität-Oralistik-Syndrom bezieht sich ausschließlich auf die Mißachtung der zitierten Einsicht, legt aber nicht die Konsequenz nahe, die Kategorie »Biographie« nun zu verwerfen. Folgende Gesichtspunkte scheinen mir für eine Ausarbeitung eines kultursoziologisch zu fassenden Konzepts »Biographie«, das die Forderung zu erfüllen imstande ist, den individuellen Lebenslauf bzw. den verwickelten Prozeß individueller Lebensgewinnung in seinen materiellen wie ideellen Seiten abzubilden, von Belang.

1. Konzepte, die mit der Denkfigur der Biographie arbeiten, können nicht als von der Analyse der materiellen und ideellen Strukturen des gesellschaftlichen Lebensprozesses aparte Wissenschaft vom Menschen entworfen werden. Sie dürfen sich nicht gleichsam als zweites Bein des historischen Materialismus mißverstehen. Der vielzitierte »schwankende Boden« der Sozialisationsforschung (Hurrelmann 1976, 12) ist weder durch die bloße Hinzufügung der Perspektive lebensgeschichtlicher Subjektivität als theoretischer Quell *sui generis*, noch durch eine durchweg komplementär angezogene basal-anthropologische Stützungsstrategie zur humanwissenschaftlichen Konstitution des spezifisch Menschlichen zu befestigen. »Anthropologisierung des Subjekts«, ein Verfahren, das sich als »Wissenschaft vom Menschen« vorstellt, da ist Luhmann (1979, 319) beizupflichten, »wird zur bürgerlichen Technik der Vermeidung theoretischer Probleme«, die mit der Wissenschaft von *den* Menschen zusammenhängen. Zur Kritik der »impliziten 'Anthropologie' des abstrakt-isolierten Individuums« (Holzkamp 1979, 16) und eines ebenso abstrakt gefaßten Wesens der menschlichen Gattung ist das Nötige seitens der Kritischen Psychologie in den letzten Jahren geleistet worden. Ohne Einsicht in die naturgeschichtliche Gewordenheit der gesellschaftlichen Natur des Menschen und in die formationsspezifische Bestimmtheit der Individualentwicklungen sinkt kultursoziologische Biographieanalyse zu dem herab, wozu das historiographische Genre »Biographie« seit längerem verkommen ist; zu einem »Lager sämtlicher gängiger Kulturgüter«, die »alle nicht mehr ganz neu« sind, dessen »kunterbuntes Durcheinander der Allgemeinurteile (über das 'Wesen des Menschen' — F.K.) und Rezepte (über die Lebensführung der Menschen — F.K.) in Wahrheit Ausdruck völliger Ratlosigkeit« ist (Lowenthal 1955, 363).

2. Gegenüber den in Teil I. skizzierten biographiebezogenen Ansätzen, in denen die

individuelle Subjektivität wesentlich leidensparadigmatisch als »Erlebniskapsel« gegenüber einer zur Substantialität fixierten »objektiven Struktur der Gesellschaft«, d.h. gleichsam als »Passionsstätte« verzeichnet wird¹⁴, bestimmt das hier ins Auge gefaßte biographische Konzept die individuelle Entwicklung wesentlich als Betätigung gesellschaftlicher Kräfte. Damit wird das menschliche Wesen nicht nur unter der Form des Objekts betrachtet, sondern zugleich auch subjektiv in der Form der sinnlich-gegenständlichen Tätigkeit bzw. der den Lebensnotwendigkeiten entspringenden eingreifenden Aktionen.¹⁵ Für ein auszuarbeitendes biographisches Konzept ergibt sich dementsprechend die Aufgabe, die Kategorie des »kollektiven Subjekts« nicht als Marginalie zu plazieren. Der gesellschaftliche Charakter menschlicher Lebensgewinnungsprozesse setzt die Form des kollektiven Subjekts als gleichsam mediatisierende Struktur zwischen dem je epochal-historisch konkreten gesellschaftlichen und dem je individual-historisch konkreten individuellen Prozeß der Gewinnung des Lebens.¹⁶ Die inzwischen zu einem Ideologem geronnene Denkfigur der »Subjektivität« scheint mir kaum mehr geeignet, als subjektanalytische Basiskategorie zu fungieren, insofern sie allzu sehr durch passions- und selbstreflexionsförmige Projektionen besetzt ist. Zur Entmischung der zirkulierenden Begrifflichkeit würde ich deshalb, auch mit Blick auf Holzkamps Grundriß einer »kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität« (bes. Teil II, 1979, 7ff.), für eine Konzeptualisierung der Analyse einmalig-biographischer Verläufe vorschlagen, die Begriffe des kollektiven und individuellen Subjekts gegen den der individuellen Subjektivität abzuheben, und letzteren für eine ganz bestimmte Seite der Herausbildung des individuellen Subjekts zu reservieren. Die Kategorie des individuellen Subjekts höbe demnach ab auf den einmalig-biographischen Vorgang der durch Formations-, Klassen- und Standortspezifik limitierten Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Individuums (zugleich »kulturstufenförmig« zu denken), seine ihm eigenen »natürlichen« Möglichkeiten und Wesenskräfte zur individuellen Vergesellschaftung (Holzkamp 1979, 44ff.) im Rahmen des kollektiven Lebensgewinnungsprozesses zu betätigen und zu einer gestaltungswirksamen Persönlichkeit auszubilden. Deren Kernaspekt bildet subjektanalytisch gesehen das kooperativ-arbeitende Subjekt, das im polit-ökonomischen Licht durchweg als »unmittelbarer Produzent« erscheint.

Ein Konzept von Biographie, das — wie hier tastend vorumrissen — den individuellen Lebenslauf, mit seinen Grundelementen der Vorgängigkeit von Lebensgeschichte, der Gegenwärtigkeit der Lebensvollzüge und der rück- und projektiven Struktur von Lebensperspektive, nicht vom Standpunkt der Genese individueller Subjektivität als selbstreferentiellen Aspekt der Persönlichkeit (»autobiographische« Erfahrungsspur und Bildung reflexiver Handlungssteuerung) aus formuliert, zeichnet die Kategorie »Biographie« als theoretisches Instrument zur Abbildung des individuellen Lebenslaufs in seiner Totalität.¹⁷

Damit ist zunächst angedeutet, daß ein materialistisches Biographiekonzept nicht gleichsam alltagsparadigmatisch den Sachverhalt verdoppeln darf, daß »die Individuen immer von sich selbst ausgegangen (sind), immer von sich selbst ausgehen« (MEW 3, 540). Just diese Verdoppelung des intentionalen, »gewöhnlichen Bewußtseins« wird dort betrieben, wo die individuelle Subjektivität zum »autobiographischen« Pol der Subjektanalyse hypostasiert wird.¹⁸ Biographieanalyse als Weg der Erforschung des individuellen Lebensverlaufes in seiner Totalität hat zum theoretischen Ausgangspunkt, daß die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse der Individuen die »Verhältnisse ih-

res wirklichen Lebensprozesses (sind)* (MEW 3, 540); Verhältnisse, die die Lebens-, Zeit- und Denkformen bestimmen, in denen »die Individuen immer von sich selbst ausgehen«. Mit der Kategorie »Biographie« als Entwurf der theoretischen Reproduktion des individuellen Lebenslaufes sind zunächst a) die Dimensionen materieller und ideeller Biographierung¹⁹, b) historisch-konkrete Bedingungen und Praxen alltäglicher Biographierung und c) die Dimension von Biographierung als prozedierendes Resultat von Selbsttätigkeit und Außendetermination (vor allem im Medium klassen- und standortspezifischer kollektiver Subjekte) auszuarbeiten. Die theoretische Kategorie »Biographie« gliedert sich in zwei grundlegende Denkbestimmungen: 1. in den Aspekt des einmaligen Ausbildungsprozesses eines Individuums zur individuellen Totalität im Vorgang sinnlich-gegenständlicher Selbstbiographierung (mehr und anderes als bloß Askription), 2. in den Aspekt von Biographierung als soziale Durchbildung einer Individualgenese zu einem individuellen Lebenslauf im Zuge der lebensnotwendigen Teilnahme am gesellschaftlichen Prozeß des Lebens. Die Herausarbeitung eines individuellen Lebenslaufes als Vorgang der Entwicklung eines individuellen Prozesses der Lebensgewinnung hinauf zur »individuellen Selbständigkeit«²⁰, zum individuellen Subjekt (als Einheit von eingreifender Tätigkeit und »autobiographischer Kraft«), ist vorgängig gesellschaftlich. Die vorgängige Gesellschaftlichkeit gründet darin, daß die Herausarbeitung eines zur einmaligen Biographie sich formenden individuellen Lebensgewinnungsprozesses (individuelle Lebensweise) einzig über das Hineinarbeiten in und die Verwirklichung der je historisch gegebenen gesellschaftlichen Form der Individuierung (gesellschaftliche Lebensweise als Kulturform) geleistet werden kann.²¹ Der lebenslange Vorgang des Herausarbeitens von individueller Selbständigkeit als Prozeß des Hineinarbeitens in und der Verwirklichung der historischen Individuierungsform, mitsamt ihren angelagerten Institutionen, Ideologie- und kulturellen Zeitformen (Seve 1977, 250)²², konstituiert den individuellen Lebenslauf zur Biographie. Die Biographie eines einzelnen gesellschaftlichen Individuums hat ihre empirisch-konstatierbare Erscheinungsform in der individuellen Lebensweise. Die objektive Bedeutung einer Biographie und der hieran — angemessen oder unangemessen — sich bildende Prozeß der Beimessung subjektiver Bedeutsamkeit (im Wege der Auto-Biographierung des betreffenden Individuums) geht hervor aus dem konkreten Charakter klassen- und standortspezifischer Teilhabe am gesellschaftlichen Lebensgewinnungsprozeß.²³ Die individuelle Lebensweise resultiert aus der standortspezifischen, je individual-geschichtlich gesteuerten und das individuelle Leben gestaltenden Aneignungs- und Vergegenständlichungsleistung innerhalb des Gesamtprozesses gesellschaftlicher Gewinnung des Lebens, der nicht auf die Dimension der Arbeit zu reduzieren ist. Biographie bildet letztlich den sozial strukturierten Vorgang der Erzeugung lebensgeschichtlich bestimmter, individuell-gesellschaftlicher Lebensweise ab, worin die Betätigung und Erweiterung des subjektiven praktischen Lebensvermögens kulturelle Wirksamkeit entfalten. Dessen objektive Bedeutung stellt eine Funktion des gesellschaftlichen Lebensgewinnungsprozesses dar; selbstreferentielle, subjektive Bedeutsamkeit erwächst aus der autobiographischen Widerspiegelung der je eigenen Biographie eines gesellschaftlichen Individuums, gebrochen über die Interessen und Bedeutungswelt kollektiver Subjekte, denen es zugehört. Biographie ließe sich auf diese Weise als eine Kategorie kristallisieren, welche auf die je individualgeschichtlich imprägnierte Bewegungsform abhebt, worin ein Individuum a) zu anderen gesellschaftlichen Individuen sich verhält und b), hierüber orga-

nisiert und ermöglicht, sich zu sich selbst verhält. Dieses Zu-sich-selbst-Verhalten verwirklicht sich im autobiographischen Prozeß. Er bildet ein konstitutives und besonderes Moment der Biographie. Wird festgehalten, daß die Biographie eine materielle Seite besitzt, die in den objektiven Strukturen der Produktionsweise des Lebens gründet, diese Strukturen als historische Formen der Individuierung nicht nur äußere Determinanten bilden (gesellschaftsreferentieller Aspekt), sondern durch die standortspezifische individuelle Aneignung zu Momenten der Biographie selbst werden, dann erscheinen die materiellen Verhältnisse als objektive Strukturmomente der Biographie selbst (individuierungsreferentieller Aspekt). Die Kategorie Biographie weist den subjektanalytischen Weg ausdrücklich gesellschaftswissenschaftlich aus, insofern sie theoretisch reproduziert, daß ein Individuum weder zu anderen noch zu sich selbst sich unmittelbar verhält. Die Subjektbeziehungen, auch die »internen Beziehungen« des Subjekts (Autobiographie), sind immer schon gebrochen und gleichsam prismatisch zerlegt über den zu einem beliebigen Zeitpunkt konstatierbaren ausgereiften Entwicklungsstand eines individuellen Lebenslaufs unter angebbaren sozialen Strukturbedingungen, die sowohl vorgegebene Determinanten, wie auch als konstitutive Momente der Biographie selbst lebensgeschichtlich wirksam sind. Eine so umrissene Sicht von Biographie unterläuft den gängigen Ressortismus von Subjekt- und Gesellschaftswissenschaft, indem sie zunächst zur »Formseite« hin (institutionaler Aspekt) die Bewegungsweise eines individuellen Lebenslaufes betrachtet. Der Formaspekt der Biographie bringt die individuierungsreferentiellen Momente der »ökonomischen Charaktermasken der Personen«, die »Personifikationen der gesellschaftlichen Verhältnisse« (Marx, MEW 23, 100), so wie sie sich in der sozialkulturellen Organisation einer Biographie lebensgeschichtlich verfestigen, zur Geltung.

Verkürzt wäre es allerdings, Biographie ausschließlich unter dem sozio-institutionalen Gesichtspunkt der Bewegungsförm eines individuellen Lebensverlaufes, worin dessen »eigentümliche Logik« sich vollzieht, zu bestimmen (so bei Dormagen-Kreutzenbeck 1980, 175ff.). Hinzutreten hat bei der Ausarbeitung der Kategorie »Biographie« und entsprechender historischer und aktual-empirischer Forschungswerkzeuge die »Organseite« (subjektiver Tätigkeitsaspekt) des individuellen Lebenslaufes. Ohne diesen Gesichtspunkt würde der Terminus »Lauf« mechanistisch und allemal schicksalsmelodisch im Sinne astronomischer Bestimmungen astraler Verlaufskurven resp. »astrologischer Ausdeutung« von Schicksalskurven verfälscht. Erst wenn im Konzept Biographie auch die Herausarbeitung »lebendiger Selbständigkeit« (Hegel 1970, 255), die subjektive Kohärenz stiftende Betätigung und Erfahrung praktischen Lebensvermögens, kurz die lebendigen, subjektiven Triebkräfte des Lebenslaufes als individuelles »Organ« des gesellschaftlichen Lebensgewinnungsprozesses ins Licht gerückt werden, eignet es sich zur theoretischen Widerspiegelung der Bewegungsweise eines einmaligen, individuellen Lebensprozesses. »Form« und »Organ«-Aspekt sind als prozedierendes Verhältnis zusammenzudenken. Fluchtpunkt der Analyse bildet letztlich die »Rekonstruktion der individuellen Selbständigkeit« (Hegel 1970, 255ff.) aus den eine Biographie bestimmenden Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen lebensgeschichtlicher Teilhabe eines gesellschaftlichen Individuums am Prozeß kollektiver, bewußter Verfügung über die Entwicklung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen und -formen. Rekonstruktion individueller Selbständigkeit heißt, den Konstitutionsprozeß einer einmaligen Biographie als kollektiven Erzeugungsprozeß zu begreifen.

Biographietheoretisches Basiskriterium zur Bemessung des Ausprägungsgrades individueller Selbständigkeit bildet der von der »Kritischen Psychologie« eingehend ausgearbeitete Gesichtspunkt bewußter gesellschaftlicher Teilhabe (zuletzt Holzkamp 1979 a, 10, 11). Kultursoziologisch ausgedrückt: die lehensgeschichtlich herausgearbeitete Stufe material kultureller Individualität (sozialer Reichtum in Gestalt persönlichen Lebensvermögens).

Metaphorisch resümiert wäre dem Biographie-Begriff ein forschungsmethodisch erst noch aufzufächernder »Doppelcharakter« zuzuschreiben: im Prozeß seiner individuellen Lebensvollzüge gewinnt das Individuum seine Biographie, entwickelt es Individualkultur, indem es in seinem individuellen Lebensprozeß den gesellschaftlichen Lebensgewinnungsprozeß tätig mitvollzieht; es »schreibt« sinnlich-gegenständlich an seiner Biographie, indem es die »gesellschaftliche Biographie« im Rahmen arbeitsteiliger Kooperation »mitschreibt«. Umgekehrt »schreibt« der gesellschaftliche Lebensgewinnungsprozeß (bzw. die hieraus hervorgehenden kollektiven Subjekte) die Biographie des einzelnen Individuums, indem es anders als durch diesen gar nicht seinen individuellen Lebensprozeß, seine Biographie, gegenständlich »schreiben« kann. In diesem Sinne ist Biographie immer schon Sozio-Biographie. Aus dem Skizzierten dürfte hervorgehen, daß hier Biographie erst sekundär als eine literarische Form verstanden wird. Primär und jeder Art literarischer oder wissenschaftlicher Biographik vorgängig ist sie die prozedierende lebenspraktische Weise der Organisation der Lebensvollzüge zu einem kohärenten individuellen Lebenslauf. Folglich fallen nicht nur Schriftsteller und Künstler, wie eine bekannte Notiz Goethes zur Biographie es nahelegt (1962, 8f.), ihre Biographie in Gestalt einer »Werkbiographie«, auf die sich die »Interpreten« gerne stürzen, aus. Auch die materiellen Produzenten fallen, wovon die geisteswissenschaftliche Biographik wenig zu sagen weiß, weil sie sie nicht zur Kenntnis nimmt, ihre spezifische Werkbiographie aus. Für beide Formen gilt, daß sie nur gesellschaftsanalytisch entzifferbar sind. Werkbiographien in diesem ausgreifenden Verständnis erhärten, daß die Menschen so sind, wie sie ihr Leben äußern. Als subjekt-analytisch zu rekonstruierende Werkbiographie ist dann nicht nur das subjektive Hohlräume ausleuchtende Oeuvre Handkes, sondern auch das Oeuvre Kölner Fordarbeiter zu rekonstruieren. Die »sekundäre« Widerspiegelung solcher Art von Werkbiographie mag Aufgabe von Literatur sein, sie biographiewissenschaftlich zum Sprechen zu bringen, ist Aufgabe einer Subjektwissenschaft, die die lebenslangen »biographischen Eindrücke« der Individuen (ihre autobiographischen Spuren) wesentlich aus ihren »biographischen Ausdrücken«, ihren tätigen Vergegenständlichungen (in Form von kulturell verzehrbaren Gebrauchswerten) heraus zu erhellen vermag. »An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen«. ²⁴

3. Wenn Biographie als Kategorie zur Reproduktion des individuellen Lebenslaufes in seiner Totalität zu entwickeln versucht wird, dann kann sie nicht als wie immer auch offengelegte oder verkappte Autobiographik formuliert werden. In autobiographischer Forschungsform erscheint Biographie, unter die auch eine Reihe identitätssoziologischer Ansätze zur Rekonstruktion der individuellen Bildungsgeschichte zu subsumieren sind²⁵, mehr oder weniger deutlich artikuliert als »Erlebnisgeschichte«, d.h. als Geschichte erfahrungsförmiger Verarbeitung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Kurz, der Ausdruck Biographie thematisiert in den genannten Formen wesentlich den life record und blendet den sozialstrukturierten life course als etwas Äußeres, Vorausgesetztes, als Rahmen allenfalls ein, auf den die innere Erfahrungsgeschichte verarbeitend reflek-

tiert, wenn dieser Aspekt nicht gänzlich ausgeblendet wird. In Varianten phänomenologischer Soziologie wird schließlich die analytische Differenz zwischen subjektiver, erfahrungsförmiger Lebensgeschichte und tatsächlichem Lebenslauf überhaupt zum Verschwinden gebracht.²⁶ Erst auf der Grundlage solcher Präjudikationen macht das, was Schütze unter der Bezeichnung »narratives Interview« vorgestellt hat, Sinn: Rekonstruktion von »Prozeßstrukturen des Lebensablaufes« aus »einer systematischen formalen Analyse von Texten narrativer Interviews« (Schütze 1980, 1). Biographische Analysen restriktiv festzumachen an lebensgeschichtlichen »Großerzählungen« oder auch an einer »psychoanalytischen Untersuchung«, die »sich in Erzählungsfiguren (bewegt)« (Lorenzer 1979, 34), verwischen nicht nur die komplizierte dialektische Struktur von *life record* und *life course*, indem sie Lebensgeschichte aus dem erzählförmig recordierten Lebenslauf zu rekonstruieren beanspruchen und die faktographische Analyse des Lebenslaufes zugunsten der hermeneutischen Auslegung der Erzählungen zu einer verschwindenden Größe herabdrücken (dies mit sozialtheoretischen und methodologischen Folgen, die besonders an den Ursprüngen der »biographischen Methode« in der polnisch-amerikanischen Soziologietradition studiert werden können). Zudem wird die in die Privatform von Erfahrung eingelassene Autobiographie zum Springpunkt des gesamten biographiewissenschaftlichen Rekonstruktionsverfahrens gesetzt, was im übrigen exemplarisch auch für die »Oral History« gilt (vgl. Grele 1980). »Texrographie« bzw. »Psychographie« der gleichsam verinnerten Lebensgeschichte und »Faktographie« des wirklichen individuellen Lebensprozesses entweder zu einem unbegriffenen sowohl-als-auch auseinanderzureißen oder die autobiographische Narration zur Erkenntnisquelle des *life course* schlechthin zu hypostasieren, verkennt die mit der Biographie zu erfassende Struktur des individuellen Lebenslaufes, worin der selbstreferentielle Aspekt des individuellen Subjekts, die autobiographiefähige Subjektivität, eben nur *ein* Moment darstellt. »Autobiographie« stellt sich unter dem hier versuchten Begriff von Biographie dar als ein dem Subjektivitätsaspekt zukommendes Moment, das aus lebensgeschichtlich bestimmten Prozessen selbstreferentieller Widerspiegelung des je eigenen Lebenslaufes, der je eigenen Lebensweise resultiert und dem als individualhistorisches Produkt lebensprospektive Funktion (lebensgeschichtliche Bilanz- und Perspektivbildung) zukommt. Autobiographische Subjektivität ist nicht gleichzusetzen mit der Kategorie des individuellen Subjekts und seinem tatsächlichen Lebensgewinnungsprozeß, aus dem heraus sie sich bildet; sie ist vielmehr ein Moment des praktischen Lebensvermögens der gesellschaftlichen Individuen, entspringt praktischen Bedürfnissen und dient praktischen Interessen der gesellschaftlichen Individuen.²⁷ Auf die Analyse methodologischer Konsequenzen der Verschränkung von autobiographischer Subjektivität und praktischem Lebensvermögen (Vermögen, sich zu vergegenständlichen nicht nur in autobiographisch-schriftlicher oder mündlicher Form) kann hier nicht eingegangen werden; sie ist noch einzulösende Aufgabe.

Nur soviel sei abschließend festgehalten: auf die Figur der Autobiographie ist die wissenschaftliche Reproduktion einmaliger biographischer Verläufe weder ausschließlich noch primär zu gründen, weil *erstens* die gesellschaftsreferentiellen Momente, die der Biographie selbst innewohnen, auf diese Weise nur als faktographische »Variablen« erscheinen, die gleichsam sekundär in die Autobiographie-Rekonstruktion eingespielt, mit ihr »vermittelt« werden (s. Kohli 1978, 24); *zweitens*, weil in der autobiographischen Forschungsform von Biographie einzig die »Innerungen« der Individuen zum ge-

nun biographischen Belang erhoben werden. Demgegenüber wird der Vergegenständlichungsprozeß materieller und geistiger Kultur, die »Welt der Gebrauchswerte«, in seiner biographischen Relevanz völlig unterschätzt. Und endlich werden die vergegenständlichten Beiträge zum gesellschaftlichen Kulturprozeß von der Herausbildung der persönlichen, der »autobiographischen« Kultur abgetrennt. Hermeneutik befaßt sich dann mit der »inneren« persönlichen Kultur, und Faktenwissenschaft mit der »äußeren« individuellen und gesellschaftlichen Kultur, Schulfall zerfallenden Denkens.

Drittens wird mit der Überbewertung des Autobiographischen im Rahmen restriktiv hermeneutisch verfahrenter Forschung das verwickelte Verhältnis von Auto- und gesamt Biographie entstrukturiert. Zentrale Probleme der Rekonstruktion des individuellen Lebenslaufes werden auf die Leistungskraft autobiographischer Produktion und ihrer text- bzw. psychoanalytischen Auslegung überwältigt. »Die meisten Menschen sind im Grundverhältnis zu sich selbst Erzähler« (Musil 1952, 650). Auf diesen von Musil feinsinnig ausgeleuchteten Sachverhalt vertraut jede Art von Narrativik; hieraus bezieht sie ihre methodischen Präferenzen. Doch es verlohnt, Musils angefügte Reflexion zur Kenntnis zu nehmen, daß nämlich »die meisten Menschen ... das ordentliche Nacheinander von Tatsachen (lieben), weil es einer Notwendigkeit gleichsieht, und sich durch den Eindruck, daß ihr Leben einen 'Lauf' habe, irgendwie im Chaos geborgen fühlen« (ebd., 650). Dieser biographisch-autobiographische Gedanke wirft nicht nur Licht auf Musils Lebensgeschichte, sondern vor allem auf die Grenzen bzw. Unwägbarkeiten autobiographisch reproduzierter, subjektiv recordierter Lebensläufe. Auf das Vertrauen ins Autobiographische läßt sich Biographieforschung nicht gründen. Denn, was als biographisch bedeutsames Material zu gelten hat, darüber können zumindest nicht allein und nicht zuerst autobiographische Manifestationen subjektiver Kohärenzbildung (sprich: Identität) entscheiden. Die biographische Relevanz von Struktur-, Prozeß- und Ereignisdaten reicht jedenfalls weiter als der Einzugsbereich autobiographischer Benennbarkeiten, angefangen beim Namen und aufgehört beim Testament. Allein schon der Verweis auf die dialektische Beziehung zwischen »inneren« Zeitformen und gesellschaftlich strukturierter Zeitrhythmik beispielsweise mag andeuten, daß der Faden autobiographisch produzierter Lebensgeschichte nicht schlankweg mit der wesentlichen Entwicklungsspur identifiziert werden kann. Wäre dies der Fall, bräuchte es keine Wissenschaft.

Viertens neigen die als Autobiographik angelegten Biographieentwürfe dazu, die Konstitution »individueller Selbstständigkeit« identitätsparadigmatisch zu vereinseltigen. Identität wird dabei durchweg zu einem innerpsychischen, vor allem selbstreflexiven Modus verzeichnet; wobei die Trennung von Selbst- und sozialer Identität nur jene oben skizzierte Zerfallung von privatförmig gedachtem Ich-Kern (individuelle Subjektivität) und Gesellschaftlichkeit reproduziert, wiederum nur notdürftig zusammengeflickt durch die Rede von der Vermittlung zur »Ich-Identität«. Vor allem eignen sich die geläufigen Identitäts-Konzepte für eine materialistische Biographieanalyse deshalb so wenig, weil in ihnen der Aspekt der sinnlich-gegenständlichen Tätigkeit und ihrer Resultate nahezu gänzlich ausgeschaltet, das individuelle, wesentlich praktische Lebensvermögen psycho- und reflexionstheoretisch aufgelöst wird. Identität ist biographiewissenschaftlich demgegenüber wesentlich als praktische persönliche Kohärenzbildung zu fassen, wie sie aus dem gesellschaftlich bestimmten individuellen Lebensgewinnungsprozeß hervor- und in jenen als tätiges Organ eingeht. Mit der zuletzt genannten

Schwäche hermeneutisierender Biographik korrespondiert schließlich die methodische Neigung, die Analyse fast ausschließlich auf sprachlich vermittelte personal documents abzuheben. Demgegenüber kommen beobachtbare, sinnlich konstatierbare biographische Relevanzen wie etwa die konkrete Arbeitsweise (etwa in ihren haptischen Dimensionen) oder die Wohnweise (etwa in ihren optischen Dimensionen) als Elemente biographischer Konstitution entschieden zu kurz.

4. Abschließen möchte ich die Skizze mit drei Fragen, die auf das zentrale Analyseproblem theoretischer Beliebigkeit bzw. Stringenz bei der Auslese biographischer Relevanzen abheben.

A. Sind die zeitlichen Grenzen einer Biographie deckungsgleich mit den »natürlichen« Endpunkten der biologischen Individualität?²⁸

B. Ist eine Biographie aus dem individuellen Lebensverlauf entzifferbar, bzw. wie sind die individual- und gesellschaftswissenschaftlichen Entzifferungsschritte zu setzen angesichts des Phänomens »individueller Vergesellschaftung«? (Erkenntnistheoretisches und methodologisches Problem einer Wissenschaft vom »Einmaligen«, hier der Biographie).

C. Wie stellt sich für eine soziologische Biographieforschung das Uraltproblem, vor dem alle Biographen immer schon gestanden haben: a) Welche Erscheinungen gehören zur Biographie eines konkreten Menschen? Nur jene, die rückführbar sind auf die Quelle seiner konkreten Lebendigkeit, seiner an seine Körperlichkeit gebundenen Lebensäußerungen (und »innerungen«)? Wenn nicht, wo liegen dann aber die Zurechnungsgrenzen dessen, was als gleichsam biographischer Betreff zu bemessen ist, angesichts der Verschränkung von »individueller« und »gesellschaftlicher Totalität«? Können die subjektiven Zurechnungsgrenzen dessen, was für eine Person als für sie selbst »biographisch« ist, als Index für eine wissenschaftliche Rekonstruktion des biographischen Prozesses genommen werden? b) Welche Erscheinungen aus der riesigen Fülle der zu einer Biographie eines konkreten Menschen gerechneten sind als konstitutiv, d. h. als lebensgeschichtlich wesentlich/formativ herauszufiltern?

Die Bestimmung der Umrisse einer kultursoziologischen Kategorie »individuelle Lebensweise« liefert einen ersten Anknüpfungspunkt. Sie hebt ab auf eine manifeste, sozial kenntliche Lebensspur, entlang der Lebensäußerungen, die als typisch für diesen einmaligen Lebensprozeß aufgefaßt werden können. Dieser »ganzheitliche« Ansatz, Aussage über das, was das Typische der Elemente einer Lebensführung und ihrer Organisation/Komposition ist, bleibt natürlich abstrakt, wenn er nicht sukzessive durch die Sammlung, Beschreibung und Analyse der zu notierenden einzelnen Lebensvollzüge verbürgt wird. Ich denke, es bedarf einer vorgängigen Vorstellung dessen, was als integrierter individueller Lebenszusammenhang zu begreifen ist (vorgestellte Totalität), ehe es zur Elementaranalyse kommt; die Biographieanalyse wird durch die Detailuntersuchung der einzelnen Lebensvollzüge hindurch zurückkehren zum vorgestellten Entwurf der integrierten individuellen Lebensweise (Konkretionsprozeß).

Die vorgängige Vorstellung freilich ist nicht einfach intuitiv zu gewinnen, sondern hierzu ist zunächst der typisierende Rekurs auf die gesellschaftliche Form der Individuierung, worin ein konkretes Individuum sich auf einmalige Weise tätig vergesellschaftet, zu leisten. Endpunkt des Weges von der »ganzheitlichen Vorstellung« über die empirische Erschließung des reichen Ensembles individueller Lebensvollzüge im Bildungsprozeß einer Lebensweise bis zur Einsicht in die wegbestimmende Grundstruktur

eines Lebensverlaufes ist die Herausarbeitung einer nun empirisch gesättigten begrifflichen Reproduktion in Form einer theoretisch bestimmten Biographie. Die Kategorie Biographie hätte demnach, im Unterschied zur empirisch-deskriptiven Kategorie individuelle Lebensweise, begrifflich-theoretischen Status. Sie bildet in ihrer auf einen einzelnen Lebensprozeß hin bestimmten Form die Struktur, Funktions- und Entwicklungsweise eines individuellen Lebensverlaufes ab. Die Kategorie Biographie ist die theoretisch bestimmte gedankliche Reproduktion des *Lebenslaufes* in seiner entwicklungsgeschichtlichen Bestimmtheit. Die Kategorie individuelle Lebensweise beschreibt, gliedert und ordnet den *Lebensverlauf*. Auf dieser Grundlage wird in der Kategorie Biographie der Lebenslauf, die wirkliche Entwicklungslogik des Lebensverlaufes abgebildet.

Erst im Zuge der Gegenstandsbestimmung von Biographie läßt sich schließlich prüfen, ob biographische Methode ein gangbarer Sozialforschungsweg ist.

Anmerkungen

- 1 Wie ein brauchbarer Ansatz, Sozialgeschichte »von unten« in biographischer Form aufzuarbeiten, in ein politisch-didaktisch höchst problematisches, modisches Verfahren umschlagen kann, ist anschaulich an der Ausstellung »Lebensgeschichten« des Nürnberger »Centrum Industriekultur«, die im Herbst 1980 gezeigt worden ist, zu studieren. Verwiesen sei auf den von W. Ruppert edierten Ausstellungskatalog »Lebensgeschichten«, (1980). Vgl. auch Kröll, Spurensicherung?, in: Deutsche Volkszeitung v. 16.10.1980.
- 2 Die in Teil II. referierten konzeptionellen Überlegungen beanspruchen nicht mehr zu sein als orientierende Gesichtspunkte. Sie resultieren aus einer in Arbeit befindlichen Studie des Verf. unter dem Titel »Biographie. Versuch der Bestimmung einer kultursoziologischen Forschungskategorie«. Die differenzierende Ausführung der skizzierten Gesichtspunkte muß einem späteren Beitrag vorbehalten bleiben.
- 3 Zur biographisch-autobiographischen Wende in der bundesdeutschen Literaturentwicklung vgl. Grunenberg/Voigt (1977).
- 4 Einen plastischen Eindruck über den jüngsten Stand vermittelt die Herbstausgabe von »literatur konkret« (1980); vgl. auch Haslinger, »Biographismus« in der Gegenwartsliteratur? (1979).
- 5 Zur neuesten biographisch-lebensphilosophischen Stimmung in der Bundesrepublik Kröll, Biographie. Notizen zur Geschichte und Aktualität eines Krisen-Syndroms, erscheint in: Deutsche Volkszeitung.
- 6 Vgl. Rosenmayr (1979, 56), der keineswegs allein steht mit der These, daß die »Konzeptualisierung Diltheys vermutlich noch immer der beste Ausgangspunkt (ist), um Subjektivität in der Weise aufzufassen, daß sie für die Problemstellung des Lebensverlaufes theoretisch deutbar und in die soziologische Forschung integrierbar wird.« Diltheys selbstbiographische Basiskategorien des »Erlebens und Verstehens« ziehen sich wie ein roter Faden durch die jüngste biographierhematische Literatur, auch wenn mancher Autor sich scheut, ihn zu zitieren (vgl. Dilthey Gesammelte Schriften Band 7, bes. Kap. III, Erster Teil).
- 7 Manche Redewendungen im Umfeld der »Oral History« lassen einen unreflektierten Rekurs auf Diltheys Verstehensprogramm auch dort vermuten, wo er zitatweise gar nicht in Erscheinung tritt; s. beispielsweise die merkwürdige, an methodologisch zentraler Stelle gebrauchte Wendung »nachvollziehbar« bei Bajohr (1980, 670).
- 8 S. die Rezeption des Althusserschen Verfahrens durch Grele (1980, 152ff.).
- 9 So empfiehlt Kohli (1976, 324) zur Bewältigung der schlicht als »Analogie« bestimmten Beziehung »zwischen gesellschaftlicher und persönlicher Lebensgeschichte« die »hermeneutische Anstrengung« zwecks Historisierung der Begrifflichkeit.
- 10 Hierzu, in Anknüpfung an Schütze und letztlich wiederum an Dilthey, Fischer (1978, 312). Zu »bestimmten Berührungspunkten zwischen der biographischen Hermeneutik und der rückgreifenden Aufarbeitung der Psychoanalyse« im Lichte des Diltheyschen Programms »rückgreifenden deutenden Erlebens« Rosenmayr (1979, 59).

- 11 Vgl. kursorisch Hoerning (1980, 685); Grele (1980, 147); Matthes (1978, 207/8); Bajohr (1980, 673/4). Dieses Schwanken gilt im übrigen auch für das historische und literarische Genre Biographie, wenn es als »Sozialbiographie« angelegt wird; vgl. Oelkers (1974), Scheuer (1979, 226ff.).
- 12 Vgl. z. B. Bajohr (1980, 669/700), wo die Dialektik von Absolutheit und Relativität von Wahrheitsproduktion, Engels zitierend, vernebelt wird; s. auch Schütze (1979, 20).
- 13 Hierzu Kröll u. a. (1980, 6).
- 14 Dieser passionstheoretische Grundzug trifft nicht nur auf den psychoanalytischen »Ansatz am Leiden« zu, sondern gilt ebenso für die polnisch-amerikanische Tradition der »biographischen Methode«, wie sie im Polish Peasant entwickelt worden ist, wie für die jüngsten Entwürfe des »narrativen Interviews« (Schütze 1980, bes. 23ff.; Kohli 1980). Diese Erscheinung hängt nicht zuletzt in allen drei Varianten mit den Populationen der Forschung zusammen, die exzeptionell in einer Erleidenssituation sich befinden. Merkwürdig genug, daß ausgerechnet eine solche Optik es leisten soll, von »Spielballmodellen« wegzukommen, wie Kohli (1978, 24) vermeint. Zur Kritik der Leidens-Modelle F. Haug (1977, 209ff.).
- 15 Vgl. die Warnung von Röhr (1979, 140ff.) vor einem erneuten Rückfall in persönlichkeits-theoretische Substantialisierung des »menschlichen Wesens« als nur »außermittigt«.
- 16 Der explizite Rekurs aufs »kollektive Subjekt« scheint mir gerade deshalb geboten, weil in der biographisch-oralistischen Mode eine Tendenz zu beobachten ist, die individuelle Subjektivität gleichsam als Resurrektion gegen die tradierte Organisationsgeschichte der demokratischen und Arbeiterbewegung auszumünzen (vgl. z. B. Bajohr 1980, 680; Hack 1977, 149 und für die Literatur Buch 1975, 17).
- 17 Daß hierfür die biographieanalytischen Werkzeuge noch keineswegs durchgearbeitet sind, ist nicht einfach Ausdruck nicht ausgereifter subjektwissenschaftlicher Methodologie, sondern gründer darin, daß bisher der Gegenstand von Biographieforschung noch keineswegs zureichend bestimmt ist.
- 18 Exemplarisch Lorenzer (1979, 34): »die Psychoanalyse (verbleibt) ganz und gar *innerhalb des Individuums*«.
- 19 Dieser theoretische Aspekt hebt auf die Erscheinung ab, daß ein Individuum etwa durch den Lohnarbeitsvertrag gleichsam durchschnittsindividuell materiell biographiert wird, ohne daß sich hieran ein genuin »biographisches Bewußtsein«, d. h. ein Bewußtsein, daß hierdurch ein biographiekonstitutiver Akt vollzogen wird, notwendigerweise bildet.
- 20 Wesentlich angeregt wurden die hier skizzierten Überlegungen durch subjekttheoretische Analysen Hegels zur bürgerlichen Dramatik; vgl. »Das Kunstschöne oder das Ideal«, bes. II. »Die Handlung« (Hegel Werke 13).
- 21 Auf den biographiethematischen Aspekt der gesellschaftlichen Umwälzung eines formationstypischen Ensembles historischer Formen der Individuierung kann hier nicht eingegangen werden. Er wäre gesondert im Kontext der Kategorie des »kollektiven Subjekts« zu behandeln.
- 22 Unter biographiekonzeptionellen Gesichtspunkten ist es erforderlich, die zum Teil rollenparadigmatisch mißverstandene Theorie historischer Formen der Individuierung auf ihre gesellschafts- und individuierungsreferentiellen Bestimmungen hin auszudifferenzieren. Im Unterschied zu den ersteren (ökonomische Formdetermination) sind die letzteren als Elemente aufzufassen, die in die Konstitution der Biographie eines einzelnen Individuums selbst eingeschmolzen sind.
- 23 Eine weitere Ausarbeitung der Biographie prägenden Beziehung von objektiver Bedeutung und subjektiver Bedeutsamkeit wird gut beraten sein, Brechts »Die Geschäfte des Herrn Julius Caesar« (Gesammelte Werke 14) und seine Notiz »Über die historische Selbstbetrachtung« (GW 12, 548) aufzugreifen.
- 24 Auf die Darlegung der Verknüpfungsmöglichkeit der gegenwärtigen biographietheoretischen Diskussion mit Zwischenresultaten materialistischer Kulturtheorie (s. *Argument-Sonderband 47*) muß hier verzichtet werden. Sie wäre besonders im Kontext der weiteren Ausarbeitung der Theorie historischer Formen der Individuierung auszuführen.
- 25 S. z. B. Luckmann (1979, 1979a) oder die im Sammelband »Identität« (1979) unter der Rubrik »Identität und Autobiographien« versammelten Aufsätze.
- 26 So mokierte sich Goffman in einem Statement während der Arbeitstagung »Biographie in

- handlungswissenschaftlicher Perspektive« (Nürnberg 1980) über die seiner Meinung nach fruchtlosen Bemühungen, zwischen life record und life course analytisch differenzieren zu wollen mit dem Hinweis, beide Aspekte fielen in einem zusammen.
- 27 Über den praktischen Nutzen autobiographischer Subjektivität vgl. Brechts Notiz »Auch der Einzelne hat seine Geschichte« (GW 12, 511).
- 28 M.E. legt die Erinnerung an die Genese der antiken Biographik den Gedanken nahe, die zeitliche Struktur einer Biographie nicht mit den Grenzen biologischer Individualität zu identifizieren; s. das Fortwirken einer Biographie nicht nur in Form des juristischen Testaments, sondern vor allem auch in Form des gelebten, vergegenständlichten Lebens insgesamt als sozial-generatives Testament. (Problem der Kategorie Biographie als »intergeneratives Scharnier«).

Literaturverzeichnis

- Bajohr, S.*: »Oral History« — Forschung zum Arbeiteralltag, in: *Das Argument* 123 (1980).
- Berglar, P.*: Die Wiederkehr der Biographie. Vergangenheitsanschauung und geschichtliche Orientierung, in: *Criticon* 49 (1978).
- Brecht, B.*: Me-Ti/Buch der Wendungen, GW 12, Frankfurt 1973.
- ders.*: Die Geschäfte des Herrn Julius Caesar, GW 14, Frankfurt 1973.
- Buch, H.Ch.*: Vorbericht zu: Literatur nach dem Tod der Literatur. Bilanz der Politisierung, in: *Literaturmagazin* 4 (1975).
- Dilthey, W.*: Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften, Gesammelte Schriften, Band VII, Stuttgart-Göttingen 1958.
- Dormagen-Kreutzenbeck, I.*: Soziologie der Persönlichkeit, Köln 1979.
- Engels, F.* 1883: Brief an Franz Mehring, in: MEW 39.
- Fischer, W.*: Struktur und Funktion erzählter Lebensgeschichten, in: Kohli (1978).
- Goethe, J.W.*: Aus meinem Leben. Dichtung und Wahrheit, Gesammelte Werke in sieben Bänden, Bd. 6, Gütersloh 1962.
- Grathoff, R.*: Zur Bestimmung der soziologischen Struktur von Biographien (vervielfältigtes Vortragsmanuskript, Aachen 1975).
- ders.*: Grenze und Übergang: Frage nach den Bestimmungen einer cartesianischen Sozialwissenschaft, in: Grathoff/Sprondel (Hrsg.), Maurice Merleau-Ponty und das Problem der Struktur in den Sozialwissenschaften, Stuttgart 1976.
- Grele, R.J.*: Ziellose Bewegung. Methodologische und theoretische Probleme der Oral History, in: Nierhammer (1980).
- Grunenberg, A./Voigt, B.*: Das merkwürdige Interesse an Biographien, in: Berliner Hefte für Kultur und Politik (1977), Vol. 2.
- Hack, L.*: Subjektivität und Alltagsleben. Zur Konstitution sozialer Relevanzstrukturen, Frankfurt-New York 1977.
- Haslinger, A.*: »Biographismus« in der Gegenwartsliteratur?, Salzburg-München 1979.
- Haug, F.*: Erziehung und gesellschaftliche Produktion: Kritik des Rollenspiels, Frankfurt-New York 1977.
- Hegel, G.W.F.*: Vorlesungen über die Ästhetik I, Hegel Werke in zwanzig Bänden, Band 13, Frankfurt 1970.
- Hoerning, E.M.*: Biografische Methode in der Sozialforschung, in: *Das Argument* 123 (1980).
- Holz, H.H.*: Die Flucht aus der Geschichte. Nietzsches Wiederkehr als Alibi gegen Marx, in: *Deutsche Volkszeitung* v. 14.8.80.
- Holzkamp, K.*: Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität I, in: *Forum Kritische Psychologie* 4 (AS 34), (1979).
- ders.*: Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität II, in: *Forum Kritische Psychologie* 5 (AS 41), (1979a).
- Hurrelmann, K.*, (Hrsg.): Sozialisation und Lebenslauf. Empirie und Methodik sozialwissenschaftlicher Persönlichkeitsforschung, Reinbek 1976.
- Identität — Poetik und Hermeneutik VIII* (Hrsg. v. O. Marquard und K. Stierle), München 1979.
- Kohli, M.*: Sozialisation und Lebenslauf. Eine neue Perspektive für die Sozialisationsforschung, in: Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages 1974, Stuttgart 1976.

- ders.*, (Hrsg.): *Soziologie des Lebenslaufs*, Darmstadt-Neuwied 1978.
- ders.*: Biographische Organisation als handlungs- und Strukturproblem. Zu Fritz Schütze: »Prozeßstrukturen des Lebensablaufs« (vervielfältigtes Tagungsmanuskript, Nürnberg 1980).
- Kröll, F.: Spurensicherung? Anmerkungen zur Ausstellung »Lebensgeschichten« des Nürnberger »Centrum Industriekultur«, in: Deutsche Volkszeitung vom 16.10.1980.
- Kröll, F./Matthes, J./Stosberg, M.: »Einführendes Arbeitspapier« zur Arbeitstagung »Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive« (vervielfältigtes Manuskript, Nürnberg 1980).
- Leithäuser, Th.: Formen des Alltagsbewußtseins, Frankfurt-New York 1976.
- Leithäuser, Th./Volmberg, B.: Die Entwicklung einer empirischen Forschungsperspektive aus der Theorie des Alltagsbewußtseins, in: Leithäuser u.a. (Hrsg.), Entwurf einer Theorie des Alltagsbewußtseins, Frankfurt 1977.
- Lenz, S. 1961: Ansteckende Gefühle. Tolstoj und die Krise der Kunst, in: *ders.*, *Beziehungen. Ansichten und Bekenntnisse* zur Literatur, München 1972.
- Lorenzer, A.: *Perspektiven einer kritischen Theorie des Subjekts*, Frankfurt 1972.
- ders.*: Die Analyse der subjektiven Struktur von Lebensläufen und das gesellschaftlich Objektive, in: Einundzwanzig Nr. 6, Marburg 1979.
- Lowenthal, L.: Die biographische Mode, in: *Frankfurter Beiträge zur Soziologie*, Band 1 — Sociologica, Frankfurt 1955.
- Luckmann, Th.: Persönliche Identität und Lebenslauf. Gesellschaftliche Voraussetzungen, in: *Biographie und Geschichtswissenschaft* München 1979.
- ders.*: Persönliche Identität, Soziale Rolle und Rollendistanz, in: *Identität*, München 1979a.
- Luhmann, N.: Identitätsgebrauch in selbstsubstitutiven Ordnungen, besonders Gesellschaften, in: *Identität*, München 1979.
- Marquard, O.: Identität: Schwundtelos und Mini-Essenz — Bemerkungen zur Genealogie einer aktuellen Diskussion, in: *Identität*, München 1979.
- Marx, K. 1844: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW Ergänzungsband. Erster Teil
- ders.* 1846: Brief an P.W. Annenkow, in: MEW 4.
- ders.*: Das Kapital, Band 1, MEW 23.
- ders.*: (Aus I. Feuerbach), in: MEW 3.
- Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur*, Argument-Sonderband 47 (1980).
- Matthes, J.: Volkskirchliche Amtshandlungen, Lebenszyklen und Lebensgeschichte, in: Kohli (1978).
- Mehring, F. 1887: Etwas über »große Männer«, in: *ders.*, *Gesammelte Schriften*, Band 5, Berlin 1977.
- Musil, R.: *Der Mann ohne Eigenschaften*, Hamburg 1952.
- Niethammer, L. (Hrsg.): *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der »Oral History«*, Frankfurt 1980.
- Oelkers, J.: Biographik — Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung, in: *Neue Politische Literatur* 19 (1974).
- Osterland, M.: Lebensgeschichtliche Erfahrung und gesellschaftliches Bewußtsein, in: *Soziale Welt* Jg. 24 (1973).
- Plechanow, G.W.: Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, Frankfurt 1976.
- Röhr, W.: Aneignung und Persönlichkeit. Studie über die theoretisch-methodologische Bedeutung der marxistisch-leninistischen Aneignungsauffassung für die philosophische Persönlichkeitstheorie, Berlin 1979.
- Rosenmayr, L.: Lebensalter, Lebensverlauf und Biographie, in: *Biographie und Geschichtswissenschaft*, München 1979.
- Ruppert, W. (Hrsg.): *Lebensgeschichten. Zur deutschen Sozialgeschichte 1850-1950*, Opladen 1980.
- Schaff, A.: *Marx oder Sartre? — Versuch einer Philosophie des Menschen*, Frankfurt — Hamburg 1976.
- Scheuer, H.: *Biographie. Studien zur Funktion und zum Wandel einer literarischen Gattung, vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1979.
- Schütze, F.: Möglichkeiten und Probleme der Anwendung qualitativer Forschungsverfahren in der Sozialarbeit (unveröffentlichtes Manuskript, Bielefeld 1979).
- ders.*: *Prozeßstrukturen des Lebensablaufs* (vervielfältigtes Tagungsmanuskript, Nürnberg 1980).
- Sève, L.: *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*, Frankfurt 3/1977.

Gerhard Wegner

Tansania – auf dem Weg zum Sozialismus?

Als Mitte der sechziger Jahre die gerade unabhängig gewordenen Staaten Afrikas von einer Reihe von Militärputschen erschüttert wurden, in denen, meist unter dem Beifall der Massen, vermeintlich korrupte Führer abgesetzt wurden, beschloß die Tansania African National Union (TANU) unter Führung des Präsidenten Nyerere, einen neuen Weg zur Entwicklung des Landes einzuschlagen. 1967 wurde durch die Partei die Arusha-Deklaration verabschiedet, in der der Aufbau des Sozialismus in Tansania als Ziel einer selbstbestimmten, sich auf die eigenen Kräfte verlassenden Strategie festgelegt wurde.

Unmittelbar darauf wurden die wichtigsten wirtschaftlichen Bereiche verstaatlicht. Private Wirtschaft und ausländische Entwicklungshilfe sollten nur dann zum Zuge kommen dürfen, wenn es in das Muster der geplanten Gesamtentwicklung paßt. Abhängigkeiten sollten abgebaut und Ungleichheiten in der Gesellschaft eingeebnet werden. »Self-Reliance« wurde das Kennwort, mit dem Tansania auf dem Weg zum Sozialismus in Afrika Marksteine setzen wollte.

Zehn Jahre später hat Nyerere in einer Rede, »Die Arusha-Deklaration — Zehn Jahre danach«, Bilanz gezogen. Sie war ernüchternd. Auf der Positivseite war einiges zu verbuchen: so wurde die Gleichheit in der Gesellschaft vergrößert und die größten Probleme, die sich nach den Verstaatlichungen ergaben, konnten gemeistert werden. Andererseits konnte die Effektivität in Staat und Wirtschaft kaum verbessert werden. Ein gleichmäßiges und stetiges Wirtschaftswachstum auf der Basis eigener Ressourcen wurde nicht erreicht. Der Weg zum Sozialismus, so Nyerere, würde viel länger werden, als manche das 1967 angenommen hatten.

Liest man die Rede, so fällt auf, daß von der Entwicklung der Landwirtschaft nur allgemein und relativ kurz gesprochen wird. Das ist umso erstaunlicher, als der Umwandlung der Landwirtschaft nach der Arusha-Deklaration höchste Aufmerksamkeit geschenkt worden war. Dies geschah in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß der Umwandlung der Landwirtschaft in der Entwicklung des Landes zentrale Bedeutung zukommt. Einfach ausgedrückt: die Landwirtschaft muß den Überschuß produzieren, mit dem der Aufbau der Industrie, und damit die erweiterte Reproduktion, finanziert werden kann. E. Preobrazenskij (1971, 158) hat das als »eisernes Gesetz« sozialistischer, primitiver Akkumulation bezeichnet:

»Je wirtschaftlich rückständiger, kleinbürgerlicher und bäuerlicher ein bestimmtes Land ist, das zur sozialistischen Organisation der Produktion übergegangen ist, und je kleiner die Erbschaft ist, die der Fundus der sozialistischen Akkumulation in der Revolution vom Proletariat dieses Landes bekommt, um soviel mehr wird die sozialistische Akkumulation sich gezwungen sehen, einen Teil des Mehrprodukts der vorsozialistischen Formen der Wirtschaft anzueignen, und desto kleiner wird das relative Gewicht der Akkumulation auf seiner eigenen Produktionsbasis sein, d.h. um so weniger wird sie vom Mehrprodukt der Arbeiter der sozialistischen Industrie genährt werden.«

Modelle der Umwandlung der Landwirtschaft zum Zwecke der Akkumulation sind: — Die kapitalistische Umwandlung der Landwirtschaft, wie sie sich in West-Europa vollzogen hat und auch in vielen afrikanischen Staaten (z.B. Kenya) angestrebt wird. Allerdings konnte die historische kapitalistische Akkumulation in Europa neben der Ausbeutung der Bauern auch auf die Ausbeutung der Kolonien zurückgreifen.

- Die Sowjetunion nach der Oktoberrevolution, vor allem zur Zeit Stalins, mit erzwungener Kollektivierung und gewaltsamer Mehrproduktabpressung von den Bauern.
- China zur Zeit Maos, ebenfalls mit Kollektivierung; in welchem Maße gewaltsam, ist schwer abzuschätzen.

Soll in Tansania Sozialismus aufgebaut werden, so ist mithin die Umwandlung der Landwirtschaft zentral. Sie muß sich in zwei Richtungen vollziehen:

- Überwindung der Subsistenzwirtschaft und Steigerung der Produktion;
- Effektive Mehrproduktabschöpfung von den Bauern.

Beide Ziele können in Konflikt geraten. Dies ist besonders dann der Fall, wenn sie zu kurzfristig verfolgt werden. Der Ausweg ist dann entweder Gewaltanwendung oder Rückkehr zu den alten Verhältnissen. Beides läßt sich am Beispiel Tansania studieren.

Ujamaa und Villagization

Der Versuch, die tansanische Landwirtschaft zu transformieren, vollzog sich bisher in zwei aufeinanderfolgenden Strategien, die verschiedene Ziele hatten:

- die Kollektivierung in den Ujamaa-Dörfern;
- die Zusammenlegung der Bauern in Dörfern (Villagization).

Beide Strategien werden oft vermischt, was dann bei gutwilligen Beobachtern dazu führt, daß die gewaltsam erzwungene Villagization als Auswuchs der im Kern freiwilligen und gut funktionierenden Kollektivierung unter dem Motto Ujamaa gesehen wird. Dies trifft jedoch nicht zu.

Ujamaa-Kollektivierung wurde nach der Arusha-Deklaration offiziell propagiert und hatte ihren Höhepunkt zwischen 1969 und 1971. Ziel war es, die Bauern freiwillig zur Siedlung in Dörfern und zur kollektiven Produktion zu bewegen. Anreiz war die staatliche Unterstützung für Dörfer, die zur kollektiven Bewirtschaftung übergingen. Ergebnis: bis 1973 bestanden 5556 Ujamaa-Dörfer, in denen etwa 2 Millionen oder 15 % der tansanischen Bevölkerung lebten (Boesen 1979, 126).

1973/74 änderte sich die Politik total, und mit groß angelegten, gewaltsam erzwungenen Umsiedlungsaktionen wurden bis 1977 fast 90 % der tansanischen Bauern in Dörfern zusammengesiedelt. In den Dörfern blieb es bei privater Landwirtschaft (NA, 77). Die Begründung für diese neue Politik lautete nicht länger, daß alle zum Wohle aller zusammenarbeiten sollten, wie das bei Ujamaa der Fall war, sondern, daß Bauern in Dörfern besser erfaßt, betreut und beraten werden könnten, als in ihren traditionellen Einzelgehöften. Der Tenor änderte sich mithin in das Gegenteil: von der Betonung der Selbsttätigkeit der Bauern zu ihrer Betreuung durch den Staat. Aus der Folge dieser zwei Strategien ist zu schließen, daß die erste spätestens 1973 ad acta gelegt wurde. Ujamaa in dem Sinne, in dem es in aller Welt als »humanistisch-christlicher Sozialismus« bewundert wurde, ist schon lange tot.

Villagization ist im Gegensatz zu Ujamaa nicht eigentlich eine Strategie, sondern beschränkt sich auf die technischen Maßnahmen der Zusammensiedlung der Bauern. Was danach passieren soll, ist nirgends projektiert (Mascarenhas 1979, 145).

Sowohl Ujamaa als auch Villagization sind von Hungersnöten begleitet gewesen: 1974/75 und 1979/80. Die große Debatte ist, ob sie eben dieser landwirtschaftlichen Politik anzulasten sind. Auf der einen Seite wird argumentiert, daß in periodischen Abständen Hungersnöte in Tansania die Regel sind. Sie seien deswegen natürlichen und nicht politischen Ursachen anzulasten. Wenn das stimmt, dann hat die Agrarre-

form zumindest nicht zu einer Erhöhung und Sicherung der Agrarproduktion in den letzten 13 Jahren geführt und dies allein reicht eigentlich, sie als gescheitert anzusehen. Es muß an diesem Punkt allerdings differenziert werden: stark zugenommen hat die Subsistenzproduktion, und zwar mit 7,4 % durchschnittlich real 1973 — 78. Dagegen stieg die Produktion für den »monetären Bereich« nur um 1,7 % im selben Zeitraum (BFA 1972, 2). Gescheitert ist mithin das Ziel, die bäuerliche Produktion in die erweiterte Reproduktion der Wirtschaft einzubinden.

Diese Zahlen unterstützen die Argumentation der anderen Seite, die die Hungersnöte zumindest z. T. auf die bewußte Weigerung der Bauern, ihre Produkte auf den Märkten zu verkaufen, oder sogar auf Produktionsverweigerung angesichts der den Bauern aufgezwungenen Lebensverhältnisse, zurückführt. Andere Formen des Protestes stehen ihnen nicht zur Verfügung (Lofchie 1978, 451).

Gerne wird in diesem Zusammenhang mit dem Individualismus der Bauern argumentiert, der sich gegen die Kollektivierung sperrt (Dumont 1969, 35). Obwohl einiges für diese These spricht (traditionell ist der Bezugsrahmen der Produktion in der kleinbürgerlichen Produktionsweise in Ostafrika die Familie, mit dem Vater als Patriarchen, und nicht der Clan, wie das in der Ujamaa-Ideologie oft dargestellt wird), überzeugt doch mehr die Aussage von v. Freyhold (1979, 116):

»Woran Bauern vor allem interessiert waren, war ein besseres Leben. Wenn das durch kollektive Anstrengungen hätte erreicht werden können, wäre die Mehrheit, die es nie allein erreicht hätte, nicht dagegen gewesen, zusammen zu arbeiten. Chinesische Bauern haben hunderte von Jahren unter extremem Individualismus gelebt und waren dennoch fähig, ihre Aktivitäten in nur einer Dekade erfolgreich zu kommunalisieren.«

Freyhold, die eine der konkretesten Analysen der Ujamaa-Politik in ihrem Buch liefert, sieht den praktischen Grund für das Scheitern der Transformation der Landwirtschaft darin, daß vom Staat nur verbal die Kollektivierung betrieben wurde, in Wirklichkeit jedoch alle Vorteile der schmalen ländlichen »Kulaken«-Klasse zugute kamen. Mithin lag der Fehler der Politik darin, daß Ujamaa nicht als Klassenpolitik der Kleinbauern verstanden werden konnte und die Voraussetzung einer durchgehenden Gleichheit auf dem Lande eine Illusion war. Eine solche Politik wurde nur zu schnell von den Bauern durchschaut, und, da sie nicht ihren Interessen entsprach, abgelehnt. Die Schuld liegt auf Seiten des Staates und der Partei, gegen die der Verdacht besteht, nicht die Interessen zu fördern, denen sie verbal verpflichtet sind.

Wie man es dreht und wendet, die Transformation der Landwirtschaft ist in Tansania bisher nicht weit vorangekommen, und abgesehen von der Rückkehr zu privaten Formen besteht keine Strategie für die nächsten Jahre. Stattdessen gibt es zur Zeit Produktionsprobleme, die sicherlich praktisch z. T. dadurch bedingt sind, daß es sich für den Kleinbauern nicht lohnt, für den Markt zu produzieren, wenn er für das verdiente Geld Dinge wie Salz, Fett, Zucker und Seife nicht kaufen kann, weil es sie in den Läden nicht gibt.

Industrie

Tansania war seit Beginn des 20. Jahrhunderts gegenüber Kenya industriell benachteiligt. Solange der gemeinsame Markt in Ostafrika existierte, siedelten sich die industriellen Konzerne fast ausschließlich in Nairobis Industriegebiet an. Von dort belieferten sie den tansanischen Markt. Dies führte dazu, daß, obwohl Tansania nach der

Unabhängigkeit Privatinvestitionen ähnlich massiv wie Kenya fördern wollte, kaum Investitionen in Tansania vorgenommen wurden. Klar wurde auf diese Weise, daß »normalkapitalistisch« das Land nicht zu entwickeln war.

Nach der Arusha-Deklaration wurde für die Industrie keine Strategie ausgearbeitet. Zwar wurden zentrale Industrien verstaatlicht, aber eine wirklich geplante Industrialisierung, die eine enge Kopplung mit der Entwicklung der Landwirtschaft verlangt, kam nicht voran. So stieg zwar der Anteil der Industrie am BSP von 19,5 % (1967) auf 27,7 % (1974); aber:

»So sehr auch die industrielle Basis expandiert hat, so wenig umfassend ist sie. Sie reflektiert nur sehr wenig vorwärts- und rückwärtsgerichtete Verbindungen zwischen und innerhalb der verschiedenen Sektoren. Sie ist nicht einmal in dem sehr begrenzten Ziel der Import-Substitution erfolgreich gewesen. Z.B. ist bekannt, daß Tansania Phosphat und auch Schwefel-Vorkommen hat. Hinzu kommt, daß es, mit einigen Zusätzen, Ammoniak in seiner Öl-Raffinerie produzieren kann. Jede dieser Substanzen ist Rohprodukt zur Herstellung einer Vielfalt von Düngemitteln. Aber anstatt diese Substanzen zu nutzen, importiert Tansanias Düngemittel-Fabrik alle diese Bestandteile, und, so erstaunlich es klingen mag, es mußte eine spezielle Anlegestelle im nördlichen Hafen von Tanga unter großen Kosten gebaut werden, um den Import von Schwefel, Phosphat und Ammoniak zu ermöglichen.« (NA, 71)

Industrialisierung wurde nach dem, lange Zeit von der Weltbank empfohlenen, Muster der Importsubstitution betrieben. Zur Unterhaltung und Versorgung der Industrie mußte Jahr für Jahr mehr importiert werden, so sehr dies auch dem eigentlichen Ziel dieser Politik widerspricht. Die Importwachstumsrate zwischen 1970 und 1978 betrug 18,1 %, wobei die speziellen Importe für die Industrie noch stärker stiegen. Bezahlen muß das die Landwirtschaft durch Exportproduktion.

Ab 1975 wurde die Situation wegen des Schwunds an Devisenreserven aufgrund hoher Nahrungsmittelimporte angesichts der Hungersnot so schwierig, daß die Zentralbank die Industrie anweisen mußte, teure Lieferantenkredite aufzunehmen. So war von 1975 — 79 die Aufnahme derartiger Kredite in Höhe von 1,5 Mrd. Tansania Shilling (Tshs) lediglich zur Aufrechterhaltung der normalen Produktion in den Fabriken nötig. Die verstaatlichte tansanische Industrie geriet so in die direkte Abhängigkeit von Multinationalen Konzernen, die die Kredite gewährten (alle Zahlenangaben: NA).

Das Wechselkursverhältnis des Tshs zum US-Dollar hat sich in dem hier behandelten Zeitraum nominal nur geringfügig verändert. So war der Kurs von 1966 — 1975 nahezu gleichbleibend 1 US Dollar = 7,14286 Tshs (mit Unterbrechung einer leichten Aufwertung des Tshs im 2. Hj. 1973). Dann, vom 2. Hj. 1975 an, fiel der Kurs auf durchschnittlich: 1976: 8,38943 Tshs, 1977: 8,27007 Tshs, 1978: 7,70394, 1979: 8,21997. Berücksichtigt man allerdings den in diesem Zeitraum stattgefundenen Kursverfall des Dollar, dann wird klar, daß der Tshs rapide an Kaufkraft verloren hat (Zahlen: Information der Bundesbank).

Dem Fehlen einer industriellen Entwicklungsplanung soll nun abgeholfen werden. So wurde ein Zwanzig-Jahres-Plan zum Aufbau einer nationalen Industrie veröffentlicht. Kern dieses Plans ist der Ausbau eines Industrie-Reviers entlang der TAZARA, der tansanisch-sambischen Eisenbahnlinie, die auf diese Weise nach dem voraussehbaren Wegfall der sambischen Kupfertransporte nach der Befreiung Zimbabwes, profitabel gehalten werden soll. Basis des Industrie-Reviers sind Kohle- und Eisenerzvorkommen im Südwesten Tansanias. Was mithin ansteht, ist der Aufbau einer Schwerindustrie, zu dessen Zweck ein vollständiges Umsiedlungs- und Erschließungsprogramm von einer finnisch-tansanischen Kommission erarbeitet wurde.

Das Projekt zur Erschließung der Eisenerzvorkommen soll vier bis fünf Mrd. Tshs ko-

sten. Die geplante Stahlproduktion soll 1985 zwischen 370.000 und 540.000 Tonnen betragen, was bedeuten würde, daß ein Großteil exportiert werden muß. Ob dies aber, angesichts des gegenwärtigen Überangebots von Stahl auf dem Weltmarkt, zu konkurrenzfähigen Preisen geschehen kann, ist fraglich (NA, 65). Die Folge wird sein, daß der Preis für den inneren Markt den Export subventionieren muß, was heißt, daß der lokale Preis relativ zu hoch sein wird. Es fragt sich mithin, ob dieses Projekt nicht zu groß angelegt ist.

Autozentrierte Entwicklung?

Wenn a) die Landwirtschaft nicht sinnvoll transformiert wurde, und b) der Ausbau der Industrie ungeplant und nicht auf die eigenen Ressourcen bezogen vollzogen wird, dann beantwortet sich die Frage, ob Tansania den Weg autozentrierter Entwicklung geht, von selbst. Wenn dieses Land offensichtlich nicht zielstrebig in die Richtung marschiert, die es öffentlich propagiert, stellt sich die Frage, was dann die Triebkräfte der Entwicklung sind. Dies läßt sich in zwei Richtungen untersuchen: externe und interne Faktoren.

Was die externe Steuerung der tansanischen Entwicklung anbetrifft, so ist das Land entgegen den Zielerklärungen seiner Führer in der Arusha-Deklaration abhängiger vom Westen geworden, als es vor der Deklaration war. Tatsache ist, daß die Höhe ausländischer Unterstützung von 588 Mio. Tshs (1961 — 1967) auf 1.730 Mio. Tshs (1967 — 1973) stieg. (Dabei fehlt noch das chinesische Darlehen für den Bau der TAZARA). Die Summe stieg nach 1973 astronomisch an. Im März 1978 betrug die Gesamtsumme der Verpflichtungen Tansanias 13 Mrd. Tshs (NA, 71). Hauptgeldgeber waren Schweden, Niederlande, Kanada, BRD und vor allem die Weltbank. 1978 hatte Tansania 380,7 Mio. Dollar in IDA-Krediten, 210,7 Mio. Dollar in Darlehen, 41,5 Mio. Dollar in Dritte-Welt-Darlehen und 6 Mio. Dollar in IFC-Investitionen erhalten (NA, 85).

Im Handel verstärkte sich der Westanteil der Exporte. Wurden 1975 noch 43,4 % der Exporte nach West-Europa und USA verschifft, so waren es 1976 bereits 52,4 % (NA, 85). Diese Zahlen deuten an, daß Tansania im Griff der westlichen Länder und der von ihnen gesteuerten Weltbank ist. Was will die Weltbank?

»Die Weltbank-Strategie — importsubstituierende Industrialisierung und der Anbau von vermarktbareren Früchten — ist in Wirklichkeit keine Lösung für unterentwickelte Länder. Die Art der importsubstituierenden Industrialisierung bedeutet einen permanenten Abzug von Devisenreserven. Das Ziel der Bank bei der Förderung derartiger Industrialisierung ist die Unterstützung des Exports von Maschinen und Halbfertigwaren von den entwickelten Ländern des Westens in die Dritte Welt. Die Bank erkennt an, daß das Zahlungsbilanzprobleme schafft. Diese zu erleichtern und zugleich den Westen mit billigen Rohmaterialien zu versorgen, fordert sie die Länder der Dritten Welt auf, vermarktbarere Früchte zu produzieren.« (NA, 81; vgl. die Weltbank-Analysen in *Argument* 114 und 120)

Der Einfluß der Weltbank in Tansania ist »all-pervasive«, wie das die Zeitschrift »New African« ausgedrückt hat. Wenn auch Ujamaa im Kern gegen die Strategie der Weltbank gerichtet war, so folgte die dann eingeschlagene Villagization dennoch genau den Weltbank-Empfehlungen. Der Weltbank ging es darum, durch die Zusammensiedlung die Verwaltung der Bauern zu verbessern als Voraussetzung für die Erhöhung der Produktion an Marktfrüchten (NA, 77; vgl. auch Freyhold, 1979a).

Mittlerweile verhandelt Tansania mit der Weltbank über ein 50 Mio. Dollar-Darlehen pro Jahr über fünf Jahre und ohne Zinsen. Dies würde zu den 130 Mio. Dol-

lar pro Jahr hinzukommen, die die Weltbank ohnehin Tansania verleiht. Klar ist, daß so etwas nicht ohne Bedingungen abgeht und daß Tansania in diesem Fall die Forderungen der IMF, die es im letzten Jahr noch kategorisch ablehnte, zumindest zum Teil akzeptieren muß. Zu diesen Bedingungen gehören:

- Abwertung des Tshs,
- Abschaffung der meisten Preiskontrollen,
- Kürzung der Staatsausgaben im sozialen Bereich.

Falls das Land diese Bedingungen akzeptiert, ist die Gefahr für die innere Stabilität groß. Ähnliche Maßnahmen, die, vom IMF verordnet, im Sudan und in Ägypten vollzogen wurden, führten zu Massenunruhen. In Tansania käme hinzu, daß in den letzten Jahren die Inflation (1975 — 1979: 81 %, BFA, 5) die Gehälter der Staatsangestellten aufgeessen hat. Korruption in bisher nicht gekanntem Ausmaß ist an der Tagesordnung. Daß sich unter diesen Bedingungen die massenhafte Identifizierung mit dem Sozialismus aufrechterhalten läßt, ist zweifelhaft.

Neuinterpretation innerer Gegensätze

Wenn es stimmt, daß Tansania von außen einer Destabilisierungspolitik unterworfen ist, kommt der Analyse der inneren Kräfteverhältnisse größere Bedeutung zu, als sich das in der Literatur widerspiegelt. Dabei sollte die Frage, wer der soziale Träger des Übergangs zum Sozialismus in Tansania ist, schon längst zentrale Beachtung gefunden haben.

Im wesentlichen sind es zwei Positionen, die vertreten werden. Einig sind sie sich darin, daß die Klasse, die tatsächlich an der Macht ist, nicht die Arbeiter und Bauern sind, sondern so etwas wie eine Kleinbourgeoisie. Die Differenz der Ansätze liegt darin, wie das Verhältnis dieser Klasse zu den Arbeitern und Bauern gesehen wird.

Saul: Das Selbstmord verübende Kleinbürgertum

J.S. Saul vertritt in einem sehr balancierten Artikel (1974) die klassische Position aller »Tansanophilen«. Interessant ist dabei seine Vorgehensweise. Er analysiert nicht zuerst die politisch-ökonomische Entwicklung und kommt von ihr aus zur Vermittlung mit der herrschenden Politik, sondern er geht umgekehrt vor. Er geht davon aus, daß in Tansania Sozialismus angestrebt wird, identifiziert sich also mit den Absichtserklärungen der tansanischen Führer und listet die Erfolge in dieser Richtung auf. Er fragt dann, wie sie zustande gekommen sind, wer der soziale Träger des Übergangs zum Sozialismus ist und welche Hindernisse sich in den Weg stellen. Die Erfolge sind:

- Verpflichtung zur antiimperialistischen Solidarität,
- Nationalisierung der Produktionsmittel,
- Kollektivierung,
- Umverlagerung der Darlehensabhängigkeit von einzelnen Ländern (UK) zur Weltbank und zu neutralen Ländern,
- Verhinderung der Bildung einer afrikanischen Unternehmerklasse,
- Angleichung der Löhne,
- dauernder ideologischer Kampf usw.

Kern dieser Liste ist die Politik gegenüber der Kleinbourgeoisie: »Ein ernsthafter Versuch ist in Tansania gemacht worden, die Privilegien der Kleinbourgeoisie zurückzuschneiden, ihrer Verwandlung in eine quasi-kapitalistische Klasse (wenn auch einer sehr

abhängigen) zuvorzukommen und eine zunehmende Zahl ihrer Mitglieder dafür gewinnen, eine progressive Rolle zu spielen.« (Saul, 246)

Wie kam es zu dieser Situation? Saul zählt Bedingungsfaktoren auf, die allesamt darauf hinauslaufen, deutlich zu machen, daß die Person und Ideologie Nyereres ausschlaggebend war. Generell hängt die Möglichkeit, daß eine Person solche Bedeutung erlangen konnte, damit zusammen, daß Tansania aufgrund seiner Armut an Rohstoffen wenig in den kapitalistischen Kontext einbezogen war und sich so nach der Unabhängigkeit als »tabula rasa« darstellte. Dies beinhaltete:

- daß die schmale »Elite« keine Möglichkeiten hatte, sich als nationale Bourgeoisie zu etablieren;
- daß die Einheit im Volk breit und nicht tribalistisch gespalten war;
- daß das kulturelle Entwicklungsniveau der Massen sehr niedrig war.

Dies läuft darauf hinaus, daß die Situation bei der Unabhängigkeit »formbar« war und strukturell offen: »Ein Zusammenhang wurde geschaffen, beginnend mit der späten Kolonialzeit, in dem die Kleinbourgeoisie leichter altruistischen 'Selbstmord' begehen können sollte; es war auch ein Zusammenhang, in dem die Masse der Bevölkerung leichter zu einem Bewußtsein ihres Interesses an einer strukturellen Transformation kommen und in Übereinstimmung damit handeln können sollte.« (Saul, 268)

Mithin konnte das idealistische Element in der Politik eine größere Rolle spielen, als unter anderen Umständen: »Nyerere erscheint als notwendige (wenn auch nicht als zureichende) Bedingung, als letztes Glied in der Kette von Faktoren, die Tansanias soziales Experimentieren ermöglicht haben.« (Saul, 269) Aufgrund spezifischer Bedingungen gelang es einer kleinen Gruppe unter Führung Nyereres, nach der Unabhängigkeit einen sozialistischen Kurs einzuschlagen, der gegen die Interessen der Kleinbourgeoisie ging. Sie galt es für den sozialistischen Aufbau zu gewinnen; sie sollte als Klasse »Selbstmord« begehen (der Ausdruck stammt von L. Cabral).

Natürlich ist diese Situation alles andere als eindeutig. Saul wäre der letzte, der die Widersprüche nicht sehen würde. So vollzieht sich im Staatsapparat und in der Partei ein stiller Klassenkampf zwischen der Nyerere-Fraktion und den konservativen Teilen der Kleinbourgeoisie, dessen Waffenstillstände in der Form von Kompromissen zu einer in vielen Punkten unzureichenden Strategie führen.

So sieht auch Saul das Fehlen einer industriellen Entwicklungsstrategie als schweres Manko an, ja er geht noch weiter: »Das Fehlen einer Strategie, die garantieren könnte, daß der neu eingerichtete Rahmen der Staatskontrolle über Überschüsse und Entscheidungen genutzt wird zur Transformation der Wirtschaft«, ist schwerwiegend (Saul, 273). »Schließlich mag man sich fragen, ob es wahrscheinlich ist, daß ein nur zur Hälfte gebautes Haus zu struktureller Transformation lebensfähig sein wird, ob eine ökonomische Revolution mit den Mitteln solchen Reformismus nicht zum Verschwinden gebracht werden kann.« (Saul, 286)

Wenn die Entwicklung Tansanias von Kompromissen und Unzulänglichkeiten geprägt ist, so drückt sich darin der Kampf zwischen verschiedenen Teilen der Kleinbourgeoisie aus. Und eben dieser Kampf ist entscheidend für Tansanias Übergang zum Sozialismus: »Deswegen müssen Nyerere und andere tansanische Progressive wachsam sein vor einer direkten Umkehrung und der Entstellung des Systems der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktionsmittel.« (Saul, 293) Der Kampf der »Progressiven« muß an zwei Fronten geführt werden: es gilt, »...die Anzahl und Effektivität der progressiven Kleinbourgeoisie zu vergrößern und die Energien einer bewußteren und sich artikulierenden Masse der Bauern und Arbeiter freizusetzen.« (Saul, 298).

Soweit Sauls Position. Viele Fragen schließen sich an. Insbesondere läßt Sauls Analyse offen, ob nicht Nyerere in den Auseinandersetzungen innerhalb der Kleinbourgeoisie zu einem »idealistischen« Legitimationsinstrument für kapitalistische Interessen werden kann. Saul scheint diese Gefahr so nicht zu sehen. Aber es fragt sich heute doch, ob angesichts der Art der Industrialisierung, der Re-Privatisierung auf dem Lande und dem Fehlen einer wirklichen Entwicklungsstrategie dies nicht schon längst der Fall ist.

Shivji: Getarnter Kapitalismus

Letzteres ist genau die These Issa G. Shivjis (1976). Er analysiert die Arusha-Deklaration als Machtübernahme der Kleinbourgeoisie, die den Staatsapparat nutzt, um sich gegenüber dem internationalen und asiatischen Kapital eine ökonomische Basis zu verschaffen. Entsprechend ist der Kampf um Unabhängigkeit zu interpretieren:

»Die Kleinbourgeoisie war einer Reihe von Widersprüchen aufgrund der Interessen der kommerziellen Bourgeoisie unterworfen, die ihre begrenzten ökonomischen Aspirationen blockierte und beschnitt. Diese Widersprüche konnten nicht gelöst werden, solange die kommerzielle Bourgeoisie weiterhin politische Protektion durch den Kolonial-Staat erhielt. Zudem konnte die afrikanische Kleinbourgeoisie ohne Hilfe des Staates die kommerzielle Bourgeoisie ökonomisch nicht bekämpfen. Die objektiven ökonomischen Interessen der Kleinbourgeoisie verlangten deswegen den Kampf gegen den Kolonialstaat. Darin fielen ihre Interessen mit denen der breiten Massen zusammen.« (Shivji, 49)

Bauern und Arbeiter bildeten die Basis des Kampfes, aber dies nicht aufgrund ihrer revolutionären Kapazitäten, sondern wegen »ihrer schiereren physischen Kraft« (Shivji, 54).

Im Staatsapparat entwickelte sich die Kleinbourgeoisie zur bürokratischen Bourgeoisie, d.h. zu einer spezifischen Klasse, deren Ziel am besten als Staatskapitalismus beschrieben werden kann. »Die Arusha-Nationalisierungen stellten den ersten offenen Versuch des bürokratischen Sektors der Kleinbourgeoisie dar, sich eine eigene ökonomische Basis zu schaffen.« (Shivji, 79).

Probleme entstehen Shivji in der Analyse der Reproduktion der bürokratischen Bourgeoisie. Soll es eine Bourgeoisie sein, so muß ihre Reproduktion vom Kapitalverhältnis abhängig sein. Dies ist jedoch direkt nicht der Fall, weil der Staat Eigentümer der Produktionsmittel ist.

»Die Akkumulation von Kapital durch den Staat ist ein wichtiges Charakteristikum dieses Systems. Aber es verlangt ein Zurückhalten der bürokratisch-bourgeoisien Klasse im Bereich der Konsumtion, sodaß dem Staat genug für die Akkumulation verbleibt. Zweitens kann dem individuellen Mitglied der Klasse nicht erlaubt werden, zu akkumulieren, denn es ist die Funktion des Staates, im Interesse der Klasse als ganzer zu akkumulieren. Der 'Leadership-Code' war objektiv eine Anerkennung genau dieser Tatsache. Er zwang das individuelle Mitglied der bürokratischen Bourgeoisie dazu, nicht mit dem Staat in der Funktion der Akkumulation zu konkurrieren.« (Shivji, 95) (»Leadership-Code«: Bestandteil der Arusha-Deklaration. Beinhaltet Verbot für politische und staatliche Führer, sich im privaten Sektor zu engagieren. Arbeiter anzustellen, Miete oder Gewinnbeteiligung zu beziehen, mehr als ein Gehalt zu erhalten.)

Die bürokratische Bourgeoisie spielt im tansanischen Kontext, so schließt Shivji, eine progressive, wenn auch nicht, wie es ihrem eigenen Selbstverständnis entsprechen würde, eine sozialistische Rolle. Dies in dreifacher Hinsicht:

- durch die Liquidation der rassistischen Strukturen;
- durch die kleinbürgerliche, antiimperialistische Ideologie, in der der Sozialismus zum erstenmal als Vorstellung zu den breiten Massen transportiert wird;
- durch die Expansion des öffentlichen Sektors, der die materielle Basis zur Errichtung des Sozialismus bedeutet.

Damit trägt sie zur Formierung der Klassen und des Klassenbewußtseins bei:

»Ungeachtet des ideologischen Obskurantismus der Bürokratie haben die Arbeiter und Bauern und andere bewußte Elemente nicht gezögert, Unstimmigkeiten aufzuzeigen. ... Was für eine progressive Rolle diese Klasse auch an einem bestimmten Punkt politisch gespielt haben mag, so wird sie doch schnell erschöpft in dem Maße, in dem sich die Widersprüche mit den ausgebeuteten Klassen, den Arbeitern und Bauern verschärfen.« (Shivji, 98)

Die wahren revolutionären Kräfte sind mithin Arbeiter und Bauern, wobei den Arbeitern die Funktion der Führung zukommt. Sie werden eines Tages die Herrschaft der bürokratischen Bourgeoisie beenden und die ideologische Rhetorik der Kleinbourgeoisie verwirklichen.

So weit Shivji. Es wird deutlich, daß er nicht direkt den Thesen Sauls widerspricht, sondern anders akzentuiert. Entscheidend ist seine Methode: er geht nicht vom Selbstverständnis Tansanias aus, wie Saul, sondern von den sich real vollziehenden Klassenkämpfen, und kommt von daher zu einer bestimmten, klassenspezifischen Füllung des Begriffs Sozialismus. Auch wenn man Bedenken an einigen seiner Aussagen haben mag (z.B. Überschätzung des revolutionären Potentials der Arbeiter und Bauern), scheint mir doch sein Vorgehen das einzig mögliche zu sein. Shivjis Ansatz wäre weiter zu entwickeln und empirisch zu prüfen, um zu einer zureichenden Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklung in Tansania zu kommen.

Schlußfolgerungen

Tansania ist eines der ärmsten Länder der Welt. Und das gilt in jeder Beziehung — sowohl in Bezug auf Rohstoffe als auch auf Manpower. In diesem Kontext vollzieht sich ein die traditionellen Gesellschaften überlagernder und sie zersetzender Klassenbildungsprozeß. Dieser Prozeß wird durch die Gleichheitspolitik überdeckt, aber er geschieht dennoch. Ob es in dieser Hinsicht einen signifikanten Unterschied zwischen Tansania und anderen vergleichbaren afrikanischen Ländern gibt, wäre zu untersuchen.

Was kann unter diesen Bedingungen für Tansania der propagierte Übergang zum Sozialismus bedeuten? Der spezielle tansanische Weg ist gescheitert:

— Das sozialistische Modell der Transformation der Landwirtschaft konnte nicht durchgehalten werden und damit fällt Tansania z.Z. auf kapitalistische Modelle der Akkumulation zurück.

— Weil die Umwandlung der Landwirtschaft nicht gelang, konnte keine autozentrierte Entwicklung verfolgt werden. Die Akkumulation blieb extrem abhängig.

So weit ich sehen kann, bleiben nur zwei Wege der tansanischen Führung offen:

- entweder ein offen repressives Modell der Auspressung der Bauern zu verfolgen,
- oder zurückzukehren zu einem intensivierten kapitalistischen Modell.

Beide Wege konfliktieren mit dem spezifisch »christlich-humanistischen Sozialismus«, der in Tansania aufgebaut werden soll. Ob sich der Übergang zu dieser Politik völlig bruchlos unter der Deckung Nyereres vollziehen kann, ist fraglich. Die Alternative wäre allerdings wohl kaum eine Arbeiter- und Bauernrepublik.

Angesichts dieser Sachlage sollte man aufhören, immer nur die schönen Absichtserklärungen Nyereres und seine Beteuerungen antiimperialistischer Solidarität zu hören, und, ohne sich »moralisch« die Sicht verstellen zu lassen, erst einmal die wirklichen Lebensverhältnisse in Tansania analysieren.

In diesem Zusammenhang müßte auch nicht zuletzt nach der Funktion der Außenpolitik Nyereres im Kontext der inneren Situation Tansanias gefragt werden. Kommt nicht der »revolutionären« Außenpolitik so etwas wie eine Ablenkungsfunktion hinsichtlich der inneren Schwierigkeiten zu? Ganz spekulativ, um die Brisanz der Frage zu verdeutlichen: Hat Nyerere vielleicht nur deswegen die Armee nach Uganda geschickt, damit sie nicht gegen ihn putscht? Wir wissen nicht, ob das stimmt, aber die Begründungen für den Krieg gegen Uganda waren dürftig genug.

Literaturverzeichnis

- BFA = Bundesstelle für Außenhandelsinformation*: Marktinformation Tansania 1979.
- Boesen, Jannik*, 1979: Tanzania: from Ujamaa to villagization, in: *Towards Socialism in Tanzania*, S. 125.
- Brett, E.A.*, 1973: Colonialism and Underdevelopment in East Africa. The Politics of Economic Change 1919 — 39, London etc.
- Dumont, René*, 1969: Tanzania Agriculture after the Arusha Declaration, Dar Es Salaam.
- Freyhold, Michaela von*, 1979: Ujamaa Villages in Tanzania. Analysis of a Social Experiment, London etc.
- dies.*, 1979 a: Wozu die Weltbank Tansania verholfen hat: Der Einfluß der Weltbank auf die landwirtschaftliche Entwicklung Tansanias von 1967 — 1977, in: Hanisch/Tetzlaff (Hg.), *Die Überwindung der ländlichen Armut in der Dritten Welt*, Hamburg, S. 201.
- Goulbourne, Harry (ed)*, 1979: Politics and State in the Third World, London.
- Hyden, Goran*, 1980: Beyond Ujamaa in Tanzania. Underdevelopment and an uncaptured peasantry, London etc.
- Iofchie, Michael F.*, 1978: Agrarian Crisis and Economic Liberalisation in Tanzania, in: *Journal of Modern African Studies*, 16, 3, S. 451.
- Mapulo, Henry (ed)*, 1976: Workers and Management, Tanzanian Studies No. 4, Dar Es Salaam.
- Mascarenhas, Adolpho*, 1979: After villagization — what? In: *Towards Socialism in Tanzania*, S. 145.
- NA = New African*: Tanzania Survey, June 1980.
- Papers on the Political Economy of Tanzania*, 1979: Kwan S. Kim, Robert B. Mabele, Michael J. Schultheis (Eds.), *Studies in the Economics of Africa*, Nairobi etc.
- Preobrazenskij, Evgenij*, 1971: Die Neue Ökonomik, Übersetzung der 2. erw. Auflage, Berlin.
- Saul, John S.*, 1974: African Socialism in One Country: Tanzania, in: Ders. und Arrighi, Giovanni (eds): *Essays on the political economy of Africa*, Nairobi.
- Shivji, Issa G.*, 1976: Class Struggles in Tanzania, London und Dar Es Salaam.
- The Silent Class Struggle*, Tanzanian Studies No. 2, Dar Es Salaam
- Towards Socialism in Tanzania*, Ed: Bismarck U. Mwansasu, Cranford Pratt, Toronto und Dar Es Salaam 1979.

DAS ARGUMENT

Dritte Welt und Erste Welt
 114: Eurozentrismus. Theologie der Befreiung. China. Produktionsweisen.
 116: USA und internationale Ökonomie. Unterentwicklung und Staat.
 120: Kulturelle Identität, Self-reliance. Weltbank; Weltmacht USA.
 je 9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-)

Henning Melber

Staat in der Dritten Welt

Zur Analyse von Herrschaft in Ländern Afrikas

Vorbemerkung: Während vor allem von Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre eine intensive Diskussion um die Ableitung und Bestimmung des Staates in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten — insbesondere auch in der Bundesrepublik — geführt wurde, sind der Staat und die staatstragenden Klassen in der Dritten Welt seit Mitte der 70er Jahre zunehmend zum Gegenstand von Analysen geworden. In der Bundesrepublik orientierte sich die Behandlung dieses Themas weitgehend an den Ansprüchen der Herausbildung einer länderübergreifenden Theorie zum »peripheren Staat«. Bislang umfassendster Ausdruck dieser Bemühungen stellt der Versuch von Evers dar, dessen Bedeutung von Boris im *Argument* 116 kritisch gewürdigt wurde.

Parallel dazu, aber weitgehend unbeeinflusst, entwickelte sich im englischen Sprachraum seit Anfang der 70er Jahre eine intensive Debatte um Genese, Funktionsbestimmung und Formen von hürgerlicher Herrschaft in der Dritten Welt, die bezogen auf die Länder Afrikas, für den nachfolgenden Überblick ausgewertet wurde. Die englische Debatte um den post-kolonialen Staat und seine Herrschaftsträger entwickelte sich dabei — umgekehrt zur Analyse in den bundesrepublikanischen Ansätzen — nahezu ausnahmslos orientiert an der spezifischen Situation bestimmter Länder (bevorzugte Bezugspunkte bildeten bisher Tanzania und Kenya). Entsprechend nuancenreich und vielfältig sind die formulierten Charakteristika der Herrschaftsbedingungen und -funktionen. Die Verbindung der Resultate dieser Analysen mit den auf allgemeinerer Abstraktionsebene gewonnenen Aussagen der deutschsprachigen Untersuchungen wurde bislang mit einer Ausnahme (Ziemann/Lanzendörfer) nicht in Angriff genommen.

Der vorliegende, eher rezeptiv angelegte Beitrag versucht selbst nicht, dieses Problem zu lösen und/oder zur Verfeinerung der entwicklungssoziologischen Theorieproduktion beizutragen. Vielmehr sollen Grenzen und Möglichkeiten der bisherigen Analysen dargestellt werden. Die Erarbeitung eines solchen Überblicks scheint angesichts der Vielfalt an Literatur zu diesem Themenbereich sinnvoll, um den gegenwärtigen Diskussions- und Erkenntnisstand kritisch diskutieren zu können. Dies wurde bislang nur unvollständig geleistet (als einer der ersten, recht unbefriedigenden Versuche im deutschsprachigen Raum kann der Aufsatz von Franke gelten). Hier soll der Versuch unternommen werden, Differenzen zwischen »metropolitanem« und »peripherem« Staat aufzuzeigen, sowie die zentrale Rolle der Träger staatlicher Macht im gesellschaftlichen Kontext afrikanischer Länder zu reflektieren.¹

Ausgegangen wird von einer zusammenfassenden Darstellung staatstheoretischer Ableitungen in den Metropolen (Diskussion des kapitalistischen Staates in der BRD). Im zweiten Teil erfolgt die Modifikation der Staatstheorie bezogen auf Entwicklungsländer, im dritten Teil werden Rolle und Funktion des Staates und der staatstragenden Klassen in den Ländern Afrikas dargestellt.

1. Genese des bürgerlichen Staates und dessen historisch-konkrete Funktionen

Wie Evers (S. 53ff.) konstatiert, gelten in allen marxistischen Ableitungsversuchen des bürgerlichen Staates die Warenform und der Äquivalententausch (als die Form, in der sich die Subjekte der bürgerlichen Gesellschaft aufeinander beziehen) als entscheidende Konstitutionsbedingungen des bürgerlichen Staates (dazu auch Esser, S. 151). Dabei kritisiert Esser, daß die marxistische Staatstheorie bislang die Trennung von Politik und Ökonomie nicht erklärt, sondern jeweils impliziert hätte, indem zwar die funktionale Notwendigkeit politischer Herrschaft begründet wird, nicht aber ihre notwendige Form. Esser zufolge müsse diese Politikform jedoch ebenfalls aus der Warenform abgeleitet werden — als Schaffung einer außerökonomischen Instanz, welche die Bedingungen der Zirkulation garantiert (also die wechselseitige Anerkennung sich gegenüberstehender Warenbesitzer sowie die Einhaltung der Gesetze des Äquivalenten-

tauschs). Dabei muß die Gewaltfunktion von einer am Warentausch nicht beteiligten Instanz monopolisiert werden, um ihre Funktion zur Kodifizierung und Durchführung allgemeiner Gesetze vornehmen zu können, sowie das allgemeine Äquivalent — den Wertmaßstab des Geldes — zu garantieren (*Esser*, S. 151ff.).

Die Genese des bürgerlichen Staates, seine Basisfunktion und allgemeine Durchsetzung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen (nach *Hein/Simonis*): Erweiterte Tauschbeziehungen erfordern ein Netz von Rechtsverhältnissen, um die Gleichheit der Tauschbeziehungen zu wahren. Somit werden legislative und exekutive Funktion zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse erforderlich. Dabei sind die Formprinzipien außerökonomischer Zwangsgewalt der Warenform adäquat durch allgemeine, öffentliche und unpersönliche Gesetze. Der Staat als außerökonomische Gewaltinstanz schützt damit das Grundrecht der Warenproduktion und des Privateigentums. Dabei ist er der Form nach neutrale Instanz, inhaltlich jedoch als Garant des Kapitaleigentums zugleich Schutz der Herrschaft des Kapitals. Die kapitalistische Warenproduktion erzwingt somit eine Verdoppelung der gesellschaftlichen Herrschaft in sachliche Herrschaft des Kapitals und öffentliche politische Herrschaft. Damit ist die außerökonomische staatliche Zwangsgewalt zugleich Klassengewalt.

In seinen Arbeiten zur Rolle des bürgerlichen Staates, die für die Diskussion um den Staat in Entwicklungsländern von bislang zentraler Bedeutung gewesen sind, sieht *Poulantzas* die Funktion des Staates darin, innerhalb einer Struktur mit verschiedenen Ebenen ungleichzeitigen Entwicklungsstands Kohäsionsfaktor der verschiedenen Ebenen einer Gesellschaftsformation zu sein. Kohäsionsfaktor (ein Begriff, der auf *Gramsci* zurückgeht) ist dabei jener Faktor, der einander widersprechende Interessen zusammenhält, also die Einheit der Formation vor dem Zerfall bewahrt. (*Poulantzas* 1975, S. 360f.) Eine Ausweitung und Konkretion dieses Verständnisses erfolgt in einer späteren Arbeit, in der *Poulantzas* den Staat definiert als »die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassenfraktionen« in jeweils spezifischer Ausdrucksform (*Poulantzas* 1978, S. 119; dazu auch S. 122ff.). Wichtig wird dabei die Betonung des Aspektes, daß der Staat ein Spiegelbild der Gesamtheit der Interessen(gegensätze) der jeweiligen Gesellschaft repräsentiert: »Der Staat konzentriert in sich nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen Fraktionen des Blocks an der Macht, sondern auch das Kräfteverhältnis zwischen diesem Block und den beherrschten Klassen« (*Poulantzas* 1978, S. 130). Eine Einflußnahme der beherrschten Klassen kann nur systemimmanent erfolgen, denn im materiellen Aufbau des Staates — bestehend aus internen Reproduktionsmechanismen des Verhältnisses von Herrschaft und Unterordnung — sind diese eben nur als beherrschte Klassen präsent (*Poulantzas* 1978, S. 132; siehe dazu auch die kritische Würdigung von *Hall*).

Als Charakteristika historisch-konkreter Staatsfunktionen können folgende Faktoren angeführt werden: Stand der Klassenkämpfe (z.B. bewirkt eine wachsende ökonomische Stärke der Arbeiterklasse und die zunehmende Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche sozialstaatliche oder repressive Intervention); Form der Rechtsstaatlichkeit (diese garantiert und gestattet möglicherweise, den Klassenkampf politisch auszutragen); Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen (objektive Erfordernisse der Gesamtproduktion verlagern sich zum Aufgabenbereich des Staates als »ideellem Gesamtkapitalist«); Grad der Monopolisierung (wachsender Zwang des Staatsapparates, die Verwertungsinteressen zu berücksichtigen; dieser Prozeß verstärkt die Instrumenta-

lisierung des Staates); nationalstaatliche Schutzfunktion.

Diese Bestimmungsmomente des kapitalistischen Staates erfordern eine Bearbeitung, die den Staat in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einbezieht. Dabei stößt der Staat auf eine strukturelle Begrenzung seiner Lösungsfähigkeit: Der Privatcharakter der Produktion entpolitisiert den kapitalistischen Produktionsprozeß, wodurch die politische Form in ein äußerliches Verhältnis zur materiellen Reproduktion der Gesellschaft tritt. *Esser* meint, daß sich daraus bereits die Unfähigkeit des Staates zum Krisenmanagement ergibt. Insofern die Krise nur zugespitzte Erscheinungsform der der kapitalistischen Warenproduktion immanenten Widersprüche ist, müßte Politik, will sie regulierend eingreifen, nicht die Erscheinungsform Krise, sondern deren Ursprung, die kapitalistische Warenproduktion selbst, beseitigen. Dies kann sie aber nicht, weil sie außerhalb der Produktion steht (*Esser*, S. 159). Staatliches Handeln wird zum Resultat des politisch ausgetragenen Klassenkampfes. Daraus ergibt sich, daß die Politik des Staatsapparates widersprüchlicher wird, je instabiler die Klassenverhältnisse sind.

Hier ist der Hinweis erforderlich, daß diese Aussage ein wichtiges Element zur theoretischen Bestimmung der Rolle des Kleinbürgertums vor allem in der Dritten Welt darstellt. Andererseits ist bei der Übertragung der Funktionsbestimmungen staatlichen Handelns auf die Entwicklungsländer zu berücksichtigen, daß eine Modifikation der Produktionsverhältnisse zu einer Modifikation der Staatsfunktionen führt. Mit *Evers* (S. 12) ist deshalb die Frage zu stellen: Wie modifiziert sich der Staat unter den modifizierten ökonomischen Bedingungen des unterentwickelten Kapitalismus?

2. Bestimmung und Funktionen des Staates in Entwicklungsländern

Abgesehen von den »Modernisierungstheorien« und den darauf basierenden Arbeiten zum Prozeß des »nation building« kann die neuere Entwicklungsländer-Forschung vor allem in zwei Ansätze mit unterschiedlicher Priorität der inhaltlichen Analyse unterteilt werden: dem der Weltmarkttheorien (deren Untersuchungsgegenstand die Modifikation der Wertbewegung und die Formen ungleichen Tauschs sind) und dem der Dependencia-Theorien (die sich auf die Untersuchung der Auswirkungen abhängigkapitalistischer Entwicklung auf die gesellschaftlichen Strukturen im Inneren konzentrieren). Die Schwerpunktsetzung dieser Theorieansätze verdeutlicht zugleich die beiden grundsätzlichen Bestimmungsmomente von Gesellschaften in der Dritten Welt (und folglich auch deren staatlicher Organisation), die sich in externe und interne Faktoren unterscheiden lassen.

Dabei zeigt sich beim Stand der gegenwärtigen Debatte das Embryonalstadium der Theorie des »peripheren« Staates in einer Vielfalt von Begrifflichkeiten und selbst abweichenden inhaltlichen Aussagen von Autoren verwandter wissenschaftstheoretischer Positionen. — So beispielsweise die These des »schwachen« Staates von *Hein/Simonis* gegenüber der des »starken« Staates, wie sie *Sonntag* vertritt.

Als Grundlage zur Einschätzung heutiger Nationalstaaten in der Dritten Welt, insbesondere in Ländern Afrikas, muß die Epoche der Kolonialherrschaft als konstitutives Moment für die Staatsbildung analysiert werden. Denn die Etablierung kolonialer Fremdherrschaft hatte zur Folge, daß die Entstehung moderner Staatsstrukturen und ihrer Funktionen von der »idealtypischen« Staatenbildung in den europäischen Metropolen qualitativ abwich. In den Kolonien vollzog sich die Staatsbildung gewaltsam und von außen: Willkürlich wurden mit der Aufteilung der Kontinente territoriale Ge-

bietseinheiten festgelegt und okkupiert. Die Entstehung zentralisierter Staatsapparate (sprich: kolonialer Verwaltungsinstanzen) war keinesfalls Ergebnis notwendiger, systemimmanenter (endogener) Entwicklung der autochthonen Gesellschaftsformationen oder Ausdruck ihrer inneren Dynamik zur gesamtgesellschaftlichen Organisation in nationalstaatlichem Rahmen. Die Entwicklung bürgerlicher Staatsformen in Ländern unter kolonialer Fremdherrschaft war Ergebnis eines »exogenen Gewaltaktes« (Tetzlaff 1977, S. 57), bewirkt durch die imperialistische Expansion des europäischen Industriekapitals. Die oktroyierte, überregionale beziehungsweise stammesübergreifende Staatsbildung ging schneller vor sich als der Prozeß der Konstituierung der Menschen zu Nationen. Was *Stalin* hinsichtlich der Herausbildung von Nationen in Osteuropa anmerkt, findet auch in der kolonialen Situation (wenngleich die Konstitutionsbedingungen voneinander abweichen) seine Parallele: » ... so bildeten sich hier gemischte Staaten, aus mehreren Völkerschaften bestehend, die sich noch nicht zu Nationen konstituiert hatten, aber bereits in einem gemeinsamen Staat vereinigt waren.« (*Stalin*, S. 139; vergleiche auch *Evers*, S. 107. Zur Kritik Stalinscher Theorien zur nationalen Frage siehe insbesondere *Löwy*, S. 118f.).

Somit trug der Kolonialismus zur Beschleunigung des Staatsbildungsprozesses bei, indem er durch die gewaltsame Installierung seiner zentralen Herrschaftsinstanzen und Durchsetzungsformen kolonialer Interessen die eigenständige Herausbildung einer den ursprünglichen gesellschaftlichen Bedingungsmomenten entsprechenden Staatsform unterdrückte, deformierte und die staatsbildenden Elemente der autochthonen Bevölkerung zur Verwirklichung der eigenen Interessen benutzte. Aus dieser imperialistischen Transplantation resultierte als Ergebnis die Unterbrechung historischer Eigendynamik durch den »exogenen« Kapitalismus (siehe dazu die Aufsätze von *Cabral* zum Verhältnis zwischen Kolonialismus und kolonisierter Bevölkerung; ebenso instruktiv ist in dieser Hinsicht — unter stärkerer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Aspekte solcher Fremdherrschaft — das Hauptwerk von *Fanon*). Dennoch trug der Kolonialismus eben dadurch zur wenigstens teilweisen Herausbildung der Konstitutionsmomente einer Nation entscheidend bei, indem er die Schaffung eines nationalen Marktes (Zusammenschluß des kolonisierten Territoriums zu einer zumindest rudimentären beziehungsweise heterogenen wirtschaftlichen Einheit) und die Etablierung der (kolonial)kapitalistischen Produktionsweise bewirkte, diese Produktionsweise im gesamtgesellschaftlichen Kontext mittels Gewalt zur dominanten erhob, territoriale Gebietseinheiten per Grenzfestlegung schuf und durch die importierte Sprache ein Kommunikationsmedium im nationalstaatlichen Rahmen festsetzte. Mit anderen Worten: Die gesellschaftliche Entwicklung unter der Kolonialherrschaft, beziehungsweise durch sie, hat eine Gesellschaftsformation in nationalstaatlichem Gewand geschaffen, die heute nicht mehr grundsätzlich negiert werden kann.²

Bei einer genetisch-strukturellen Analyse von Staatsfunktionen im peripheren Kapitalismus ist dieses Kapitel kolonialer Vergangenheit von zentraler Bedeutung, um die gegenwärtige Gestalt und Funktion des peripheren Staates bestimmen zu können. *Evers* (S. 41) führt die Berücksichtigung dieses »inputs« sogar zur Konstruktion eines Hilfsbegriffes der »mittleren Ebene« des Besonderen zwischen dem Allgemeinen der logischen Gesetze der Wertbewegung und dem Einzelnen ihrer nur noch konkret-historisch analysierbaren Durchsetzung in jedem Land (zur Problematik dieses Versuchs die Kritik von *Boris*).

Um nun die gegenwärtige Rolle des Staates in der Dritten Welt einschätzen zu können, gilt es vorab die Form des Reproduktionsprozesses im peripheren Kapitalismus zu bestimmen. *Hein/Simonis* benennen dazu zwei Strukturmerkmale:

— Subordinationsverhältnis zum »zentralen« Kapitalismus, bestimmt vom Verwertungsprozeß der Metropolen: Peripherer Kapitalismus repräsentiert danach ein Moment der zentralen Mehrwertproduktion (Bestimmungsmomente sind dabei zahlreiche Mechanismen, wie Weltmarktkonkurrenz, Direktinvestitionen, Kredite und Entwicklungshilfe).

— Blockierter Entwicklungsprozeß peripherer Gesellschaften: Eine Verallgemeinerung der Warenverhältnisse vollzieht sich nicht. Deformierte Durchsetzungsform des Kapitals durch Reproduktion und Perpetuierung nicht-kapitalistischer Elemente (Zusatz: die aber funktional und komplementär sind, also elementarer Bestandteil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Peripherie).

In Ergänzung dazu betont *Hein* in einer späteren Arbeit (1978), daß es innerhalb des globalen Akkumulationsprozesses Teile gibt, um die periphere Nationalstaaten »eine politische Klammer schlagen« (*Evers*, S. 86f.), die sich »qualitativ von jenen Teilen unterscheiden, die jeweils den Reproduktionszusammenhang metropolitaner Gesellschaften bilden« (*Hein* 1978, S. 65). Die Nationalstaatlichkeit wird als besonderer Faktor damit verstärkt berücksichtigt.

Diese Strukturmerkmale bedingen zugleich eine dreifache Strukturkrise: ökonomisch (durch eine nur beschränkte Industrialisierungsmöglichkeit); sozial (durch ständige Marginalisierung gesellschaftlicher Gruppen); politisch (wobei hier die unterschiedlichen Aussagen zur Stärke, beziehungsweise Schwäche des Staates in der Peripherie gemacht werden). Die politische Strukturkrise findet ihre strukturellen Ursachen in

— begrenzter Neutralität durch eine geringe Legitimationsbasis, da die Rechtsfunktion des Staates als Schützer der Besitzenden den Klassencharakter unverschleiert hervortreten läßt und der Staat somit offen Agent der herrschenden Klasse ist;

— instabiler Klassenstruktur, denn die Fraktionierung und Instabilität des »Machtblocks« (*Poulantzas* 1975) führt dazu, daß die politische Herrschaft und die Instrumentalisierung des Staatsapparates von zentraler Bedeutung für partikuläre Interessen wird. Damit entsteht ein Widerspruch zwischen den objektiven Staatsfunktionen (Erhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse) und der Indiennahme des Staates für die Interessen einzelner Gruppen;

— Interventionen im Reproduktionsprozeß durch die tendenzielle Förderung einer Politisierung der Ökonomie und Privatisierungstendenzen des Staatsapparates. Dies bewirkt eine bürokratische Aufblähung des Staatsapparats, Klientelwirtschaft und Korruption. Der Prozeß ist Ergebnis der unvereinbaren Anforderungen an den Staat, die aus der »strukturellen Heterogenität« resultieren.

Die Folge dessen ist ein instabiles Schwanken staatlicher Herrschaft zwischen Repression und Populismus. Als Interventionsstaat in Permanenz kann der Staat wirtschaftlich nicht neutral bleiben. »Seine Funktion als gesellschaftlicher Mittler zwischen den strukturell heterogenen Teilen seiner Gesellschaft zwingt den Staat in die Rolle des permanenten, widersprüchlichen, inkohärenten Krisenmanagers« (*Evers*, S. 126).

Daraus ergibt sich eine zunehmend widersprüchliche Position des Staates, die sich einerseits in dem Versuch artikuliert, weiterhin die klassische Rolle der Vermittlungsinstitution aufrechtzuerhalten und auszuüben, andererseits aber gleichzeitig erfordert, daß

der Staat zunehmend am Produktionsprozeß selbst partizipiert (*Goldbourne*, S. 17). Die nur unvollständig erfolgte Durchsetzung allgemeiner kapitalistischer Warenbeziehungen in den Gesellschaftsformationen der Dritten Welt macht die ideologische Legitimationsfunktion dieser Staatsformen zu einem vorrangigen Erfordernis (*Ziemann/Lanzendörfer*, S. 148). *Evers* (S. 164ff.) verweist in diesem Zusammenhang auf das Sammelsurium politischer Legitimationsversuche des ideologischen Apparates von Staaten in der Dritten Welt.

Aufgrund der Schwierigkeit bei der Entwicklung einer allgemeinen Form des Staates in Entwicklungsländern wird *Perez Sainz* zufolge der Nationalismus zur wichtigsten Fetischierungsform kapitalistischer Dominanz. Der Staat als Garant kapitalistischer Vorrherrschaft wird vor allem durch seine nationale Form mystifiziert. »Staatskapitalismus«³ wird von *Perez Sainz* so auch als Versuch bewertet, eine Manifestierung der Schwäche der nationalen Form des Staates in Entwicklungsländern zu verhindern, und zwar durch eine nationalistische Reorientierung des Akkumulationsprozesses, damit der Staat seine mystifizierte Erscheinungsform behält und die kapitalistische Reproduktion nicht beeinträchtigt wird (*Perez Sainz*, S. 60 und 66). Er argumentiert weiter, daß aufgrund der strukturimmanenten Krise des kapitalistischen Systems in Ländern der Dritten Welt die dortigen Staatsformen (die politische Organisation der Produktion) permanent existentieller Bedrohung ausgesetzt seien. Die besitzenden Klassen würden deshalb die (zeitweilige) Intensivierung staatlicher Eingriffe in den Produktionsprozeß tolerieren. Damit würde der Staat Aufgaben und Ziele der besitzenden Klassen übernehmen und jeglichen Anschein relativer Autonomie durch den Interventionscharakter verlieren (siehe dazu auch *Elliott*, S. 7).

3. Staat und staatstragende Klasse(n) in Ländern Afrikas

Die Thesen von *Alavi* zum »überentwickelten« post-kolonialen Staat — entwickelt an Pakistan und Bangla Desh — wirkten sich auch auf die Diskussion afrikanischer Staaten aus. *Alavis* Aussage zur »Überentwicklung des Staatsapparates« stützt sich auf zwei Argumente: 1) Die Basis des Staatsapparates, der von der post-kolonialen Gesellschaft erbt wurde, lag in der Metropole und war gekennzeichnet durch starke militärisch-administrative Apparatur. 2) Aufgrund seiner Zentralität eignet sich der Staat peripherer Gesellschaften unmittelbar einen großen Teil des produzierten ökonomischen Mehrwerts an, und verwendet diesen für bürokratisch gelenkte »Entwicklungsstrategien« und -aktivitäten. Dabei impliziert die Zentralität des post-kolonialen Staates die zentrale Rolle der Staatsbürokratie.

Während diese Einschätzung *Alavis* von den meisten Autoren übernommen und im konkreten Einzelfall modifiziert wurde, beispielsweise von *Saul* (1974 und 1976) und *Freyhold*, bemängeln *Ziemann/Lanzendörfer* (S. 145), daß eine vergleichbare Bezugsgröße zum Beleg dieser Aussage fehlt (also ab wann eine solche Struktur als überentwickelt gelten könne und in Bezug auf was). Weiterhin orientiere sich eine solche Analyse an der Trennung von administrativer und ökonomischer Struktur. *Ziemann/Lanzendörfer* selbst gehen davon aus, daß solange ein Staat die Erfordernisse zur Sicherung gesellschaftlicher Reproduktion erfüllt, er in Bezug auf seinen Einfluß auf die Gesellschaft weder zu groß noch zu klein, sondern — unabhängig von quantitativen Aspekten — adäquat ist. Auch *Leys* (1976) sieht im Gegensatz zu Vertretern der Position *Alavis* eher die administrative, militärische und bürokratische Verhältnismäßigkeit des ko-

lonialen Staatsapparates in Relation zu seinen Aufgaben. Nach dem Erringen formaler Unabhängigkeit fungiert dieser Staatsapparat zur Kontrolle und Integration der neu aufbrechenden Klassengegensätze post-kolonialer Gesellschaften (wobei *Leys* in dieser Phase nach Erlangung formaler Unabhängigkeit eine drastische Zunahme des Staatsapparates konstatiert). Eine Zusatzbestimmung des staatlichen Aufgabenbereichs in afrikanischen Ländern ergibt sich nach *Cohen* dadurch, daß die Landrechte und Besitzverhältnisse an Boden immer noch überwiegend kollektiv sind. Während demnach der Staat entwickelter Gesellschaften mit ausgeprägten Kapitalverhältnissen und Produktionsweisen klar als Agent zur Aufrechterhaltung und Kontrolle der Produktionsverhältnisse und des Privatbesitzes definiert ist, sieht *Cohen* im post-kolonialen Staat Afrikas dessen Basisfunktion primär mit der Aufgabe verbunden, Besitzverhältnisse und -rechte privatkapitalistischer Produktion erst zu schaffen und auszuweiten (also auch der anhaltenden Phase ursprünglicher Akkumulation gerecht zu werden). Das vorrangige Erkenntnisinteresse bei der Analyse daraus resultierender Herrschaftsverhältnisse und -strukturen sollte *Guy Martin* zufolge darin bestehen, im historischen Kontext den Charakter der spezifischen vorkapitalistischen Produktionsweisen zu erarbeiten, die Einwirkungen des kolonialkapitalistischen und imperialistischen Systems zu erfassen und die Effekte der daraus resultierenden Epoche kolonialer Fremdherrschaft und deren Ausbeutungsverhältnisse sowie deren Resultate auf diese vorkapitalistischen Produktionsweisen zu untersuchen, um dadurch die spezifischen Faktoren der Staatsbildung in den Ländern Afrikas durch die innere Bestimmtheit konkretisieren zu können.⁴

Eine Kontinuität staatlichen Handelns seit der Kolonisierung konstatiert *Shivji* (1975, S. 32f.): In der kolonialen Phase war der Staat nicht nur Regulator und Schützer des ökonomischen Systems, sondern übte außerdem eine dominante, aktive Funktion bei der Schaffung dieses Systems aus. In Kolonien ohne eine starke interne Klassenstruktur wurde die Dominanz des Staates noch verstärkt. Nach Erlangung formaler Unabhängigkeit wird dieser Staat erneut als der dominante Faktor hervortreten, sofern das Kleinbürgertum (und die nationale Bourgeoisie) — wie dies in den meisten Ländern Afrikas der Fall war — relativ schwach entwickelt ist. *Shivji* konzediert so ein gewisses Maß an Kontinuität des Staates mit einem fundamentalen Unterschied: Der dekolonisierte Staatsapparat wird zum Instrument der bis dahin embryonalen Klassenformation des Kleinbürgertums, vermittelt diesem die Absicherung einer ökonomischen Basis und erhebt es zur herrschenden Klasse. Dadurch initiiert staatliches Handeln die Etablierung spezifischer sozialer Beziehungen innerhalb der jeweiligen Gesellschaft. Zur Analyse der bestehenden Ausbeutungsmuster fordert *Cohen* eine größere Konzentration auf die Untersuchung der Verteilungs- und Austauschphäre als auf den Besitz der Produktionsmittel und der Produktionsverhältnisse. Ausgangspunkt bildet dabei die Überlegung, daß weniger der Privatbesitz an Produktionsmitteln als deren Kontrolle sowie die Kontrolle des Verteilungsprozesses und der Austauschverhältnisse die Klassenstruktur in diesen Gesellschaftsformationen bestimmt und entwickelt. Auf dieser Grundlage formuliert er die These, daß das Potential zur Herausbildung und Entwicklung von Klassenverhältnissen nicht ausschließlich auf den Privatbesitz an Produktionsmitteln angewiesen ist, solange Kontrollmechanismen genügend stark ausgeformt sind, um Machtverhältnisse — die in anderen Produktionszusammenhängen automatisch aus den Besitzverhältnissen resultieren würden — aufrechtzuerhalten. Eine These, die

nicht nur in der bereits skizzierten Staatskapitalismus-Debatte implizit ihren Niederschlag findet, sondern unlängst auch zur Beurteilung der post-kolonialen Entwicklung in Mozambique in der Analyse von *Schröder* zum Ausdruck gebracht wurde.

In seiner weiteren Entwicklung der Methodik geht *Cohen* deshalb vor allem auf die staatliche Bürokratie und die Arbeiterklasse ein — deren privilegierte Position als »Arbeiteraristokratie« von *Cohen* im übrigen bezweifelt wird —, die für ihn allesamt keinesfalls bereits endgültig formierte und herauskristallisierte Klassen darstellen (zum mit Recht umstrittenen Begriff der »labour aristocracy« informiert umfassend *Rosenberg*). Er begründet seine Konzentration auf diese Klassenbildungen damit, daß es sich dabei um die deutlichst erkennbaren Formationen handelt, wengleich er eine latente Klassenherausbildung im ländlichen Sektor keinesfalls leugnet und darüber hinaus der Bauernschaft eine wichtige Rolle im weiteren gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß konzidiert. Andere Autoren, so z.B. *Guy Martin*, begründen ihre Konzentration auf die Analyse herrschender Klassen in Afrika damit, daß diese real Herrschaftsträger seien und Ziel der Analyse somit die Erkundung ihrer Stärke und Schwäche sein müsse. Das Kleinbürgertum, als Resultat gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse zentral an den Herrschaftsverhältnissen beteiligt, ist somit diejenige Klassenformation in Ländern Afrikas, der bisher die meiste Aufmerksamkeit der Autoren zuteil wurde.

Die Vielfalt an Analysen korrespondiert dabei mit den unterschiedlichsten Begrifflichkeiten und terminologischen Hilfskonstrukten, mit denen die jeweiligen Autoren das ihrer Meinung zufolge jeweils Spezifische der Staatsbürokratie in Ländern Afrikas zu klassifizieren versuchen (siehe dazu auch *Sklar*, 1979, S. 544ff.). Unter diesen Termini zur Charakterisierung der staatstragenden Klasse(n) befinden sich vorsichtige, neutrale Benennungen wie Staatsbürokratie (*Elsenhans* 1976 a; *Ziemann/Lanzendörfer*) oder die Orientierung am allgemeineren Begriff des Kleinbürgertums (*Saul*). Dazu gesellen sich die »Staatsklasse« (*Elsenhans* 1976 b), die »bürokratische Klasse« von *Lloyd* und die »politische Klasse« von *Cohen* (die dieser noch um den Begriff der »intendant class« erweitert — sinngemäß mit staatlichem Aufsichtspersonal zu übersetzen). Farbig wird das Begriffsspektrum durch pointierte Formulierungen wie die der »bürokratischen Bourgeoisie« von *Shivji* (der diese außerdem in ökonomische und administrative Bürokratie unterteilt), den »nizers« von *Freyhold* (abgeleitet aus dem Begriff der »Africanization«), der »militärisch-bürokratischen Oligarchie« (*Alavi*), der »organizational bourgeoisie« (*Markovitz*) und der »managerial bourgeoisie« (*Sklar* 1979).

In der Beurteilung der Herrschaftsfunktion der Bürokratie und des Kleinbürgertums greift *Freyhold* auf eine Unterscheidung zurück, die bereits von Marx gemacht wurde und von *Poulantzas* (1975, S. 250) wieder aufgegriffen wurde: die in herrschende Klasse und regierende Klasse. Während im Kontext der Entwicklungsländer die erstere die metropolitane Bourgeoisie repräsentiert, entwickelte sich letztere innerhalb der Kolonialverwaltung, um schließlich im post-kolonialen Staat als nach der formalen Unabhängigkeit an die Regierungsmacht gelangte Bürokratie die Kontrolle über die Gesellschaft auszuüben (*Freyhold*, S. 75). *Saul* (1974, S. 353), der im kolonialen Staatsapparat ein Repressions- und Integrationsinstrument zur Eingliederung der ökonomisch aktiven Bevölkerung in die kolonialkapitalistische Produktionsweise sieht (wobei er nicht erkennt, daß Repression ein Mittel zur Integration ist und deswegen nicht damit gleichgesetzt werden kann), benennt für die Entstehung und Einschätzung der bürokratischen Elite des post-kolonialen Staates zwei mögliche Alternativen: 1) Die Staatsbüro-

kratie ist eine Klasse neuen Typs, beziehungsweise eine im Bildungsprozeß befindliche Klasse, die Zugang und Kontrolle der produktiven Ressourcen durch zwei Möglichkeiten erlangt: durch Anwendung staatlicher Macht zur Erwerbung privaten Kapitals oder in ihrer Kollektivfunktion als (Sach-)Verwalter des sogenannten öffentlichen Sektors. 2) Die Staatsbürokratie als fließende, im Formationsprozeß begriffene Kategorie von überwiegend kleinbürgerlicher Herkunft, die aufgrund ihrer Funktion im Staatsapparat als Transmissionsriemen zwischen ausländischen Kapitalinteressen und der Nationalökonomie widersprüchlichen Faktoren ausgesetzt ist. Diese Sichtweise, der sich *Saul* selbst tendenziell anschließt, bestimmt die Staatsbürokratie als potentielle neue Klasse, deren Charakter jedoch — im Gegensatz zu der ersten Position — nicht von vorneherein bestimmbar ist, sondern lediglich aus der konkreten Handlungsweise, die aus den Widersprüchen resultiert, benannt werden kann.

Dies wirft die Frage hinsichtlich der Existenz verschiedener Fraktionen innerhalb einer Klasse auf. Ausgangspunkt wäre dabei der weitest gefaßte Begriff des Kleinbürgertums afrikanischer Staaten als jener einheimischen Klasse, die direkten und unmittelbaren Zugang zum Staatsapparat fand und sich dadurch einen Teil des erwirtschafteten Mehrwerts anzueignen vermochte. Im afrikanischen Kontext wird der Begriff des Kleinbürgertums — abweichend zu der von Marx entwickelten Begrifflichkeit — in doppelter Bedeutung verwendet. Im weitesten Sinne, wie *Freyhold* in einer bisher unveröffentlichten Arbeit »The Workers and the Nizers« umreißt, in Kleinkapitalisten einerseits und all jene, die in einer Bourgeoisie das Ideal erblickten, andererseits (nach *Saul* 1976, S. 14). Der Begriff »petty bourgeoisie« umfaßt also gemäß dieser Definition all jene Bürokraten ebenfalls, die weder Besitz an Produktionsmitteln aufweisen noch Kapital akkumulieren.

Damit läßt sich das Kleinbürgertum afrikanischer Staaten in zwei Fraktionen unterteilen: Kleinkapitalisten (Händler und Kulaken) einerseits und die bürokratische oder intellektuelle Elite im Staatsapparat andererseits. Daß ihre gemeinsame Klassenzugehörigkeit trotz unterschiedlicher ökonomischer Stellung sich rechtfertigen läßt, begründet *Poulantzas* — der wiederum die Unterteilung in »traditionelles« und »neues« Kleinbürgertum vornimmt (*Poulantzas* 1973, S. 33 und 37) — mit der gleichen Wirkungsweise dieser Fraktionen im politischen und ideologischen Bereich. Charakteristisch für dieses Kleinbürgertum ist seine Zwischenposition, die eine politische Organisierung in einer eigenständigen Partei kaum zuläßt und notwendigerweise zu einer politisch instabilen Struktur führt, die den Opportunismus Blüten treiben läßt. Aufgrund der eigenen Schwäche lehnt sich das Kleinbürgertum zumeist der aktuell herrschenden Klasse an, beziehungsweise jener mit »Hochkonjunktur« (*Saul* 1976, S. 15, unter Bezugnahme auf *Poulantzas*).

Dieser Klasse der Kleinbürger kommt im formal unabhängigen post-kolonialen Nationalstaat Afrikas funktional die größte Bedeutung zu, da sie die politische Macht übernimmt und ausübt; aufgrund der eigenen Schwäche eine Anforderung, die selbst die reibungslose Aufrechterhaltung neokolonialer Produktionsverhältnisse und -bedingungen, die hauptsächlich in der Wahrung politisch stabiler Verhältnisse besteht, gefährdet und in Frage stellt. Da es sich dabei nicht um eine etablierte, unumstößliche Klassenformation handelt, bewirkt das Embryonalstadium des Konstituierungsprozesses eine erhöhte Labilität der sozialen Stratifikation, die sich in Fraktionierungen manifestiert, die von internen Verteilungskämpfen und Allianzen⁵ bis zum als

Klasse Selbstmord begehenden Kleinbürger reichen (*Cabral* 1974, S. 57ff. und S. 25ff.).⁶

Zwei Aspekte dürfen somit nicht ignoriert werden, wenn es um die Einschätzung der Rolle des Kleinbürgertums geht: deren objektiver Handlungsspielraum, bestimmt durch die internationalen Kapitalverhältnisse als dominantem Bestimmungsmoment für die Funktionalisierung, sowie deren subjektive Zielsetzung, Ausdruck des gesellschaftlichen Bewußtseins und/oder der Fraktionszugehörigkeit innerhalb der Klasse. Als weitere Relativierung nehmen wir an dieser Stelle den Hinweis von *Poulantzas* (1975) auf, daß der Klassencharakter der Staatsbürokratie sicherlich nicht zugleich der bestimmende für den des Staates sein könne. Denn er ist Resultat der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse und Herrschaftsbeziehungen. Diese sind keinesfalls statisch, trotzdem könnte wohl kaum jemals ein Kleinbürgertum der bestimmende Faktor zur Errichtung oder Aufrechterhaltung bestimmter Produktions- und Klassenverhältnisse sein. Das heißt, selbst wenn die »relative Autonomie« der Staatsbürokratie existiert, und diese außerdem ein eigenständiges Klassenbewußtsein besitzt, wird dadurch dennoch keinesfalls der Klassencharakter des Staates bestimmt, noch repräsentiert diese Staatsgewalt ausschließlich diese spezifischen Interessen.

Für die afrikanischen Staaten gilt in dieser Hinsicht festzuhalten, daß die dominierenden Klasseninteressen immer noch in der ausländischen Bourgeoisie verankert sind. *Leys* (1976) gibt deshalb zu bedenken, daß es demnach weniger zu untersuchen gelte, ob die Staatsbürokratie eine bürokratische Bourgeoisie geworden ist, als vielmehr zu analysieren, ob der Staat nach wie vor den Interessen des ausländischen Kapitals dienlich ist.

4. Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Die bisher vorliegenden Ansätze zur Analyse staatlicher Herrschaft verdeutlichen, daß die Ebene der allgemeinen Staatsbestimmung auf Grenzen stößt (vgl. dazu auch *Kasch*). Die bereits erwähnte, von *Boris* formulierte Kritik am Anspruch des Eversschen Konstrukts der »mittleren Ebene« für die allgemeine Bestimmung der Besonderheiten des Staats und dessen Funktionen in der Dritten Welt wird dabei durch die Ergebnisse einer Arbeit von *Simonis* über »Staat und politische Integration im peripheren Kapitalismus« überzeugend ergänzt. *Simonis* erhebt darin den Einwand, »daß die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie zur Begründung spezieller Theorien des 'zentralen' beziehungsweise des 'peripheren' Staates nicht ausreicht, da — unhistorisch die Entwicklungsstadien der kapitalistischen Produktionsweise ... unberücksichtigt bleiben; — reduktionistisch die Vielfalt und Hierarchie kapitalistischer Gesellschaftsformationen auf zwei polare Typen abgebildet werden; — ökonomistisch der Überbau als ein Reflex und Instrument der Basis behandelt wird und der Klassenkampf von ökonomischen Sachzwängen bedingt erscheint« (zitiert nach *Hein* 1980, S. 3).

Was *Esser* in einer Kritik der Ableitungs-Diskussion für den entwickelten Kapitalismus formuliert, hat in dieser Form auch Gültigkeit für die Staatsdebatte in der Dritten Welt: »Notwendigkeit, Grundfunktion, Klassencharakter, Gemeinwohl-Illusion der Politikform sowie ihr Verhältnis zur ökonomischen Struktur sind zwar logisch bestimmt, jedoch nicht historisch konkretisiert. Doch erst diese historische Konkretisierung, und zwar im Sinne einer Nachzeichnung des historisch-konkreten kapitalistischen Reproduktionsprozesses als vermittelte Einheit von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Faktoren unter Einbeziehung des Weltmarktes ist die Vor-

aussetzung für eine empirisch fundierte Staatstheorie des entwickelten Kapitalismus« (Esser, S. 159).

Zugleich müßte künftig in der Diskussion der bisherige Rahmen einer Herrschaftsbestimmung, die sich an der Analyse der Staatsbürokratie orientiert, überwunden werden. Zwar wird dadurch ein substantieller Bereich der Politikform und der Herrschaftsbeziehungen erfaßt. Andererseits jedoch ergibt sich aus der Instabilität des Kleinbürgertums als Hauptgegenstand bisheriger Analysen die Notwendigkeit, zur Beurteilung der politischen Sphäre peripherer Gesellschaften eine Analyse der Produktionsverhältnisse, Klassenbildungstendenzen und daraus resultierendem politischen Bewußtsein aller gesellschaftlichen Formationen als Bestimmungsmomente politischer Herrschaft den externen Faktoren gegenüberzustellen.

Eine Kritik der bisherigen analytischen Vorgehensweise leistet *Leys* (1976), indem er die (in seiner eigenen Arbeit nicht eingelöste) Forderung aufstellt, daß der Klassenkampf innerhalb der jeweiligen Gesellschaft jeweils Ausgangspunkt der Analyse zu sein hätte, nicht der Staat. Nur durch die Analyse der gesellschaftlichen Prozesse und der Funktionen der jeweiligen Klassen sei eine Einschätzung der Bedeutung des Staates möglich. Eine Nutzbarmachung der für den Agrarsektor entwickelten Analyseansätze von *Stavenhagen* (siehe dazu *Leggewie*) und *Bennholdt-Thomsen/Boeckh* scheint dabei in Bezug auf die stärkere Berücksichtigung der Bauernschaft vielversprechende Möglichkeiten in Aussicht zu stellen.

Die bisherige Debatte zeigt Tendenzen, durch die Verengung des Blickfeldes auf einzelne, strategisch durchaus wichtige Klassenformationen, wie die der staatlichen Bürokratie, eine statische Interpretation zu liefern. Dagegen plädieren wir für die Beendigung einer Debatte, die sich im bisherigen Rahmen weitgehend erschöpft hat, sowie für deren Neubeginn unter anderen Prämissen. Die bisherigen deutschsprachigen Beiträge versuchten vornehmlich die Ableitung des »peripheren Staates« und eine punktuelle Bestimmung und Einordnung der staatstragenden Klasse(n) hinsichtlich der Allgemeinheit ihrer Besonderheit zu leisten. Demgegenüber sind die englischsprachigen Analysen bislang zumeist charakterisiert durch eine differenzierte, an nationalen Phänomenen orientierte Diskussion um staatliche Herrschaft und deren Träger. Über diese Ansätze hinausgehend stellt sich die Aufgabe der stärkeren Berücksichtigung und Einbeziehung des Wechselverhältnisses von Produktionsweise — Klassenformation — Klassenkampf — Staat, um in historisch-genetischer Regionalanalyse die tendenzielle »Herrschaftssoziologie« beziehungsweise Soziologie der herrschenden Klasse(n) abzulösen.

Anmerkungen

- 1 Ausgeklammert bleibt dabei die spezifische Situation der Länder unter weißem Minderheitsregime im südlichen Afrika (Namibia, Südafrika). Zum »Sonderfall« Südafrika siehe u. a. die Aufsätze von *Clarke, Solomons* und *Melber* (1979 und 1980).
- 2 Es ist eine andere Frage, ob dies gleichzeitig in der Phase der Dekolonisation die rigide Übernahme der vom Kolonialismus geschaffenen territorialen Einheiten als nationalstaatlich souveräne Gebiete fordert, wie dies in Afrika durch Beschluß der OAU festgelegt wurde.
- 3 Die Notwendigkeit des wachsenden ökonomischen Partizipationsgrades des Staates in Entwicklungsländern ist dabei häufig mit dem Postulat der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft verbunden. Diesen »Sozialismus« ordnet *Robert Martin* (S. 324) — ähnlich dem Postulat der »Entwicklung« — der Ideologie einer spezifischen Herrschaftsform bei, die realiter zu schlichter bürokratischer Herrschaft degeneriert ist. Die ideologische Rechtfertigung

dieser Verbürokratisierung leitet sich aus der Notwendigkeit staatlicher Kontrolle zur gesellschaftlichen Entwicklung ab. *Mafeje* (1978) und *Petras* haben zur Analyse dieser Formen staatlicher Herrschaft und gesellschaftlicher Organisation den Begriff des Staatskapitalismus in seiner spezifischen Bedeutung für »Übergangsgesellschaften« in der Dritten Welt entwickelt und verwendet. *Ziemann/Lanzendörfer* zufolge (S. 177) reflektiert ein solcher Staatskapitalismus die verstärkten gesellschaftlichen Widersprüche. Die damit verbundene Ideologie wird meist zur Legitimierung der Statusinteressen der Bürokratie mißbraucht. *Amin* (S. 245) gelangt in der Zusammenfassung seines Vergleichs des Entwicklungsprozesses der Maghreb-Staaten zu dem Ergebnis, daß anstelle des proklamierten Sozialismus das von der neuen Bourgeoisie etablierte ökonomische und politische System einem schwachen und letztlich abhängigen Staatskapitalismus zur Geburt verholfen habe.

- 4 Dabei ist eine Etappe in der Diskussionsphase inzwischen überwunden: Der durch die Theorien des »afrikanischen Sozialismus« verbreitete Mythos der klassenlosen vorkolonialen Gesellschaftsstrukturen wurde entschleiert. Die zentrale Erkenntnisfrage zielt somit nicht auf die Existenz verschiedener Klassen ab, sondern deren Charakter und Zusammensetzung.
- 5 Über den »Balanceakt« der staatlichen Vermittlerrolle zur Wahrung des Gleichgewichts zwischen unterschiedlichen Produktionsweisen (Konservierung bzw. Garantie der Reproduktionsmöglichkeiten im nicht-kapitalistischen Sektor einerseits und der Minimumofferten effektiven Wettbewerbs für den kapitalistischen Sektor andererseits) sowie die damit verbundene Funktion der höheren staatlichen Bürokratie informiert *Leys* (1975, S. 193ff.). Im Entwicklungsprozeß der (petty) bourgeoisie verdrängt das neue Klassenbewußtsein *Leys* zufolge (1975, S. 176) die »bonds of language and kinship« früherer Zeiten zugunsten der höheren Bewertung geschäftlicher Fähigkeiten auf der Grundlage intertribalistischer bzw. stammesübergreifender kommerzieller Interessen. Tribalismusargumente finden sich nur noch bei Verteilungskämpfen um »white collar jobs« sowie stammesintern zur Verschleierung ökonomischer Ungleichheiten. Bestehende Formen von Tribalismus — die sich in Krisenzeiten extrem verschärfen können — sind so einerseits als Ausdruck des Antagonismus zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten zu bewerten (inter-tribalistische Ebene) und andererseits (auf stammesinterner Ebene) als Beschwichtigungsinstrument zur »Milderung« bestehender Ungleichheit (siehe dazu *Leys* 1975, S. 203 und 206).

Ein genereller Hinweis zur Relativierung scheint angebracht bei der Beurteilung des Phänomens: Formen des Tribalismus sind konkretes Resultat spezifischer historischer (Kolonisierungs-)Prozesse und der sozio-ökonomischen Folgen der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Verbindung mit der jeweiligen Herrschaftsstrategie des Kolonialregimes. Sie müssen deshalb jeweils gesondert im nationalstaatlichen Kontext unter Berücksichtigung dieser Faktoren ideologiekritisch analysiert werden. An grundsätzlichen Texten dazu *Sklar* (1967) und *Mafeje* (1971).

- 6 Vgl. dazu auch die Relativierung der von *Cabral* unter den Bedingungen des nationalen Befreiungskampfes vollzogenen Aussage durch *Freyhold* (S. 87). Die Autorin gelangt abschließend zu der Meinung, daß zwar individuelle Intellektuelle Illusionen hinsichtlich ihrer Klassenposition haben mögen oder diese sogar in Solidarität mit den unterdrückten Klassen aufgeben. Die »nizers« als Klasse dagegen wären frei jeglicher selbstmörderischer Tendenz und tolerieren solche Intellektuelle nur, weil diese dabei behilflich sind, neue Wege zu erschließen und ihre Aktivitäten zu legitimieren (*Freyhold*, S. 89).

Literaturverzeichnis

- Alavi, Hamza*: »The State in Post-Colonial Societies — Pakistan and Bangla Desh«, in: new left review, No. 74, July/August 1972, S. 59-81.
- Amin, Samir*: The Maghreb in the Modern World. Algeria, Tunisia, Morocco. Harmondsworth: Penguin 1970, pp. 256.
- Autorenkollektiv*: Ideenkämpfe in Afrika, Asien, Lateinamerika. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter 1980. 360 S.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Boeckh, Albrecht*: »Zur Klassenanalyse des Agrarsektors: Mexiko«, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen (Hrsg.): Subsistenzproduktion und Akkumulation. Saarbrücken: Breitenbach 1979, S. 101-173.

- Boris, Dieter:* »Unterentwicklung und Staat. Zu einem Buch von Tilman Evers«, in: Das Argument, 21. Jg., Nr. 116, Juli/August 1979, S. 523-533.
- Cabral, Amilcar:* Die Revolution der Verdammten. Der Befreiungskampf in Guinea-Bissau. Berlin (West): Rotbuch Verlag 1974, 142 S. (Insbesondere: Kurze Analyse der Gesellschaftsstruktur in »portugiesisch« Guinea, S. 13-30, und Grundlagen und Ziele der nationalen Befreiung in Bezug auf die Sozialstruktur, S. 40-60).
- Chodak, Szymon:* »Social Stratification in Sub-Saharan Africa«, in: Canadian Journal of African Studies, 7 (1973) 3, pp. 401-417.
- Clarke, Simon:* »Capital, Fractions of Capital and the State: 'neo-marxist' Analyses of the South African State«, in: Capital & Class No. 5, Summer 1978, pp. 32-77.
- Cohen, Robin:* »Class in Africa: Analytical Problems and Perspectives«, in: The Socialist Register 1972. London, S. 231-255.
- Dos Santos, Theotonio:* »The Concept of Social Classes«, in: Science and Society, 34 (1970) 2, pp. 166-193.
- Elliott, David L.:* »A Symposium: State and Social Formation in the Capitalist Periphery. Introduction«, in: The Insurgent Sociologist, Vol. IX, No. 4, Spring 1980, pp. 3-8.
- Elsenhans, Hartmut:* »Neun Thesen zum Verhältnis von Staatsapparat und Multinationalen Konzernen in der Dritten Welt«, in: Dieter Senghaas / Ulrich Menzel (Hrsg.): Multinationale Konzerne und Dritte Welt. Opladen: Westdeutscher Verlag 1976 a, S. 170-180.
- Elsenhans, Hartmut:* »Zur Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung«, in: Alfred Schmidt (Hrsg.): Strategien gegen Unterentwicklung — Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 1976 b, S. 250-262.
- Elsenhans, Hartmut:* »Die Staatsklasse/Staatsbourgeoisie in den unterentwickelten Ländern zwischen Privilegierung und Legitimationszwang«, in: Verfassung und Recht in Übersee, 10. Jg., 1. Quartal 1977, S. 29-42.
- Esser, Josef:* Einführung in die materialistische Staatsanalyse. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 1975, 182 S.
- Evers, Tilman:* Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen. Köln/Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1977, 231 S.
- Fanon, Frantz:* Die Verdammten dieser Erde. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1969, 242 S. (Insbesondere: Mißgeschichte des nationalen Bewußtseins, S. 115-157).
- Frank, André Gunder:* »Wirtschaftskrise und Staat in der Dritten Welt«, in: Starnberger Studien 4. Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1980, S. 225-268.
- Freyhold, Michaela von:* »The Post-Colonial State and Its Tanzanian Version«, in: Review of African Political Economy, No. 8 (January-April 1977), S. 75-89.
- Girling, Sherry:* »The State in Post-Colonial Societies — Pakistan and Bangladesh. Comments on Hamza Alavi«, in: Working Papers on the Kapitalistate, No. 2/1973, December 1973/January 1974, pp. 49-51.
- Goldbourne, Harry:* »Some problems of analyses of the political in backward capitalist social formations«, in: Ders. (ed.): Politics and State in the Third World. London: MacMillan 1979, S. 11-32.
- Hall, Stuart:* »Nicos Poulantzas: State, Power, Socialism«, in: new left review, No. 119, January-February 1980, pp. 60-69.
- Hein, Wolfgang:* »Kapitalakkumulation im Weltmaßstab und die Rolle des Nationalstaates in der Dritten Welt«, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte 2, Berlin (West): Olle & Wolter 1978, S. 53-78.
- Hein, Wolfgang:* Zur Diskussion über den Staat in der kapitalistischen Peripherie — eine kommentierte Kurzbibliographie (unveröffentlicht), Seminarvorlag. IAI/FU Berlin, SS 1980, 8 S.
- Hein, Wolfgang / Simonis, Georg:* »Entwicklungspolitik. Staatsfunktionen und Klassenauseinandersetzung im peripheren Kapitalismus«, in: Alfred Schmidt (Hrsg.): Strategien gegen Unterentwicklung — Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 1976, S. 216-246.
- Hein, Wolfgang / Stenzel, Konrad:* »The Capitalist State and Underdevelopment in Latinamerica. The Case of Venezuela«, in: Working Papers on the Kapitalistate, No. 2/1973, S. 31-48.

- Herrmann, Klaus:* »Gesellschaftsklassen und Gesellschaftsschichten im tropischen Afrika«, in: Klaus Meschkat/Oskar Negt (Hrsg.): Gesellschaftsstrukturen. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1973, S. 293-318.
- Kasch, Volker:* »Lagungsbericht: Der Staat im Entwicklungsprozeß«, in: Verfassung und Recht in Übersee. 12. Jg., 3. Quartal 1979, 319-320.
- Leggewie, Claus:* Rezension von: Stavenhagen, Rodolfo: Les classes sociales dans les sociétés agraires. Paris: Edition anthropos 1969, 402 S. In: Das Argument, Nr. 79, 15. Jg., Juli 1973, 512-517.
- Leys, Colin:* Underdevelopment in Kenya: the political economy of neo-colonialism, 1964-1971. London/Ibadan/Nairobi/Lusaka: Heinemann 1975, 284 pp.
- Leys, Colin:* »The 'Overdeveloped' Post Colonial State: A Re-Evaluation«, in: Review of African Political Economy, No. 5, January-April 1976, 39-48.
- Leys, Colin:* »Capital Accumulation, Class Formation and Dependency. The Significance of the Kenyan Case«, in: The Socialist Register 1978, London 1978, 241-266.
- Lloyd, Peter C.:* Africa in Social Change. Harmondsworth: Penguin 1967 (1975³), 376 pp.
- Löwy, Michael:* »Die Nationale Frage und die Klassiker des Marxismus«, in: Tom Nairn/Eric Hobsbawm/Régis Debray/Michael Löwy: Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte. Berlin (West): Rotbuch 1978, 102-126.
- Mafeje, Archie:* »The Ideology of 'Tribalism'«, in: Journal of Modern African Studies 9 (1971) 2, pp. 253-261.
- Mafeje, Archie:* »The Role of State Capitalism in Predominantly Agrarian Economies«, in: Ders.: Science, Ideology and Development. Three Essays on Development Theory. The Scandinavian Institute of African Studies, Uppsala 1978, pp. 13-46.
- Markovitz, Irving Leonard:* Power and Class in Africa: an introduction to change and conflict in African politics. Englewood Cliffs: Prentice-Hall 1977, pp. 398.
- Martin, Guy:* »Class Analyses and Politics in Africa: Some Observations of the Role of the Bourgeoisie in the Political Process in West Africa«, in: Ufahamu, 7 (1976) 1, 46-58.
- Martin, Robert:* »The Use of State Power to Overcome Underdevelopment«, in: The Journal of Modern African Studies, 18 (1980) 2, pp. 315-325.
- Melber, Henning:* »Des schwarzen Mannes Land? Zur nationalen Frage und dem antikononialen Befreiungskampf in der Republik Südafrika«, in: Das Argument, Nr. 113, 21. Jg., Januar/Februar 1979, S. 106-114.
- Melber, Henning:* »Staatsapparat und ökonomische Entwicklung in Südafrika. Zum Verhältnis kapitalistischer Gesamt- und Sonderinteressen in einer entwickelten peripher-kapitalistischen Gesellschaft«, in: Peripherie 1 (1980) 1, S. 10-35.
- Ossowski, Stanislaw:* Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein. Neuwied/Berlin (West): Luchterhand 1962, 300 S.
- Patankar, Bharat / Omvedt, Gail:* »The Bourgeois State in Post-Colonial Formations«, in: The Insurgent Sociologist, Vol. IX, No. 4, Spring 1980, 23-38.
- Perez Sainz, J. P.:* »Towards a Conceptualization of State Capitalism in the Periphery«, in: The Insurgent Sociologist, Vol. IX, No. 4, Spring 1980, 59-67.
- Petrus, James F.:* »State Capitalism and the Third World«, in: Development and Change, 8 (1977) 1, 1-17.
- Poulantzas, Nicos:* »On Social Classes«, in: new left review, No. 78, March-April 1973, 27-55.
- Poulantzas, Nicos:* Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt am Main: Fischer Athenäum 1975, 365 S.
- Poulantzas, Nicos:* Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg: VSA 1978, 248 S.
- Rosenberg, David:* »The 'Labour Aristocracy' in Interpretation of the African Working Classes«, (mimeo), Working Paper No. 315, Institute for Development Studies, University of Nairobi, June 1976, pp. 35.
- Saul, John:* »On African Populism«, in: Giovanni Arrighi/John S. Saul: Essays on the Political Economy of Africa. New York and London: Monthly Review Press 1973, 152-179.
- Saul, John:* »The State in Post-Colonial Societies: Tanzania«, in: The Socialist Register 1974, London 1974, 349-372.

- Saul, John:* »The Unsteady State: Uganda, Obote and General Amin«, in: Review of African Political Economy, No. 5, January-April 1976, 12-36.
- Schrör, Herbert:* »Thesen zum 'Nizer-Kapitalismus' in Mocambique«, in: Peripherie 1 (1980) 3, S.53-64.
- Sklar, Richard L.:* »Political Science and National Integration«, in: Journal of Modern African Studies 5 (1967) 1, pp. 1-11.
- Sklar, Richard L.:* »The Nature of Class Domination in Africa«, in: The Journal of Modern African Studies 17 (1979) 4, pp. 531-552.
- Solomons, John:* »Debate: The Marxist Theory of the State and the Problems of Fractions«, in: Capital & Class, No. 7, Spring 1979, pp. 141-147.
- Somntag, Heinz Rudolf:* »Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus«, in: Kursbuch Nr. 31, Mai 1973, S.157-183.
- Stalin, J.W.:* Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Köln, Verlag Rote Fahne 1976, 423 S.
- Tetzlaff, Rainer:* »Staat und Klasse in peripher-kapitalistischen Gesellschaftsformationen: Die Entwicklung des abhängigen Staatskapitalismus in Afrika«, in: Verfassung und Recht in Übersee, 10. Jg., 1, Quartal 1977, S.43-77.
- Tetzlaff, Rainer:* »Der begrenzte Handlungsspielraum der tansanischen Staatsklasse zur Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung: Zum Verhältnis von Bürokraten zu Bauern«, in: Werner Pfennig/Klaus Voll/Helmut Weber (Hrsg.): Entwicklungsmodell Tansania: Sozialismus in Afrika. Frankfurt/M./New York, Campus Verlag 1980, S.42-68.
- Ziemann, W./Lanzendörfer, M.:* »The State in Peripheral Societies«, in: The Socialist Register 1977, London 1977, S.143-177.



Commonwealth und Dritte Welt:
Afrika/Karibik.
Proletariat in Lagos. Black Nationalism.
Lyrik und Revolution in Südafrika.
Shakespeare in der Dritten Welt.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

STAAT UND
MONOPOLE
I-III

AS 6: Zur Theorie des Monopols.
Huffschmid, Katzenstein, Altvater, Hage-
stange (18,50 DM; Stud. 15,— DM)
AS 16: Probleme der materialistischen
Staatstheorie. Deppe, Tjaden, u.a.
(15,50; 12,80 f. Stud.; Abo: 12,80/11,—)
AS 36: Stamokap-Theorie; Krisenpolitik.
Goldschmidt (Hrsg.), Albers, Jung, u.a.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

Materialistische Wissenschaftsgeschichte – Eine Umfrage

Kurt Bayertz (Bremen), Michael Heidelberger (Bielefeld), Erika Hickel (Braunschweig), Michael Jäger (Berlin/West), Wolfgang Krohn/Wolfgang v. d. Daele/Tilman Spengler (Starnberg), Lars Lambrecht (Hamburg), Jürgen Mittelstraß (Konstanz), Jörg Sandkühler (Bremen), Michael Wolff (Bielefeld)

Die hier veröffentlichten Beiträge entstammen einer Umfrage, die im Frühjahr 1979 durchgeführt wurde und zur Vorbereitung des soeben erschienenen Argument-Sonderbandes AS 54 „Materialistische Wissenschaftsgeschichte – Naturtheorie und Entwicklungsdenken“ gedient hat. Der Sonderband enthält eine Reihe von Fallstudien zur Herausbildung des Entwicklungsdenkens, hauptsächlich in der Biologie. Wie dort in der konkreten wissenschaftshistorischen Arbeit „am Material“, wird in der Umfrage auf *programmatischer Ebene* die Vielfalt der Problemstellungen und Methoden von Wissenschaftlern deutlich, die sich mit dem Anspruch einer *materialistischen* Wissenschaftsgeschichtsschreibung auseinandersetzen.

1. Welche Arbeitsschwerpunkte, Forschungsrichtungen, „Schulen“ auf dem Gebiet der Wissenschaftsgeschichte sollten berücksichtigt werden? Wie würden Sie ihre methodischen Ansätze charakterisieren?

Bayertz: Die Vielzahl der sich auf dem Feld der Wissenschaftsgeschichte bewegenden „Schulen“ läßt sich (der Übersichtlichkeit halber und nicht ohne Überschneidungen) in drei große Forschungsrichtungen gliedern, die gleichermaßen sinnvoll sind und daher auch alle berücksichtigt werden sollten:

- (a) die traditionelle fachwissenschaftliche Wissenschaftsgeschichte, die sich meist mit der historischen Entwicklung einzelner Disziplinen oder mit einzelnen Etappen oder Epochen der Wissenschaftsentwicklung befaßt (Beispiel: Dijksterhuis' Darstellung der Mechanisierung des Weltbildes);
- (b) die unterschiedlichen philosophisch orientierten Theorien der Wissenschaftsgeschichte, deren Ziel über die Darstellung wissenschaftshistorischer Abläufe hinaus ein Verständnis („Modell“) der Wissenschaft überhaupt ist (Beispiel: Kuhns Theorie wissenschaftlicher Revolutionen);
- (c) eine Reihe teils disparater, teils komplementärer sozialwissenschaftlicher Konzeptionen der Wissenschaft und ihrer Entwicklung (Beispiele: Produktivkraft-, Finalisierungs- oder Institutionalisierungsansatz).

Heidelberger: Auf jeden Fall sollten auch Ansätze berücksichtigt werden, die aus der analytischen Philosophie erwachsen sind – darunter auch formallogische Methoden. Keine Buhmänner sollten aufgestellt werden wie: „Positivismus“ oder „Idealismus“ – Begriffe, deren Bedeutung kein Mensch mehr richtig kennt bzw. Richtungen, die von keinem mehr in einer solchen Form vertreten werden, wie sie im 19. Jhd. kritisiert wurden.

Hickel: Um mit Feyerabend zu sprechen: „everything goes“. Alle denkbaren Ansätze sollten daraufhin überprüft werden, ob sie einer materialistischen Geschichtsschreibung dienlich sein können, unter der Voraussetzung, daß den historischen Tatsachen nicht Gewalt angetan wird.

Jäger: Ich möchte mich gegen die angebliche Existenz „soziologischer“ oder „sozialökonomischer“ Ansätze wenden. Es dürfte wohl kaum einen Ansatz geben, der *nicht* soziologisch/sozialökonomisch ist in dem Sinne, daß eine Gesellschafts-

theorie angedeutet wird bzw. implizit vorhanden ist, deren Resultate eine bestimmte Auffassung über das Verhältnis von gesellschaftlicher Entwicklung im allgemeinen und wissenschaftlicher im besonderen nahelegen. Selbst Karl Popper schreibt, daß die Theorie der wissenschaftlichen Objektivität „nur durch soziale Kriterien erklärt werden“ könne („wie zum Beispiel Wettbewerb“ und „Staatsmacht, nämlich die politische Toleranz der freien Diskussion“). Unterscheidungskriterium kann nur sein, *welche* Soziologie, *welche* Politische Ökonomie impliziert ist. So unterscheiden sich verschiedene marxistische Konzeptionen danach, wie sie das „Kapital“ und die materialistische Geschichtsauffassung interpretieren; ob sie z.B. die Entwicklung der Wissenschaft aus der Entwicklung der Produktivkräfte, aus dem Entfaltungsgrad der Ware-Geld-Beziehung oder aus der Entwicklung des politischen Überbaus ableiten (das sind drei Versuche, die Kategorie des „gesellschaftlichen Seins“ zu interpretieren). Die marxistischen Konzeptionen sollte man ferner danach charakterisieren, wieweit sie sich jeweils von analytisch-empiristischen, hermeneutischen, konstruktivistischen, strukturalistischen Strömungen emanzipiert haben. Das stalinistische Schema „zwei Klassen, zwei Wissenschaften“ hat diese Frage früher verschüttet, weil es nicht berücksichtigte, daß Emanzipation von den Strömungen deren Verarbeitung voraussetzt. Man meinte sich von ihnen schon dadurch abgegrenzt zu haben, daß man die Fahne der „gesellschaftlichen Determiniertheit von Wissenschaft“ entrollte; aber über die Frage, *wie Wissenschaft erst einmal gemacht wird*, drangen sie in die marxistische Wissenschaftstheorie hinterrücks und unbemerkt wieder ein; ihre Antworten auf diese Frage wurden einfach übernommen. In der Folge kam es vielfach zu dem Paradox, daß nicht die Wissenschaft, sondern ein nichtmarxistisches Bild der Wissenschaft marxistisch erklärt wurde. *Bernal* ist das typische Beispiel: wie Lakatos mit Recht feststellt, gilt seine gesellschaftstheoretische Ableitung nicht der realen Wissenschaftsgeschichte, sondern einer illusionären empiristischen Sicht derselben. (Vgl. Lakatos, Die Geschichte der Wissenschaft und ihre rationalen Rekonstruktionen. In: Diederichs, Theorien der Wissenschaftsgeschichte, S. 60)

Krohn v.d. Daele Spengler: Zuerst einmal empfehlen wir, Wissenschaft und Technik nicht rigide voneinander zu trennen. Die *begrifflichen* Differenzierungen zwischen beiden sind ohnehin kaum haltbar und die *historischen* Differenzierungen sind häufig gerade die Folgen von gesellschaftlichen Einflüssen auf die Forschung. Zu berücksichtigende Forschungsrichtungen wären etwa

- interkulturelle comparative Studien zur Entstehung bzw. Nichtenstehung der modernen Wissenschaft in verschiedenen Kulturen (siehe z.B. die Einleitung von Spengler zu der deutschen Needham-Ausgabe „Wissenschaftlicher Universalismus“. Frankfurt 1978).

- „Wissenschaft und ...“ – Themen, die die Abhängigkeit der wissenschaftlichen Entwicklungen von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen betreffen (gesellschaftliche Entwicklungsregulative für wissenschaftlichen Fortschritt). Beispiele: Entstehung der industrial sciences, Verwissenschaftlichung der Produktionsprozesse, Wissenschaft in der französischen Revolution, im Absolutismus, etc. Um „materialistisch“ nicht mit „ökonomistisch“ zu identifizieren, waren auch Themen, die die kulturellen Vermittlungen betreffen nützlich. Z.B. Wissenschaft und Kunst in der Renaissance.

- Legitimationsprobleme der Wissenschaft: Welches Wissen ist zu welcher Zeit als nützlich anerkannt oder gefordert? Welche Forschung tabuiert? Welche Formen der Kooperation zugelassen oder untersagt? etc. Hierzu gehören auch Analysen des gesellschaftlich erwarteten Nutzens von Wissenschaften.

– Es wäre zu überlegen, ob zur allgemeinen Information der Leser ein empirisch verankerter Artikel über das Wachstum der Wissenschaften (Institutionen, Zeitschriften, Berufe, etc.) nützlich wäre. Den mitunter erschreckenden Datenmangel „linker“ Aufsätze zur Wissenschaftsgeschichte sollte man auf jeden Fall beheben.

Lambrecht: Schwerpunkt muß *interdisziplinäre Forschung sein zu 1. dem Produktivkraftkomplex* (samt seiner Disziplinen wie Ökonomie, Technik, Naturwissenschaften etc.) und damit vermittelt 2. dem *Gesellschaftskomplex* (samt Gesellschaftsformationen, Staatsformen, gesellschaftliches Bewußtsein: politische Psychologie, Kunst, Philosophie etc.). *Generelles* historisches Forschungsfeld wären die Übergangsperioden zwischen den Gesellschaftsformationen (z.B. Verfall der griechischen Polisdemokratie und des römischen Reiches; die monotheistische Religion; sodann: im Feudalismus die Paradigmen der oberitalienischen Städte; Chompi; Renaissance; Aufklärung – Kurz: die Reifestadien und „Wege“ des revolutionären Bürgertums in Europa). *Methodisches Ziel*: 1. *Periodisierung* der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, Klassenentwicklung, Triebkräfte (stadial-radiale Methode und Vergleich) und der bewußtseinsmäßigen und wissenschaftlichen Konstruktionen. Beispielhafter erster Versuch seitens wissenschaftstheoretischen Interesses: W. Krohn: Zur Geschichte des Gesetzesbegriffs in Naturphilosophie und Naturwissenschaft. Referat zum 4. Bremer Symposium „Wissenschaftsgeschichte“ 1980 (i.D.). 2. Da es noch nicht einmal eine historisch-materialistische Theorie der Produktivkraftentwicklung gibt (W. Jonas), muß man wegkommen von der bankrotten Vorstellung, daß Naturwissenschaft Technik per se materialistisch seien, was sie zwar naiv sein mögen, aber nicht in einer wissenschaftlich und gesellschaftlich relevanten Dimension. *Methodische Regel*: Deshalb gerade von der nichtmaterialistischen Natur- und Gesellschaftswissenschaft „lernen, lernen, lernen“ (J. Kuczynski), statt sie zu denunzieren („Philosoph“, „Idealist“, „Bürger“), und daraus folgt: selber forschen und studieren, d.h. ins Material gehen statt Ideologien zu entlarven, weshalb man von den alten Hüten und sekundärliterarischen Überfliegermethoden Abstand nehmen mußte, die „Technik“, „Wissenschaft“, „Theorie“ etc. als „Ideologie“ verstehen (vgl. z.B. R. Nemitz: Technik als Ideologie. In: Das Argument, Nr. 103). *Spezielle* Forschungsgegenstände könnten sein die wissenschaftlichen „Schulen“ (vgl. J. Kuczynski: Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 7, Berlin 1977), Gelehrtenbiographien (vgl. ders.: A.a.O. Bd. 6), wissenschaftliche (technische) Gesellschaften und Institute, Zeitschriften, Periodika. *Methodisches Ziel*: 1. Historisch konkrete Bestimmung des *sozialen Subjekts von Wissenschaft*, ihres Trägers, 2. Geschichte des Denkens, der Ideen – *horribile dictu?! –* und der historisch-theoretischen *Rezeptionen*. *Methodische Schwerpunkte*: Jeweils die gedanklichen Beziehungen zwischen Natur-, Technikwissenschaften, den theoretischen Modellen von Politik und Gesellschaft und dem realhistorischen, -sozioökonomischen Entwicklungsstand (z.B. Hobbes mathematische Staatskonstruktion nach Galilei oder Descartes' Analogie von Architektur und Staatsaufbau – Entwicklung des Manufakturbürgertums; Harveys Entdeckung des Blutkreislaufs und seine Bedeutung für die Ökonomie etc. pp.). Dabei entsprechend also die historischen Perioden berücksichtigen, daß man gemäß des Forschungspostulats von D. v. Engelhardt u.a. über die physikalische Mechanik etc. hinausgeht und die Medizin, Biologie, Chemie usw. einbeziehen muß. D.h.: Abschied nehmen 1. von den angeblichen Leitparadigmen jenseits der historisch-gesellschaftlichen Konkrektion; 2. von ideosynkratischen Ängsten gegenüber den materialen Forschungsfragen von M. Weber, E. Troeltsch, C. Schmitt, G. Lukacz, F. Borkenau, L. Kofler bis zu ihrem späten Nachkömmling L. Althusser; und

3. Hinwendung zur offensiven Quellenprüfung der Fortschrittsspekulationen in deren Theorien von der Säkularisierung, Rationalisierung, Modernisierung und insbesondere der Zivilisationsforschung (von der Aufklärung, dem mechanischen Materialismus, H. T. Buckle bis N. Elias, D. Ribeiro und dagegen die konstruktive Diskussion in R. L. Meek, *Social science and the ignoble savage*, Cambridge 1976); 4. Hinwendung zu einer „neuen“ Renaissance historischen Wissens und wissenschaftlicher (betr.: Natur-Gesellschaft-Individuum) Philosophie, womit allerdings der historische Präsentismus und modernistische Natur-Romantizismus explizit ausgeschlossen sind. *Methodischer Zweck*: Universalisierung der praktisch-technischen Kenntnisse und des humanen Wissens als Bedingungen dafür, daß alle Orientierung auf die menschliche Vergesellschaftung keine „Donquichoterie“ ist, daß der Mensch sich nur in der Gesellschaft vereinzeln kann und auf der Basis des gesellschaftlichen (sowohl stofflichen als auch als Wissen) Reichtums.

Mittelstraß: Es sollten insbesondere diejenigen wissenschaftshistorischen Bemühungen Berücksichtigung finden, die sich wissenschaftstheoretisch an der *analytischen* Richtung (Popper, Lakatos, Kuhn, Toulmin, Stegmüller), der (im engeren Sinne) *materialistischen* und der *konstruktivistischen* Richtung orientieren. „Analytische“ Ansätze orientieren sich im Kern an einer (auf das „Faktum Wissenschaft“ bezogenen) Rekonstruktion theoretischer Strukturen, „materialistische“ Ansätze an einer Rekonstruktion institutioneller (Natur und Gesellschaft umfassender) Wissenschaftszusammenhänge, „konstruktivistische“ Ansätze an einer Rekonstruktion von Begründungsstrukturen (in methodologischer und teleologischer Absicht).

2. Woher kommen Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Bestrebungen verstärkter wissenschaftsgeschichtlicher Forschung?

Bayertz: Die verstärkten Bemühungen um Probleme der Wissenschaftsgeschichte haben nach meinem Eindruck ihre Ursache zunächst in der Tatsache, daß das vom Wiener Kreis gegründete metatheoretische Forschungsprogramm Ende der 50er Jahre an seine Grenzen gestoßen ist: von da an mehrten sich zunächst langsam innerhalb der analytischen Philosophie die Bedenken gegen grundlegende Theoreme des logischen Empirismus und in Teilbereichen werden konzeptionelle Alternativen entwickelt und diskutiert. Dabei ist das Bemühen dominant, die von aller wissenschaftlichen Praxis entfernten logischen Modellkonstruktionen durch wirklichkeitsnähere Konzeptionen zu ersetzen und so auch das extrem unhistorische Wissenschaftsverständnis der analytischen Philosophie zu überwinden. Dieser langsam und nach „internen“ Gesetzmäßigkeiten voranschreitende Erosionsprozeß wurde im Übergang zu den 70er Jahren durch die im Zusammenhang mit der ökologischen Problematik einsetzende Legitimationskrise der Wissenschaft plötzlich stark beschleunigt. Vor dem Hintergrund der offen zutage getretenen negativen Folgen der (vornehmlich an partikularen Interessen orientierten Form der) Anwendung der Wissenschaft einerseits, und der sich verstärkenden Notwendigkeit, die Wissenschaft für die Überwindung der gegenwärtigen ökologischen, ökonomischen, sozialen etc. Probleme dienstbar zu machen, verflüchtigte sich die positivistische Illusion von der Reinheit der Wissenschaft. Zur Erklärung der Genese der gegenwärtigen Krisensituation war historische Wissenschaftsforschung mit einem mal aktuell.

Heidelberger: Unsere Kultur kommt sich heute wie der Zauberlehrling vor, der die Naturwissenschaft voller Optimismus gerufen hat, aber ihre grotesken technischen

Auswüchse, ihre Entfremdungen, ihre anscheinend kaum zu steuernde Eigendynamik usw. nicht los wird. Wir sind „als wie Vögel, die durch den Kamin hereingeflogen kommen und, wenn sie dann im Zimmer gefangen sind, gegen das täuschende Licht der Glasscheibe flattern, weil ihnen der Verstand fehlt zu überlegen, auf welchem Weg sie hereingekommen sind“. (Hobbes) Wissenschaftsgeschichte als Versuch, den Kamin zu finden! Die Kenntnis der Wissenschaftsgeschichte erhöht die Reflexionsfähigkeit. Sie bietet ein sehr gutes Korrektiv für alle im Lehnstuhl ersonnenen Erkenntnistheorien. Die analytische und post-positivistische Philosophie hat daraus gelernt, der heilsame Schock hält noch an. Eine solche Erfahrung wäre auch gut für die materialistische Richtung, die über die Zilselschen Künstleringenieure nicht sehr weit hinausgediehen ist. Eine kritische Antwort zur Frage 2 von der Sicht der konstruktiven Erlanger Schule gibt J. Mittelstraß: Historische Analyse und konstruktive Begründung, in: K. Lorenz (Hrsg.), Konstruktionen versus Positionen, Band II, Berlin 1979, S. 256–277. Vgl. auch den daran anschließenden Aufsatz von M. Gatzemeier, Systematische und kritische Bemerkungen zur Theorie der Wissenschaftsgeschichtsschreibung, *ibid.*, 278–314.

Hickel: Für Naturwissenschaftler sehr deutlich aus der Verunsicherung durch die Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik, ferner aus der Frage nach der (Un-)Möglichkeit einer Umorientierung naturwissenschaftlich-technischer Forschung und damit der Gesellschafts-(Un-)Abhängigkeit der Forschung. Von daher das Verlangen, die Dialektik des Logischen und des Historischen, des Notwendigen und des „Zufälligen“ im Wissenschaftsablauf zu verstehen.

Krohn/v.d. Daele/Spengler: Wir sind unsicher, ob die Beobachtung stimmt, daß die gegenwärtigen Bestrebungen sich verstärken. Insgesamt ist die Wissenschaftsgeschichte, zumindest als Fach, eher rückläufig.

Lambrecht: Das *praktische* Motiv ist in dem gegenwärtigen fortschreitenden wissenschaftlich-technischen Wandel als Verwissenschaftlichung der Produktion und Vergesellschaftung der Wissenschaft zu sehen, wodurch die traditionelle wissenschaftliche Arbeitsteilung überholt wird (z.B. die Planung des Hamburger Senators Sinn für die neue TH Harburg, wo Technik- und Gesellschaftswissenschaften integriert werden sollen). In dem Maße aber, wie infolge der ökonomischen Entwicklung notwendig eine gemeinsame Planung der sozioökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Entwicklung notwendig wird, weil „reine“ Technokraten nicht mehr gebraucht werden können, entwickelt sich eine wissenschaftliche Reflexion auf die eigenen Grundlagen und Voraussetzungen, die ihr Postulat der praktisch-gesellschaftlichen Verantwortlichkeit nur historisch aufarbeiten kann. Das *theoretisch* motivierte Interesse gilt dabei der wissenschaftlichen, schöpferischen Entwicklung des Bewußtseins und der Persönlichkeit, wobei offensichtlich ein Überdruß an den Antworten auf die ökonomisch formbestimmten Gefährdungen und Hindernisse durch die vielen „Ideologen“ entstanden sind, die als „Marxologen“, sozialistische „Standpunktlogiker“, als Anwendungslogiker des „Kapitals“ auf die gegenwärtige Realität, als Anführer von „ideologischer Hegemonie und Klassenkampf“ und unter andren farbwechselnden Tagesmoden bekannt sind.

Mittelstraß: Aus dem faktisch vorherrschenden *Historismus* innerhalb der Philosophie und Wissenschaftstheorie. Dieser Historismus ist ein Resultat der modernen (auf Poppers Logik der Forschung zurückgehenden) Krise des Begründungsbegriffs; er besagt, daß in Geltungszusammenhängen an die Stelle begründungsorientierter Bemühungen der Rekurs auf faktische Entwicklungen tritt. Wenn Theoriegenesen einer methodisch bestimmten Begründungs- und Rechtferti-

gungspraxis nicht mehr zur Verfügung stehen, lassen sich derartige Genesen – so die „historische“ Wende in der Wissenschaftstheorie – nur noch historisch erklären. Die wissenschaftshistorische Reflexion übernimmt damit im Rahmen wissenschaftstheoretischer Reflexionen gewisse Entlastungsfunktionen gegenüber einer ursprünglich begründungsorientierten Beurteilung der (wissenschaftlichen) Wissensbildung.

Sandkühler: In dem Maße, wie sich die Ablösung theoretischer und methodologischer Konzepte und Strategien der Wissenschaftstheorie von Gegenständen empirischer Forschung als unfruchtbar erweist, erhält über die Wissenschaftsgeschichte einzelner Disziplinen hinaus auch eine systematische historische Wissenschaftsforschung eine Chance. Das Interesse an Wissenschaftsgeschichte ist wohl zunächst das Interesse an einer Lösung des Problems, nach welchen Parametern und Kriterien Wissenschaftsentwicklung als *Wissenschaftsfortschritt* beschrieben werden kann. Damit unterscheidet sich die gegenwärtige Gestalt der Wissenschaftsgeschichte von den Fachhistorien. Auslösend für die – institutionell noch keineswegs etablierte – wissenschaftshistorische Tendenz dürften neben der o.g. Ursache auch folgende Gründe sein:

- ein verstärktes Auftreten historisch-materialistischer Orientierung in Einzelwissenschaften (z.B. Kritische Psychologie und deren funktional-historische Methode)
- die breite Anerkennung sozialer Ursachen wissenschaftlicher Entwicklungen, damit verbunden die Tendenz zur genetisch fragenden Wissenschaftssoziologie.
- spezieller die Diskussion über die Wissenschaft als bzw. auf dem Wege zur Produktivkraft,
- der Widerspruch zwischen einem massiv konservativen Historismus in Wissenschaftspolitik, Wissenschaftstheorie und Politik und der Gegenteilstendenz zur Historisierung der Gesetzmäßigkeiten der Wissenschaftsentwicklung als Kernstück der *Wissenschaftskritik*.
- erkennbare Mängel in der Methodologie der Wissenschaftsgeschichtsschreibung und die Kombination von Lösungsversuchen mit gegenwärtigen Debatten zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (etwa: stadial-regionale Methode, ökonomische Gesellschaftsformation), zur Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (Probleme der gleichzeitigen Entwicklung von Bourgeoisie und Proletariat, der regionalen Ungleichzeitigkeit etc.: Probleme der Alternativität sozialer, politischer und wissenschaftlicher Entwicklung).

Wolff: Die Wissenschaftstheoretiker versuchen ihre kaputten Modelle zu retten. Da sie auch von der Wissenschaftsgeschichte her bedroht sind, müssen sie sich auf dieses Kampffeld einlassen. Das findet breites Interesse, insofern die Wissenschaftstheorie wegen ihrer normativen Ausrichtungen ideologisch beachtet wird.

3. Worin sehen Sie das Verhältnis von Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte?

Bayertz: In Lakatos' Kant-Paraphrase, daß Wissenschaftstheorie ohne Wissenschaftsgeschichte leer und Wissenschaftsgeschichte ohne Wissenschaftstheorie blind sei, ist ein wesentlicher Aspekt der Beziehung zwischen beiden auf den Begriff gebracht. Jede wissenschaftstheoretische Konzeption muß dem historischen Material standhalten; und umgekehrt liegt jeder Wissenschaftshistoriographie eine wissenschaftstheoretische Konzeption zugrunde. Gleichwohl aber scheint es mir verkürzt zu sein, wenn man die Beziehung zwischen beiden als eine Beziehung von

Theorie und Empirie deutet. Dabei wird nämlich vergessen, daß beide Disziplinen eine in ihren jeweiligen besonderen Zugangsweisen zu ihrem Gegenstand begründete Eigenständigkeit haben (die Geschichtswissenschaft ist auch nicht nur die empirische Basis der Soziologie).

Heidelberger: Da gibt es eine ganz einfache Antwort von Kant, leicht abgewandelt von Lakatos: „Wissenschaftstheorie ohne Wissenschaftsgeschichte ist leer, Wissenschaftsgeschichte ohne Wissenschaftstheorie ist blind“.

Hickel: Naturwissenschaftsgeschichte soll die empirische Grundlage für wissenschaftstheoretische Postulate erbringen; umgekehrt: wissenschaftstheoretische Konzepte, die wissenschaftshistorisch nicht konkretisiert werden, haben – zumindest für Naturwissenschaftler keine – Überzeugungskraft (z.B. Habermas). Andererseits kann gerade das jetzt sich neu artikulierende Interesse an der Naturwissenschaftsgeschichte nur befriedigt werden, wenn verschiedene wissenschaftstheoretische Ansätze bereits während der Suche nach den und der Erforschung der Quellen leitende Funktion haben.

Jäger: (a) Bekanntlich setzen sich Theorie und Empirie wechselseitig voraus, daher auch Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte – soweit man letztere als zu ersterer gehörige Empirie auffaßt. (b) Ich nehme an, daß sich eine Wissenschaftslogik formulieren lassen müßte, die nicht „überhistorische Regeln der Wissenschaftlichkeit feststellt“, sondern „Regeln und eine Methodologie für die nächsten Schritte der Wissenschaftsgeschichte vorschlägt; das aber ist nur möglich nach erfolgter Analyse des gegebenen Entwicklungsstands“ (Kongreßbericht Kritische Psychologie Bd. 1, Köln 1977, S. 135). Bei dieser Sichtweise sind formale Wissenschaftslogik und Wissenschaftshistoriografie (nämlich: Theorie einer historisch bestimmten Wissenschaftsformation) ein und dasselbe. (c) Auf einer abstrakteren Ebene mußte es freilich auch eine Theorie der Wissenschaftsgeschichte *im allgemeinen* geben. Deren Aufgabe würde weniger in der Suche nach „formationübergreifender Erkenntnis“ oder nach den „allgemeinsten Grundgesetzen der Wissenschaftsentwicklung“ bestehen als vielmehr in der dringend notwendigen Qualifizierung der Theorie wissenschaftlicher Revolutionen.

Krohn v.d. Daele Spengler: Die Beziehungen zwischen Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte sind augenblicklich dadurch gekennzeichnet, daß durch wissenschaftshistorische Forschung sowohl der logische Positivismus wie auch der Konstruktivismus einigermaßen erschüttert worden sind. Wissenschaftstheoretische Alternativen im engeren Sinne gibt es nicht. Es ist auch fraglich, ob es sie geben kann. Denn wenn Wissenschaft ein durch gesellschaftliche Prozesse ausgegrenzter und institutionalisierter Bereich der Erkenntnisgewinnung ist, dann ist ohne Rücksicht auf diese Ausgrenzungsmechanismen eine allgemeine Theorie der Wissenschaften nicht aufzustellen. Man kann dann nur einerseits Erkenntnistheorie und Epistemologie betreiben und auf der anderen Seite sozialwissenschaftlich getragene Wissenschaftsforschung.

Lambrecht: Sofern schon wirklich von Theorie gesprochen werden kann, dann formuliert sie das richtige Allgemeine gegen die falschen, leeren Abstraktionen. Diese Richtigkeit erweist sich jedoch nur korrigierend und relativierend am konkreten historischen Material, dessen Überprüfung der Abstraktheit die Vorarbeit für eine weitere Konkretisierung und Annäherung der Theorie darstellt.

Mittelstraß: Das Verhältnis von Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte läßt sich auf ganz unterschiedliche Weise und aus unterschiedlichen Richtungen charakterisieren. Der wichtigste Gesichtspunkt ist wohl der, Wissenschaft sowohl

als *systematische* als auch als *historische* Arbeit des Menschen zu begreifen. Im Unterschied zum vorherrschenden Historismus der neueren Wissenschaftstheorie sollten dabei beide Aspekte der (wissenschaftlichen) Wissensbildung begründungsorientierte Rekonstruktionen unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Reorganisation der wissenschaftlichen Arbeit einschließen. Lehren aus der Wissenschaftsgeschichte lassen sich nur ziehen, wenn man die Wissenschaftsgeschichte, methodologisch und teleologisch beurteilt, als genetischen Teil der eigenen wissenschaftlichen Praxis begreift, nicht schon, wenn sich wissenschaftshistorische Fakten (lediglich) in Modelle der Wissenschaftsentwicklung einordnen lassen.

Wolff: Siehe das von mir unter Frage 2 Gesagte. Auch die Wissenschaftshistoriker haben ihre normativen Wissenschaftsbegriffe, oft ohne es zu wissen. Die wissenschaftshistorische Forschung sollte versuchen, die Kritik solcher Begriffe bzw. Vorstellungen zu fördern.

4. Sollte Wissenschaftsgeschichte in Zusammenhang mit Philosophiegeschichte betrieben werden? Welche Zusammenhänge sehen Sie?

Bayertz: Wissenschaft und Philosophie haben über Jahrhunderte eine gemeinsame Geschichte, aus der sich erst im vergangenen Jahrhundert einige hochspezialisierte Disziplinen herausgelöst haben. Wissenschafts- und Philosophiegeschichte gehören daher zusammen. Man sollte allerdings noch einen Schritt weitergehen und „Philosophie“ über die akademische Disziplin hinausgehend in einem sehr weiten Sinne auffassen und fragen, welche Beziehungen zwischen der Wissenschaft und dem jeweiligen *gesellschaftlichen Weltbild* bestehen. Die materialistische Wissenschaftstheorie und Wissenschaftshistoriographie weist im Hinblick auf diese Frage ein gewaltiges Defizit auf: soweit es um Naturwissenschaften geht, verschwindet ihre Weltbildfunktion hinter ihrer Produktivkraftfunktion. Die Frage, welche Funktion die (Natur)wissenschaften für weltanschauliche Selbstverständigung der historisch-konkreten Subjekte über die Welt und ihren Platz in der Welt spielt, wird in der Regel gar nicht erst gestellt. Hier ist noch einiges nachzuholen und gerade auch von nichtmaterialistischen Wissenschaftshistorikern zu lernen.

Heidelberger: Siehe dazu T. S. Kuhn, Die Beziehungen zwischen Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, in: ders., Die Entstehung des Neuen, Frankfurt/M. 1977, S. 51-71.

Jäger: Unbedingt. Ich glaube, daß man die in der Philosophiegeschichte jeweils erörterten Probleme nur hinreichend verstehen kann, wenn man sie als verallgemeinernde Behandlung bestimmter Probleme der einzelwissenschaftlichen Entwicklung auffaßt. Philosophie ist nach dieser Seite immanenter Vermittlungsmechanismus der Einzelwissenschaft selbst.

Krohn v.d. Daele Spengler: Für keine Periode der Wissenschaftsgeschichte, mit der wir uns näher beschäftigt haben, ist der Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Philosophie irrelevant. Historische Beispiele gibt es beliebig viele: Philosophie des Humanismus und Entstehung der Experimentalwissenschaften; moderner Atomismus und Massenpunktphysik; Kantianismus, deutscher Idealismus und feldtheoretische Physik; logischer Positivismus und physikalischer Operationalismus, usw. Strukturelle Zusammenhänge ergeben sich daraus, daß wissenschaftliche Forschung zum Teil orientiert ist an traditionellen Fragen, die von der Naturphilosophie der Griechen und der Scholastik aufgeworfen worden und durch die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft zwar modifiziert, aber nicht aus der Welt geschaffen worden sind.

Lambrecht: Wie sollte es wohl ohne gehen? Das Wichtigste hierbei ist die Kritik der „kritischen Standpunkte“ z.B. von *der Philosophie, der Ökonomie* etc., die stets ein falsches Verhältnis von Allgemeinem und Einzelwissenschaften formulieren, das insbesondere im Postulat des sog. „Endes der Philosophie“ mündet, das entweder dem historischen Präsentismus geschuldet ist oder ein Alibi für faktische Unkenntnis von systematischen und kategorialen Erkenntnisleistungen in der Philosophiegeschichte darstellt. Das Verhältnis von Philosophie und wissenschaftshistorischer Einzeldisziplin besteht dabei allerdings nicht abstrakt, sondern realisiert sich in der konkreten und interdisziplinären Forschung, die man allererst zur Kenntnis nehmen muß, wo dieses Desiderat aufzufüllen begonnen wird – z.B. bei dem seit 5 Jahren existierenden Bremer Symposium „Wissenschaftsgeschichte“.

Mittelstraß: Bereits aus dem historischen Umstand, daß Philosophie und Wissenschaft im Grunde erst im 19. Jahrhundert damit begonnen haben, getrennte Wege zu gehen, folgt ihre Zusammengehörigkeit in einem tieferen Sinne. Es ist die Geschichte der europäischen Rationalität, die sich spät und ein wenig künstlich in diese Richtungen zerlegt. Die Folge ist auf der Seite der Wissenschaften die Ausbildung eines kräftigen Szientismus (Reduktion von Rationalität auf Methodologien), auf der Seite der Philosophie der Rückzug entweder (a) auf einen metatheoretischen Szientismus oder (b) auf eine neue Metaphysik (die überall dort noch eine Chance sieht, wohin die wissenschaftliche Rationalität nicht reicht). Demgegenüber kommt es (in Umdrehung dieser Entwicklung) darauf an, die Philosophie unter den Gesichtspunkten begrifflicher Klarheit und methodischer Strenge wieder wissenschaftlicher und die Wissenschaften unter dem Gesichtspunkt einer methodologischen und teleologischen Aufklärung über sich selbst wieder philosophischer zu machen. In diesem Punkte läßt sich manches aus der Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte lernen.

Sandkühler: Die Geschichte der Philosophie ist – wird sie nicht als permanente Geschichte des Endes der Philosophie geschrieben – integrierender Bestandteil der Wissenschaftsgeschichte. Über große Strecken der Wissenschaftsentwicklung repräsentiert sie das historische Interesse an der Erklärung des Erkenntnisfortschritts angesichts bzw. gegenüber dem Wissen der Wissenschaften. Der Begriff der Philosophie als System der Wissenschaften ist ohne den Wissenschaftsfortschritt nicht denkbar, ohne das historische Bewußtsein der Philosophiegeschichte etwa Hegels aber auch nicht konzipierbar. Heute kann und muß Philosophiegeschichte als Geschichte eines Erkenntnis- und Wissenstypus geschrieben werden, der nicht „wissenschaftlich“ überwunden ist, sondern dessen Rolle – sichtbar etwa in der Rezeption der *Philosophie* durch die Arbeiterbewegung des 19. Jh. als Bildungs- und Wissenschaftsvoraussetzung des Eingriffs der Arbeiterklasse in Naturwissenschaft und Technik – in unterschiedlichen Gesellschafts- und Wissenschaftssituationen ganz verschieden bestimmt werden wird. Philosophiegeschichte scheint darüber hinaus der heutigen allgemeinen Wissenschaftsgeschichte Modell gestanden zu haben, offensichtlich in ihrer vorhegelschen narrativen Gestalt – ohne die Idee eines strukturbildenden Fortschritts.

Wolff: Produktive Einflüsse der Philosophie auf die Wissenschaftsentwicklung sind kaum zu leugnen. Es ist aber die Frage, worauf sie beruhen. Traditionelle Wissenschaftshistoriker pflegen sich damit zu begnügen, solche Einflüsse zu konstatieren, und sie glauben nicht selten, dadurch implizit Erklärungen für wissenschaftsgeschichtliche Vorgänge geliefert zu haben. Materialistische Historiker kommen wohl nicht darum herum, für jeden Einzelfall eines Zusammenhangs von Philosophie und Wissenschaft erneut zu prüfen, ob und in welcher Richtung dieser Zusammenhang ein Bedingungs-zusammenhang ist.

5. Welche Bedeutung geben Sie der Wissenschaftsgeschichte für die Weiterentwicklung der materialistischen Theorie?

Bayertz: Die wissenschaftshistorische Forschung sollte dazu beitragen, die allgemeine These von der sozialen Determiniertheit der Wissenschaftsentwicklung zu präzisieren und damit zugleich einen Baustein für eine generelle Theorie der Entwicklung ideeller Systeme liefern.

Heidelberger: Die materialistische Theorie ist nur dann eine bessere Theorie als andere, wenn sie die Geschichte der Naturwissenschaft besser erklären kann als andere Theorien. Bisher hat sie das nicht geleistet.

Hickel: Ausschlaggebende: Das Wechselverhältnis von Basis und Überbau läßt sich nirgends so differenziert beobachten und hatte nirgends so schwerwiegende Folgen wie bei der Entstehung, Entwicklung und Auswirkung von Naturwissenschaft.

Jäger: Solange die Wissenschaftshistoriographie sich darin erschöpft, die sozioökonomische Determiniertheit der Wissenschaftsgeschichte darzustellen, wird sie keinen Beitrag zur *Weiterentwicklung* der materialistischen Theorie leisten, sondern bloß einen Beitrag zu ihrer Reproduktion, was freilich auch wichtig ist. Falls sie dagegen als Theorie wissenschaftlicher Revolutionen angelegt wird; Theorie, die insbesondere zu zeigen hätte, durch Einsicht in welche Gesetze neue Theorien *produziert werden können*, dann ist dies erstens selbst schon eine Weiterentwicklung – auf dem Gebiet der Wissenschaftstheorie –, und zweitens wäre ein „Paradigma“ auch für andere Wissenschaften geschaffen, insbesondere für die Politikwissenschaft. Denn nicht nur wissenschaftliche, auch politische Revolutionen gelten bislang als irrationale Ereignisse. Die Mängel z.B. der zugehörigen marxistischen Theorien, so wie sie heute existieren, entsprechen sich genau: hier die Vorstellung vom Forschungsprozeß als kontingenter „Masse von Kreuz- und Querzügen“, dort die Beteuerung, eine Vorbereitung auf revolutionäre Situationen sei unmöglich, weil alles von unvorhersehbaren „konkreten“ Umständen abhinge.

Krohn v.d. Daele Spengler: Die Bedeutung der Wissenschaftsgeschichte für die Weiterentwicklung der materialistischen Theorie sehen wir insbesondere darin, die kognitive Dimension der gesellschaftlichen Entwicklung genauer zu beschreiben und zu analysieren. Da weder das Bremer Strickmuster (Ableitung aus den Produktionsverhältnissen) noch die Produktivkraft-Theorie historisch haltbar sind, steht die Theoriebildung hier erst am Anfang. Interessantester Beitrag, in Deutschland kaum bekannt, bisher von Serge Moscovici: „*Essay sur l'histoire humaine de la nature*“, Paris 1968.

Lambrecht: Wissenschaftsgeschichte muß 1. die materialistische Theorie selbst als historisches Produkt entwickeln, weil sie „sich aus dem Prozeß der Wissenschaftsentwicklung“ begründet hat (F. Tomberg: Diskussionsbeitrag, In: K.-H. Braun, K. Holzkamp (Hg.): *Kritische Psychologie*, Bd. 2, S. 592), als dessen „logischer Endpunkt“ (ebd.) sie sich dann auch begreifen kann. Indem so die materialistische Theorie sich selbst historisch bewußt geworden ist als eine Anschauung, die die wissenschaftlichen Errungenschaften der Vorläufer und Einzeldisziplinen systematisch in sich aufgenommen hat, könnte die Wissenschaftsgeschichte 2. vor allem die Bedeutung und Entwicklung des menschlichen Subjekts und des Bewußtseins im Fortschritt des gesellschaftlichen Prozesses und seiner vernünftigen Planung herausstellen.

Mittelstraß: Alle Entwicklungstheorien zur Rationalität (unter welchen Gesichtspunkten sie auch immer stehen mögen) dürften als Gründe und Gegengründe im

Zusammenhang mit materialistischen Theorien von Bedeutung sein. Zudem bringt es die Orientierung an *institutionellen* Zusammenhängen mit sich, daß sich materialistische Theorien stets auch in der Rekonstruktion wissenschaftlicher Entwicklungen werden bewähren müssen. Unklar in diesem Zusammenhang ist dabei noch immer die Rede von gesellschaftlichen Bedingungen (z.B. Produktionsformen), auf die Wissenschaftsentwicklungen bezogen werden. Was für Wissenschaft als *Institution* gilt, muß deshalb nicht auch schon für Wissenschaft als besondere (nämlich wissenschaftliche) *Form der Wissensbildung* gelten. Ein Rekurs auf Wissenschaftsgeschichte muß beide Aspekte berücksichtigen.

Sandkühler: Eine Theorie wird man weder weiterentwickeln können noch weiterentwickeln wollen, wenn sie nicht als gewordene, veränderte, veränderbare Theorie erarbeitet wird. Freilich ist die materialistische Dialektik als Gegenstand wissenschaftshistorischer Forschung etwas anderes als jener Gegenstand, der in „Rekonstruktionen des historischen Materialismus“ mühselig wiedererinnert wird: die wissenschaftshistorische Forschung richtet sich auf das (historisch) Neue, das noch in zahllosen Archiven liegt. Neues ist zu entdecken hinsichtlich einer differenzierten Klassengeschichtsschreibung, hinsichtlich wissenschaftsinterner Voraussetzungen von Wissenschaftsprozessen innerhalb der Arbeiterbewegung, vor allem auch hinsichtlich Organisation und Institutionalisierung von Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft. Demgegenüber rekonstruieren die Rekonstruktionen aus Bekanntem nur neue Varianten. Eine sachliche Auseinandersetzung zwischen der den „Arbeiterkommunismus“ als Träger des Wissenschaftsprozesses in der Arbeiterbewegung ansetzenden Positionen und der eher an Klassikern orientierten Forschungsrichtung wäre dabei sehr hilfreich. Darüber hinaus: der Materialismus hat im 19. Jh. auch eine Geschichte außerhalb der Arbeiterbewegung – und ist mit der Formel vom „platten Materialismus“ keineswegs zu fassen. Beispiele wie Vogt oder Du Bois-Reymond zeigen, daß bei der Zurechnung von Theorien zu Klassenentwicklungen Vorsicht geboten ist. Die Reprojizierung heutiger Theorie-Standards in die Geschichte führt zu Verzerrungen und verhindert eine vorbehaltlose Analyse des Zusammenhangs von Gesellschafts- und Theorieentwicklung.

Wolff: Die Wissenschaftsgeschichte hat immer schon als Zuflucht für nichtmaterialistische Geschichtsauffassungen gedient. Daraus ergibt sich die Bedeutung der Wissenschaftsgeschichtsforschung für die Weiterentwicklung der materialistischen Theorie.

6. Welche praktischen, welche politischen Probleme hängen in ihrem Verständnis mit der wissenschaftsgeschichtlichen Forschung zusammen, sollen damit gelöst werden?

Bayertz: Eine der zentralen Aufgaben der Wissenschaftsgeschichtsschreibung besteht m.E. gegenwärtig in der Analyse der Ursachen für die gegenwärtige „Krise der Wissenschaft“. Weder das technokratische Vertrauen auf die immanente Sachgesetzlichkeit der Wissenschaftsentwicklung, noch der in Mode gekommene Anti-Rationalismus einer kurzschlüssigen Wissenschaftskritik liefern plausible Erklärungen für diese Krise; das Problem einer wissenschaftspolitischen Strategie zu ihrer Überwindung haben sich beide nicht einmal gestellt. Genau darum aber sollte es in verstärktem Maße gehen; die Frage nach den sozialen Determinanten der Wissenschaftsentwicklung ist zugleich immer auch die Frage nach den Möglichkeiten der Steuerung wissenschaftlicher Prozesse und nach den Chancen für demokratische Alternativen zum etablierten Wissenschaftsbetrieb.

Heidelberger: Ablösung der larmoyanten romantischen und irrationalen Sponti-Ökologie durch eine philosophisch-systematische Theorie der Rolle der Naturwissenschaft in der (den) Gesellschaft(en).

Hickel: Selbstverständnis der Naturwissenschaftler (das immer noch vom autonomen, „objektiven“ Wissenschaftsbegriff ausgeht); theoretische Begründung der (Un-)Möglichkeit einer nicht-bürgerlichen, einer feministischen, einer emanzipatorischen Wissenschaft. Wissenschaftsgeschichte wird in der BRD und überall sonst bisher zur Rechtfertigung des Gebrauchs von Machtwissen betrieben; andersartige wissenschaftshistorische Forschung ist dementsprechend schwer durchführbar.

Jäger: Das Wesentliche ist schon in der Antwort auf Frage 5 gesagt. Hinzu kommt folgendes: Das Thema der Produzierbarkeit wissenschaftlicher Revolutionen kollidiert mit der Führungspraxis kommunistischer Parteien und realsozialistischer Staaten. Eine Entdeckung der einschlägigen Gesetze würde aller Wahrscheinlichkeit nach Auffassungen von der „objektiv ausgezeichneten Stellung“ und „institutionellen Trägerschaft“ der regierenden Staatsparteien bezüglich der Wissenschaft stark erschüttern (soweit sie nicht nur beschreiben, sondern auch erklären und normieren wollen). D.h. es würde sich die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaftsplanung und Demokratie neu stellen. Umgekehrt: Die übliche Thematisierung der sozialökonomischen Determiniertheit von Wissenschaftsgeschichte dient allzuoft bloß der Legitimierung von Machtverhältnissen, in denen Wissenschaft durch eine Parteikommision „determiniert“ wird, die sich ihrerseits als Fleischwerdung sozialökonomischer Kategorien ausgibt.

Krohn v.d. Daele Spengler: Soweit unsere eigenen Forschungen betroffen sind, ist es unser Interesse, durch Longitudinalstudien die Bedingungen gesellschaftlicher Orientierbarkeit von Wissenschaften und die Chancen einer Steuerungspolitik zu untersuchen.

Lambrecht: Daß der relevante Zusammenhang von Natur- und Vernunftgeschichte, von Praxis und Theorie des gesellschaftlichen Menschen bisher bestenfalls abstrakt geklärt wurde und nicht hinreichend konkret ist, was P. Janich, F. Kambartel, J. Mittelstraß: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Frankfurt/M. 1974, S. 128 im Anschluß an das berühmte Diktum von Marx formulierten, „daß die bewußte Geschichte, im Sinne einer alle Lebensbereiche umfassenden begründeten Entwicklung, noch gar nicht begonnen habe, die Naturgeschichte allenfalls partiell außer Kraft gesetzt sei“. Wissenschaftsgeschichte kann das Menschen-Mögliche als noch nicht entfaltete Realität hier und jetzt aufzeigen (vgl. Antwort zu Nr. 1. „Methodischer Zweck“). Damit 2. die Überwindung der hilflosen „Grundfrage der Soziologie“ und ihrer populär-polarisierenden Antwort: Individuum contra Klasse, d.h. die Aufhebung der unwissenschaftlichen Diskrepanz zwischen der der Theorie nach so revolutionären Arbeiterklasse und den nach dieser „Wahrheit“ keineswegs so denkenden und handelnden Individuen. Was dabei die praktische Aufgabe von Wissenschaft und ihrer „Übersetzung“ entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen ist, ist das Leitproblem der Wissenschaftsforschung (vgl. dazu F. Tomberg: Thesen. In: K.-H. Braun, K. Holzkamp (Hg.): op.cit., S. 587–591).

Mittelstraß: Jede Wissenschaftspraxis schließt theoretische und praktische Orientierungen ein. Theoretische Orientierungen sind Gegenstand methodologischer, praktische Orientierungen Gegenstand teleologischer Reflexionen. Zur systematischen Aufarbeitung (Analyse und Beurteilung) beider Aspekte gehört auch ein

genetisch reflektiertes Verständnis. Das gilt insbesondere unter normativen Gesichtspunkten einer möglichen Reorganisation der Wissenschaftspraxis (unter wiederum methodologischen und teleologischen Gesichtspunkten).

Sandkühler: Die Wissenschaftsgeschichte kann dazu beitragen, die Erkenntnis einer theoretisch, wissenschaftspolitisch und bündnispolitisch folgenreichen Tatsache zu vertiefen und zu verbreitern: die Tatsache, daß grundlegende Widersprüche einer Gesellschaftsformation auch das Wissenschaftssystem einer Epoche kennzeichnen. Die Dialektik innerhalb des Wissenschaftssystem verlangt nach einem ganzheitlichen Begriff von „Wissenschaft“, der Totalität im Widerspruch erklären kann. Der denunziatorische Gebrauch von „bürgerliche Wissenschaft“ wäre dann nicht mehr möglich (oder nur um den Preis der Selbstisolierung), das Konzept der „zwei Wissenschaften“ und das damit verbundene Freund-Feind-Denken würde als theoretisch und politisch falsch erkannt, die vereinseitigende Subsumtion von Wissenschaft unter das Kapital als Sackgasse kritisiert, Alternativen der Wissenschaftsentwicklung materialistisch aus Interessen und Praxen von Klassen auf dem *Wege* zur Hegemonie analysierbar. An die Stelle häufig nur noch mit Unterstellungen arbeitender „Ideologie“-Kritik träte eine Wissenschaftskritik, die nach Möglichkeits- und Notwendigkeitsbedingungen von Theorien fragt. Ohne einen dialektischen Begriff der Wissenschaftsentwicklung können die auch politisch oft entscheidenden, ebenso oft ungenutzten Positionen der fließenden Übergänge zwischen Klasseninteressen in der Wissenschaft nicht wahrgenommen werden. Marx und Engels waren dann schon immer Klassiker und die Revisionisten der II. Internationale schon immer Verräter am Marxismus. Dialektik in der Wissenschaftsgeschichte, Dialektik in der Wissenschaftstheorie, Dialektik in der Wissenschaftspolitik – sie ermöglicht nicht nur Erkenntnisse, sondern auch politisch notwendige Flexibilität und – nicht zuletzt – Toleranz ohne faule Kompromisse.

Wolff: Siehe Punkt 2 und 5. Die praktischen und politischen Probleme, die mit der wissenschaftsgeschichtlichen Forschung zusammenhängen, sind m.E. hauptsächlich ideologischer Art. Man erhofft manchmal von Seiten dieser Forschung Ergebnisse, die sich in der Wissenschaftspraxis methodisch z.B. zu Zwecken der Wissenschaftsplanung verwerten lassen. Doch liegen solche Ergebnisse meines Wissens kaum vor.

7. Worin sehen Sie die theoretischen und methodischen Hauptprobleme der gegenwärtigen wissenschaftsgeschichtlichen Forschung?

Bayertz: Nach meinem Eindruck stehen gegenwärtig drei eng miteinander verbundene konzeptionelle Fragen im Vordergrund der wissenschaftsgeschichtlichen Forschung.

(a) Die Frage nach den (vor allem: gesellschaftlichen) Determinanten der Wissenschaftsentwicklung, d.h. nach den Faktoren, die für Entwicklungsrichtung, Entwicklungstempo, Entwicklungsform etc. der Wissenschaft verantwortlich sind; eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Problem der „Reichweite“ der gesellschaftlichen Determinanten; in welchem Sinne kann von einer Formationspezifität der Wissenschaft gesprochen werden?

(b) Die Frage nach den gesellschaftlichen Funktionen der Wissenschaft und nach den Wandlungen dieser Funktionen im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung (wobei die aktuelle Frage nach der Bedeutung der Wissenschaft für unsere gegenwärtige Gesellschaft natürlich von besonderer Relevanz ist); eingeschlossen ist in dieser Frage das Problem der Spezifität der Wissenschaft gegenüber den übr-

gen Formen der geistigen Aneignung der Realität, d.h. das Problem der historischen Genese und Rechtfertigung der hervorgehobenen Stellung der Wissenschaft gegenüber Kunst, Philosophie etc.

(c) Die Frage nach dem Verhältnis von Geschichtlichkeit und Objektivität der Wissenschaft, d.h. die Frage, inwieweit der jeweilige historische „Entstehungszusammenhang“ des Wissens auf dessen erkenntnistheoretischen Gehalt durchschlägt und diesen historisch relativiert, es handelt sich mithin um die Frage nach den Grundlagen der Rationalität bzw. Objektivität der Wissenschaft. Der spezifische Beitrag der Wissenschaftsgeschichte bei der Lösung dieser konzeptionellen Probleme besteht m.E. darin, daß sie über diese sehr allgemeinen Problemformulierungen (*die* Determinanten der Wissenschaft) hinausführen und die auf rein metatheoretischem Wege nicht zu gewinnenden Gesichtspunkte für eine notwendige Problemschärfung liefern kann.

Heidelberger: Wie bringt man interne und externe Aspekte einer wissenschaftsgeschichtlichen Epoche organisch unter einen Hut? Die materialistische Richtung erhebt den Anspruch, dies zu leisten. Nach meinem Gefühl tut sie das auf Kosten der internen Einflüsse, die nur durch „Mikro-Analyse“ der innerwissenschaftlichen Prozesse und nicht durch globale Beschwörung von allgemeinen Zeitgeistern zu untersuchen sind.

Hickel: Daß diejenigen Forscher, die die methodischen Mittel beherrschen, um neue und weiterführende Forschungsergebnisse zu erzielen, kein politisches Interesse an einer materialistischen Geschichtsschreibung haben und andererseits die im Histomat Bewanderten immer nur die bürgerlichen Forschungsergebnisse früherer Zeiten übernehmen und allenfalls neu servieren.

Krohn/v.d. Daele/Spengler: Unser theoretisches Hauptproblem ist die soziologische, d.h. nicht internalistische Erklärung kognitiver Eigendynamik in der Wissenschaftsentwicklung. Aber natürlich lokalisieren wir dieses Problem in dem theoretischen Zusammenhang, zu erklären, wie durch gesellschaftliche Entwicklung wissenschaftliche Fortschritte möglich werden und umgekehrt.

Lambrecht: In der mangelnden Klassifikation und theoretischen Begründung der (bisherigen und notwendigen) Arbeitsteilung zwischen den Einzelwissenschaften und ihres einheitlichen allgemeinen Wesens (vgl. B.M. Kedrow und P. Ruben). Daraus resultiert 2. Ressortblindheit und -eifersucht sowie fach- und detailignorante Allgemeinheitsarroganz, die sich die hinderliche Waage halten. Damit ergab sich 3. eine Verwilderung der wissenschaftlichen Zivilisation durch stoffliche Ignoranz und Ideologieverdächtigungen gleichermaßen, die in einem syndikalistischen Praxis- und Anwendungsfetischismus aus der „unmittelbaren Erfahrung“ verflachten, wonach die Welt nur aus dem Kapitalismus als unhistorischer und perhorriszierter Totalität = „was jeder weiß“ = „Das Kapital“ besteht nach dem bekannten Motto: „Es gab zwar eine Geschichte, aber es gibt keine mehr ...“.

Mittelstraß: Fragen von Normativität und Faktizität. Damit zusammenhängend *Probleme eines faktischen Historismus* im Wissenschafts- und Wissenschaftstheorieverständnis (vgl. 2). Ungeklärte methodische und praktische Verhältnisse zwischen Wissenschaftstheorie (unterschiedlicher Provenienz) und (neuerer) Wissenschaftsforschung (ebenfalls unterschiedlicher Provenienz), die auch die methodischen und teleologischen Orientierungen der Wissenschaftsgeschichtsschreibung berühren. Daraus resultiert unter anderem das Erfordernis, stärker zwischen analytischen, empirischen (bzw. historischen) und normativen Aufgaben, bezogen auf die systematischen und historischen Formen der Wissensbildung und ihrer Erforschung, zu unterscheiden.

Sandkühler: a) Im Mangel an theoretischer Begründung von „Alternativen“, die aufzuspüren z.B. für die archivarische Arbeit solange kaum möglich ist, wie sich die wissenschaftstheoretische Alternativen-Diskussion um Operationalisierungs-Fragen herumdrückt. Was macht herrschende, durchgesetzte Wissenschaftstypen zu herrschenden, was alternative Typen zu „bloß alternativen“ Erkenntnisformen? Wie bestimmt sich, was Alternative wozu ist? b) Im Mangel an Gegenstandsbezug zahlloser Modelle der Beziehung zwischen wissenschaftlicher Tätigkeit und Gesellschaft, Arbeit etc. c) Darin, daß das Extern-Intern-Dilemma noch immer nicht aufgelöst ist.

Wolff: Siehe Punkt 3 und 4. Als Beispiel für besonders hinderliche wissenschaftstheoretische, methodologische Vorurteile nenne ich die heute allzusehr gebräuchliche Unterscheidung zwischen internalistischer und externalistischer Historiographie. Da die Neigung besteht, Externalismus und Materialismus gleichzusetzen, ist diese Unterscheidung nicht ohne Folgen für die methodischen Verfahrensweisen und Auffassungen materialistischer Wissenschaftshistoriographie. Ich halte diese Unterscheidung für sinnvoll *nur* in Bezug auf einen bestimmten Forschungsstand. *Nur* in Bezug auf ihn kann man so etwas wie eine innere Vorgeschichte hinreichend definieren. (Vgl. das Methodenkapitel (!) meiner „Geschichte der Impetustheorie“). Absolut genommen ist die Unterscheidung Blödsinn, aber ein trickreiches Mittel, materialistische Wissenschaftsentwicklungstheorie unmöglich zu machen.



Naturtheorie und Entwicklungsdenken am Beispiel der Biologie; Naturwissenschaften und Philosophie; Evolutionstheorie und Ökologie; Kontroverse: Makro-Evolution. Gärtner, Gutmann, Hickel, Hörz, Mendelsohn, Schurig, Wolff, u.a.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

Soziale
Medizin IX
(AS 64)

Prävention — Gesundheit und Politik. Volkskrankheiten; Krebs und Umweltchemikalien; Krebsregistrierung; Alkohol- und Tabakmißbrauch; Arbeitswelt und Herzinfarkt; Automationsmedizin. Abholz, Borgers, Karmaus, Oerter, u.a.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

Eberhard Göbel

Zur sozialen Lage der Studenten*

Das Deutsche Studentenwerk in Bonn (DSW) hat im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft (BMBW) zum neunten Male seit 1950 die Daten zur sozialen Lage der Studenten veröffentlicht. Die im Sommersemester 1979 erhobenen Daten sind im Unterschied zu 1976 ohne größere Zeitverzögerungen vom BMBW freigegeben worden. In *Argument* 113 (45-49) wurden die Ergebnisse der achten Sozialerhebung unter der Berücksichtigung der vorangegangenen Untersuchungen dargestellt, so daß im folgenden nur auf neuere Entwicklungstendenzen aufmerksam gemacht wird.

1. Quantitative Entwicklung der Studentenschaft

Die Zahl der Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen hat sich seit 1970 in der Bundesrepublik verdoppelt: WS 1970/71: 386.000 und WS 1979/80: 714.775. Beziehen wir die Studenten an Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Verwaltungshochschulen ein, so wird die Zahl der bundesrepublikanischen Studenten 1980 die Millionengrenze erreichen. Über den weiteren Anstieg der Studentenzahlen in den 80er Jahren streiten sich die Bildungsplaner. Für das Jahr 1988 werden als Gipfelpunkt dieser Entwicklung ca. 1,225 bis 1,321 Millionen Studenten erwartet. Die genaue Zahl hängt von Faktoren wie z.B. Studienverkürzung, durchschnittliche Studienverweildauer, Arbeitsmarktlage der Akademiker, Studierwillige pro Altersjahrgang und nicht zuletzt von der absoluten Stärke der Jahrgänge ab. Fünf Hochschulen bilden zur Zeit bereits 40.000 bzw. 30.000 Studenten aus (München, FU-Berlin, Hamburg, Münster und Bonn). In dreizehn Hochschulorten ist von zehn Einwohnern mindestens einer ein Student und in Tübingen erreicht der Anteil der Studenten bereits 27,2% der Stadtbevölkerung (vgl. Tagesspiegel vom 10.9.1980). Derartige Studentenmassen werden von 25.500 Professoren und Dozenten (darunter nur 1.400 Frauen) unterrichtet. Insgesamt sind im akademischen Lehrbetrieb 70.000 Menschen tätig (vgl. Tagesspiegel vom 19.7.1980). Der Anteil der Studentinnen an der Studentenschaft hat sich von 1973 mit 23% auf 35% (1979) weiter vergrößert.

2. Favorisierte Fachgebiete

Die Verteilung der Studenten auf die Fachgebiete hat sich seit 1976 nicht verändert. Die Ingenieur- und Naturwissenschaften werden weiterhin von Männern dominiert. Umgekehrt sind Kunst und Geisteswissenschaften nach wie vor »Frauenfächer«. Auffallend ist, daß der Wunsch, Lehrer zu werden, von 31% (1976) auf 25% (1979), merklich nachgelassen hat. Die trotz vorhandenen Bedarfs an Lehrkräften ungünstige Lage auf dem Lehrmarkt hat hier rückwirkend die Berufswünsche beeinflusst.

3. Bildung der Eltern

Der Bildungsstand der Eltern liegt nach wie vor im Vergleich zum Bildungsstand der Gesamtbevölkerung *um ein Vielfaches über* dem Bevölkerungsdurchschnitt. Im Vergleich zur Sozialerhebung 1976 haben sich 1979 nur unwesentliche Veränderungen ergeben. Jeder dritte Vater und jede sechste Mutter der Studentenpopulation von 1979 hatten Abitur.

4. Beruf der Eltern

Der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien als Indikator für Chancengleichheit im Bildungswesen ist mit 14% gegenüber der letzten Erhebung (1976: 13%) fast

* Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 9. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Bonn 1980 (284 S., br., kostenlos erhältlich).

gleichgeblieben. Allerdings sank 1979 bei Studienanfängern der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien.

Der Anteil der Studenten aus Beamtenhaushalten hat sich von 38 % (1953) auf 24 % (1979) verkleinert. Der Anteil der Kinder von Angestellten nahm im gleichen Zeitraum von 23 % (1953) auf 36 % (1979) zu. Ähnlich wie die Quote der Beamtenkinder, hat sich auch die Quote der Kinder von Selbständigen an den Universitäten von 34 % (1953) auf 22 % (1979) verkleinert.

Seit über zwei Jahrzehnten hat es also eine enorme Verschiebung in der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft in der Bundesrepublik gegeben, die sich erst seit 1976 auf die oben genannten Quoten eingepegelt hat.

5. Studienfinanzierung

Der Trend zur *Reprivatisierung* der Ausbildungsfinanzierung hat sich zwischen 1976 und 1979 weiter fortgesetzt. Finanzierten 1976 noch ca. 13 % ihr Studium überwiegend (d. h. mit 80 %) aus öffentlichen Mitteln, so sind es 1979 nur 11,9 %. Da seit 1977 die Höhe der Förderungshöchstsätze und Elternfreibeträge im Bundesausbildungsförderungsgesetz gleichgeblieben sind, nimmt die Hilfe der Eltern bei der Studienfinanzierung von 1976 bis 1979 um 4 % zu. Fast jeder dritte Student muß sein Studium durch Nebenarbeiten mitfinanzieren — ein Anteil, der nur 1963 und 1967 erreicht wurde. So wuchs auch der Anteil der erwerbstätigen Studenten von 51 auf 58 % an. Insbesondere Studenten, die verheiratet oder geschieden sind und/oder Kinder haben, trifft diese soziale Lage am härtesten. In dieser Studentengruppe geht die Studienfinanzierung zu Lasten des Studiums. Die Auswirkungen auf Studiendauer und Qualität der Ausbildung liegen auf der Hand.

Der vom DSW errechnete Normbetrag für die monatlichen Gesamtausgaben beträgt 695,— DM (Stand: Sommersemester 1979). Als tatsächliche Ausgabensumme der Studenten wurden hingegen 734,— DM festgestellt. Diese monatlichen Ausgaben werden in der Regel aus drei Quellen gespeist: Elternunterstützung, eigene Erwerbsarbeit und Stipendien.

Die Zahl der über die Ende 1981 auslaufende Graduiertenförderung (Grafög) geförderten Studenten hat weiterhin, durch die Darlehensregelung von 1974 bedingt, abgenommen. Zur Zeit wird an einer gesetzlichen Neuregelung gearbeitet (vgl. die Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz [WRK] vom Juli 1980). Die CDU will durch ein neues Gesetz nur noch eine wissenschaftliche *Elite* gefördert wissen, um auf diese Weise Hochschullehrer zu rekrutieren (FAZ vom 29.5.1980).

6. Wohnformen und Wohnwünsche

Die meisten Studenten wohnen so, wie sie *nicht* wohnen möchten. Nur 30 % der Befragten wohnen in einer eigenen Wohnung, obwohl 50 % dies gerne möchten. Rund 18 % leben in einer Wohngemeinschaft, wobei 31 % den Wunsch geäußert haben, gemeinsam mit anderen wohnen zu wollen. 13 % der befragten Studenten wohnen in einem Studentenwohnheim. Wunsch und Wirklichkeit fallen hier zusammen. 15 % wohnen zur Untermiete bei Privatleuten und schließlich noch 22 % bei Eltern und Verwandten, obwohl nur 4 % zur Untermiete und 6 % zu Hause wohnen wollen.

Für die im Wintersemester 1980/81 neu immatrikulierten Studenten konnte in sämtlichen Universitätsstädten der Bundesrepublik kein erschwinglicher Wohnraum in ausreichendem Maße mehr aufgetrieben werden. Der sog. »Weiße Kreis«, mangelhafter Ausbau von Studentenwohnheimen, Altstadtsanierungen und Vorurteile gegenüber Studenten haben zu dieser Situation geführt.

Arbeitsgruppe des Projekts »Regionale Sozialgeschichte«*

Neue Regionalgeschichte: Linke Heimattümelei oder kritische Gesellschaftsanalyse?

Tendenzen einer neuen Regionalgeschichte

1. Warum Regionalgeschichte?

Identitätskrise, Wertverlust, Orientierungslosigkeit, Entsubjektivierung, Entfremdung heißen die Schlagworte in der Diskussion über die geistige Situation der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Diese Schlagworte sollen erklären, warum heute trotz der angeblich weitreichenden materiellen Absicherung Glück und Zufriedenheit der meisten Bürger keineswegs größer sind als früher. Die Zunahme psychosomatischer Krankheiten, Rauschmittelkonsum, Jugendkriminalität stellen der Menschlichkeit unserer Gesellschaft ein schlechtes Zeugnis aus. Was verbirgt sich hinter den genannten Schlagworten? Wir können hier zwar nicht umfassend die aktuelle gesellschaftliche Situation diskutieren, doch läßt sich neben anderen Hintergründen eine Ursache der »geistigen Krise« feststellen, nämlich das Fehlen einer Verortung des Individuums in sozialer und räumlicher Hinsicht. »Verortung« ist notwendig, um so etwas wie eine menschliche Identität aufbauen zu können. Diese Verortung, diese Verwurzelung wird jedoch zunehmend von den Anforderungen einer kapitalistischen Gesellschaft in Frage gestellt und aufgelöst: Erfolg hat hier, wer mobil, flexibel und anpassungsfähig ist; am besten, man stellt sein Haus erst gar nicht auf ein Fundament, sondern läßt es auf Rädern wie die Mobil-Homes in den USA, denn man ist ja eh nur vorübergehend hier. Tiefergehende Bindungen an Menschen und Räume sind für das Fortkommen hinderlich.

Das bedeutet nicht, daß es in unserer Gesellschaft keine Formen einer kapitalistischen Integration der Persönlichkeit, keine »persönliche Identität« gäbe, doch bieten sich in einer Gesellschaft, in der weit entrückte ökonomische und politische Institutionen bürokratisch anonym soziale Rollen vor- und umdefinieren und in denen der Handelnde immer mehr an Bedeutung verliert, zunehmend größere Schwierigkeiten, einen Sinnzusammenhang zu konstruieren, da der Sinn der Handlungen (z.B. im Arbeitsprozeß) im wesentlichen auf ein System und nicht auf Personen ausgerichtet ist.¹

Verortung und Verwurzelung, die wesentlich für die Bildung einer persönlichen Identität waren, werden durch Mobilitäts- und Anpassungsanforderungen ersetzt. Die kapitalistische Integration der Persönlichkeit versteht sich als Ausbildung von Teilidentitäten, innerhalb derer »Heimat« nur noch dem Konsum- und Freizeitbereich zugeordnet ist. Andere Teilidentitäten überdecken gleichzeitig den Verlust einer integralen Verortung: steigender materieller Wohlstand und die befriedigende Erkenntnis, kleines Rädchen im Großen sein zu dürfen. Wo nun aber keine Verortung, keine Verwurze-

* Der Aufsatz ist das Produkt einer Arbeitsgruppe des Forschungsprojekts »Regionale Sozialgeschichte« an der Universität Konstanz. Ihr gehören an: Alfred Georg Frei, Joshua Klindworth, Reinhold Reith, Kurt Richter, Dieter Schott, Thomas Warndorf. Wesentliche Gedankengänge, die in diesem Aufsatz skizziert sind, ergeben sich aus der Projektarbeit und gemeinsamen Diskussionen im Forschungsprojekt. Wir danken besonders Rainer Wirtz und Gert Zang für hilfreiche Kritik und zahlreiche Anregungen. (Anschrift: Projekt Regionale Sozialgeschichte, Fachbereich Philosophie und Geschichte, Universität Konstanz, Postfach 77 33, 7750 Konstanz)

lung mehr vorhanden ist, da ist der Bezugspunkt für das Individuum verlorengegangen, da hat es gewissermaßen seine Heimat verloren. Dieser »Heimatverlust« im Sinne einer sich auflösenden sozialen und räumlichen Verortung des Individuums ist ein zentraler Punkt in der ideologischen Krise unserer Gesellschaft und wird auch von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften erkannt.²

Die Strategien dagegen sind jedoch höchst unterschiedlich. So propagiert z.B. die Rechte lautstark die Wiedereinsetzung alter Werte wie Treue, Gehorsam, Autorität, — empfiehlt den Frauen, zu Kindern, Küche und Kirche zurückzukehren, — fordert »Mut zur Erziehung« und versucht durch Heimattümelei (Heimattage, Pflege von Trachten usw.) und Fassadenarchitektur Heimat künstlich wieder herzustellen. Daß sie in Widerspruch zu der gleichfalls von ihr vorangetriebenen wirtschaftlichen Entwicklung, die ja gerade Heimat zerstört, gerät, und daß Traditionspflege ohne die erforderliche gesellschaftliche Basis zur musealen Volksbelustigung verkommt, wird dabei verleugnet.

Die SPD/FDP-Koalition versucht dagegen nach einer kurzen Phase gesellschaftlicher Reformversuche, die Hoffnungen auf Demokratisierung und neue soziale Verortung aufkommen ließen, die Legitimation wieder auf dem Weg des wirtschaftlichen Wachstums mittels »technischen Fortschritts« zu erreichen, wobei die subjektiven Probleme Sozialingenieuren und der Pharmaindustrie überlassen bleiben.

Anders ist die Haltung der »Neuen Linken«, womit hier relativ undifferenziert ein breites Spektrum vom linken Flügel von FDP und SPD über orthodoxiekritische Sozialisten und Kommunisten, Grüne, Bunte und Alternative gemeint ist. Daß sie sich jetzt mit Heimat beschäftigen, gar einen Kongreß veranstalten, in dem die Kategorie »Heimat« einen zentralen Diskussionspunkt bildet (Stadt-Land-Dialog in Berlin, 18.-20.4.1980), reflektiert die zentrale Erfahrung der Linken in den letzten zehn Jahren, nämlich: daß die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft insbesondere in der Krise nicht allein entlang der vermuteten Hauptkonfliktlinien, d.h. in großen industriellen Kämpfen ausbrachen, sondern vielmehr die Form von Widerstandsaktionen häufig eher konservativer ausgerichteter Bevölkerungsgruppen, wie der Bauern von Wyhl gegen die Zerstörung der natürlichen Lebenswelt, annahmen. Mit dieser Erfahrung und mit der gleichzeitig sich vollziehenden Besinnung auf subjektive Bedürfnisse in der neuen Linken, unter denen auch solchen nach Wärme, Geborgenheit, Zugehörigkeit, — eben Heimat in einem weiteren Sinne — einen großen Stellenwert einnahmen, wurde das Thema Heimat für die Linke zum Problem.

Das war nicht immer so; die Entdeckung der Heimat bedeutet vielmehr einen Bruch mit einer langen, schlechten Tradition der Linken und der Arbeiterbewegung: Die deutsche Sozialdemokratie zeigte bereits vor 1914 mit ihrer auf den Zentralstaat ausgerichteten Strategie wenig Verständnis für die in der engeren Heimat, z.B. der Gemeinde wirkenden Kräftekonstellationen. Für die Linke nach 1945 kam als Schwierigkeit noch die außerordentliche Belastung der Begriffe Heimat, Boden etc. durch den Faschismus hinzu und das Feld der Beschäftigung mit der Region wurde kampfflos den Rechten überlassen, d.h. deren kulturelle Hegemonie blieb in der Region weitgehend ungebrochen.

Heimat, wie sie nun von der »Neuen Linken« entdeckt wird und wie sie beispielsweise Albert Herrenknecht in seinen Thesen zum »Stadt-Land-Dialog« definiert, ist allerdings gerade nicht die Heimat der Trachtenvereine, der Ganghofer und Co., sondern

eine zukunftsgerichtete Kategorie:

»Ein 'revolutionärer' Heimatbegriff hat immer zwei Stränge: einmal die Dimension, was hingänglich unter Heimat verstanden wird, nämlich das Dazu-gehören, Dorthin-gehören, Sich-dortwohl-fühlen und auf der anderen Seite Sehnsucht nach einem wirklichen Zuhause, nach einem Leben, das eine Identität mit den Lebensverhältnissen der Provinz drumherum ermöglicht und zwar ohne einseitige Anpassung und Selbstverleugnung.«³

Aufgabe der Linken ist es nach Herrenknecht also, sich einerseits auf die Heimat, auf die Provinz (Herrenknecht spricht aus seiner Erfahrung mit der Bürgerinitiative zur Verhinderung der Daimler-Benz-Teststrecke in Boxberg nur von der Provinz) einzulassen, an den vorhandenen Widerständen gegen ihre Zerstörung anzuknüpfen, andererseits jedoch nicht die provinzielle Enge und Trägheit zu akzeptieren, sondern in politischen Kämpfen der Heimat zu einem neuen Selbstbewußtsein zu verhelfen:

»Der verbohrtete Eigenwille und die Unfähigkeit der Provinz zu kapitalistischer Anpassung werden erst dann zu einer fortschrittlichen politischen Kraft, wenn die alte Traditionsheimat wiederentdeckt wird und die lokale und regionale Geschichte die aktuellen Kämpfe gegen die verengte und verdummende Heimatsicht der selbstzufriedenen Spießier führt und damit ein neues provinzielles Selbstbewußtsein von Heimat erwirbt.«⁴

In diesem Punkt liegt ein wesentliches Potential der »Neuen Regionalgeschichte«. Wenn es um die »Wiedergewinnung der Heimat« geht, um die Verteidigung der Lebensräume vor ihrer Zerstörung *und* der Schaffung einer neuen besseren Heimat in ihnen, dann ist die Aufarbeitung der Geschichte dieser Räume, insbesondere die Geschichte der Konflikte, Widerstände etc. unerlässlich, um der vor Ort bestehenden bürgerlichen ideologischen Hegemonie Ansätze eines neuen Geschichtsbewußtseins entgegenzustellen. Diese neuen Tendenzen können zur Überwindung der Geschichtslosigkeit der bisher Beherrschten beitragen, die in der Geschichtsschreibung der alten Heimatgeschichte nicht als handelnde Subjekte auftauchen. Diese Geschichtslosigkeit ist nämlich auch eine Form von Identitätsverlust, von innerem Kolonialismus, und wer die Geschichte seiner Heimat für belanglos hält, kann auch an ihrem heutigen Schicksal kein wirkliches Interesse haben. Eben dieses Interesse charakterisiert eine Reihe von Schriften zur Lokal- und Regionalgeschichte, die in den letzten Jahren von eher »fortschrittlichen« Autoren erschienen sind und auch eine gewisse Umorientierung in der Geschichtswissenschaft — weg von der Analyse globaler Prozesse und hin zur Erforschung kleiner Räume, zur Alltags- und Sozialgeschichte — signalisieren.⁵ Der Stellenwert der »Neuen Regionalgeschichte«, deren Spektrum von Dorfgeschichte (Jeggle) über die Archäologie demokratischer Traditionen (Haumann), die Geschichte bäuerlicher und plebeischer Stadtteile (Das andere Tübingen) bis hin zur Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung (Lucas) reicht⁶, kann jedoch nur aus einer Analyse der Traditionen verständlich werden, aus denen sie hervorgegangen sind, und — vor allem — mit denen sie gebrochen haben.⁷

2. Traditionen der Regionalgeschichte

Nach der Zeit des Nationalsozialismus erlebte die traditionelle Regionalgeschichtsschreibung eine weitgehende Restauration; Heimat wurde zur konservativen Fluchtburg. Die Renaissance der Landesgeschichte, Bestandteil konservativer Faschismusbewältigung, kam jedoch im Zuge der Modernisierung und des rasanten Wirtschaftswachstums in Widerspruch zu den gesellschaftlichen Verhältnissen; das verschaffte der Regionalgeschichte den Ruch des Verstaubten, des Unzeitgemäßen.

Die kapitalistische Akkumulation nahm keinerlei Rücksicht auf die Natur als Rahmen eines idyllischen Heimatbegriffes. Für die Erfordernisse der »mobilen Gesellschaft« sind enge Bindungen an Regionen, bzw. kleinräumige Lebenszusammenhänge hinderlich. Heimatkunde verlor daher an Bedeutung und Interesse und wurde in den Lehrplänen durch Sachkunde ersetzt: Die traditionelle Regionalgeschichtsschreibung geriet dadurch an den Rand der bürgerlichen Bewußtseinsbildung. Zwar verstanden es fast alle Geschichtsvereine, deren Stellenwert für die politisch kulturelle Hegemonie nicht zu unterschätzen ist, sich mit Universitätsgelehrten zu schmücken und dadurch einen hohen wissenschaftlichen Anspruch zu dokumentieren, doch sanken insgesamt Engagement und Mitgliederzahlen der Vereine.⁸ Die traditionelle Regionalgeschichte paßte sich nun, um aus dem Abseits zu kommen, den Trends der Geschichtswissenschaft an, indem sie die Elle der Modernisierungstheorie an die Geschichte von Stadt und Region anlegte.⁹ Vergangenheit war nur noch Hindernis, das nicht nur dinglich, sondern auch im Bewußtsein weggeräumt werden mußte. Eine faktische Geschichtslosigkeit trat neben künstliche Brauchtumpflege.

Die »Neue Regionalgeschichte« scheint dagegen, wenn man einmal von ihrer Einheit ausgeht, ihre Identifikationen aus der *Kritik*, wenn nicht sogar Ablehnung zentralstaatlicher Wachstumsmodelle und Infrastrukturmaßnahmen und der damit verbundenen Lebensformen zu ziehen.

3. Neue regionalgeschichtliche Literatur

Der folgenden Besprechung einiger neuerer Ansätze zur Regionalgeschichte anhand uns zentral erscheinender Bücher soll unsere Position zur Regionalgeschichte vorangestellt werden, um die den Einzelbesprechungen zugrundeliegenden Bewertungskriterien verständlicher zu machen. Das Projekt »Regionale Sozialgeschichte«, dem die Autoren angehören, versteht Regionalgeschichte nicht als weitere Aspektwissenschaft, als Bindestrich-Geschichte neben der sich zur Zeit aufblühenden Zahl neuer Teildisziplinen (Familien-, Haushalts-, Alltagsgeschichte etc.), sondern als Versuch einer Reintegration der verschiedenen Spezialdisziplinen auf der Basis einer umfassenden Analyse regionaler Gesellschaften. Die zu erforschende historische Wirklichkeit wird dabei als sich in Widersprüchen fortbewegendes Ganzes gesehen, als konkrete Totalität. Dieser Ansatz der »Rekonstruktion der konkreten Totalität«, ein »pragmatisch materialistischer Ansatz«¹⁰, entwickelte sich in Reaktion auf die Erfahrung, daß Theorien größerer Reichweite die in der empirischen Arbeit gewonnenen Erkenntnisse nicht erklären und in einen systematischen Zusammenhang stellen konnten. Statt wie meist üblich in regionalen Verhältnissen nur den Abklatsch, die Widerspiegelung der allgemeinen Tendenzen und Entwicklungsprozesse zu suchen, soll die regionale Gesellschaft in ihrer relativen Eigengesetzlichkeit (d.h. aber nicht Losgelöstheit) untersucht und begriffen werden. Vom harmonistischen Totalitätsbegriff der alten Heimatgeschichte unterscheidet diesen Ansatz, daß er grundsätzlich die bewegende Instanz der Geschichte in der materiellen Basis sieht, daß die Totalität keine harmonische, in sich ruhende, sondern widersprüchliche, konfliktorische, sich fortentwickelnde ist.

3.1. Archäologie demokratischer Traditionen

Die nach dem Scheitern der Studentenbewegung erfolgte Hinwendung zur Geschichte, insbesondere aber der Versuch, für die im Zeichen der Ökologiebewegung auftretenden Kämpfe in der Provinz¹¹ Vorläufer zu finden, erzeugte eine Flut von Literatur, die hier schlagwortartig auf den Begriff »Archäologie demokratischer Traditionen« gebracht und anhand der Bücher der Wagenbach-Reihe und des Sammelbandes »Vom Hotzenwald bis Wyhl« vorgestellt wird.

Der Wagenbach Verlag führt zahlreiche regionalgeschichtliche Bücher in seinem Verlagsprogramm.¹² Die Vorstellung historischer Quellen ohne größere Quellenkritik erinnert stark an die traditionelle Regionalgeschichtsschreibung der alten Geschichtsvereine. Unterschiedlich ist allerdings der politische Anspruch: Im Gegensatz zu den älteren Regionalhistorikern wollen die Verfasser der Wagenbach-Geschichte kritische Traditionen wieder ins Bewußtsein rücken. Nach der Klassifizierung von Peukert¹³ würde es sich bei den Wagenbach-Taschenbüchern um Beispiele »sozialistischer Heimatgeschichte« handeln, die zwar keinen weitergehenden wissenschaftlichen Anspruch erheben, aber wichtig für die Überwindung der Traditionslosigkeit der sozialistischen und demokratischen Bewegung sind. Dabei werden oftmals vergessene Ereignisse wieder in Erinnerung gebracht, wie z.B. das Wirken deutscher Einwanderer in der nordamerikanischen Arbeiterbewegung. Wichtige Quellen und Dokumente werden wieder zugänglich gemacht¹⁴ und falsche Mythenbildungen, wie z.B. der Schinderhannes, werden kritisch analysiert.

Aktuelle Bezüge sind zwar zu begrüßen, doch manchmal bringen die Wagenbach-Historiker zu gewagte Verknüpfungen: Lehner unterstellt eine Kontinuität zwischen der Bewegung der Hotzenwälder Bauern im 18. Jahrhundert und dem Kampf gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl. Franke huldigt in seinem Büchlein über den Schinderhannes einer undifferenzierten Modernisierungstheorie (z.B. wenn er meint, daß die unterprivilegierte Landbevölkerung »... auf Seiten des Neuen hätte stehen müssen«). Piper versucht die Ciompi-Bewegung des 14. Jahrhunderts mit den Begrifflichkeiten des 19. und 20. Jahrhunderts zu fassen. Die Dimension des Alltags hat in der »Wagenbach-Geschichte« noch kaum Eingang gefunden. Primärquellen werden nur selten verarbeitet, bei den meisten Büchern handelt es sich praktisch um Literaturreferate, die allerdings sorgfältig ausgearbeitet sind. Ein Schritt nach vorn wäre es, nicht nur die Inhalte, sondern auch die Methoden zu wechseln, um die bis jetzt rein ereignisgeschichtliche Ausrichtung aufzuheben. Von dem klaren und gut verständlichen Stil der Wagenbach-Historiker, von denen viele journalistisch oder schriftstellerisch tätig sind, könnten allerdings die meisten der akademischen Historiker lernen.

Der Sammelband »Vom Hotzenwald bis Wyhl. Demokratische Traditionen in Baden« ging aus einer Tagung hervor, die im Mai 1977 vom Arbeitskreis »Demokratische Erziehung« veranstaltet wurde. Unter dem Thema: »Dem gemeinen Mann soll die Gewalt gegeben werden« sollten vor allem Themen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden, »die in Wissenschaft und Unterricht bislang, wenn überhaupt, nur einseitig und verkürzt behandelt wurden«.¹⁵ Der Sammelband bietet zwar »echte Alternativen zu den gegenwärtig vorherrschenden Lehrinhalten«, indem er Themen aufgreift, deren Bedeutung lange Zeit verdrängt wurde, man könnte ihn somit als Beitrag zu einer alternativen Politikgeschichte verstehen. Für die Schulpraxis und zur »selbständigen

Weiterarbeit« wären Hinweise auf vorhandene Quellen und didaktische Hinweise hilfreich gewesen, um die vom Herausgeber formulierte Forderung zu erfüllen:

» ... der Schüler — oder wer sich sonst mit Geschichte beschäftigt — soll sich mit dem Denken und Handeln verschiedener Personen oder sozialer Gruppen und ihren gesellschaftlichen Hintergründen auseinandersetzen. Im allgemeinen wird er sich dann mit einer Position identifizieren, jetzt aber nicht nur gefühlsmäßig, sondern auch kritisch-reflektiert!« (35)

Problematisch bleibt auch der Titel des Sammelbandes, da durch die Aneinanderreihung historischer Themen sich kaum im Zusammenhang stehende historische bzw. demokratische Traditionen erkennen lassen.

3.2. Lokalggeschichte — Lokale Geschichten

Es ist kennzeichnend für die Situation des Fachs Geschichte, daß wir hier auf zwei Arbeiten von Volkskundlern zurückgreifen müssen, die »Alltagsgeschichte« und »Geschichte von unten« thematisieren. Es ist vor allem ihre Art, sich mit Sympathie ihrem Forschungsgegenstand zu stellen, und zu versuchen, ihn aus seiner Logik heraus zu rekonstruieren.

Um die Rekonstruktion des bäuerlichen Lebenszusammenhangs vor der Durchsetzung des Kapitalismus auf dem Lande geht es Utz Jeggle in seiner Arbeit »Kiebingen — eine Heimatgeschichte«. ¹⁶ Ausgangspunkt Jeggles und seiner Mitarbeiter war eine volkskundliche Untersuchung der gegenwärtigen Dorfstrukturen Kiebingens, einem kleinen Dorf in der Nähe von Tübingen. Die durch die Methoden der Befragung und der teilnehmenden Beobachtung gewonnenen Erkenntnisse ließen jedoch zu viele Fragen offen und erlaubten keinen Einblick in den spezifischen »Sinn« der Kiebinger Welt, sodaß eine historische Quellenuntersuchung anhand der Akten aus Gemeinde und Staat für den Zeitraum 1790-1900 angeschlossen wurde. Jeggle versucht durch die Analyse der verschiedensten Aspekte dörflichen Alltags zum »Sinn« der Kiebinger Welt, zu dem die Kiebinger in allen ihren Handlungen bewußt oder unbewußt bestimmenden Imperativ vorzudringen. Diesen sieht er in der Subsistenzsicherung mittels der bäuerlichen Arbeit. Aus diesem Grund erhält der Boden als wichtigste und nicht vermehrbare Ressource bäuerlichen Wirtschaftens eine besondere Bedeutung, was sich in allen Bereichen von Produktion und Reproduktion (von der Herbstordnung über das Heiratsverhalten, die Kindersterblichkeit bis hin zur Erbverteilung) nachweisen läßt.

Jeggle verfolgt in seiner Analyse ein hermeneutisches Verfahren, indem er von der Außenperspektive (Betrachtung des Dorfes als Ganzes) zur Innenperspektive (bis hin zur Analyse der psychischen Strukturen der Kiebinger) fortschreitet. Er entdeckt dabei, daß unter der scheinbaren Geschlossenheit und Einheitlichkeit des Kiebinger Lebens große Widersprüche sowohl innerhalb der Familien, als auch zwischen den verschiedenen Familien existieren. Diese Widersprüche, die sich häufig in einem ambivalenten Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz ausdrücken, haben jedoch keine den dörflichen Lebenszusammenhang sprengende Kraft, da die Sozialisation der Kiebinger einer möglichen Individualität enge Grenzen setzt und die Kiebinger dazu bringt, richtiges Verhalten nicht abstrakt, sondern situativ zu definieren, — im Laufe ihres Lebens äußerst verschiedene Rollen mit verschiedenen Anforderungen zu übernehmen.

Jeggle versteht es meisterhaft, den inneren Zusammenhang, oder um es mit Thompson zu sagen, die »soziale Logik« Kiebingens herauszuarbeiten und plastisch (mittels Familienrekonstitution und Spaziergang durchs Dorf) darzustellen. Er verfällt

weder der modernisierungstheoretischen Verdammung der vorkapitalistischen Zustände als irrational, noch einer unter Volkskundlern so beliebten Idyllisierung und Überhöhung als heile und nicht entfremdete Welt, sondern sieht die dörfliche Gemeinschaft als »Not- und Terrorzusammenhang«. Modernisierung war zwar ein Ausweg aus der ökonomischen Sackgasse, in der sich Kiebingen Ende des 19. Jahrhunderts befand, verursachte jedoch auch bedeutsame soziale und psychische Kosten.

Kritisch anzumerken wäre die in bestimmten Bereichen isolierte Sehweise Jeggles, in der die zunehmende Staatstätigkeit kaum Raum einnimmt. Kiebingen erscheint als ein fast völlig von der Außenwelt abgeschlossenes Exotikum, — die Interdependenz von regionaler und Makrogesellschaft wird somit nicht angemessen berücksichtigt. Die (durchaus vorhandenen) Bezüge zur allgemeinen Krise der bäuerlichen Lebensweise im 19. Jahrhundert werden nur ansatzweise hergestellt. Kiebingen erscheint so als ein Spezifikum, das es in dieser Ausschließlichkeit wohl nicht war.

Um die »Kultur und Lebensweise der Unteren Stadt im 19. Jahrhundert« geht es einem Autorenkollektiv der Tübinger Volkskundler in ihrem Band »*Das andere Tübingen*«. ¹⁷ Der Band dokumentiert in Montagetechnik auf überschaubarem Raum das Schicksal derjenigen, die lange Zeit in regionalgeschichtlichen Veröffentlichungen eher einen exotischen Rang, als einen real-kulturellen Stellenwert hatten. Es geht um die

»vielen und vermeintlich Namenlosen, die einfachen Leute, die mehr schlecht als recht von ihrer Hände Arbeit gelebt — und dennoch eine eigene Kultur geschaffen haben: Kultur als bestimmte Lebensweise, mit der das Leben unter vorgegebenen Bedingungen bewältigt und gestaltet wird; Kultur auch als Grundlage für die sog. 'höhere Kultur', die allein in den Büchern erscheint und dennoch nicht denkbar ist ohne die Arbeit derer, die den 'Herren' das Studieren, Nachdenken, Erfinden und Gestalten ermöglichten.« (9)

Die Autoren brechen also mit einem Kulturverständnis, das die Kultur der Unterschichten als einen Abklatsch der bürgerlichen Kultur versteht und ihr keinen Eigenwert zuspricht.

Der Band zeigt, wie die ökonomische Basis die weiteren Lebensbereiche entscheidend fundiert, dabei wird jedoch nicht linear schematisch, von den existentiellen Grundlagen aus ableitend, betrachtet, sondern eine gewisse Eigenständigkeit und Eigendynamik der Kultur und Lebensweise eingeräumt. Widersprüche und Brüche können somit ungeschmälert als wichtige Bestandteile, wenn nicht gar als Notwendigkeiten historisch kultureller Entwicklungstendenzen erscheinen. Insgesamt wirkt sich positiv aus, daß die Publikation aus einer Ausstellung hervorging, wobei besonders hervorzuheben ist, daß auch die Bevölkerung selbst mitgearbeitet hat, indem sie Informationen, Fotos, private Quellen etc. zur Verfügung gestellt hat.

Gewisse Schwächen des Bandes bestehen in der zu homogenen und konfliktfreien Darstellung des Verhältnisses der Weinbauern untereinander, sowie in der mechanischen Übertragung des Bevölkerungswachstums auf der gesamt-nationalen Statistik. Auch die Häufung des eingefügten Quellenmaterials nimmt stellenweise gegenüber der Analyse zuviel Raum ein. Der Band ist jedoch insgesamt aufgrund der konzeptionellen Auffassung der Tübinger empirischen Kulturwissenschaftler und der Art der Vermittlung ein Novum in der neueren Kulturgeschichtsschreibung der BRD.

3.3. Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung

Gerade in der Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung ist in der Vergangenheit viel zu oft der grobe Leisten nationaler Partei- und Organisationsgeschichte an die regionale/

lokale Entwicklung angelegt worden. So kann Peukert¹⁸ feststellen, — daß die soziale Lage der Arbeiterklasse nur in sehr allgemeinen Zügen erforscht sei, die kaum Aussagen über den Zusammenhang von sozialer Lage und politischem Handeln erlauben, — daß die Frage der inneren Struktur der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen noch weitgehend ungeklärt sei, und — daß die Analyse der Vermittlungen von Führung und Basis notwendig sei. Diese Defizite können nur durch regionale Untersuchungen beseitigt werden, die allerdings ihre Kriterien und Kategorien nicht einfach von der nationalen Ebene übernehmen dürfen, sondern vielmehr am Gegenstand selbst entwickeln müssen.

Einen Wendepunkt in der Historiographie der Arbeiterbewegung stellt das Buch von Erhard Lucas »Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung« dar.¹⁹ Lucas will die äußerst verschiedenen Formen des Arbeiterradikalismus in Hamborn und Remscheid während der Novemberrevolution erklären und geht (heute schon fast ein Gemeinplatz, damals jedoch völlig neu) davon aus, »daß es bei weitem nicht genügt, Momente der Betriebssituation ... zu untersuchen, sondern daß alle Bereiche der proletarischen Lebenswirklichkeit erfaßt und miteinander in Beziehung gesetzt werden müssen«. (12) Dieser Anspruch wird ziemlich konsequent durchgehalten. Lucas' besondere Leistung liegt auf folgenden Gebieten: Erstens zeigt er, daß es *die* proletarische Lebenswelt als solche nicht gibt, sondern daß man von einer Vielzahl teilweise stark divergierender proletarischer Lebenswelten sprechen muß. Zweitens verdeutlicht Lucas, daß die Perspektive der Organisation wesentliche Elemente der proletarischen Lebenssituation vernachlässigt. Er kann zeigen, daß Organisation für die Arbeiter kein abstrakter Wert an sich darstellt, sondern abhängig ist von der jeweils spezifischen Arbeits- und Kampfsituation der Arbeiter. Drittens vermeidet Lucas konsequent jede Diffamierung einzelner Schichten der Arbeiterklasse. Er wendet sich damit einerseits gegen die Verständnislosigkeit und Verachtung der traditionellen Arbeiterorganisationen gegenüber den als »lumpenproletarisch« bezeichneten unorganisierten Arbeitern. Andererseits lehnt er auch die Überhöhung der unteren Arbeiterschichten als einzig revolutionäre Kraft gegenüber der als integrationistisch und reformistisch gebrandmarkten »Arbeiteraristokratie« der Facharbeiter ab, wie sie z.B. von Lenin und in jüngster Zeit auch wieder von den Exponenten der »Massenarbeiterthese« wie Karl Heinz Roth u. a. vertreten wurden und wird. In der historischen Analyse kommt Lucas daher zu dem Schluß, daß die Gründe für das Scheitern der deutschen Revolution 1918/19 in der nicht zustande gekommenen Integration der verschiedenen Formen des Radikalismus, im Ausbleiben eines gegenseitigen Lernprozesses liegen.

Was Lucas' Arbeit indes nicht leisten kann (und auch nicht zu leisten beansprucht), ist die Darstellung der Totalität und Komplexität lokaler Klassenbeziehungen. Dazu wäre eine detaillierte Beschäftigung mit der Hamborner, bzw. Remscheider Bourgeoisie, mit ihrer Struktur, ihren Artikulationsformen und Widersprüchen als Ergänzung zur Darstellung des lokalen Proletariats notwendig.

1979 erschien die Studie »Maschinenstürmer« von Rolf Taubert und Martin Henkel²⁰, die den Anspruch erhebt, die »Fortschritts- und Organisationsperspektive« der bürgerlichen, wie der marxistischen Arbeitergeschichtsschreibung zu durchbrechen.

»Mit der Rekonstruktion eines Stücks Alltag wollen wir eine Geschichtsschreibung denunzieren, die in der metaphysischen Konstruktion der sogenannten Arbeiterbewegung die wirklichen Arbeiter denunziert; eine Geschichtsschreibung, die die wirklichen historischen Arbeiter lobt oder tadelt nach dem Maß, in dem sie den Anforderungen, die der Historiker ihnen überstülpt, genügt haben oder nicht.« (9)

In diesem Sinne werden ihrer Meinung nach in der traditionellen Arbeitergeschichtsschreibung der Fortschrittsbegriff, der Klassenbegriff, der Begriff des Klassenbewußtseins und der Arbeiterbewegung gebraucht.

Die beiden Hauptteile der Arbeit bestehen in der Rekonstruktion zweier Arbeitskämpfe und ihrer Hintergründe: es geht einmal um die Zerstörung einer Schermaschine in der Webstadt Eupen 1823 und zum anderen um einen Streik der Solinger Schleifer 1826. Beide Studien bestechen durch ihre, die Ereignisse sehr detailliert nachvollziehende, ihre sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe geschlossen analysierende Methodik. Taubert und Henkel gelingt es, den Fortschrittsbegriff und die damit verbundene Charakterisierung der Maschinenstürmer als »fortschrittsfeindlich« in Frage zu stellen, und zu zeigen, wie obsolet Bewertungen sind, die kritiklos Industrialisierung und Technisierung als fortschrittlich, da sich durchsetzend bestimmen. Sie durchbrechen zudem die Perspektive von Arbeiterbewegungsgeschichte als Geschichte der etablierten Arbeiterorganisationen; indem sie die Zusammensetzung der Arbeiterschaft und die Gründe ihrer »Bewegung« aufrollen, zeigen sie, daß neben *der* Arbeiterbewegung in der »Bewegung von Arbeitern« schon lange vor der 48er Revolution Arbeiterbewegung existierte. Positiv an dieser Arbeit ist, daß es den Autoren gelingt, aufgrund einer genauen und umfassenden Detailuntersuchung Korrekturen an Geschichtsbildern anzubringen, die aus Globalanalysen entstanden sind und allzu leicht Idealisierungen und funktionalisierte Ex-post-Interpretationen produzieren.

Die »Theoretisierung« und Kritik ist jedoch allzu grobmaschig geraten. Taubert und Henkel machen es sich mit der Auswahl der von ihnen kritisierten Arbeiten (v.a. marxistischer Historiker) leicht, sie bauen Popanz der marxistischen Geschichtsschreibung auf, um ihre Angriffe nur recht drastisch zu gestalten. Sie berücksichtigen kaum, daß es hier seit einiger Zeit neue Entwicklungen und Lernprozesse gibt.²¹ Mit der Ablehnung zentraler Begriffe marxistischer Gesellschaftsanalyse (unter stillschweigender Beibehaltung einer materialistischen Methodik) schütten sie zudem das Kind mit dem Bade aus. Sie hätten besser fragen sollen, wie dieses Instrumentarium, mit dem sie, ohne es zu benennen, ja auch selbst hantieren, im Rahmen einer »neuen Regionalgeschichte« — gereinigt von politischen Idealisierungen — konstruktiv verwandt werden kann.

3.4. Geschichte des Widerstandes

Über die Geschichte des Widerstandes im III. Reich zu schreiben, hieß bis vor wenigen Jahren noch fast ausschließlich, sich mit dem 20. Juli zu befassen. Auch für die regionale Geschichtsforschung war der lokale der regionale Widerstand — wie überhaupt das Thema Nationalsozialismus — kein Gegenstand. So hat sich zum Beispiel in Stuttgart unlängst ein Meinungsstreit über die »Chronik der Stadt Stuttgart« entwickelt. Nachdem die Aufarbeitung des Nationalsozialismus nahezu dreißig Jahre hinausgeschoben worden war, kam es zu einer heftigen Kontroverse über die Frage, ob das Werk nach Ansicht von Oberbürgermeister Rommel und seinem Archivdirektor »im Stile einer von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr fortschreitenden Auflistung von Ereignissen« verfaßt sein müsse, oder ob, wie andere Stadträte fordern, »auf eine wertende Einordnung der Geschehnisse nicht verzichtet werden dürft«. Auch die Frage der Quellauswahl war Gegenstand der Kontroverse. Dem Archiv wurde vorgeworfen, bei seinen Nachforschungen auf wichtige Quellen, wie die persönliche Anhörung von noch lebenden Mitgliedern des Widerstandes, verzichtet zu haben. Der Meinungsstreit zeigt

schlaglichtartig die Bedeutung von Lokal- und Regionalgeschichte für die politisch-kulturelle Hegemonie, das Potential und die politische Brisanz, die in einer lokal- und regionalhistorischen Aufarbeitung des Widerstandes im Nationalsozialismus liegen.

Um die Aufarbeitung des Widerstandes in Ostfriesland geht es Poppinga u. a. in den 1977 erschienenen »*Biographien aus dem Widerstand*«. Poppinga und seine Mitarbeiter²² interessiert weniger die akademische Diskussion der Historiker über den Widerstand und neue sozialgeschichtliche Methoden seiner Erforschung, vielmehr verfolgen sie einen politischen Anspruch, der letztlich auch Grundlage ihrer Methode wird: sie wollen, »daß hier eine schweigend gehaltene Minderheit (die kleinen Leute des sozialistischen und kommunistischen Widerstandes) Rederecht erhält.« (10)

»Wir stellen Beispielhaftes zum ökonomischen, sozialen, politischen Ostfriesland vor — so wie es sich heute im Bewußtsein von Ostfriesen darstellt. Es ist Sozialgeschichte, nicht wie sie von Archiven ausschnittsweise konserviert wird, sondern wie sie sich in das Bewußtsein handelnder Menschen eingepreßt, erhalten hat.« (11)

Das Buch schildert vor dem Hintergrund der Lebensbedingungen der Bevölkerung im späten 19. und 20. Jahrhundert den Widerstand v. a. linker Arbeiter, Bauern und Angestellter in Ostfriesland gegen das Naziregime. Die Darstellung basiert nicht primär auf Archivmaterial, sondern hauptsächlich auf Interviews, die die Autoren mit Überlebenden des Widerstandes geführt haben. Die Arbeit ist in drei Hauptkapitel gegliedert: die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und das Alltagsleben der Region, die politische Kultur bis 1933 und der Widerstand. Ein kurzes Schlußkapitel zur politischen Kultur nach 1945 schließt sich an, das zeigt, wie aktuell und politisch notwendig die Hebung dieser verschütteten demokratischen Traditionen gerade heute ist (etwa wenn man hört, daß die Verfolgten von damals auch heute noch unter sozialen und ökonomischen Pressionen leiden müssen).

Kurze einführende Darstellungen der Autoren zu den einzelnen Kapiteln verbinden sich mit den thematisch geordneten Interviewsequenzen. Obwohl man die Segmentierung und Umgruppierung des Interviewmaterials zu verschiedenen thematischen Blöcken bedenklieh finden kann, sind die »*Biographien aus dem Widerstand*« doch ein sehr gelungenes Beispiel für die produktiven Möglichkeiten, die in der »oral history« als einem Ansatzpunkt für regionale Gesellschaftsanalyse liegen. Beeindruckt hat uns, wie das moralische und politische Engagement der Autoren sie folgerichtig zur adäquaten Methode hat greifen lassen: sie haben nicht zum wiederholten Mal *über* den Widerstand geschrieben, sondern jene unterdrückte Minderheit des Widerstandes zu Wort kommen lassen:

»Wir waren oft die ersten, die die alten Genossen nach ihren Erinnerungen und Erfahrungen gefragt haben. Das ist traurig und bezeichnend. Traurig, weil wertvolle Erfahrungen verloren gehen. Wenn es gelänge, unser Bewußtsein frei von Wissen über den Widerstand zu halten, wäre der Widerstand nicht nur weitgehend erfolglos gewesen, er wäre auch vergebens, wäre unnütz geleistet. Die Gestapo würde triumphieren noch im Jahre 1977. Bezeichnend ist es, weil der Widerstand gegen den Faschismus nicht zu den staarlich gepflegten Traditionsbeständen gehört. Stauffenberg, Goerdeler, Rommel: ja; Geschwister Scholl: gerade noch; aber Widerstand von Linken? Das Wissen darüber fördern hieße doch auch, die von unserer Öffentlichkeit heftig betriebene Aussperrung sozialistischer Positionen zu unterlaufen.« (10)

4. Gesellschaftsanalyse und Totalität: zu den Perspektiven einer »neuen« Regionalgeschichte

Wenn wir die skizzierten Arbeiten insgesamt betrachten, können wir durchaus variierende methodische Ansätze und bei ihren Autoren auch verschiedene wissenschaftliche »Herkunftsorte« feststellen. Trotzdem verbindet sie mehr als die Konzentration auf geographisch begrenzte Untersuchungsräume. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt ist die implizite oder explizite Kritik »herrschender« Geschichtsauffassungen; derjenigen, die nur das sich Durchsetzende, Erfolgreiche, Herrschende im Blick haben und es zur zwangsläufigen Entwicklung stilisieren. Dieser Ausgangspunkt ist nicht neu: Bereits Walter Benjamin kritisierte in seinen »Geschichtsphilosophischen Thesen« eine Geschichtsschreibung und politische Sehweise, die von der technischen Entwicklung automatische Befreiung erhofft. Rexroth formulierte in Anlehnung an Benjamin: »Wo nicht die Geschichte des Zwangs und die Wendepunkte, an denen es hätte anders laufen können, den Unterdrückten, wie bruchstückhaft auch immer, parat ist, bleibt es bei Empörung, die in Stumpfheit mündet. Aktion enthält jenes 'So soll es nicht weiterlaufen', mit dem noch in der Juli-Revolution Uhren durch Schüsse angehalten wurden.«²³

Die Aufforderung, erlebte Zwänge, Wendepunkte, »hinter dem Rücken der Beteiligten abgelaufene Entwicklungen« wieder an die Oberfläche zu bringen, Geschichte in ihrer subjektiven Prägung und ihrem Potential an abgebrochenen, verschütteten Möglichkeiten wiederzuentdecken, versuchen die neuen und kritischen Ansätze der Regionalgeschichte einzulösen. Daß die Diskussion darum stellenweise in einer breiten Öffentlichkeit abläuft²⁴, zeigt, welche Bedeutung auch außerhalb der interessierten Historikerkreise v. a. in weiten Teilen der Linken Begriffe wie Alltag und historische Subjektivität gewonnen haben.

Die Grundlagen für diese Diskussion sind bereits vor etlichen Jahren durch englische und französische Beiträge gelegt worden.²⁵ Doch es brauchte lange, bis dieses Potential erkannt wurde. Die Hinwendung zum Studium von Basisprozessen lag — neben den politischen, sozialen Gründen — auch am Versagen globaler sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Analyse-Schulen der sechziger Jahre.

Die orthodox-marxistische Geschichtsschreibung vermochte das Ausbleiben bereits postulierter Gesellschafts- und Lebensreform nicht zu erklären. Bürgerliche Modernisierungstheorien, die bisher Geschichte unter der Prämisse eines fast naturprozeßhaften industriellen Fortschritts betrachteten, standen der massiven Infragestellung industriegesellschaftlicher Normen fassungslos gegenüber.

Die Kritik an diesen traditionellen historischen Linearansätzen richtet sich gegen deren Inhalte und die dadurch bedingten Methoden: da diese hochaggregierten Konzepte einer linearen historischen Entwicklung die Widersprüchlichkeit und Gebrochenheit gesellschaftlicher Entwicklung entweder nicht erkennen, oder sie nicht für geschichtstheoretisch relevant halten, sind sie nicht in der Lage, diese in den Tiefen des Alltags methodisch zu erfassen. So produzieren sie entweder idealistische Interpretationen historischer Vorgänge (wie es etwa die bisherigen »Kulturkampf«-Thesen taten, die die materiellen Hintergründe kaum beachteten)²⁶, oder mechanistische Modelle gesellschaftlicher Entwicklung. Diese sind mechanistisch nicht nur im Sinne einer »Durchsetzung des technischen und damit sozialen Fortschritts« in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung, sondern auch in der sozialistischen Geschichtsschreibung, die

Geschichte als Abfolge von Klassenauseinandersetzungen lange Zeit auf die Parteigeschichte reduziert hat. Oft werden historische Vorgänge schlicht und einfach verschwiegen, da diese unterhalb der aggregierten Erhebungsebene liegen, bzw. nicht in das daraus resultierende Bild passen.

So verbindet die neuen kritischen Ansätze der regionalen Sozialgeschichte zunächst der Versuch eines Perspektivwechsels: Gegenstand ihrer Betrachtung kann nicht einfach »die Geschichte« sein, denn Geschichte setzt sich aus vielen Geschichten zusammen; die Geschichte der Herrschenden ist verwoben mit der Geschichte der Unterdrückten. Deshalb sollen der Sicht des »Polyhistorikers«, der eine apriori definierte, quasi externe historische Logik gesellschaftlicher Prozesse dem analysierten Ereignis oder Gegenstand aufdrückt, das alltägliche Handeln der historischen Subjekte und die daraus resultierenden Möglichkeiten entgegengestellt werden. Wie bereits Thompson gezeigt hat, liegt dem alltäglichen Denken und Handeln eben nicht einfach *die* »Logik« der globalen Entwicklung zugrunde, vielmehr basiert es auf einer eigenen Rationalität, die sich nicht einfach anpassen oder auflösen läßt.²⁷

Gegen die linearen Ansätze der Modernisierungstheorie oder der traditionellen marxistischen Geschichtsschreibung behaupten die kritischen regionalhistorischen Ansätze also eine Dialektik gesellschaftlicher Entwicklung, die objektive Bedingungen und subjektives Wirken, sowie deren Ungleichzeitigkeiten einbezieht. Die Entfaltung dieser Dialektik muß sich notwendig auf der konkreten Ebene kleinerer, regionaler gesellschaftlicher Einheiten abspielen. Notwendig ist zudem die Durchdringung des gesellschaftlichen Alltags in allen seinen Bereichen, d.h. die Entfaltung der Totalität dieser gesellschaftlichen Einheit.

Dazu gesellt sich eine weitere methodische Forderung: da soziale Logik, Denken und Bewußtsein nicht einfach Resultat momentaner gesellschaftlicher Konstellationen ist, sondern — nach Gramsci — gewissermaßen bizarr zusammengesetzt aus Fragmenten von Erfahrungen aller vergangenen und gegenwärtigen Zeiten, ist zu ihrer Entfaltung die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Rahmen von Langzeitanalysen notwendig.

Was die neuere regionale Geschichtsschreibung methodisch unseres Erachtens nach auszeichnen sollte, ist:

- eine Ausweitung der Quellen und Quellengattungen (z.B. mündliche Geschichte usw.);
- eine Quellenkritik, die die Wahrnehmungsmuster obrigkeitsstaatlicher Quellen berücksichtigt;
- eine Betrachtungsweise, die statt einer Übertragung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsprozesse auf die regionale Gesellschaft die Interdependenz zwischen regionaler/lokaler und Gesamtgesellschaft thematisiert.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß es sich hierbei um Idealforderungen handelt, die in dieser Komplexität in der empirischen Arbeit schwierig einzulösen sind und weitgehend kollektives Arbeiten voraussetzen.

Wir fassen zusammen: Der zur Entfaltung der gesellschaftlichen Dialektik zwischen objektiven Bedingungen und subjektivem Wirken notwendige Perspektivwechsel bedeutet zunächst die Entschlüsselung der von globalen Prozessen nur mittelbar determinierten verborgenen Logik alltäglichen Denkens und Handelns, um von hier aus wieder die Rekonstruktion gesamtgesellschaftlicher Entwicklung anzustreben. Das ist es, was

regionale Sozialgeschichte zuallererst und unter den eben skizzierten methodischen Voraussetzungen leisten soll: Regionalgeschichte als Gesellschaftsanalyse zu schreiben, mit dem Ziel der Entfaltung der Totalität einer regionalen Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Th. Luckmann, Persönliche Identität und Lebenslauf — Gesellschaftliche Voraussetzungen, in: G. Klingenstein (Hrsg.), Biographie und Geschichtswissenschaft, München 1979, 29-46.
- 2 Die Breite der gegenwärtigen Diskussion beschreibt R. Wirtz, Heimatkunde — Heimatgeschichte — Stadtgeschichte, in SOWI 9 (80), H. 1., Einleitung zum Themenheft »Lokale Geschichte und Politisches Handeln«. Ebenso: »Heimat Heute«. Zeitungskolleg, Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, 1980; P. Rühmkorf, Heimat — ein Wort mit Tradition. Oder vom Angriff auf unsere Lebenszusammenhänge. FAZ vom 29. 11. 80.
- 3 A. Herrenknecht, Heimatsehnsucht. Eine verdrängte Kategorie linker Identität, in: TAZ vom 16. 4. 1980.
- 4 Ebd.
- 5 Vgl. SOWI 6 (77), H. 4, »Bedürfnisse, Erfahrung und Verhalten«. Ebenso Alf Lütcke, Alltagswirklichkeit, Lebensweise und Bedürfnisartikulation, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie 11, Frankfurt/M. 1978, 311-350.
- 6 Es wird jedoch keineswegs ein Anspruch auf Vollständigkeit gestellt. Vgl. die ausführliche Sammelrezension von P. Steinbach, Alltagsleben und Landesgeschichte. Zur Kritik an einem neuen Forschungsinteresse, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 29 (79), 225-305.
- 7 Auf einen historischen Abriss der Regionalgeschichtsschreibung wird hier bewußt verzichtet. Vgl. hierzu G. Zang, Subjektive Reflexionen über ein Projekt und seine organisatorische und inhaltliche Entwicklung. Überlegungen zu einer kritischen Regionalgeschichtsschreibung für das 19. und 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.), Provinzialisierung einer Region, Frankfurt/M. 1978, 465-538. Ders., Entwicklungsphasen der Stadt und Stadtgeschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert, in: SOWI 9 (80), H. 1, 11-18.
- 8 Vgl. U. Becker, Geschichte als »Schöner Leben«? Fragen an einen Geschichtsverein, in: G. Huck (Hrsg.), Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1980, 329-346.
- 9 Beispielhaft dafür die Beiträge in: W. Schröder (Hrsg.), Moderne Stadtgeschichte. Stuttgart 1979.
- 10 Vgl. Zang, 490ff. (s. Anm. 7).
- 11 Provinz soll hier keineswegs abschätzig verstanden werden, sondern als Bezeichnung einer ökonomisch weniger entwickelten Region, die in vielerlei Beziehungen von den großstädtischen Zentren/Metropolen abhängig ist und dominiert wird.
- 12 Wir beziehen uns auf die folgenden Bände: H. Brandstätter, Asperg. Ein deutsches Gefängnis, Berlin 1978. L. Fischer, Die Schlacht unter dem Regenbogen. Frankenhausen, ein Lehrstück aus dem Bauernkrieg, Berlin 1975. M. Franke, Schinderhannes. Kriminalgeschichte voller Abenteuer und Wunder, Berlin 1977. H. Karasek, Haymarket! Die deutschen Anarchisten von Chicago, Berlin 1975. Th. Lehner, Die Salpeterer, Berlin 1977. W. Dreßen, 1848-1849: Bürgerkrieg in Baden, Berlin 1975. E. Piper, Der Aufstand der Ciompi, Berlin 1978.
- 13 Detlev Peukert, Zur Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, in: *Argument* 110 (1978), 546-565, 558.
- 14 Vgl. Dreßen, 1848-1849.
- 15 Heiko Haumann (Hrsg.), Vom Hotzenwald bis Wyhl. Demokratische Traditionen in Baden, Köln 1977.
- 16 Utz Jeggle, Kiebingen — eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf. Tübingen 1977. Vgl. hierzu auch: B. Mahnkopf, Jenseits der Mythen: Zur Soziologie dörflicher Lebensweise. Anmerkungen zu einer kulturwissenschaftlichen Untersuchung von A. Ilien und U. Jeggle. In: *Ästhetik und Kommunikation*. Nr. 42/80, 136-144.
- 17 M. Scharfe (Hrsg.), Das andere Tübingen. Kultur und Lebensweise der Unteren Stadt im 19. Jahrhundert, Tübingen 1978.

- 18 Vgl. Anmerkung 13.
- 19 F. Lucas, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976. Eine ausführliche Besprechung des Buches hat Peukert bereits im *Argument* 110/78 geleistet, er bezeichnet das Buch als Beispiel für eine integrierte Sozialgeschichte. Daher soll hier nur kurz auf die Punkte eingegangen werden, in denen u.E. Lucas' besondere Leistung liegt.
- 20 R. Taubert u. M. Henkel, Maschinenstürmer. Ein Kapitel aus der Sozialgeschichte des technischen Fortschritts, Frankfurt/M. 1979.
- 21 Als Beispiel für andere mag hier die selbstkritische Rezension Kuczynskis zweier britischer Arbeiten zur Sozialgeschichte der Arbeiterklasse stehen; Überlegungen zum Studium der Arbeiterklasse, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, Teil III. 157ff.
- 22 Onno Poppinga, Hans Martin Barth und Hiltraut Roth, Ostfriesland. Biographien aus dem Widerstand, Frankfurt/M. 1977.
- 23 Tillmann Rexroth, Vorbereitende Reflexionen zu einer Diskussion über die Geschichtsphilosophischen Thesen, in: Ästhetik und Kommunikation 39 (1980), 75ff.
- 24 Z.B. in einer Artikelreihe der Frankfurter Rundschau unter dem Motto »Subjektivität in der Geschichtswissenschaft«: am 9.6.80 »Sprachverkümmert und eine platonische Liebe zur Gewerkschaft« von Taubert/Henkel und am 4.6.80 »Die andere Bundesrepublik« von Werner Fuchs.
- 25 Edward P. Thompson, The Making of the English Working Class, London 1963. Ders., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie, Berlin 1980. Ders., Das Elend der Theorie, Frankfurt/M. 1980. Eric J. Hobsbawm, Labouring Men, London 1975. Ders., Sozialrebeln? Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied 1962. Ders. und George Rude, Captain Swing, Harmondsworth 1973. Henri Lefebvre, Das Alltagsleben in der modernen Welt, Frankfurt/M. 1972. Ders., Kritik des Alltagslebens, Frankfurt/M. 1974.
- 26 Siehe hierzu die Anmerkungen zum Kulturkampf-begriff in: G. Zang (Hrsg.), Provinzialisierung einer Region, Frankfurt/M. 1978 309ff.
- 27 W. Thompson, Plebeische Kultur und moralische Ökonomie (s. Anm. 25).

GULLIVER 9
(AS 65)

»Zweite Kultur« in England, Irland, Schottland, USA. Untersuchungen über Dickens, Chartismus, Mark Twain, deutsche Arbeiterkultur in Chicago, Sherwood Anderson, u.a. UE Sekundarstufe I zum Problem des Streiks. Kontroverse: US-Geschichtswissenschaft (Mai 1981) 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

DAS
ARGUMENT
123

Subjektivität, Lebensläufe
F. Haug: Frauen — Opfer oder Täter?
G. Mattenklott: Linke Romantik und Arbeiterbewegung. S. Bajohr: »Oral History«. E.M. Hoerning: Biographische Methode. Hauck/Bader: Schluchters Gesellschaftsgeschichte.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,—)

Günther Bachmann

Sozialistische Umweltpolitik Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (6)

1. Vorbemerkung

In den sozialistischen Ländern ist seit Ende der sechziger Jahre die Frage der langfristigen Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Ressourcen in zunehmendem Maße auf die politische und wissenschaftliche Tagesordnung gerückt. Entstehung und Verlauf der sozialistischen Umweltpolitik werden stark von den internationalen Verflechtungen und Systemauseinandersetzungen geprägt. Die philosophisch, wirtschaftswissenschaftlich und planungspolitisch geführte Diskussion ist durch drei Etappen charakterisiert, die sich abstrakt beschreiben lassen als Etappe der

- ersten pragmatischen Bewältigungsversuche der Umweltprobleme;
- wissenschaftlichen Problemfaltung;
- der öffentlichen Erörterung dieser Diskussionen sowie der verstärkten Bemühungen um produktionsrelevante Umsetzung ihrer Ergebnisse.

Die sozialistische Umweltdebatte wird zunächst in ihrer Entstehung und methodischen Grundlegung dargestellt. Die Entfaltung der ökologischen Diskussion wird nachvollzogen, indem die einzelnen Themenschwerpunkte mit ihrer unterschiedlichen Problemwahrnehmungs- und Problembewältigungskapazität aufgezeigt werden. Sie sind insofern geordnet, als sie inhaltlich und zeitlich aufeinander aufbauen.

2. Begründung und methodische Grundlagen

Nowikow, R.A.: Die Zusammenarbeit im Bereich des Schutzes und der Verbesserung der Umwelt. In: Proektor, D.M. (Leiter des Autorenkollektivs): Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit: Voraussetzungen, Probleme, Perspektiven. Verlag Progreß, Moskau 1978.

Leonhardt, Alfred und Gerhard Speer: Umweltreproduktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zur Kritik bürgerlicher Konzeptionen einer marktwirtschaftlichen Lösung des Umweltproblems. Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie Nr. 79, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M. 1977 (109 S., br., 4,20 DM).

Maier, Harry: Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstums? Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie Nr. 78, Akademie-Verlag, Berlin (DDR) 1977 (82 S., br., 3,50 M).

Der Mensch und seine Umwelt. Rundtischgespräch sowjetischer Wissenschaftler, veranstaltet von Voprossy filosofii; abgedruckt in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin/DDR 1973, 26. Jahrgang, Heft 11ff.

Buhr, Manfred, und Günter Kröber (Hrsg.): Mensch Wissenschaft Technik. Versuch einer marxistischen Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977 (345 S., br., 14,80).

Ihre Entstehung verdankt die sozialistische Umweltdebatte einer Reihe von Faktoren, deren gemeinsamer Hintergrund der globale Charakter der Krise der ökologischen Reproduzierbarkeit ist. Das Umweltproblem wird daher in mindestens drei Bereichen thematisiert:

— Mit den Begriffen »Ökologische Sicherheit« und »internationale ökologische Ethik« beschreibt der sowjetische Autor R. A. Nowikow die ökologischen Probleme als notwendigen Teil der internationalen Friedens- und Entspannungspolitik. Die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte v. a. in Europa, die große Staatendichte und der weltweite Charakter der ökologischen Krisenphänomene — dies alles führt zu der Auffassung, daß im »internationalen Leben eine neue Realität entstanden ist, die durch die Einheit und Unteilbarkeit der ökologischen Sphäre der Erde hervorgebracht wurde« (Nowikow, 321). Nowikow sieht die Zukunft dieses Problems in der auch durch die Ökologie zu leistenden Materialisierung der Entspannungspolitik. In der Auseinandersetzung mit den bisherigen Abkommen und Vereinbarungen zeigt er deren Unzulänglichkeit sowie die Ansatzpunkte einer Politik der ökologischen Sicherheit auf.

— Die zweite wichtige Begründung der sozialistischen Umweltpolitik und -diskussion ist die ideologische Systemauseinandersetzung. Leonhardt und Speer analysieren die westdeutsche Umweltpolitik, vorrangig unter sozialökonomischen Aspekten, Maier beschäftigt sich mit den Nullwachstums-Theorien des Club of Rome.

— Die dritte Entstehungskomponente ist die Frage der Lösung der eigenen Umweltprobleme; dieser Fragestellung soll ausschließlich nachgegangen werden.

Eine erste Übersicht über die Vielfalt ökologischer Probleme im Sozialismus liefert der »Club of Moscow«, ein von der sowjetischen Zeitschrift *Voprosy filosofii* 1972 veranstaltetes Rundtischgespräch sowjetischer Wissenschaftler. Die Wissenschaftler äußern sich zu wesentlichen Ursachen und Bewältigungsformen der ökologischen Krise im Sozialismus. Dabei werden recht unterschiedliche und teilweise auch überraschend »grüne« Ansichten vertreten, wie z. B. jene, daß das Problem nicht ursächlich im Stoffwechsel, sondern im Wachstum und im technisch orientierten Weg der Gesellschaft gesehen werden müsse und die Möglichkeit eines stationären Zustands der Menschheit im System der Natur erwogen werden solle. Lesenswerte Denkansätze finden sich überdies zu den Themen Ökologie und Bedürfnisse, Ökologie und Medizin.

Die methodische Grundlegung erfährt die Problem-Identifizierung 1973, als sowjetische Wissenschaftler den Versuch unternehmen, für den Weltkongreß der Philosophie in Varna eine umfassende Charakteristik der allgemeinen Bewegungsgesetze von Gesellschaft, Natur und Produktion zu liefern: Der Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) erlaubte es in methodischer und analytischer Hinsicht, die gegenwärtige, widersprüchliche Entwicklung in den Wissenschaften, in Technik, Produktion und Umwelt, sowie Sozialstruktur und Bedürfnisentwicklung zu erklären. Wenngleich die Begriffsbestimmung nicht voll in ihrer Bedeutung für die ökologische Fragestellung untersucht wird, so wird doch deutlich genug, daß Ökologie nicht isoliert von Gesellschafts- und Produktivkraftentwicklung betrachtet wird.

3. Umweltpolitik als Aufgabe des traditionellen Naturschutzes und der Landespflege

Neef, E., und Vera Neef (Hrsg.): Sozialistische Landeskultur. Umweltgestaltung — Umweltschutz mit einem ABC. Brockhaus Handbuch. VEB F.A. Brockhaus Verlag, Leipzig 1977 (604 S., Ln., 16,— M).

Richter, H. (Hrsg.): Beiträge zur planmäßigen Gestaltung der Landschaft. Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft der DDR, VEB Hermann Haack Geographisch-Kartographische Anstalt, Gotha/Leipzig 1978 (263 S., kart., 33,— M).

Fedorenko, N., und K. Gofman: Rationelle Gestaltung der Umwelt als Problem der optimalen Planung und Leitung. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin (DDR) 1973. 26. Jg., Heft 3, S.229-239.

1970 wird mit dem Landeskultugesetz in der DDR ein umfassendes umweltpolitisches Eingriffsinstrument modifiziert. Bereits in den 50- und 60er Jahren gab es zwar eine große Zahl von Untersuchungen zu den verschiedensten landeskulturellen Einzelproblemen, aber sie waren fast ausschließlich medial (Wasser-Boden-Luft-Landschaft) orientiert; mit dem neuen Gesetz werden sie zu einer systemaren Betrachtungsweise zusammengefaßt. Dieser Betrachtungsweise ist das Nachschlagewerk von Ernst und Vera Neef verpflichtet. Das Mensch-Natur-Verhältnis wird zum Ausgangspunkt der Überlegungen gemacht, die real existierende Umweltproblematik in ihrer historischen Bedingtheit gesehen (Aufbau der DDR, internationale Systemauseinandersetzung), die sozialistische Umweltpolitik sowohl in Beziehung zur Ökonomie als auch zur territorialen Planung gesetzt. Es werden allerdings noch nicht jene philosophischen und ökonomischen Problemhorizonte verarbeitet, die in der Fachliteratur jener Zeit bereits erörtert worden sind. Dies leisten die »Beiträge«, ein interdisziplinärer Reader, der im Auftrage der Geographischen Gesellschaft der DDR herausgegeben wurde. Gegliedert in drei Teile — Problemsicht und Ursachenanalyse, Planungsmethoden, regionale und mediale Planungsbeispiele — macht er sehr offene und kritische Ausführungen zur Praxis der sozialistischen Landschaftsplanung. Hier wird verdeutlicht, warum trotz Existenz des Landeskultugesetzes »Vollzugsdefizite« nachweisbar sind: durch ungelösten Problemdruck sowohl in methodischer (Bestimmung der Belastbarkeit des Naturhaushaltes, ökonomische und ökologische Kriterien für die Standortnutzung, Bestimmung von ökologischen Risiken etc.), als auch planungspolitischer (Einordnung in die generelle Entwicklungsplanung und -abstimmung) und planungspraktischer Hinsicht (mangelnde Berücksichtigung bereits gesicherter Erkenntnisse).

Auf ein zentrales Problem sozialistischer Umweltpolitik weist der Aufsatz von N. Fedorenko und K. Gofman hin, der in der DDR-Literatur häufig zitiert wird. Die beiden Autoren geben einen Überblick über die sozialen Probleme der Umweltpolitik. Neben der Abhandlung von methodologischen Fragen, der Perspektivplanung sowie der organisatorischen und rechtlichen Probleme der Planung von Umweltqualitäten wird als grundlegende Frage für Strategie und Politik des Umweltschutzes folgendes formuliert: »Ist die Verbesserung der Umweltqualität ein Faktor, der die ökonomische Effektivität der gesellschaftlichen Produktion erhöht (und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt ferner Zukunft, sondern auch für den nächsten Planzeitraum), oder verhalten sich Umweltschutz und wirtschaftliche Effektivität antagonistisch zueinander, so daß das eine nur auf Kosten des anderen möglich ist?« (Fedorenko/Gofman, 233) Die Konsequenz der Beantwortung dieser Frage ist: Entweder kann der Umweltschutz nur durch moralisch-rechtliche Argumentation vertreten werden, die durch Systemkonkurrenz- und Weltmarktlogik leicht zurückgedrängt werden kann, oder die Erhaltung und Entwicklung der Umwelt werden selbst Teil der Bemühungen zur Effektivierung der Volkswirtschaft. Die sowjetischen Autoren beantworten diese Frage anhand von groben Schätzungen dahingehend, daß der Umweltschutz tatsächlich eine hochproduktive Anlagensphäre für die gesellschaftliche Arbeitskraft ist.

Bevor aber die kontroverse Erörterung dieses Problems in der DDR-Literatur verfolgt

wird, soll auf die Fragen der ökonomischen Bewertung der Naturressourcen eingegangen werden, da sie das zentrale methodische Problem der zitierten Fragestellung sind.

4. Umweltpolitik als Problem der ökonomischen Bewertung

Minc, Aleksej Aleksandrovič: Die ökonomische Bewertung der Naturressourcen. VEB Hermann Haack Geographisch-Kartographische Anstalt, Gotha/Leipzig 1976 (255 S., Ln., 53,40 M).

Lojter, M.N.: Naturressourcen, Umwelt und Investitionseffektivität. Akademie-Verlag, Berlin 1977 (268 S., br., 21,— M).

Graf, Dieter: Zu einigen Grundfragen der ökonomischen Bewertung von Naturressourcen im entwickelten Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1978, 26.Jg., Heft 7, S.811-823.

Mit der Ausweitung der Produktion und der zunehmenden Inanspruchnahme der Natur entstehen neue Stoff- und Energieströme, die nicht mehr nur als Gebrauchswerte zu erfassen sind, sondern auch als Werte. Die bislang sogenannten »freien Güter« sollen ökonomisch bewertbar werden, damit sie der rationalen Gestaltung und Berechnung der Produktion und der Umweltfaktoren zugänglich werden. Nachdem in der Sowjetunion dieses Problem bereits Ende der 50er Jahre relevant wurde, und zunächst eine Diskussion um die Sinnhaftigkeit der Fragestellung begann, hat sich jetzt die Erkenntnis der Notwendigkeit, ökonomische Bewertungen zu ermitteln, durchgesetzt. Minc faßt als erster die Materialien aus Wissenschaft und Praxis zusammen, definiert den Begriff der Naturressourcen als natürliche Produktivkräfte und stellt den methodischen Stand der ökonomischen Bewertung sowohl einzelner Ressourcen als auch sog. Territorialverbände von Naturressourcen dar. Er registriert ein Forschungsdefizit sowie wesentliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich des methodischen Vorgehens. Er hält die Ausarbeitung einer einheitlichen, universellen und gleichzeitig hinreichend konkreten Methodik der ökonomischen Bewertung für unmöglich. Gleichwohl erscheinen Teilmethoden der Bewertung je spezifischer Ressourcen machbar.

Lojter befaßt sich hauptsächlich mit den Nutzeffektsberechnungen in den extraktiven Zweigen der Produktion und folgt Mincs Auffassung des Sinns von Teilmethoden, die je nach Zielstellung und Objekt verändert werden und an langfristigen Bedarfsprognosen ausgerichtet werden sollen.

Beide Autoren weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Bewertung lediglich als Teil der wissenschaftlichen Beratung der Politik zu verstehen ist, nicht bereits als politische Entscheidung selbst. Vorrangig sind langfristige Bedarfsprognosen auf der Basis natürlicher Kennziffern. Die Einheit von naturalen und wertmäßigen Kennziffern muß durch den Volkswirtschaftsplan hergestellt werden. Die Fragen der ökonomischen Bewertung verweisen auf das grundlegende Problem der Berechnung der volkswirtschaftlichen Effektivität im Zusammenhang mit dem produktionsrelevanten Einsatz der Natur. Die oben zitierte Fragestellung von Fedorenko/Gofman ist bisher nicht einhellig beantwortet, wie gezeigt werden soll.

5. Umweltpolitik zwischen Ökologie und Ökonomie

Köhler, Johann: Zur Problematik der produktiven und unproduktiven Arbeit sowie der Dienstleistungen. In: Wirtschaftswissenschaft. Verlag Die Wirtschaft Berlin 1974, 22.Jg., Heft 6, S.852-887.

Maier, Harry: Das Wechselverhältnis von produktiver und nichtproduktiver Arbeit als theoretisches und praktisches Problem bei der Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: *Wirtschaftswissenschaft*. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1975, 23. Jg., Heft 11, S.1629-1649.

Streibel, Günter: Umweltschutz und Umweltgestaltung als volkswirtschaftliche Aufgabe. In: *Wirtschaftswissenschaft*. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1975, 23.Jg., Heft 8, S.1139-1156.

Köhler, Johann: Der Charakter der Kosten für den Umweltschutz. In: Autorenkollektiv: *Ausgewählte Probleme der Leitung und Planung des Umweltschutzes*. Freiburger Forschungshefte D 102, VEB Leipziger Verlag für Grundstoffindustrie, Leipzig 1976.

Die Autoren gehen gemeinsam von der Notwendigkeit aus, die »Gratiseffekte« der natürlichen Produktivkräfte vergleichbar zu machen und in ökonomische Überlegungen einfließen zu lassen. Ob die ökonomische Bewertung der Naturressourcen mit der Marx'schen Werttheorie übereinstimmt, ob die Verbesserung der Umweltqualität die ökonomische Effektivität der gesellschaftlichen Produktion erhöht, darüber gibt es unter den Wirtschaftswissenschaftlern einen Meinungsstreit, der mitunter die Formen gegenseitiger wissenschaftlicher Exkommunikation annimmt.

So wirft Köhler den bewertenden Ökonomen »wissenschaftlich ein(en) Rückfall in die Zeit vor Marx« vor. Unter Berufung auf Marx und seinen Begriff »produktiver Arbeit« stellt er fest, daß der Umweltschutz den Sozialismus nicht reicher an materiellen Gütern macht, mithin also unproduktive Arbeit sei. Nach Meinung von Maier entgeht Köhler die neue Qualität des Wechselverhältnisses von produktiver und nichtproduktiver Arbeit und steht daher im Widerspruch zur marxistisch-leninistischen Auffassung. Denn: Bei der Reproduktion der natürlichen Umwelt handelt es sich lediglich vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse um Unkosten der Produktion (insofern stimmt er Köhler zu). Vom Standpunkt des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses wird der Aufwand zur natürlichen Reproduktion jedoch als gesellschaftlich notwendiger Aufwand und die hierzu erforderliche Arbeit als produktiv angesehen.

Diese Argumentation findet sich detaillierter bei Streibel, der sich ebenfalls auf Köhlers Verdikt bezieht. Um den volkswirtschaftlichen Charakter der Umweltpolitik zu analysieren, differenziert er sie in den Umweltschutz als Erhaltung und Sanierung der natürlichen Umwelt und in die weitergehende Umweltgestaltung als aktive Umgestaltung und Kultivierung der Natur zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die planmäßige, aktive Umweltgestaltung wird seiner Meinung nach notwendig, da zum einen der gesellschaftliche Bedarf das Dargebot bestimmter natürlicher Ressourcen übersteigt und zum anderen die Stoffwechselprodukte des Arbeitsprozesses nicht mehr ohne vorherige Behandlung schadlos in die Natur zurückgeführt werden können. Streibel betrachtet so die Reproduktion der natürlichen Umwelt als Teil der materiellen Produktion. Ein Produktionszyklus ist demnach erst dann abgeschlossen, wenn die zu seinem erneuten Beginn notwendigen naturalen Voraussetzungen wiederhergestellt sind.

6. Das Konzept der Ökologisierung der Produktion als Prinzip kollektiver Ressourcenplanung

Paucke, Horst, und Günter Streibel: Zur Wechselbeziehung von Materialökonomie, Technologie und Umweltschutz. In: *Wirtschaftswissenschaft*. Verlag Die Wirtschaft,

Berlin 1977, 25. Jg., Heft 10, S.1467-1482.

Kutzschbauch, Kurt: Stoff- und energiewirtschaftliche Aspekte der Umweltnutzung. In: Autorenkollektiv: Rohstoff und Energie im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und ihr Wechselverhältnis zur materiell-technischen Basis. Forschungsbericht 28, hrsg. vom Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, Akademie-Verlag, Berlin 1978 (135 S., br., 12,— M), S.69-92.

Roos, Hans, und Günter Streibel (Leiter des Autorenkollektivs): Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1979 (270 S., Ln., 15,80 M).

Paucke, Horst, und Günter Streibel: Zur Verflechtung von Naturprozessen und volkswirtschaftlichem Reproduktionsprozeß. In: Wirtschaftswissenschaft. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1980, 28. Jg., Heft 4, S.405-421.

Nick, Harry (Leiter des Autorenkollektivs): Zur materiell-technischen Basis in der DDR. Hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1979 (200 S., 40 Tabellen, Ln., 10,50 M).

Paucke, Horst, und Adolf Bauer: Umweltprobleme — Herausforderung der Menschheit. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1980 (284 S., br., 9,80 DM).

Auf der Basis dieses Diskussionsstandes werden eine Reihe von öko-strategischen Schlußfolgerungen angeboten: Aus Streibels Sichtweise stehen Produktions- und Reproduktionsprozeß in ihrer umweltpolitischen Totalität zur Debatte. Wenn die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt zur Aufgabe gesellschaftlicher Produktion wird, so ist es eine naheliegende Strategie, die verschmutzenden Materialströme zu minimieren, und zwar mit dem Instrument der Materialökonomie (Streibel, Kutzschbauch). — Die Materialökonomie kann in diesem Sinne als Beseitigung unerwünschter Stoffe aufgefaßt werden. Als Vermeidungsstrategie führt sie zu der Konzeption geschlossener Produktionskreisläufe oder gesellschaftlicher Naturstoffwirtschaft (Roos/Streibel und Paucke/Streibel). — Sind derartige geschlossene Produktionskreisläufe als ökologisch sinnvoll erkannt, stellt sich die Frage, warum überhaupt ein Typ der Produktivkräfte vorherrschend ist, der in bekannt hohem Maße umweltschädigend wirkt. — Oder positiv formuliert: Wie können die Prinzipien und Mechanismen ökologischer Systeme auf die Struktur menschlicher Produktivkräfte übertragen werden, so daß es zu einer »Ökologisierung der Produktion«, zu einer ökologischen Revolution als Teil der wissenschaftlich-technischen Revolution kommt (Nick, Paucke/Bauer)?

Als erste thematisieren Paucke/Streibel 1977 den Zusammenhang von Materialökonomie, Technologie und Umweltschutz. Sie skizzieren in ihrem Artikel den Argumentationshaushalt, der in den folgenden Jahren ausgebaut wird; aus dem Marx'schen Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnisses leiten sie die Notwendigkeit der Einführung geschlossener Produktionszyklen ab, die in wertmäßiger Hinsicht die Zahlungsbilanz entlasten und in natürlicher Hinsicht die Umweltqualität verbessern. Kutzschbauch berichtet über Versuche in der Sowjetunion, die Größenverhältnisse stofflicher Substanzen zu bestimmen, die aus der Biosphäre in die Volkswirtschaft gelangen und dann in Gestalt fester, flüssiger und gasförmiger Abprodukte in die natürliche Umwelt abgegeben werden. Die Ergebnisse bildet er in einer Verflechtungsbilanz für das bioökonomische System der UdSSR ab, um dann festzustellen, daß für die DDR derartige Stoffbilanzen nicht bekannt sind. Damit kann auch nicht der stofflich-energetische — d.h. der ökologische — Wirkungsgrad der gesellschaftlichen Arbeit für die Volkswirtschaft

insgesamt eingeschätzt werden. Kutzschbauch vollzieht entsprechende Teilrechnungen exemplarisch an der Lebensmittelproduktion, da hier die empirischen Grundlagen vorhanden sind.

Das von Roos und Streibel herausgegebene Buch vereinigt die Ansätze und Fragestellungen der Ökonomen zu einer kollektiven Ressourcenplanung. Das Problem des rationalen Stoffwechsels des Menschen mit der Natur wird ausgehend von der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und einer Kritik der aktuellen Form der Produktivkraftentwicklung betrachtet. Die traditionellen Methoden der (Umwelt-)Bewirtschaftung sollen auf wissenschaftlich-technische Grundlagen gestellt werden, wobei jedoch die WTR noch nicht den Durchbruch zu dieser »ökologischen Revolution« vollzogen hat. Die Autoren analysieren die Hauptprinzipien der von ihnen so bezeichneten »gesellschaftlichen Naturstoffwirtschaft«. Wichtiger Bestandteil der Naturstoffwirtschaft ist die Materialökonomie, bzw. die Intensivierung der Stoff- und Energieausnutzung. Es soll ein höherer Veredelungsgrad der Rohstoffe erreicht werden, der aus weniger Rohstoff-Input mehr Gebrauchswert-Output erzielt. Das Stoffausnutzungsvermögen ist schneller zu steigern als das Stoffumsatzvermögen. Schrittweise soll das bisher vorherrschende Stoffdurchlaufprinzip durch das Kreislaufprinzip ersetzt werden.

Paucke und Streibel stellen die Prinzipien und Kennziffern von Natur- und (industriellen) Produktionsprozessen gegenüber, um zu zeigen, welche Aufgaben und Konsequenzen sich für die Leitung und Planung der Volkswirtschaft ergeben, wenn im Zeichen der Ökologisierung der Produktion die Nachahmung der Auf- und Abbauprinzipien und der Funktionsmechanismen der natürlichen Systeme geboten ist. — Die offiziöse Veröffentlichung zur materiell-technischen Basis in der DDR hält ebenfalls in den kommenden Jahrzehnten grundlegende Veränderungen für erforderlich, die nicht auf die aufwendige Beseitigung der Folgen des Verhaltens zur Natur (entsorgende Öko-Strategie) gerichtet sind, sondern auf die Veränderung dieser Verhaltensweisen selbst. Die WTR wird — so die Prognose — generell andere (!) Beziehungen zwischen Produktion und Natur realisieren und zur Herausbildung der materiell-technischen Basis des Kommunismus führen. — Paucke und Bauer fassen die philosophische Ökologie-Diskussion zusammen: Das Ökologie-Problem wird als Problem der menschlichen Naturaneignung, in seinen systemspezifischen Ursachen, unter Rückgriff auf die naturwissenschaftliche Darstellung ökologischer Systeme und die empirische Beschreibung anthropogener Einflüsse auf den Naturhaushalt beschrieben. Wie reagiert die Menschheit auf die ökologische Herausforderung? Im Rahmen dieser Fragestellung entwerfen sie die Ansätze einer Theorie der Ökologisierung der Produktion. Nach ihrer Meinung weist die derzeitige Produktionsstruktur Defekte auf. Die Ökologisierung der Produktion wird als integraler Bestandteil des neu sich herausbildenden Produktivkraftsystems und als ebensolche historische Naturnotwendigkeit wie die Ablösung des Kapitalismus mit seinem ökologisch in vieler Hinsicht untauglichen Produktivkraftsystem verstanden. Im Weiteren geben Paucke und Bauer einige Prinzipien sozialistischer Naturnutzung an, die — wie sie selbst sagen — weder vollständig noch endgültig sind. Die Diskussion über die richtige Erfassung ökologischer Probleme durch die WTR-Theorie, über neue ökologische Gesetzmäßigkeiten und gesellschaftliche Strategien, über die sozialistische Naturtheorie »kommt eben erst in Gang« (215).

Themenausarbeitung: Umgang mit Alltagsgütern

Die Regeln des Gütergebrauchs erschöpfen sich nicht in dem, was in Gebrauchsanleitungen steht. Sind sie doch nicht nur durch materiell-praktische Nutzungszwecke, sondern auch durch soziale Vorgaben bestimmt. In der Beziehung zu den Dingen des alltäglichen Gebrauchs spiegeln sich soziale Beziehungen wider. Es ließe sich von »soziokulturellen Formen des Dinggebrauchs« sprechen.

Alltagsmeinungen, Sprichworte, *Aperçus* über diese alltäglichen Gebrauchsweisen gibt es viele; auch in der wissenschaftlichen Literatur z.B. zur Industriearbeit, zur Hausarbeit, zur Umweltproblematik finden sich Hinweise dazu. Eine Versammlung der verschiedenen Aspekte in einer zusammenhängenden Diskussion über Güterbehandlung als wesentlichen Teil der Alltagskultur scheint mir jedoch bislang zu fehlen.

Die Leitfrage einer solchen Diskussion könnte sein: In welcher Richtung hat der Kapitalismus die Alltagskultur des Dinggebrauchs entwickelt? Inwiefern haben die Umgangsformen des Kapitalismus im Verhältnis zur Natur und im Verhältnis der Individuen und Klassen zueinander »kultivierte«, d.h. individuelle und sozialen Entwicklungsbedürfnissen entgegenkommende Umgangsformen mit den Gebrauchsgütern behindert oder gefördert? Es ginge also für diesmal nicht um das — nochmalige — Nachzeichnen dessen, wie z.B. der kapitalistische Verwertungsprozeß in Produktion und Distribution mit Gebrauchswerten operiert, sondern welchen Niederschlag dies im Massenverhalten zu diesen Gebrauchswerten findet. Und das Verhältnis der Massen zu den Gütern ihres Alltags stünde nicht insgesamt zur Debatte; Es ginge nicht um Haben und Habenwollen, nicht um Formen des Erwerbs oder Veräußerns, nicht um die Zwecke des Güterkonsums selbst, nicht um die »technische« Seite des Gütergebrauchs oder die gesellschaftlicher Verteilung von Gebrauchsfähigkeiten; auch nicht um die Gebrauchsdauer und deren historischen Wandel; Interessieren würden nur die soziokulturellen Formen des gegenständlichen Gütergebrauchs selbst (für welche die anderen genannten Verhältnisse und Verhaltensweisen allerdings Bedingungsfaktoren sind). Zu fragen ist freilich, ob die hier einer konsistenten Themenstellung zuliebe ausgeschlossenen Aspekte nicht zu späteren Zeitpunkten im *Argument* aufgearbeitet werden könnten.

Hier seien nun einige Problemkomplexe aus dem genannten Sachbereich skizziert, die aufzugreifen sich lohnen könnte. Daß bei dieser Skizze nicht die Sachkompetenz des Experten, sondern die Neugier eines Laien Pate stand, mag neben manchen Nachteilen doch den Vorzug haben, daß auf diese Weise auch andere Nicht- oder Nicht-Experten dazu angeregt werden, sich solchen Themen zuzuwenden.

Schonen

»Als Näherin hatte sie sich in ihrer freien Zeit vieles selbst gefertigt, und was einmal hergestellt war, ging so leicht nicht wieder zugrunde. Bekam sie doch keinen kleinen Schrecken, wenn sie des Sonntags zum Fenster hinausschaute und es ihr plötzlich einfiel, daß es ihr 'gutes' Kleid war, mit dem sie sich auf die Brüstung gelegt hatte.« (G. Schnapper-Arndt: Nähriekle. Ein sozialstatistisches Kleingemälde aus dem schwäbischen Volksleben. In: Ders.: Vorträge und Aufsätze. Tübingen 1906, S. 190-225.) Das hier Berichtete trug sich in den 1880er Jahren zu. Das dabei zum Ausdruck kommende Schonverhalten mag zunächst lediglich als Gegenpol dessen erscheinen, was sich an Formen des Gütergebrauchs in der sogenannten »Wegwerfgesellschaft« durchgesetzt hat. Neben dem Verhaltenswandel wäre jedoch auch dem vielfachen Fortdauern oder Sicherneuern von ähnlichem Schongebrauch nachzugehen. Gemeint sind Phänomene wie die »toten Zimmer« oder bedeckten Sitzmöbel in manchen Haushalten, die Hierar-

chie von Feiertags- herab zu Allzeitgütern, die Skala der Nutzungsintensität, die von Anschauendürfen bis Abnutzendürfen reicht. Offensichtlich drückt sich in vielen dieser Regeln mehr aus als das Interesse am Niedrighalten von Reproduktionskosten; es spielen hier auch Kulturstile, es spielen soziale Rangordnungen von Gütern und Personen eine Rolle (Wer im Haushalt, in der Schule usw. darf was benutzen?) Die Rolle solcher Regeln für die Sozialisation dürfte nicht unterschätzt werden; zu fragen wäre nach klassen- und schichtspezifischen Unterschieden dieser Seite der »Weltaneignung«, zu diskutieren wäre auch das Problem des »kulturellen Werts« der jeweiligen Gebrauchsweisen, das äußerst vielschichtig sein dürfte. (»Schonen« korreliert ja z.B. mit »Rücksicht«, mit »Kontemplation«, aber eben auch mit »Finger weg!«)

Putzen

Wie das Schonen geht auch das Putzen, Reinigen, Waschen von Haushaltsgütern vielfach über materiell-praktische Zwecke hinaus: neben — häufig natürlich als Reinigungsgrund ausreichenden — Absichten der Sicherung langer Gebrauchsdauer und einer hygienisch sauberen Umwelt spielen auch hier kulturelle Normen im engeren Sinn herein; »Putzfimmel« und »Putzwut« führen dabei mitunter zu einer erheblichen Ausdehnung der Reinigungszeiten und damit zur Blockierung anderer, für die Persönlichkeitsentwicklung wohl doch produktiverer Tätigkeiten insbesondere bei den betroffenen Frauen.

Zu unterscheiden wären Genese und Funktion eines solchen Putzverhaltens. Kann man, trotz ähnlicher Erscheinungsweise, »bürgerliches« und »proletarisches« Putzen und Pflegen der Wohnung, der Möbel, der Wäsche, der Geräte, des Autos unterscheiden? Welche sozialen Ängste und Wünsche verbergen sich hinter der Dreckabwehr — ist z.B. das teilweise exzessive Blankputzen von bauerlichen und Arbeiterwohnungen auch eine Symbolhandlung, mit der man sich den ganzen von draußen mitgebrachten »Dreck« vom Halse schaffen will? Wie hängt das berufliche Umgehen mit — fremden — Arbeitsmitteln und der Pflege der privaten Gebrauchsgüter zusammen? Ersetzt Pflege von Dingen durch Intensität, was einem an extensiver Weltaneignung abgeht? Auch psychoanalytische Deutungen sind gewiß nötig, will man die im Putzen stattfindende Zuwendung zu Dingen, mit der z.B. oft eine Abwehr der ja nur »dreckigmachenden« Personen zusammengeht, angemessen verstehen.

Zur Frage nach der Putzmotivation gehört die Frage nach den gesellschaftlichen Sanktionen bei »ungenügendem« Putzen, Kaum leugbar dürfte sein, daß der Reinigungsgrad der Wohnung oder des Autos bei der gegenseitigen Beurteilung von Arbeiterfamilien z.B. einen großen, übergroßen Stellenwert hat. »Asozialität« als befürchteter Vorwurf ist allgegenwärtig. Hier kommen denn auch explizit politische Aspekte ins Spiel. So wäre etwa zu fragen, in welcher Art und Weise ideologische und praktische Maßnahmen des Nationalsozialismus gegen »Asoziale« auf das damalige und eben auch noch das heutige Pflegeverhalten im Haushalt Einfluß hatten. Insbesondere wäre natürlich die Bedeutung zu untersuchen, die reale oder vorgebliche Unterschiede der Güterpflege für zwischennationale Beziehungen z.B. von Arbeitern haben: erinnert sei an Stereotypen wie das verbeulte Auto der Italiener, den polnischen Dreck, das Hausen von Gastarbeitern in »unseren« Wohnungen. Sie machen einen guten Teil des Alltagsmörtels aus, mit dem Mauern zwischen prinzipiell interessengleichen Gruppen errichtet werden können.

Schrottmachen

Gemeint ist hier der alltägliche Kleinkrieg von Arbeitern mit ihren Arbeitsmitteln, der von unsorgsamer Behandlung bis zu bewußter »Sabotage« reicht. Das Phänomen ist bekannt, es fehlt jedoch — soviel ich es übersehe — an genaueren Untersuchungen

darüber. Wie vollzog sich der Umbruch vom bäuerlichen und handwerklichen Umgang mit dem eigenen Werkzeug zum Werkzeuggebrauch des Lohnarbeiters in der industriellen Produktion? Wie differenziert sich das »Schrottmachen« angesichts verschiedener Arbeitstechnologien und Arbeitsorganisationsformen? Zur Debatte steht natürlich auch das konträre, »partnerschaftliche« Verhalten zu Arbeitsmitteln — z.B. zu solchen Apparaturen, die ein erhebliches Maß an »Bedienungslust« implizieren — und die Ursache dafür.

In der marxistischen Literatur wird Schrottmachen vor allem im Kontext »Maschinenstürmerei« behandelt und entsprechend beurteilt. So heißt es im *Argument* Sonderband 14, Humanisierung der Lohnarbeit, auf S. 38: »Die unüberlegte und oft emotional-affektive Aggression etwa gegen die Produktionsmittel ist ein Indiz für das verdinglichte und insofern entfremdete Bewußtsein, das die Sache fälschlicherweise noch mit ihrer Ursache unmittelbar in eins setzt und noch nicht die sozialökonomischen Grund Sachverhalte hinter den materiellen Erscheinungsformen im Produktionsprozeß als gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse von Arbeit und Aneignung zu identifizieren vermag.« Diese Ableitung des Schrottmachens aus falschem, fetischistischem Bewußtsein und die damit verbundene Annahme, daß es mit dem Verzicht auf politische Formen der Gegenwehr einhergehe, ist fragwürdig: Sie geht offensichtlich an den Alltagsursachen und -zwecken dieses Handelns vorbei. Auch die im Zitat anklingende Meinung, es handle sich beim Schrottmachen vorwiegend um eine »dumpfe« Aggression, müßte wohl korrigiert werden; rationale Motivationen — z.B. die Absicht, Arbeitspausen zu erlangen — wären ebenfalls in Rechnung zu stellen.

»Vandalismus«

Nun beschränkt sich aggressiver Alltagsumgang mit fremdem Eigentum nicht auf die Arbeitswelt. Periodisch beklagt wird der — wie es jeweils heißt: zunehmende — Vandalismus, dem sich öffentliche Einrichtungen von Telefonzellen über Straßenbahnen bis zu Schulgebäuden ausgesetzt sähen. Die Vermehrung nur apparativer, nicht mehr personal vermittelter Dienstleistungen vermehrt die Gelegenheiten zu schonungslosem bis zerstörerischem Güterumgang — und dies gilt nicht nur für den staatlichen, sondern auch für den privatwirtschaftlichen Sektor (Automatenverkauf usw.). Notwendig wäre es nun, den gängigen Jeremiaden über »sinnlose Zerstörungswut« wirkliche Ursachenanalysen entgegenzusetzen. Dabei ist der »Vandalismus« zum einen nicht einfach als Ausdruck ungezielter, irgendwoher aufgeladener Emotionen zu sehen, sondern — in einer Durchforstung der vor allem betroffenen Dingbereiche und der hauptsächlichlichen Zerstörungsanlässe — die der Mißhandlung vorausgehende Beziehung zwischen Subjekt und Objekt des »Vandalismus« zu untersuchen. (Erinnert sei hier an ein scheinbar ausgefallenes Beispiel: den Tritt gegen den Flipperautomaten, mit dem sich der Spieler oft von seinem geldheischenden und dennoch meist spröde bleibenden Spielpartner verabschiedet.) Zum anderen freilich ist im unachtsamen bis groben Gebrauch gegenüber öffentlich zugänglichen Einrichtungen auch die Alltagsform des Prinzips der »verbrannten Erde« zu sehen, das Güter, die dem Eigengebrauch momentan ausgedient haben, dem Nachfolger nurmehr als Ruinen überläßt; auch hier wäre über eine hilflose moralische Kritik hinauszugelangen.

Sowohl bei Erscheinungen des »Schrottmachens« in der Arbeitswelt wie beim öffentlichen »Vandalismus« wäre es im übrigen interessant zu erfahren, wo sie in sozialistischen Gesellschaften verschwunden sind und wo sie sich gehalten haben; in den letzteren Fällen gälte es nachzuforschen, inwiefern die verbreitete These vom »Verhaltenserbe des Kapitalismus« ausreicht und inwiefern neue Ursprünge und Funktionen in Anschlag gebracht werden müssen.

Neuer Argument-Service: Bücher, die uns weiterbringen

Im Editorial zu AS 47 heißt es von Peter Weiß' *Ästhetik des Widerstands*: »ein Jahrhundertbuch«, das »die umfassende Aneignung der Kultur vom Standpunkt der Unterdrückten unternimmt ...« Und Rolf Nemitz schrieb in AS 50: Volker Braun »organisiert eine Kultur, in der man Widersprüche produktiv machen kann. Ohne Widerspruchskultur sind produktive Haltungen nicht stabilisierbar. Eine sozialistische Bewegung ist auf sie angewiesen.« Zur Förderung einer linken Lesekultur nehmen wir Bücher, die uns weiterbrachten, in unser Vertriebssystem auf. Wir wollen sie auch für Leser greifbar machen, die dort wohnen, wo diese Texte schwer erhältlich sind. Die Titelliste ist ein Anfang. Schreibt uns, wie Ihr diesen Versuch beurteilt! Schlagt uns weitere Titel vor!

Peter Weiß: Die Ästhetik des Widerstands III (1981: ca. 300 S., br., ca. 26,— DM)

Peter Weiß: Die Ästhetik des Widerstands II (1979: 328 S., br., 26,— DM)

Peter Weiß: Die Ästhetik des Widerstands I (1975: 361 S., br., 24,— DM)

Peter Weiß: Notizbücher 1971-1980 (1981; ersch. Mai, ca. 18,— DM)

Volker Braun: Stücke 1 (1981; ersch. März, ca. 7,— DM)

Volker Braun: Im Querschnitt. Gedichte, Prosa, Stücke, Aufsätze (21978; 349 S., Ln., 12,50 DM)

Antonio Gramsci: Zur Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften (1980; 400 S., br., 4,— DM)

Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution (1980; 465 S., Ln., 38,— DM)

Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. I: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution (51980; 353 S., Ln., 28,— DM)

F.C. Delius: Ein Held der inneren Sicherheit (1981; 219 S., br., 14,— DM)

Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgez. und hrsg. von B. Dietrich und J. Perels (1976; 287 S., br., 9,— DM)

G.W. Alsheimer: Vietnamesische Lehrjahre (21979; 250 S., br., 10,— DM)

G.W. Alsheimer: Eine Reise nach Vietnam (1980; 250 S., br., 7,— DM)

Christa Wolf: Kindheitsmuster (41980; 380 S., br., 13,80 DM)

Hanns Eisler: Fragen Sie mehr über Brecht. Gespräche mit Hanns Bunge (1976; 436 S., br., 36,— DM)

Ruth Rehmann: Der Mann auf der Kanzel. Fragen an einen Vater (1979; 216 S., Ln., 28,— DM)

Klaus Holzkamp: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung (41978; 436 S., br., 18,— DM)

Ute Holzkamp-Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1 (21978; 370 S., br., 24,— DM)

Ute Holzkamp-Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2 (21978; 487 S., br., 26,— DM)

Volker Schurig: Die Entstehung des Bewußtseins (1976; 345 S., br., 24,— DM)

Postkarte genügt

Argument-Vertrieb · Verlagsbuchhandlung
 Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · 030/4619061

Kongreßankündigungen und -berichte

**Gesundheitspolitisches Planungstreffen der VDS-Fachtagung Psychologie,
31.3.-3.4.1981 in Oelde bei Hamm**

Schwerpunkte der Tagung, die offen ist für interessierte Studenten und Lehrende der Psychologie und Medizin, sind u.a.: Darstellung der Lage psychosozialer Versorgung und der entsprechenden Ausbildung; Entwicklung einer Konzeption gesundheitspolitischer Seminare; Möglichkeiten fortschrittlicher Alternativen in Ausbildung und Versorgung.

Weitere Informationen: Achim Wirk, Soester Str. 56, 4400 Münster.

**»Perspektiven der Fachhochschulen«. Kongreß des Projektbereichs
Fachhochschulen/Gesamthochschulen der VDS, 16.-17.5.1981 in Frankfurt/M.**

Themenbereiche werden sein: Auswirkungen der Sparpolitik im Bildungsbereich; Alternativen zur Teilung des tertiären Bildungsbereichs; Folgen der Kurzstudiengänge für FH-Studenten und -Absolventen; Argumente der Unternehmerverbände zur Rechtfertigung »anwendungsbezogener Ausbildungsgänge«; soziale Verantwortung von FH-Absolventen; aktuelle Tendenzen der Studienreform an FH's.

Informationen: VDS, Postfach 1829, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/22 3075.

2. Sozialistische Konferenz: »Der herrschende Block und die Alternativen der Linken«

Marburg, 13.-15.2.1981

Diese Konferenz stand im Zeichen Rudolf Bahros — seiner zum Teil produktiven Fragen, seiner zweideutigen Antworten, seiner Machtaktiken. Die einjährige Vorbereitungsarbeit an der 2. Sozialistischen Konferenz (SK) hatte zu einer weitgehenden Vorstrukturierung des organisatorischen Ablaufs wie des Arbeitsprogramms geführt. Es waren zwei Reader mit Konferenzpapieren erstellt worden, die im wesentlichen auf die Diskussion folgender Fragen orientierten: Worauf beruht die Stabilität der sozialliberalen politischen Herrschaft und wie lange wird sie der ökonomischen Krise standhalten? Was können und müssen die Frauen an der »politischen Dimension« des sozialistischen Kampfes verändern? Werden die Gewerkschaften sich in absehbarer Zeit aus der sozialdemokratischen Hegemonie befreien? Wie analysieren und bekämpfen wir die Kriegsgefahr? — Dieser Rahmen der Konferenz wurde von Bahro kurz vor ihrem Beginn durch Veröffentlichung des »Etwas anderen Vorschlags« gesprengt (vgl. Materialien Bd. IV, 11ff.). Ihm schienen die Resultate der Vorbereitung und die sie tragenden Gruppen zu »traditionalistisch«. Tatsächlich waren viele Papiere trotz guten Willens und der Verwendung von Vokabeln wie »Blöcke«, »Hegemonie« usw. über das Verfahren, eine Wende der Politik schlicht aus der ökonomischen Krisenentwicklung abzuleiten, nicht hinausgelangt. In einer solchen Lage können Einzelne Furore machen, die — auf die Erwartungen der Teilnehmer reagierend — einfache und radikale Vorschläge zur politischen Strategie bringen. — Statt nun Kritik im Plenum und in den vorgesehenen Arbeitsgruppen vorzubringen, drehte Bahro den Spieß um und forderte neue, unvorbereitete, von *seiner* Thematik ausgehende AGs. Obwohl es zwischen Bahro und der Konferenzleitung zu einem — manipulativen, weil der Masse der Teilnehmer nicht zur Diskussion vorgelegten — Kompromiß kam, der die Amalgamierung des ursprüngli-

chen Programms mit den unvorbereiteten AGs beinhaltete, führte Bahros Vorstoß im Effekt zur Zerstörung des Konferenz-Fundaments. So machte die Vervielfältigung der AGs eine Zusammenfassung ihrer Diskussionsresultate im Plenum unmöglich: kein Teilnehmer wußte, was außerhalb seiner eigenen AG diskutiert worden war. Dadurch erhielt z.B. die AG der Frauen den Charakter eines Ghettos. Eine Gruppe von Frauen zog die Konsequenz des Auszugs aus dem Plenum. Ein weiterer Effekt bestand in der Ersetzung des beabsichtigten analytischen Diskurses durch einen politisch-ideologischen, in dem man überwiegend um Zielsetzungen und kaum noch um Gründe und Forschungsergebnisse stritt. Dies wiederum führte zur Paralyse der Vorbereitungsgruppen und der Konferenzleitung zumindest in den Plena, die dadurch streckenweise einen fast amorphen Charakter annahmen. Daß die DKP-Genossen sich separat vorbereitet hatten, verschaffte ihnen einen paradoxen Vorteil, da sie auch unter solchen Bedingungen handlungs- und diskussionsfähig blieben. Kurz, die Plena waren Einfallstore für die Macht der Liquidation und Selbstliquidation geworden, die uns alle durchzieht. Ihre zunehmende Zersetzung und schließliche Sprengung durch die Störtruppe der »Marxistischen Gruppe« war gewissermaßen folgerichtig. Deren Mitglieder brüllten organisiert auf, wenn Subjektwörter wie »wir«, »national«, »Opfer« fielen. Die andern hatten dem keine Solidarität entgegenzusetzen.

Bahros Taktik, die Konferenz zu desorganisieren, um tabula rasa für seine Ideen zu machen — hat sie sich gelohnt?

Die Konferenzminderheit, die die von ihm geleitete AG »Machterwerb oder Kulturrevolution?« besuchte, erhielt Gelegenheit, seine politische Konzeption näher kennenzulernen. Bahro eröffnete die Diskussion mit der in Frageform gekleideten Behauptung, die Strategie des Machterwerbs gehöre dem 19. Jh. an und sei heute durch die Notwendigkeit von Kulturrevolution überholt. Seine Selbstdarstellung entwickelte er überwiegend in Diskussion mit Joachim Bischoff (SOST). Bischoff: Der Arbeiterbewegung sei es schon im 19. Jh. nicht primär um Macht, sondern um »anderes Leben«, damit letztlich um Kultur gegangen, und so sei es noch heute. Bahro: Solange die Arbeiterbewegung »gelebt« habe, habe sie wie jede andere Bewegung »alles gemeint«; das sei trivial, aber heute gehe es darum, da auch ausdrücklich »anzusetzen, wo alles gemeint ist«, statt nur am Staatshebel oder nur an der Verteilungsfrage. Bischoff: »Machterwerb oder Kulturrevolution« sei eine Scheinfrage, denn Arbeiter mit geringem Einkommen, die z.B. gegen die Öde von Trabantenstädten kämpften, kämen nicht an der Grund- und Bodenordnung vorbei. Bahro: Darum gehe es nicht. Kulturrevolution bedeute, »daß wir sehr viel weiter ausholen müssen, um an den Punkt des Machterwerbs überhaupt ranzukommen«. Bischoff: Der Punkt des Machterwerbs sei derjenige, in dem die Menschen mit dem System verzahnt seien, und das sei die Lohnfrage. Bahro: Gerade der Kampf für Lohnprozente sei falsch, denn welches Interesse sei hoffnungsloser ins System integriert als das Lohninteresse? Bischoff: Man dürfe die Arbeiter, die menschenunwürdig arbeiten müßten und zudem in der ökonomischen Krise bedroht seien, nicht den traditionellen Politikmustern überlassen. Es sei grotesk, daß Bahro eine »fiktive« Perspektive der Kulturrevolution aufbaue und gleichzeitig an dem Punkt, wo Lernprozesse tatsächlich stattfänden, zum Aufhören rate. Bahro: An einer umkämpften Front müsse man selbstverständlich weiterkämpfen. Es existiere eine »Arbeitsteilung« des Kämpfens; er kämpfe nun mal an einer anderen Front, aber dabei bleibe er, daß man an der Arbeiterfront zu »traditionellen« Fragestellungen neige. — Und worin besteht Bahros neue Problematik? Deutlich wurde, daß er eine Art wissenschaftliche Revolution zu vollziehen glaubt. Er habe zu Marx eine ähnliche Einstellung wie Einstein zu Newton, sagte er. Was er von dem Neuen sehen ließ, war freilich durchweg als Rückfall in die politischen Diskurse von SED und SPD identifizierbar. So ist die schon aus der »Alternative« bekannte Gegenüberstellung von Klassenfrage und Menschheitsfrage

— die den Hintergrund der Gegenüberstellung von Arbeiterinteresse und »es ist alles gemeint« bildet — in der realsozialistischen Marxismus-Philosophie unter dem Stichwort »Humanismus« vorgeprägt. Und seine Identifikation von Arbeiter- und Lohninteresse bewegt sich, wie ein Genosse treffend bemerkte, in der »von Helmut Schmidt stammenden Alternative Arbeitsplätze oder saubere Luft«. Bahros Verknüpfung Marxismus-Arbeiterinteresse-Lohninteresse suggeriert, der Marxismus wäre die sozialliberal-korporative Strategie. Sie macht vergessen, daß Marxismus eine Theorie des Kampfes der Arbeiter gegen Kapital *und Lohnarbeit*, nämlich *für die klassenlose Gesellschaft* ist. Ist es nicht doch besser, Klassenlosigkeit mit Marx als Zukunft zu begreifen, die wir unter Mühen durchsetzen müssen, statt mit Bahro als Gegenwart, über die wir per Entscheidung, »alles zu meinen«, jederzeit verfügen? — Bahro hätte seine Prämissen, wie wir sie aus der »Alternativen« kennen, in der Diskussion offenlegen sollen. Es heißt dort, daß »die unmittelbaren Bedürfnisse der subalternen Klassen und Schichten ... immer konservativ (sind)« (S. 174) und daß neue Perspektiven zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Krisen erst dann entstünden, wenn »eine Fraktion der Oberschichten bzw. -klassen oder, effektiver, eine neue 'Mittelklasse' die Massen der Unterdrückten ... organisiert« (S. 175). Bahros Abschied vom Proletariat ist Anknüpfung bei den Mittelklassen, nicht bei der »Menschheit«. Dagegen ist an sich nichts zu sagen: eine sozialistische Mittelklassenbewegung könnte geradezu eine Schlüsselrolle bei der Überwindung des Kapitalismus und der Ökologiekrise spielen. Aber wenn nicht auch die Arbeiter sozialistisch werden, wird nichts laufen. Deshalb sollte Bahro seinen politischen Diskurs nicht auf Kosten der sozialistischen Intellektuellen der Arbeiterbewegung zu entwickeln versuchen.

Das umgekehrte Konzept, die Mittelklassen den Arbeitern, und zwar den sozialdemokratischen Arbeitern unterzuordnen, ist freilich ebenso fragwürdig. In der AG »Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen« führte der Göttinger Juso *Krumbein* aus, die neuen sozialen Bewegungen entstammten den neuen Mittelschichten und könnten eine Gemeinsamkeit mit der Arbeiterbewegung nur über gemeinsame Erfahrungen der Lohnabhängigkeit in gewerkschaftlichen Kämpfen ausarbeiten. Hier führt die Problemsicht des Nicht-Sozialdemokraten Bahro weiter: die Arbeiter stehen nicht *als* Arbeiter außerhalb der sozialen Bewegungen, sondern gehören ihnen teils selbst an, teils sind die Stützen der Staatsmacht, weil sozialdemokratisch. Man muß das Bündnisproblem auf der politischen, auch parteipolitischen Ebene angehen. In diesem Sinne schlug *Kostede* (SB) vor, Arbeiter- und Ökologiebewegung durch eine ökologisch orientierte Reformpolitik zu verknüpfen. *Dzeité* (Schleswig-Holsteinische Vorbereitungsgruppe) und *Elfferding* (Argument) suchten die Mechanismen solcher »Artikulation« und gegenseitigen Verstärkung der sozialen Bewegungen in Kategorien der Theorie politischer Diskurse zu erfassen (vgl. W.F. Haugs Thesen über Ökologie und Sozialismus, in: Materialien Bd. II). In der anderen, von Bahro geleiteten AG konnte man die Arbeit an einem gemeinsamen Diskurs beider Bewegungen praktisch beobachten. Die anwesenden Grünen setzten hier andere Akzente als Bahro, auch wenn sie als Gruppe zu dessen Unterstützung auftraten. Die Umstrukturierung der Produktionsweise, äußerte ein Genosse, sei selbst kulturrevolutionäre Arbeit, deshalb stehe Kulturrevolution nicht außerhalb des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital. Ähnlich argumentierte Josef Beuys.

Deutlich anders als Bahro reagierten die meisten Grünen auf das Thema Machterwerb. Sie fragten nicht, »wie weit man ausholen muß«, um Macht zu erwerben, sondern problematisierten die Macht selbst. Ein Genosse vertrat die Ansicht, der Wille zur Macht statt zur Solidarität sei als solcher Ursache des Scheiterns aller bisherigen sozialistischen Revolutionen. Man müsse den Sozialismus in der eigenen Praxis antizipieren, bevor man ihn zum Gegenstand von Veränderungswillen machen könne. Das Problem bestehe darin, daß Bewegungen gegen die Macht deren Struktur nur zu leicht in sich

selbst reproduzierten. Man dürfe auf keinen Fall eine Politik machen, die auf den Aufbau neuer Apparate hinauslaufe. — Und wie können wir dieser Gefahr begegnen? Mit der Entscheidung gegen die Macht ist es sicherlich nicht getan. Hier zeigt sich, daß die wirklich weiterführende Diskussion über Macht und Kulturrevolution in der *AG der Frauen* geführt wurde. Im Reader hatte eine Vorbereitungsgruppe die Forderung, »persönliche Befreiung, materielle und ideologische Veränderung« miteinander zu verbinden, als den »großen Beitrag der Frauen zur Revolution« bezeichnet. Rossana Rossanda wurde zu der Frage zitiert, ob Frauen ein spezifisches Verständnis von Politik haben: da deren geschichtlich erworbenen Rollen »stets von der Individualität geprägt sind«, geraten sie notwendig in Konflikt mit jener — auch die 2. SK charakterisierenden — »politischen Dimension«, die auf der Vorstellung gründet, politische Beziehungen seien »einzig zwischen abstrakten austauschbaren Größen« möglich. Mit ihrer Losung »Das Private ist politisch« bilden die Frauen eine Avantgarde vor den männlichen Sozialisten, die, wie jeder beobachten kann, in der Logik bürgerlicher Apparatparteien, in der Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, in den hieraus sich ergebenden selbstzerstörerischen und machtdurchsetzten Diskursen weiterhin gefangen sind. Die Frauen haben mit jener Losung schon praktische Erfahrung gesammelt. Sie hat häufig dazu geführt, daß frau sich ausschließlich auf subjektive Momente ihrer Unterdrückung und Befreiung konzentrierte. Das hatte Isolierung von der linken (Männer-)Bewegung zur Folge. Jetzt geht es darum, die Gefahr einer neuen Vereinseitigung zu überwinden: es nützt nichts, jetzt das Politische mit dem »Privaten«, wie vorher das »Private« mit dem Politischen zu erschlagen. — Die Frauen werden sich mit einer Vorkonferenz auf die 3. SK vorbereiten; das erste nationale Treffen der Vorbereitungsgruppe findet am 21.-23.3. unter dem Thema »Die Politik der Frauen« statt. Sie sind sich noch nicht schlüssig, ob sie auf der 3. SK wiederum eine separate Frauen-AG bilden oder sich über allen AGen verteilen sollen. Uns scheint die zweite Lösung besser: die Problematik von Politik, Individualität und Macht ist mehr als ein Frauenthema; die ganze Sozialistische Konferenz muß sich damit beschäftigen.

Die 3. SK wird dem Kampf gegen die Vorbereitung des Dritten Weltkriegs dienen. Durch die Verbreitung des Aufrufs der Bertrand Russell Peace Foundation zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa kommt neues Leben in die *friedenspolitische Diskussion*. Jetzt stehen verschiedene, teils alternative Strategien zur Debatte. Auf der 2. SK wurde sie bereits begonnen: soll die Abrüstungsforderung nur an die USA und die Bundesregierung gerichtet werden oder auch an die Sowjetunion? Durch die Verabschiedung des Beschlusses zur END (European Nuclear Disarmament) wie der Krefelder Erklärung ist der Diskussionsprozeß offengehalten worden. Es wird um folgende Fragen gehen: Wie können wir das Militärische in seiner Eigenlogik begreifen? (Vgl. die »Exterminismus«-Analyse von E.P. Thompson, in: *Befreiung 19/20*, demnächst auch im *Argument*; ferner z.B. Dieter S. Lutz: *Kriegsgefahr und Kriegsverhütung in den 80er Jahren*, in: *aus politik und zeitgeschichte 3/81* vom 17. Januar.) Brauchen wir für die BRD eine Strategie der Blockunabhängigkeit? Brauchen wir Atomwaffenfreiheit, Neutralisierung oder alternative Verteidigungsstrategie? Wie können wir die Stationierung der Pershing-2-Raketen in der BRD verhindern? Wie können die verschiedenen Friedensbewegungen zusammenarbeiten?

Bahros Machttaktik war mit einem dramatischen Appell verbunden gewesen, die Sozialisten sollten Thompsons »Exterminismus«-Analyse zur Kenntnis nehmen. Obwohl er mit ihm offene Türen einrannte, denn das Thema der 3. SK war bereits in den Vorbereitungsgruppen Konsens, mag hier ein positiver Aspekt seines Vorstoßes gesehen werden. Man kann die Kriegsgefahr nicht genug dramatisieren. Die Panzerwände der Atomwaffenbunker sind nichts gegen die ideologischen Panzer, die sie gegen eine radikale Umkehr in der Politik schützen. Die Langeweile, die von einem großen Teil gutge-

meinter Friedenspropaganda der Linken ausgeht, ist beängstigend. Gleichwohl: weder Bahro noch anderen darf es im Vorfeld und in der Durchführung der 3. SK gestattet werden, Ideen, seien sie noch so wichtig, durch Zerschlagung der politischen Umgangsformen zu Gehör zu bringen. Bornierte Rücksichtslosigkeit im Umgang mit anderen Sozialisten nützt nur den Politikern des Kapitals. Die westdeutschen Sozialisten haben ein Jahrzehnt gebraucht, um das zu begreifen. Gerade deshalb gibt es ja die Sozialistische Konferenz.

Literatur zur Sozialistischen Konferenz:

Bahro, R. 1977: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln/Frankfurt/M. *Materialien Bd. I* = Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz.

Materialien Bd. II = Erste Sozialistische Konferenz, Kassel Mai 1980. Ökologie und Sozialismus. Ausgewählte Beiträge.

Materialien Bd. III = Zweite Sozialistische Konferenz, Marburg Febr. 1981: Der herrschende Block und die Alternativen der Linken.

Materialien Bd. IV = Zweite Sozialistische Konferenz, Marburg Febr. 1981: Der herrschende Block und die Alternativen der Linken. Bd. I — IV zu beziehen: Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1.

Wieland Elfferding / Michael Jäger (Berlin / West)

Mikroelektronik in der Produktionstechnik

Fachtagung des VDI (Verein Deutscher Ingenieure), Essen, 27.-28.10.1980

Die Tagung informierte über den technischen Entwicklungsstand und die erwartbaren Perspektiven des Mikroelektronik-Einsatzes in verschiedenen Bereichen und Verfahren industrieller Fertigung: in der Blechbearbeitung und beim Elektroerodieren, in der Montage- und Handhabungstechnik, beim Aufbau flexibler Fertigungssysteme. Berichtet wird über den Vortrag von H. Hammer, Geschäftsführer eines süddeutschen Maschinenbaubetriebs, über Entwicklungstendenzen in der NC-Fertigung; es war der einzige Vortrag, der in die technische Analyse organisatorische Probleme einbezog, und überdies im Blick auf gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten in diesem Feld lehrreich ist.

Kurz der Problemstand: Mit der Entwicklung von freiprogrammierbaren Rechnern in numerischen Steuerungen für Werkzeugmaschinen (CNC-Systeme), von Steuerungen mit integriertem Programmiersystem und von Verfahren zur automatischen Erfassung der Werkzeugeinstellmaße an der Werkzeugmaschine ist die Arbeitsteilung zwischen Maschinenbediener, Teileprogrammierer und Werkzeugvoreinsteller flüssig geworden: Programmierung und Werkzeugbereitstellung können vom Maschinenbediener (ohne große Maschinen-Stillstandszeiten) übernommen werden, was einen enormen Zuwachs an Qualifikationsanforderungen, an Vermögen zur Planung der Arbeitsabläufe auf verwissenschaftlichter Grundlage einschließt. Die Entwicklung zur Integration vorher getrennter Tätigkeiten ist kein selbstlaufender reibungsloser Prozeß: sie stößt vor allem auf den Widerstand von Unternehmervertretern gegen die von ihnen befürchtete Einbuße an Kontrolle über die Arbeit. Andere Unternehmervertreter (zu denen Hammer gehört) machen demgegenüber Wirtschaftlichkeitsrechnungen auf, die Einsparungen in erster Linie bei der externen Programmherstellung und Werkzeugvorbereitung bis zu 30% ausweisen, und mit nicht berechenbaren Leistungssteigerungen kalkulieren aufgrund der mit der »Möglichkeit zu eigenverantwortlichem Handeln« und der »Erweiterung des Arbeitsinhaltes« erwarteten »Steigerung des Arbeitsinteresses«; und dies trotz höherer Löhne: »Der Mann muß mehr verdienen als vorher, man braucht seine Motivation.« (Zur sog. »Werkstatt-Programmierung« vgl. den demnächst erscheinenden Band

Automationsarbeit: Empirie 2 [AS 55] der Projektgruppe Automation und Qualifikation, und meine Dissertation Automation und Arbeitsorganisation, FU Berlin 1981.)

Die (auch ökonomisch immer mehr in den Horizont des Machbaren rückende) Möglichkeit des Direktanschlusses von NC-Maschinen an zentrale Rechner (DNC-Systeme) wirft das Problem auf, ob damit nicht zwangsläufig die Rückverlagerung der Programmierertätigkeit von der Maschinenbedienung in eine externe Arbeitsvorbereitung angebahnt ist. Die VDI-Nachrichten registrierten vor einiger Zeit sich mehrende Anzeichen, daß es mit dem »wildem« Programmieren vor Ort bald zu Ende gehe: »Die Arbeitsvorbereitung nimmt den Dreher und Fräser wieder an die Leine; die Werkzeugmaschine wird nämlich ganz einfach über Datenfernverarbeitung mit dem Programmierbüro 'Online' kurzgeschlossen. Allerhöchstens optimieren darf der 'Blaukittel' das Programm an der Maschine noch.« (19.10.1979) Hier nun gab der Vortrag von Hammer näheren Aufschluß. Er machte deutlich, daß nicht die Lokalisierung des Rechners entscheidend ist, sondern die Auslegung des in den Rechner integrierten Programmiersystems: Die Programmierertätigkeit wird dort anfallen, wo das Programmierterminal positioniert wird. Die Möglichkeit des Einsatzes mobiler Programmierterminals gestattet ihre Lokalisierung in der Werkstatt, auch bei Rechner-Direktanschluß der NC-Maschinen, und damit die Weiterentwicklung der Möglichkeit, das Programmieren in die Arbeit des Maschinenbedieners zu integrieren; sie schließt allerdings auch nicht, wie Hammer ausführte, die Lokalisierung der Programmierstationen am Meisterplatz oder in externen Betriebsbüros aus. Wie hier die Entwicklung verläuft, hängt von der weiteren Qualifizierung der Maschinenbediener ab und von entsprechenden Forderungen/Maßnahmen der betrieblichen Interessenvertretungen. Das Programmieren den Maschinenbedienern zu entziehen, besteht weder ein technischer noch ein ökonomischer Zwang; Hammer: »Die Wirtschaftlichkeit kann in einem Fall bei der Werkstattprogrammierung liegen, im anderen bei der Programmierung in der Arbeitsvorbereitung.« Mehr noch:

»Im Vergleich zu der Direktprogrammierung durch Handeingabe in die Maschinensteuerung, haben die portablen Programmierplätze den Vorteil, daß die Rechnerführung mit Hilfe eines komfortablen, dialogorientierten Programmierverfahrens wesentlich umfassender und auch werkstattbezogener gestaltet werden kann, als es bei den üblichen Handeingabe-Steuerungen infolge der beschränkten Rechner- und Speicherkapazität der Fall ist. Außerdem läßt sich die Programmierung bei Direkteingabe meist nur während des Maschinenstillstandes ausführen. Es empfiehlt sich daher, die Programmerstellung mittels Handeingabe-Steuerungen auf einfache bis mittelschwere Teile zu beschränken. Dagegen können bei Einsatz portabler Programmierplätze durchaus auch schwierige Programme durch das Werkstattpersonal erstellt werden. Selbst in der höchsten Ausbaustufe sind derartige Programmiersysteme mit Maschinendirektanschluß heute zu einem durchaus angemessenen Preis erhältlich, der in jedem Fall unter dem einer NC-Maschine liegt.«

Es gibt also — gerade aus der Perspektive der Unternehmer — gute Gründe, die für die Integration von Programmierertätigkeit und Maschinenbedienung sprechen. Die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen können sie sich beim Kampf um die eigenen Interessen an qualifizierter Arbeit zunutze machen. Auf diese Weise rüsten sie sich zugleich am besten für die weitere Entwicklung, die in zunehmendem Maße Einblick und Eingriff in die betrieblichen Planungs- und Steuerungsprozesse von den Produzenten verlangen wird. Hammer:

»Die im Betrieb dezentral aufgestellten Bildschirme (die Rede ist noch von den portablen Programmierterminals, d. Verf.) bieten auch die Möglichkeit des direkten Zugriffs zu allen für die Auftragsdurchführung erforderlichen Unterlagen unter Einbeziehung der Betriebsdatenerfassung und Auftragsablaufplanung. Durch den direkten Anschluß an einen übergeordneten Betriebsrechner oder an das zentrale Rechenzentrum kann darüber hinaus schrittweise ein umfassendes, äußerst flexibles Planungs- und Steuerungssystem über das gesamte Produktionsgeschehen aufgebaut werden.«

Die Tendenz zum integrierten Einsatz aller Automatisierungsmittel eröffnet eine bislang ungeahnte Transparenz des gesamten Betriebsgeschehens, die rasche Verfügbarkeit aller Daten, die schnelle Eingriffs- und Steuerungspotenz an allen Punkten des Produktionsablaufs. Wem die hier entstehende gewaltige Kontrollmacht über die Arbeit zunächst, darüber stehen die heftigsten Kämpfe erst noch bevor. Daß die Unternehmer hier längst vorbauen, wurde auf der VDI-Tagung überdeutlich: wie ein roter Faden zog sich durch die Vorträge, auch den von Hammer, die Orientierung auf Hierarchisierung der Automatisierungsmittel, »zu einem Verbund mit hierarchischer Aufgabenverteilung zusammengeschlossen«, mit hierarchisierten Datenbeständen, Zugriffsmöglichkeiten und Verarbeitungskapazitäten. Für die Beschäftigten wird es von Wichtigkeit sein, zu wissen, daß es einen technischen und/oder ökonomischen Imperativ für diese Orientierung nicht gibt. Werner van Treeck (Kassel)

Fachtagung des BdWi: »Demokratische Wissenschaft, psychotherapeutische Praxis und psychosoziale Versorgung«

Oldenburg, 23.-25.1.1981

Anspruch der von der Sektion Oldenburg organisierten Fachtagung des BdWi war es, primär ein Forum für die Artikulation und Diskussion solcher Erfahrungen und Probleme zu bieten, mit denen sich Kollegen aus der psychiatrischen und psychosozialen Berufspraxis tagtäglich und zumeist isoliert auseinanderzusetzen haben. Statt des kongreßüblichen Theoriestreits unter Wissenschaftlern, der auch bei fortschrittlich-demokratischem Wissenschaftsanspruch allzu leicht eine von den unmittelbar praktischen Problemen sich abhebende Eigendynamik gewinnt, sollte hier eine Erfahrungsvermittlung stattfinden, bei der sich die »überwiegend in Forschung und Lehre tätigen Kollegen ebenso der Praxis stellen wie die Kollegen aus der Berufspraxis ihre Arbeit einer theoretischen Verallgemeinerung zugänglich machen« (Kongreßankündigung). Entsprechend wurde eine möglichst offene und flexible Organisationsform gewählt, die mit zwei Podiumsdiskussionen, acht thematisch nicht scharf gegeneinander abgegrenzten Arbeitsgruppen, workshops und möglichst viel Raum und Zeit für informelle Zusammenkünfte maximale Chancen zur Kommunikation und Diskussion bieten sollte.

Mit über 500 Teilnehmern aus den verschiedensten Praxisbereichen — u.a. Psychiatrie, (Sonder-)Pädagogik, Psychotherapie —, aus psychologischen Berufsverbänden wie Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) und Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) und Gästen aus Holland, der Schweiz und Italien übertraf die Fachtagung allein schon durch Anzahl und Zusammensetzung der Teilnehmer die kühnsten Erwartungen der Veranstalter.

Die Thematik der ersten Podiumsdiskussion »*Strukturelle und institutionelle Bedingungen der psychosozialen Versorgung*« begründete Moderator B. Wilhelmer damit, daß es nicht in erster Linie an Forschung und Theorie und auch nicht am Engagement der Berufspraktiker mangle, sondern u.a. die institutionell festgefühten Strukturen Verbesserungen im Bereich psychosozialer Versorgung verhindern. Die Diskutanten des Podiums (A. Albers, P. Gottwald, D. Kleiber, H.-G. Güse, M. Regus — Psychotherapeutin, Hochschullehrer, Ärzte) waren sich mit den Plenumsteilnehmern darin einig, daß psychiatrische Großkrankenhäuser und jedwede »aussondernden« Einrichtungen der psychosozialen Versorgung mit ihren isolierenden und stigmatisierenden Wirkungen auf die Betroffenen verändert und ersetzt werden müssen durch Formen ambulanter und gemeindenaher Versorgung — wie sie etwa in Italien im Rahmen der »Demokratischen Psychiatrie« schon viel weiter entwickelt sind. Die Podiumsteilnehmer wiesen auf die vielfältigen Hindernisse auf dem Wege zu einer integrativen und dezentra-

len psychosozialen Versorgung hin, die in den historisch überkommenen standesrechtlichen Regelungen im Gesundheitssystem ebenso zu suchen sind wie in den Mängeln der psychologischen bzw. psychotherapeutischen Ausbildungspraxis, die u.a. durch die fatale Konkurrenz von privatwirtschaftlich organisierten und öffentlicher Kontrolle kaum zugänglichen Therapieinstituten mit den Hochschulstudiengängen gekennzeichnet ist.

Daß allerdings Mängelkataloge, Kritik der Versäumnisse offizieller Politik und auch die positive Formulierung von Forderungen wie die nach Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser allein nicht nur ungenügend sind, sondern unter den derzeitigen politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik auch leicht in das Gegenteil einer fortschrittlichen Lösung umschlagen können, machten die intensiven z.T. auch kontroversen Diskussionen um diese Frage in den verschiedenen Arbeitsgruppen deutlich. So könnten etwa die Selbsthilfegruppen im Gesundheitssektor durchaus auch für die Ziele einer konservativen Kostendämpfungspolitik im öffentlichen Gesundheitswesen genutzt werden und unfreiwillig der Reprivatisierung öffentlicher Leistungen und Kosten Vorschub leisten. — Die AG »*Psychiatrische Dienste — psychosoziale Versorgung*« (Moderator: *D. Henkel*) zog daraus die Konsequenz, daß der Prozeß der schrittweisen Auflösung der Anstaltspsychiatrie nicht ohne Einbeziehung der verschiedenen Beschäftigtengruppen in diesem Bereich und Demokratisierung der Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen der Großkrankenhäuser im Sinne der Stärkung der Gewerkschaftsarbeit voranzutreiben ist. Die Selbsthilfearbeit müsse, wenn sie nicht doch wieder nur privilegierten Schichten, sondern den Gesundheitsbedürfnissen der lohnabhängigen Bevölkerung zugute kommen soll, öffentlich finanziert und demokratischer Kontrolle zugänglich werden. Auch in der AG »*Berufliche Rehabilitation Behinderter*« (Moderation: *E. Reichmann, K. Struve*) wurde die Forderung nach Auflösung ausgrenzender Großeinheiten wie Werkstätten für Behinderte mit oft über 800 Arbeitsplätzen nicht im Sinne ihrer ersatzlosen Abschaffung verstanden, sondern verbunden mit den Forderungen nach Durchsetzung bzw. Heraufsetzung der Beschäftigungspflicht von Behinderten in den Betrieben, Wegfall bzw. Erschwerung der Möglichkeit der Betriebe, auf die sog. Ausgleichsabgabe auszuweichen, und Umwandlung der bestehenden Werkstätten in kommunale bzw. regionale Berufsbildungszentren für Behinderte und Nichtbehinderte.

Großen Zulauf hatte die AG »*Therapie: Theorie-Praxisbeziehungen*«, weil sie mit ihrer Thematik den zentralen und zugleich empfindlichsten Nerv im Problemgeflecht einer kritischen, die Gesellschaflichkeit des Individuums einbeziehenden, psychotherapeutischen Praxis traf. Ist psychotherapeutische Praxis lediglich als Theorieanwendung zu fassen oder hat sie nicht vielmehr ihre relativ eigenständige Logik? Wie ist mit konkurrierenden allgemeinen Theorien der Therapie umzugehen — taugt hier das Wahrheitskriterium zur Beurteilung und Auswahl? Sollte überhaupt ausgewählt werden, statt in der Unterschiedlichkeit und Vielfalt des Gebrauchs wissenschaftlicher Begriffe und Sprachsysteme und der Standort- und Traditionsabhängigkeit von Theorien deren jeweilige praktische Potenz zu suchen? Wie läßt sich eine Theorie, die wie die Kritische Psychologie aufgrund ihres umfassenderen Begreifens der Individuen aus ihrer gesellschaftlichen Lebenspraxis auch einen viel weiterreichenden Anspruch an Veränderung der Praxis hat, therapeutisch einholen? Wenn der Durchsetzung kritisch-psychologischer Praxis vor allem auch gesellschaftspolitische Widerstände entgegenstehen — wo liegt die Grenze zwischen therapeutischer und gesellschaftspolitischer Praxis (des Therapeuten bzw. Klienten) und wie vermitteln sich beide?

Dertlei Fragen bestimmten die rege und durchweg kontroverse Diskussion in dieser AG (Moderatoren: *P. Gottwald, B. Wilhelmer*). So wurde *H. Brandes*, der auf der Grundlage der Handlungstheorie zwischen der Ebene der praktischen therapeutischen Handlungskompetenz (mit einer eigenen, an Sinnlichkeit, Unmittelbarkeit, Einfüh-

lung etc. geknüpften Logik) und der Entscheidungskompetenz über alternative Therapieformen (für die eine rationale Theorie gefordert ist) unterschied, dahingehend kritisiert, daß auf der ersten Ebene die gesellschaftliche Dimension leicht auf unmittelbare soziale Beziehungen, Veränderung auf den Abbau hierarchischer Strukturen verkürzt würden. *Gottwald*, der seine Entscheidung für den theoretischen Pluralismus als Grundlage psychotherapeutischer Praxis mit der Metapher vom »Wanderer und Besucher der verschiedensten wissenschaftlichen Kommunen« zu verdeutlichen suchte, wurde mit der Kritik an einem Wissenschafts- und Theorieverständnis konfrontiert, das mit der Parteilichkeit zugleich die materiellen Existenzbedingungen und die konkrete soziale Lage von Klienten und Therapeuten ausklammere. Vertreter der Kritischen Psychologie (*Holzkamp*, *Wilhelmer*, *Glunz*, *Kutscher*) versuchten deutlich zu machen, daß aufgrund der umfassenden Einbeziehung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Klienten die Kritische Psychologie zwar noch keine unmittelbare therapeutische Handlungsanleitung, wohl aber einen realitätsgerechteren Begriff von der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Klienten und damit eine entscheidende Orientierungsgrundlage für therapeutisches Handeln geben könne. Trotz dieser Differenzierung zielten die Fragen und Erwartungen an die Kritische Psychologie von den Teilnehmern immer wieder auf die unmittelbare praktisch-therapeutische Verwertung kritisch-psychologischer Erkenntnisse ab. *Holzkamp* gab zu bedenken, daß der ständige Ruf nach übernehmbaren pädagogisch-therapeutischen Handlungsstrategien weit eher die — zwar verständlichen — berufspraktischen Interessen und Probleme der Therapeuten widerspiegele als die Lebens- und Entfaltungsinteressen der Klienten, um die es doch hauptsächlich ginge.

In der völlig überfüllten Aula der Universität fand dann die zweite Podiumsdiskussion mit dem Thema »*Zum Verhältnis von Diagnostik und Therapie*« statt (*G. Feuser*, *K. Holzkamp*, *W. Jantzen*, *E. Kaiser*, *L. Toresini*, Moderator: *H. Probst*).

Holzkamp machte deutlich, daß die normorientiert-psychometrische Diagnostik schon vom Ansatz her menschliche Subjektivität verfehlen müsse: statt Hilfsmittel in der Hand des Klienten, dessen er sich zur Erkenntnis und Veränderung seiner Lebenspraxis bedienen könne, sei sie primär Instrument der Etikettierung, sozialen Selektion und — nicht zuletzt — der Selbstlegitimation der Therapeuten. Statt immer verfeinerter diagnostischer und therapeutischer »Techniken« für den sog. Patienten und Kranken, gilt es, situationsbezogene Informationen zur Vorbereitung psychosozialer Hilfeleistungen im »Territorium« der Hilfsbedürftigen zu erlangen (*L. Toresini*, Triest), Methoden nicht primär nach den konventionellen Gütekriterien zu beurteilen, sondern nach dem Kriterium der Erweiterung des Handlungspielraums der Klienten (*E. Kaiser*) und persönlichkeits- und gesellschaftstheoretische Kategorien zu entwickeln, die die grundsätzlich gleichen Aufgaben von Pädagogik und Therapie (*G. Feuser*) eher zu lösen versprechen. Zur möglichst umfassenden Information in diesem Sinne gehören nach *Jantzen* auch neurologische Daten, was er an einem Beispiel verdeutlichte. Dies habe jedoch nichts mit der Wiederbelebung des medizinischen Krankheitsmodells zu tun.

In der Diskussion standen die unerbittlichen Fragen der Praktiker (Was ist, wenn öffentliche Einrichtungen und Geldgeber »offiziell anerkannte« Diagnosen verlangen? Was hilft es, wenn zwar die konventionelle Diagnostik, nicht aber z.B. die Sonderschule und damit der soziale Selektionsmechanismus, dem sie dient, abgeschafft ist?) den ebenso beharrlichen Aufforderungen von seiten der Theorie gegenüber, als Praktiker selbst produktiv an der Aneignung, Umsetzung und Veränderung der Theorie zu arbeiten. Neben individuellen Strategien (wie Beschränkung des diagnostischen Aufwandes auf das absolute Minimum, »doppelte Buchführung«) wurde die kollektive, von Berufspraktikern selbst organisierte Aneignung von Theorie in Arbeitskreisen »Kritische Psy-

chologie« u.ä. als wichtiges Element einer kritischen Berufspraxis vorgeschlagen.

Hier zeigt sich, daß die Begegnung zwischen Theorie und Praxis von beiden Seiten nicht bloß als »Treffen auf halbem Wege« oder vorschnelles Abstecken des jeweiligen Terrains, sondern als harte gegenseitige Herausforderung verstanden wurde, deren produktive Potenzen auch über den Kongreß hinaus genutzt und weiterentwickelt werden sollten.

Ilse Schütte (Oldenburg)

Sportmotorische Lernprozesse und Persönlichkeitsentwicklung im Erwachsenenport

Bremen, 20.-22.11.1980

Veranstalter des »Dritten Bremer Symposiums zum Hochschulsport« waren der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband (ADH) und die Universität Bremen, unterstützt wurde die Tagung vom Deutschen Sportbund und der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft. Zu den ca. 150 Teilnehmern zählten neben Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland vor allem Studenten der Sportwissenschaft sowie Lehrkräfte des Hochschulsports.

Sportwissenschaft, so die Veranstalter, soll nicht beschränkt sein auf die Optimierung von Bewegungshandlungen; sie stellt sich einem Praxisfeld, auf dem Massen handeln, und versucht, es in der Einheit sportmotorischen *und* sozialen Lernens zu gestalten. Den Hintergrund bilden die stark gestiegene Beteiligung am Breiten- und Freizeitsport, das Wachstum des DSB auf inzwischen 17 Millionen Mitglieder und die Tatsache, daß auch bisher besonders vernachlässigte Gruppen wie Frauen und Arbeiter jetzt mehr von den Angeboten Gebrauch machen. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Sport soll demokratische Ansprüche auf Entfaltung der Persönlichkeit und Befähigung zu gesellschaftlich eingreifendem Handeln gemäß den eigenen Interessen aufnehmen — Sportwissenschaft will Gesellschafts- und Kulturwissenschaft werden.

Diese Entwicklung hat inzwischen einen Teil vor allem der jüngeren Sportwissenschaftler erfaßt und bestimmte die Bremer Tagung. Begonnen hat diese Orientierung hierzulande allerdings erst vor kurzer Zeit und fast am Nullpunkt; die fortgeschrittenen Positionen sind etwa zu verfolgen in den Veröffentlichungen der Reihe »Sport — Arbeit — Gesellschaft« (seit 1973 im Pahl-Rugenstein-Verlag). Auch auf diesem Symposium war man noch weit von einer eigenständigen und kohärenten Sportwissenschaft entfernt. Die Veranstalter betonten die Prinzipien »Interdisziplinarität« und »Vielfalt theoretischer Ansätze«. Als Fächer waren u.a. vertreten Soziologie, Anthropologie, Psychologie, Behinderten- und Erwachsenenpädagogik, Arbeitsmedizin, Kulturtheorie; vorgebracht wurden positivistische und phänomenologische Positionen ebenso wie marxistische.

Den Rahmen setzten Vorträge des polnischen Sportsoziologen *Wohl* und des Psychologen *Jantzen* über »Sport, Kultur, Gesellschaft« und »Persönlichkeitstheoretische Dimensionen von Lernen und Sport«. Daran schloß sich die erste Vortragsrunde zum Thema »Persönlichkeitsentwicklung von Erwachsenen in Arbeit, Lernen, Kultur und Sport« mit Beiträgen von *Albonico*, *Siebert* und *Daug* an. Die Diskussion griff dann jedoch kaum die theoretischen Angebote auf, sondern machte sich an der Kontroverse um den Spitzensport fest: Die sehr positive Funktionsbestimmung Wohls stieß auf breiten, teilweise emotionalen Widerstand unter den Teilnehmern.

Beiträge von *Preisng*, *Elsner*, *Gessulat* und *Singer/Kreiter* leiteten die Runde zur Frage »Lernhemmungen und Sportpassivität« ein. Diskutiert wurde — mit recht optimistischer Sicht — über die sportliche Lernfähigkeit Erwachsener und dementsprechende pädagogische Strategien; der Beitrag der Arbeitsmedizinerin *Elsner*, die empirisches

Material zum Zusammenhang von Gesundheit und Sportaktivität bei Arbeitern vorlegte und verbreiteten freizeitwissenschaftlichen Erklärungsansätzen (Kompensations- und Sozialisationssthe) gegenüberstellte, fand leider kein Echo.

»Institutionalisierungsprozesse und Spontaneität der Teilnehmer in Sport, Kultur und Freizeit« — dazu äußerten sich einleitend *Hagedorn*, *Sklorz*, *Schlagenhauf* und *Maase*. Aufgegriffen wurden Überlegungen zur Förderung von Kreativität und Spontaneität im Übungsbetrieb. Eine recht heftige Kontroverse entwickelte sich mit dem DSB-Vertreter Sklorz, dessen Darlegungen zum Freizeit- und Breitensport als nur auf große Zahlen fixiert angegriffen wurden von denen, die die Frage von Lernen und Persönlichkeitsentwicklung in den Mittelpunkt stellen. Andererseits wurde die Bedeutung traditionell strukturierter Vereine für den Sport von Arbeitern betont. — Die intensive Diskussion entstand nach den Vorträgen von *Funke*, *Artus* und *Weinberg* über »Selbständigkeit als pädagogische Perspektive im Erwachsenensport«. Ist Selbständigkeit mehr aus der Entgegensetzung der Individuen zu vorgegebenen Regelsystemen und Lernhierarchien zu bestimmen oder aus der Perspektive notwendiger Aneignung des kulturellen Erbes an Handlungsmöglichkeiten, die allein Beherrschung der sozialen Handlungsanforderungen und Selbständigkeit in ihrer Weiterentwicklung ermöglicht? Wie ist beim Lernen im Sport das Verhältnis emotional-sinnlicher und bewußt-kognitiver Elemente zu gestalten? Zum Abschluß entwickelte *Meinberg* »Forschungsperspektiven im Breitensport«; er zeigte die großen Defizite auf und empfahl die Übernahme ethnomethodologischer Ansätze. Aus dem Resümee, das der Hauptorganisator der Tagung, der Bremer Sportwissenschaftler *Schulke*, am Ende zog, scheinen mir folgende Punkte über die Fachgrenzen hinaus wichtig: Die Zusammenhänge von Sport, Lernen, Persönlichkeitsentwicklung und Kultur wurden in den Diskussionen nicht über die Vorträge hinaus vertieft, aber auch kein einziges Mal in Frage gestellt; daß die Problemstellung sinnvoll, praxisrelevant und weiter zu verfolgen ist, gehörte zum Konsens. Eignigkeit schien auch darüber zu bestehen, daß sportpolitische und -pädagogische Fortschritte noch große quantitative wie qualitative Verbesserungen im Erwachsenensport erreichen können. — Die Erforschung des Breiten- und Freizeitsports als eines erstarrigen Feldes kultureller Massenpraxis bewegt sich aus ihren Anfängen heraus. Kultur- und Persönlichkeitstheorie geben dafür schon jetzt Anlässe; sie sollten durch diese Tagung sich aufgefordert fühlen, die notwendige Konkretisierung ihrer Ansätze auch am Beispiel sportlichen Handelns und seiner sozialen Zusammenhänge zu versuchen.

Kaspar Maase (Bad Vilbel)

Gewerkschaftliche Betriebspolitik in Westeuropa — Vergleiche und Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Sozialakademie Dortmund / Europäisches Gewerkschaftsinstitut Brüssel, 16.-18.2.1981

Über 300 Wissenschaftler und Gewerkschaftler aus mehreren westeuropäischen Ländern waren der Einladung des Akademieleiters *P. Kühne* nach Dortmund gefolgt. Welche Möglichkeiten zur Gegenwehr gegen Reallohnverlust, Arbeitsintensivierung und Entlassungen bieten sich den Gewerkschaften im Betrieb und dies nicht nur auf nationaler, sondern auf europäischer Ebene? — Trotz dieses praxisorientierten Ansatzes lag der Schwerpunkt bei der Informationsgewinnung und Analyse sowie in ersten Ansätzen einer vergleichenden Betrachtung. Denn so notwendig europäische Gewerkschaftskooperation von der Sache her auch sein mag, so gering entwickelt sind bislang die Kenntnisse über Organisationsstrukturen und Aktionsformen der Nachbargewerkschaften. Zunächst galt es, auf der Basis höchst unterschiedlicher Gewerkschaftsorganisationsformen einen Begriff von Betriebspolitik zu finden. Am besten gelingt dies im Bezug auf

die westdeutschen Verhältnisse, woraus sich auch der zentrale Reibungspunkt der Tagung ergab. Denn in der BRD ist die Politik der Vertretungsorgane im Betrieb und Unternehmen und die auf die betriebliche Interessenvertretung und die einzelbetrieblichen Bedingungen bezogene überbetriebliche Organisation traditionell *unterentwickelt im Verhältnis zu zentralen Strategien* (z.B. der Tarifpolitik), während in europäischen Nachbarländern gewerkschaftliche Gegenmacht eher gerade auf betrieblichen Vertretungsinstitutionen beruht. *Rainer Zoll* (Bremen) formulierte dies in seinem Einleitungsreferat über die Dialektik von Zentralisierung und Dezentralisierung aus, indem er die Notwendigkeit und je spezifische Rationalität beider (und damit nicht im Widerspruch zueinander stehender) Strategien herausstellte. Denn die Konkurrenz der einzelnen Arbeitskräfte im kapitalistischen Produktionsprozeß gebietet ihre Aufhebung durch Zentralisierung und Vereinheitlichung, während der Betrieb als Zentrum der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur die soziale Grundlage von Arbeiterorganisation darstellt, nämlich als bewußte Wendung der im Arbeitsprozeß hergestellten Betriebskooperation zur Belegschafts Kooperation und Solidarität. Das eine ist Ausgangspunkt einer überbetrieblichen Gewerkschaftsorganisation, das andere Fokus der aus informellen Gruppen hervorgehenden Basisorganisation und ihrer Delegierten. Dies kann soweit als Konsens betrachtet werden, wird aber brisant unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise mit ihren entsprechenden Begleiterscheinungen und Reaktionsformen, die zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Position gegenüber dem Kapital insgesamt führen. In dieser Situation sieht *Zoll* die Bedeutung der zentralen Ebene im Aufbau einer effektiven, nur überbetrieblich zu gewährenden Gegenmacht (z.B. im Kampf gegen massenhafte Arbeitsplatzvernichtung), die der dezentralen Ebene in der Überwindung von Passivität und Entsolidarisierung und als Mittel der Distanzverringering zwischen Belegschaften und Gewerkschaften. Bei dieser Einschätzung entfernt man sich prinzipiell gar nicht so weit von gewerkschafts-offiziellen Stellungnahmen der letzten Zeit (etwa *H.O. Vettters* Appell zur »Besinnung auf die eigene gewerkschaftliche Kraft«, das Konzept der »neuen tarifpolitischen Beweglichkeit« der IG Metall und der in diese Richtung gehenden Richtlinien über die Vertrauensleutarbeit); allerdings war in den Diskussionsbeiträgen der anwesenden Gewerkschaftler (vor allem von seiten der IGM) erhebliche Skepsis gegenüber den Dezentralisierungsforderungen zu spüren. So stand immer wieder die Frage im Raum, welche (evtl. größere) Effizienz denn betriebsnähere gewerkschaftliche Vertretungsformen ohne den westdeutschen Dualismus in anderen Ländern in Bezug auf die Abwendung von Krisenfolgen gehabt hätten bzw. haben. Deutlich wurde m.E. die Unmöglichkeit der Übertragbarkeit von jeweils historisch aus der Entwicklung der industriellen Konfliktbeziehungen erwachsenden »Modellen« (duales Vertretungssystem in der BRD vs. shop stewards und Delegiertenräte in Großbritannien und Italien als Ausdruck des Schwergewichts auf betrieblicher Interessenvertretung) auf andere Länder. Es zeigt sich aber auch die zunehmende Tendenz zur Verrechtlichung der industriellen Beziehungen, zur »Institutionalisierung des Klassenkampfes« und zur *Einrichtung zentraler Verhandlungsnetze* in den westeuropäischen Ländern, in denen bislang das Gewicht sehr stark auf *dezentraler, aktionsweiser Durchsetzung von Gegenmacht* lag. Dazu einige Beispiele aus den Arbeitsgruppen. — AG 1 beschäftigte sich mit *gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen in Betrieb und Unternehmen*. *L. Dieckerhoff* (IGM-Vorstand) gab einen Überblick über die Entstehung des dualen Systems in der BRD und den Prozeß der »Vergewerkschaftlichung« der Betriebsräte. *G. Bechtle* (München/Rom) sprach über Entwicklung und aktuelle Krise der betrieblichen Basisorgane (Delegiertenräte, DR) in Italien. *P. Jansen* (Paris) zeigte, daß die 1968 erkämpften Gewerkschaftssektionen als dezentralisierteste Glieder des französischen Vertretungssystems derzeit auch bei der CFDT in ihrem Recht, autonom Arbeitskämpfe zu führen, geschnitten werden. *A. Ejeda-Aviles* (Sevilla) beschrieb derzeit

in Spanien zu erkennende Tendenzen zum Aufbau eines dualen Vertretungssystems. — AG 2 war der *Integration gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik* gewidmet. *H. Martens* (Dortmund) stellte die These auf, daß die bisher für die BRD signifikante relative Betriebsferne gewerkschaftlicher Tarifpolitik bisher die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften nicht nachhaltig behindert hat, gegenwärtig aber eine engere Verklammerung und eine qualitative Veränderung der Betriebspolitik vonnöten ist, um die gewerkschaftliche Stärke zu erhalten. *Eli Marx* (TGWU-Vorstand London) verdeutlichte die Komplexität und Diversität des shop steward-Systems in Großbritannien, das als Ausdruck eines konfliktfähigen Basispotentials mit hoher Identifikationschance gelten kann, in der aktuellen Verteidigungsrolle aber nach einer institutionell gesicherten Integration in ein System des collective bargaining verlangt. *Sophie Alf* (Rom) referierte über die »artikulierte Tarifpolitik« in Italien, die den Delegiertenräten lange Zeit eine große Autonomie betrieblicher Verhandlungsführung einräumte, sich aber aktuell als sehr verwundbar erweist — auch hier also ein von den überbetrieblichen Gewerkschaftsinstanzen getragener Trend zur Anerkennung von Instiitutionalisierungszwängen, der allerdings angesichts der permanenten Regierungskrise sozusagen ohne Partner (einer nationalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik) bleibt. *H. Blassel* (CFDT-Vorstand Paris) erläuterte das Konzept seiner Gewerkschaft, die in Frankreich überhaupt erst zum Aufbau eines verbindlichen Verhandlungssystems beitragen will, das die bisherige Interventionsmacht des Staates begrenzt und die Arbeitgeber zur Anerkennung der gewerkschaftlichen Verhandlungspartner zwingt. — AG 3 hatte die *Verrechtlichungsproblematik* zum Thema. *R. Erd* (Frankfurt) kennzeichnete Rechtsfixierung und Legitimationsverlust (wenn nämlich Gewerkschaften als mitverantwortlich bei negativen Krisenfolgen identifiziert werden) als Nachteile der hochgradigen Verrechtlichung in der BRD, die in anderen Ländern Westeuropas erheblich geringer ist, sich jedoch, wie die Referate von *M. Pedrazzoli* (Bologna), *H. Hart* (Göteborg) und *B. Reinolda* (Nijmegen) zeigten, zunehmend durchsetzt. — AG 4 über die *Veränderung der Arbeitsstrukturen durch gewerkschaftliche Betriebspolitik* zeigte anhand des Lohnrahmentarifvertrags II (*R. Birkwald*, IGM-Vorstand), der Stagnation betrieblicher Arbeitskontrolle in Italien (*E. Taliani*, Pisa), Schweden (*S. Gustafson*, TCO) und in den Niederlanden (*T. Eitty*, FNV), wo die aktuellen Grenzen der Betriebspolitik am stärksten spürbar sind: die in den 70er Jahren erreichten Fortschritte in der *qualitativen Verbesserung der Arbeit* (Requalifizierung, Humanisierung und Enthierarchisierung) sind insular geblieben, werden gegenwärtig vor allem zur Abfederung von Rationalisierungsmaßnahmen »umgepolzt« und weichen wieder dem Rückzug auf quantitative Verhandlungsgegenstände und status-quo-Sicherung. — AG 5 und die abschließende Podiumsdiskussion (u.a. mit *G. Köpke*, EGI; *E. Piehl*, EGB; *W. Olle*, Berlin; *G. Benz*, IGM-Vorstand; *R. Heller*, Betriebsrat Opel Rüsselsheim) zeigten die Grenzen *national übergreifender gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen* auf, die in der Krise sich trotz gewünschter Solidarität und Vereinheitlichung der Aktion eher noch zentrifugal verstärken. Deutlich machte dies auch ein Gespräch mit Betriebsräten der Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke, die in einen binationalen Stahlkonzern (Estel) eingebunden sind, ohne hier bisher das erforderliche Maß an Kooperation mit den niederländischen Kollegen erreicht zu haben. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse unterblieb; wollte man sie dennoch versuchen, bleibt nur der wenig euphorische Schluß, daß, egal ob stärker zentrale oder dezentrale Organisations- und Aktionsformen historisch ausgebildet sind, angesichts der aktuellen Großoffensive des Kapitals die Gewerkschaften in eine unbequeme Defensivposition geraten sind, und daß sich angesichts bisher eher abnehmender Konfliktbereitschaft der Belegschaften unter dem Damoklesschwert der Massenarbeitslosigkeit eher ein Trend zur Zentralisierung der Gewerkschaftsaktivität als eine neue Dezentralisierungs- (und damit Demokratisierungs)welle abzeichnet. Claus Leggewie (Kassel)

Besprechungen

Philosophie

McCarthy, Thomas: Kritik der Verständigungsverhältnisse. Zur Theorie von Jürgen Habermas. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1980

(551 S., br., 36.— DM). [zit.: I]

Horster, Detlef: Habermas zur Einführung. SOAK-Verlag, Hannover 1980

(124 S., br., 6.80). [zit.: II]

Thomas McCarthy, neben anderem Habermas-Übersetzer, will in seiner 1978 auf Englisch erschienenen, nun übersetzten Darstellung der Habermasschen Theorie einen »genauen, systematischen und umfassenden Überblick über diese Idee selbst, sowie über die ihnen zugrundeliegenden Argumente« geben.

Im ersten Kapitel untersucht McCarthy, damit in die Grundstruktur der Theorie von Habermas einleitend, die Trennung von Arbeit und Interaktion. Durch seine Konzentration auf die Habermasschen Arbeiten etwa ab 1962 entgehen ihm dabei die Ursprünge dieser Unterscheidung aus einem kulturkritischen Dualismus von »Technik« und »Leben«, der von Habermas nach seiner Wendung zur Kritischen Theorie umgeformt, aber eben als Unterscheidung von »Arbeit« und »Interaktion« beibehalten wurde. Habermas entwickelt seinen Dualismus von »Arbeit« und »Interaktion« in Auseinandersetzung mit dem von ihm mißverstandenen Arbeitsbegriff bei Marx. Hier folgt ihm McCarthy seltsamerweise kritiklos; auch auf die (durch Habermas' Nichteingehen auf die Kritik zugegebenermaßen einseitige) Diskussion von marxistischer Seite geht er nicht ein.

Wesentlich ertragreicher behandelt McCarthy den Themenkomplex »Erkenntnis und Interesse«. Hier zeichnet er in der kritischen Diskussion der von Habermas nicht zureichend geklärten Unterschiedenheit von »kritischer Selbstreflexion« und »transzendentaler Reflexion«, von Ideologiekritik und Erkenntnistheorie (I, 119ff.) und, daran anschließend, der Frage nach dem Status der Natur als konstituierter Objektivität einerseits, als Grund der Subjektivität andererseits (I, 131ff.) die kantianische Problematik der aufklärerischen Konzeption von Habermas nach (vgl. auch I, 431): die Suche nach dem Grund der Vernünftigkeit in den Erkenntnisbedingungen der Menschengattung. Dieser Teil der Arbeit erscheint mir besonders ertragreich, auch wenn McCarthy die Habermassche Rückwendung von Hegel zu Kant nur durch ihre Aporien hindurch rekonstruiert, nicht aber — von Hegel und Marx aus — kritisiert.

In den Aporien des Erkenntnisinteressen-Konzepts sieht McCarthy den Grund für die theoretische Weiterentwicklung von Habermas bis zur Entwicklung rekonstruktiver Forschungsprogramme, für die Entwicklung von einem Programm der »empirisch falsifizierbaren Geschichtsphilosophie in praktischer Absicht« bis zur »rationalen Rekonstruktion als eine Form reiner Theorie« (I, 300). Diese Entwicklung spiegelt sich in der »Methodologie der Kritischen Theorie« (I, 3. Kapitel). In der methodologischen Diskussion geht McCarthy zwar auf die Kritiken Gadamers und Giegels an der Analogisierung von Psychotherapie und politischer Aufklärung ein (I, 235ff.), nicht aber auf Lorenzers Kritik am »halbierten Szientismus« der Habermasschen Interpretation der Psychoanalyse. Die »Rekonstruktion des Historischen Materialismus« durch Habermas gar wird nur dargestellt, aber die ihr zugrunde liegende Konzeption der Geschichte, die dogmatische Konstruktion einer Evolution der Vernunft wird nicht kritisch aufgehehlt.

Im 4. Kapitel untersucht McCarthy die Grundlagen der Kommunikationstheorie von Habermas: Das Programm der Universalpragmatik und die Diskurstheorie der Wahr-

heit bzw. Richtigkeit von Geltungsansprüchen. Neben der Darstellung dieser Theorien ist hier besonders interessant der Habermassche Rückgriff auf Kant in der kommunikativen Ethik (I, 370ff.) sowie die konzise Darlegung der Sozialisationstheorie von Habermas (I, Teil 4.4). An zwei entscheidenden Punkten aber verläßt McCarthy seine Leser: bei der Diskussion der »idealen Sprechsituation« und bei der Frage nach der Radikalisierung der Diskurse. Immerhin ist die »ideale Sprechsituation« als »konstitutive(r) Schein, der zugleich Vorschein einer Lebensform ist« (Habermas; zit. I, 352), diejenige Unterstellung, mit der das Programm von Habermas, die Vernunft in der Gesellschaft aufzufinden, steht und fällt. Wird die Relevanz dieser »kontrafaktischen« Unterstellung angezweifelt, so bleibt die Hoffnung auf die Verwirklichung der Vernunft — im Rahmen der Habermasschen Theorie — bloßer Glaube. Ebenso entscheidend ist die Frage nach der radikalsten Ebene der theoretischen (I, 346) und praktischen (I, 360) Diskurse: an ihr erweisen sich die Grenzen diskursiver Bewältigung von Geltungs- und Wahrheitsfragen, die auf dieser Ebene in Fragen nach der Gesellschaftsform bzw. des leitenden Paradigmas umschlagen und damit einer wiederum diskursiven Lösung nur dann zugänglich sind, wenn die radikale Abstraktion der Diskutanten auch gegenüber allen ihren praktischen Bezügen und Lebenszusammenhängen unterstellt wird — was auch McCarthy in einem anderen Zusammenhang (I, 428) anzweifelt.

Zum Abschluß diagnostiziert McCarthy die in den vorhergehenden Kapiteln untersuchte »theoretische« Wendung von Habermas in dessen politikwissenschaftlichen Schriften; der Verlust der »praktischen Absicht« der Theorie bei ihrer Durchführung erklärt sich aus dem mangelnden Bezug zum Selbstbewußtsein gesellschaftlicher Gruppen — die »Abwesenheit« eines revolutionären Subjekts erfordert die Motivation durch das »ziemlich diffuse menschliche Interesse an rationaler Selbstbestimmung« (I, 435). Dieser abstraktive Mangel ermöglicht Habermas zwar den Blick auf politische und kulturelle Erosionsprozesse, verschließt aber den Zugang zu den realen, gesellschaftlich bestimmten Motivations- und Interessenlagen der Betroffenen, denen das Interesse an universalisierbaren Normen gleichsam angedichtet wird. Die Chancen eines »reinen« Interesses an Vernunft scheint auch McCarthy gering einzuschätzen.

In McCarthy's Arbeit wird an verschiedenen Stellen auf die implizite kantianische Problematik der Habermasschen Geschichts- und Gesellschaftstheorie: die verschwiegene Hoffnung auf den vernünftigen Gang der Gattungsgeschichte verwiesen. Detlef Horster nennt daher Habermas zu Recht einen »marxistischen Kant« (II, 6). In einer Reihe, in der »Theoretiker und Philosophen, die für die Arbeiterbewegung und die Studentenrevolte ... von Bedeutung waren, in kurzen Zügen mit ihren substanziellen Gedanken vorgestellt« werden sollen (Umschlagtext), legt er einen Band vor, der der Einführung und der Weiterentwicklung zugleich dienen soll. Kurz und präzise wird die Habermassche Denkentwicklung in der Einleitung (II, 6-20) skizziert — sie kann, zusammen mit dem abgedruckten Habermas-Interview (II, 70-94), ausgezeichnet benutzt werden, um Zugang zur Kritischen Theorie von Habermas zu gewinnen. Im Interview berichtet Habermas über seinen persönlichen und intellektuellen Werdegang, über die Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung, über die gegenwärtige politische Situation und über den Horizont seiner Marx-Interpretation. Hier werden — stärker als in seinen neueren Schriften — die aufklärerischen Intentionen von Habermas deutlich, die bei aller Kritik an seiner theoretischen Entwicklung im Blick behalten werden sollten.

Neben der Einführung in das Habermassche Denken ist das Hauptanliegen Horsters, wie aus den im Zentrum des Bandes stehenden Arbeiten ersichtlich ist, die Kombination von Marx'scher Theorie und sprachphilosophisch orientierter Handlungstheorie, wobei die letztere die von Marx angeblich vernachlässigte kommunikativ-normative Dimension der Gesellschaft behandeln soll. Wie man auch immer über die Sinnhaftigkeit

solcher Kombinationsversuche denken mag — ihr Scheitern bleibt mindestens solange zwangsläufig, wie Marx durch die Brille von Habermas gesehen wird. Leider übernimmt Horster von Habermas das Schema von »Arbeit« und »Interaktion« und unterteilt wie dieser, Marx habe »das Medium der Synthesis allein auf Arbeit« (II, 28) reduziert; er fällt damit zwangsläufig hinter die Diskussionen im Anschluß an Habermas' »Erkenntnis und Interesse« zurück.

Auch der Versuch, die Habermasche Sprachphilosophie gesellschaftstheoretisch zu wenden, mißlingt — und zwar notwendig, weil er versucht, in Habermas' Analyse der universalen Geltungsansprüche und ihrer sprachlichen *Form* Aussagen über die spezifischen Strukturen und *Inhalte* des Denkens, etwa über das »normative System der Gesellschaft« zu finden (II, 33-40). Deutlich wird die Problematik von Horsters Vermittlungsversuch, wenn er den Vorteil der Habermas/Ederschen Evolutionstheorie gegenüber Marx darin zu sehen glaubt, daß in ihr »über die Analyse von Sprechakten ... die normativen Strukturen und letztlich die die ökonomischen Entwicklungen absichernden Institutionen abgelesen werden« können (II, 45). Weder Habermas noch Eder, auf den sich dieser weitgehend stützt, analysieren »Sprechakte«, sondern — wie üblich — die überlieferten bzw. rekonstruierten Strukturen und Institutionen — um in ihnen ihr Schema der moralischen Entwicklung in der Weltgeschichte wiederzufinden. Sprechakte spielen in der Evolutionstheorie keine Rolle, wiewohl dies Mißverständnis durch die überzogenen Erwartungen, die an Habermas' universalpragmatische Sprachphilosophie gestellt werden, naheliegt. Eine Vermittlung von Handlungstheorie und Marxismus wird sich wohl eine andere Grundlage suchen müssen.

Erheblich klarer wird ein Teil des Habermaschen Denkens in der Arbeit über die Konsensustheorie der Wahrheit. Horster macht eindrücklich auf die praktische Rolle der konsensbringenden Diskurse aufmerksam (etwa II, 67) und damit auf ihre zentrale Funktion für die Vermittlung von Theorie und Praxis in der Theorie von Habermas. Ebenso wie bei McCarthy kommt allerdings auch hier der utopische Charakter des Diskurses und die Zirkelhaftigkeit der »idealen Sprechsituation« zu kurz.

Abschließend sollen die Bibliographien hervorgehoben werden, die in beiden Bänden vorhanden sind und sich ergänzen: bei McCarthy findet sich eine Zusammenstellung der Schriften von Habermas von 1952 bis 1979 (Rene Goertzen: I, 523-551), bei Horster eine umfassende Bibliographie der Sekundärliteratur zu Habermas ab 1959 (II, 95-117).

Wilfried Kunstmann (Marl)

Ramsey, Frank P.: Grundlagen. Abhandlungen zur Philosophie, Logik, Mathematik und Wirtschaftswissenschaft. Frommann & Holzboog, Stuttgart 1980 (237 S., br., 38.— DM).

Der 1930 26jährige gestorbene F.P. Ramsey ist im deutschsprachigen Raum direkt meist nur dem Namen nach, indirekt aber durch die vielfältigen Auswirkungen seines Denkens, insbesondere im Werk Russells und Wittgensteins, bekannt. Mit dem vorliegenden Band werden 11 seiner Aufsätze und Notizen zur Philosophie, Logik, Mathematik und Wirtschaftswissenschaft, fast sein gesamtes Werk, größtenteils erstmals in einer — sehr wortgetreuen — deutschen Übersetzung vorgestellt. Der 1978 in englischer Sprache erschienene Band wird eingeleitet durch instruktive Hinweise auf die Hauptgedanken Ramseys und ergänzt durch eine vollständige Bibliographie seines Werkes.

Eine heutige Lektüre Ramseys könnte seine philosophischen Ansichten als ein »mising link« zwischen Logizismus und der vom späten Wittgenstein eingeleiteten Wende der analytischen Philosophie begreifen. Ansätze dazu bieten die ersten sechs Aufsätze des vorliegenden Bandes, die sich mit philosophischen Problemen beschäftigen. Ramsey steht in ihnen unter starkem Eindruck von Wittgensteins Traktat und will dessen

Strenge mit den Intentionen eines über Russell vermittelten Pragmatismus verbinden (54f.). Im Ergebnis erhält er dabei eigenständige, bis in die Gegenwart fortwirkende Problemstellungen und -lösungen. Ramsey kritisiert z. B., ohne sich auf eine nominalistische Ontologie festzulegen, die Unterscheidung von Individuen und Universalien. Er behauptet, daß diese Unterscheidung nur aus dem Interesse der Mathematik geboren ist; wenn man aber nicht nur an Klassen von Dingen (wie die Mathematik), sondern auch an solchen von Qualitäten interessiert sei, ergäbe sich zwischen Qualitäten und Individuen eine vollständige Symmetrie. Erfände man auf Grund dessen einen »Symbolismus, der in Hinblick auf Individuen und Qualitäten vollständig symmetrisch ist« (39), machte dies deutlich, »daß in den Wörtern 'Individuum' und 'Qualität' kein Sinn steckt« (39). Das, was man tut, wenn man diese Wörter benutzt, ist, »über zwei Typen von Gegenständen so zu reden, daß zwei Gegenstände, jeweils einer von jedem Typ, die einzigen Konstituenten einer atomaren Tatsache sein können« (39). Weil diese Typen symmetrisch aufeinander bezogen sind, ist damit nichts gesagt, und »diese beiden Wörter besitzen keine Konnotation« (39). Ramsey zielt mit dieser Argumentation schon nicht mehr, wie der reine Logizismus, auf die Sprachform, sondern auf den Sprachgebrauch, wenn er das Universalienproblem aus dem »Sprachspiel« der Mathematik entstehen läßt. Lösbar werden die Probleme der Sprache für ihn unter Berücksichtigung des Gebrauchs der Sprache, nicht mehr allein aus der Reflexion über ihre Form.

Eine andere, bis heute wirksame Problematik ist die von Ramsey behauptete Redundanz der Wahrheit. Für ihn gibt es nämlich »kein eigenständiges Wahrheitsproblem... , sondern nur ein sprachliches Durcheinander« (44). Seinem Analysevorschlag gemäß kann man den Satz »er hat immer recht« z. B. »durch 'Für alle a, R, b gilt: wenn er aRb behauptet, dann aRb' ausdrücken, es wäre offensichtlich überflüssig, dem Satz noch 'ist wahr' hinzuzufügen« (45). Das eigentliche Problem betrifft daher auch nicht »das Wesen der Wahrheit und Falschheit... , sondern das Wesen des Urteils oder der Behauptung« (45), und Ramsey stellt sich die Aufgabe: »Wir müssen daher erklären, was die Aussage bedeutet, das Urteil sei ein Urteil, daß a in der Beziehung R zu b steht« (45). Diese Problemstellung reicht sicher weit über die von Ramsey selbst vorgelegte logizistische Lösung hinaus. Eine andere Richtung der neopositivistischen Tradition nimmt Ramsey in seiner kurzen Notiz »Wissen« aus dem Jahr 1929 z. T. vorweg, wenn er »Wissen« als einen Glauben, der »durch einen verlässlichen Prozeß erworben« (109) ist, kennzeichnet und damit die Verbindung von Wissen und Rechtfertigung auflöst. Hier klingen Gedanken an, die z. B. von Popper weiter entfaltet werden.

In den Aufsätzen zur Mathematik bekennt sich Ramsey entschieden zur logizistischen Tradition der »Principia Mathematica«. In dem Aufsatz »Die Grundlagen der Mathematik« versucht er, »durch die Verwendung des Werkes von Wittgenstein« (131) eine bereinigte und gegen die Angriffe des Formalismus Hilberts und des Intuitionismus Brouwers gefeite Fassung der Grundgedanken der »Principia Mathematica« vorzulegen. Den Hauptmangel der für ihn hoffnungslos inadäquaten formalistischen Theorie sieht er als »Ergebnis der Einschränkung, daß man nur Sätze der Mathematik betrachtet und die Analyse ihrer Begriffe vernachlässigt hat« (132), an; der Intuitionismus andererseits führt zur »Aufgabe einer ganzen Reihe der fruchtbarsten Methoden moderner Analyse« (132).

Den Abschluß des Bandes bilden zwei Aufsätze zur mathematischen Ökonomie über die Theorie der optimalen Besteuerung und die der optimalen Akkumulation.

Michael Lönz (Münster)

Billing, Hans: Wittgensteins Sprachspielkonzeption. Bouvier Verlag, Bonn 1980 (139 S., br., 28,— DM).

Eine Wittgensteininterpretation darf nicht eine endgültige Klärung der Grundterme Wittgensteins versuchen. Sie kann nur versuchen, 1. entweder die »Therapie sprachlicher Verwirrungen« weiterzutreiben, indem sie Wittgensteins Erkenntnisse auf konkrete Probleme der Philosophie oder der Methodologie der Sprachwissenschaft, wie z.B. das Universalienproblem, anwendet, oder 2., bleibt die Interpretation systemimmanent, eine Weiterklärung der Begriffe der Philosophischen Untersuchungen zu machen, indem bisher nicht aufgezeigte Verbindungen, Nuancen, Zusammenhänge der Entwicklungsgeschichte der Begriffe aufgezeigt werden. Diese Erläuterungen können nach Wittgensteins eigener Ansicht nie zu einem gültigen Ende kommen.

Billings Interpretation gehört zur zweiten Kategorie: Forterläuterung der Wittgensteinschen Grundterme, Verfolgung der historischen Dimension dieser Terme in Wittgensteins Philosophie, wobei als Resultat dieser historischen Interpretation die Kontinuitätsthese untermauert wird. Billings Methode ist Wittgensteins eigene Methode der *Beschreibung*.

Ich will genauer nur auf den auch umfangmäßig bedeutendsten Teil der Arbeit, den Abschnitt »Grammatik — Regel« eingehen. Es geht dort um die Klärung von drei Punkten: 1. Die Erstellung, Befolgung und die Eigenart von Regeln. 2. Die Entwicklung dieses präzisierten Regelbegriffs im Gesamtwerk Wittgensteins. 3. Die Frage, ob die »Regeln des Spätwerks« immer noch als *Kalkülregeln* beschrieben werden können.

An der Behandlung dieser drei Punkte werden die Stärken und Schwächen des ganzen Buches deutlich. Es wird versucht, und das ist m.E. der gelungenste Teil, den Weg Wittgensteins von der *vorschreibenden* zur *nachschreibenden* Regel zu verfolgen, parallel dazu wird der Übergang vom Kalkül zum Sprachspiel beschrieben und die Betrachtung des isolierten Satzes, der mit der Wirklichkeit korrespondiert versus Betrachtung des Satzes in seiner Verwobenheit in den Kommunikationszusammenhang. Dadurch daß sich Billing aber völlig mit der Philosophie Wittgensteins identifiziert, fällt *inhaltlich* eine gewisse Kritiklosigkeit gegenüber Wittgenstein auf, die sich v.a. darin zeigt, daß, wenn die Gedanken Wittgensteins überhaupt auf andere Systeme, wie z.B. auf Chomsky und andere strukturalistische Systeme, bezogen werden, dies nicht in angemessener Weise geschieht.

Zur *Beschreibungsmethode*: Das Buch erscheint wenig systematisch und dadurch etwas unübersichtlich. Es zwingt zu mindestens zweimaligem Lesen, was nicht unbedingt als Nachteil zu werten ist. Dies liegt z.T. auch in der Natur der Sache: Die Verwobenheit der Begriffe Wittgensteins ineinander ist wohl nicht anders darstellbar.

Paul Schmidt (Mannheim)

Danto, Arthur C.: Analytische Handlungsphilosophie. Scriptor Verlag, Königstein/Ts. 1979 (354 S., br., 48,— DM).

Der Autor, Philosophieprofessor an der Columbia University, ist hierzulande vor allem durch sein Buch »Analytische Philosophie der Geschichte« (Ffm., 1970; rezensiert in Argument 109) bekannt. Gegenstand des Buches ist »die logische Architektur von Handlungen« und deren Parallelität zur Struktur des Wissens. Im ersten Kapitel stellt Danto Handlungs- und Wissenstypen vor, die er »vermittelt« nennt. Das sind solche, »bei denen jemand etwas weiß oder tut, durch etwas anderes was er weiß oder tut, ... Handlungen und Erkenntnisse also, die andere Handlungen und Erkenntnisse sozusagen enthalten.« (41) Jedoch, so folgert er, »wenn ich immer, wenn ich etwas tue, etwas anderes tun müßte, wodurch die erste Sache getan wird, könnte überhaupt nichts getan werden.« (41) Und das gilt auch fürs Wissen. Diese Erkenntnis führt ins eigentliche Zentrum der Untersuchung (Kap. 2,3,4), zum Begriff der Basishandlung bzw. Ba-

siserkenntnis. »Es handelt sich hierbei um Handlungen, die wir tun, aber nicht durch irgend etwas anderes, was wir auch tun, und um Erkenntnisse, die wir haben, aber nicht durch irgendetwas, was wir auch wissen.« (42) Die Parallelität von Basishandlungen und Basiserkenntnissen ist Gegenstand des nächsten Kapitels. Diese besteht vor allem darin, daß sie nicht mehr zerlegbare Entitäten darstellen. Eine Basishandlung ist z.B. das Heben eines Armes, direktes Erkennen erläutert Danto mit dem Verweis auf Wahrnehmung, Intuition und Erfahrung. (Mehr zur Erkenntnisproblematik findet sich in Danto, *Analytical Philosophy of Knowledge*, 1968.) Die Frage nach dem Zusammenhang von physiologischen Prozessen und Basishandlungen und in welchem Sinn man von einer Verursachung von Handlungen sprechen kann, beschäftigt ihn in den Kapiteln 3 und 4. Schließlich kennen wir Fähigkeiten und emotionale Befindlichkeiten, die wir nicht in gleicher Weise kontrollieren, wie das Heben eines Armes. Soweit dies der Fall ist, liegen sie außerhalb der Grenzen von Basishandlungen (Kap. 5 + 6). Im letzten Kapitel macht der Verfasser Freiheit und Determinismus zum Thema.

Die Gelehrsamkeit, mit der Danto seine Fragestellungen vor philosophiehistorischem Hintergrund diskutiert, verdeckt nicht die Spärlichkeit des Resultats: die Bedingung der Möglichkeit des Handelns ist an unsere spezifisch-menschliche körperliche Organisation gebunden. Und das ist zudem nur die halbe Wahrheit, weil der Autor von allem Gesellschaftlichen, das individuelles Handeln allererst konstituiert, nichts wissen will (xiv). Die Applikation eines dem Logizismus verpflichteten Methodenideals reduziert den Gegenstand notwendig auf formale Strukturen, die gleichwohl als die wesentlichen suggeriert werden; es ist dies gang und gäbe Praxis in der analytischen Handlungsphilosophie.

Ärgerlich: Danto akkumuliert ungebräuchliche Abkürzungen und ist mit Beispielen sparsam, so wird die Lektüre zu einer Zumutung. Die deutsche Ausgabe kommt spät — Erstveröffentlichung 1973. Innerhalb geschichts- und handlungsphilosophischer Diskussionszusammenhänge ist diese Konzeption verarbeitet.

Jörg Tuguntke (Berlin/West)

Fischer-Lichte, Erika: *Bedeutung. Probleme einer semiotischen Hermeneutik und Ästhetik.* Verlag C.H. Beck, München 1979 (233 S., br., 34.— DM).

Die von ihr beabsichtigte »Neuformulierung der alten hermeneutischen und ästhetischen Fragestellung in einer Terminologie, die...auf dem Boden der Semiotik entwickelt ist«, will Fischer-Lichte nicht als »bloßes Umfüllen des alten Weines in neue Schläuche...«, sondern als Erarbeitung einer Strategie« verstanden wissen, durch die »die Diskussion um jene alten uns überkommenen Probleme sinnvoll ein Stück vorangetrieben werden« könnte (17). Diese Absicht bestimmt die Arbeit von vornherein als ein Unternehmen von rein akademischem Interesse. Zwar geht es Fischer-Lichte zweifellos nicht bloß darum, die traditionelle Hermeneutik auf den Stand der avancierten Zeichenwissenschaft zu bringen, sondern ebenso sehr darum, die vom Formalismus beständig bedrohte Zeichentheorie in systematischen Zusammenhang mit den in der Hermeneutik vermuteten Realkategorien zu bringen. Aber gerade dieses Interesse ist zutiefst akademisch, rückt es doch durch den von ihm in Gang gesetzten Prozeß der Annäherung die Realität in eine ebenso verheißungsvolle wie prinzipiell unüberbrückbare Ferne, bzw. stilisiert sie zur bloßen regulativen Idee einer Wissenschaft, die, nicht zuletzt dank ihres ihr immer aufs Neue zu bescheinigenden immanenten Fortschritts, wesentlich sich selbst genügt.

Konsequent gerät das Darstellungsinteresse zum Herleitungszwang, wobei einerseits die Zeichentheorie dank einer rigorosen Entsprechung an die pragmatisch freilich längst aufgelöste Realität, andererseits die als »Bedeutung« längst entmaterialisierte Realität durch einen rigorosen Subjektivierungsprozeß an die Sprache als an das Medium

und den Gegenstand bloßer Vereinbarungen herangeführt werden soll. Diesem Herleitungszwang, der in seinem wissenschaftlich akribischen Detaillismus keine Lücke lassen will für ein von der Realität etwa selbst geschaffenes *fait accompli* — der vorherrschende Eindruck angesichts dieses im Medium akademischer Wissenschaft rekonstruierten Universums ist folgerichtig der einer ungeheuren Willkür —, kontrastiert eindrucksvoll nicht nur das Fehlen jeglicher 'Herleitung', i.e. Begründung der zeichentheoretischen Begriffe; es kontrastiert ihm nicht weniger auch die kalte, erkenntnistheoretische Attitüde, mit der Fischer-Lichte die von ihr mit äußerster Akribie zusammengetragenen sprachtheoretisch relevanten Positionen, von Plato bis Lorenzer, auf ihre Leistungsfähigkeit im Sinne der abstrakt vorgegebenen Fragestellung prüft.

Angesichts einer so abstrakt akademischen Fragestellung gerät nicht nur das Problem der gesellschaftlichen Determination der Bedeutungskonstitution — bzw. Konstitution des Bedeutungsproblems — nicht in den Blick; in den Ergebnissen solcher Fragestellung reproduzieren sich auch wie immer ungewollt die ebenso unausgesprochenen wie unbefragt bleibenden Dogmen der herrschenden Gesellschaft, i.e. parlamentarisch-liberalen Demokratie. Daß Bedeutungskonstitution sich nicht syntaktisch, sondern wesentlich pragmatisch vollziehe, diese Einsicht ist ja nichts anderes als der spontane Reflex einer Gesellschaft, die der drohenden Austragung ihrer materiellen Konflikte mit dem inszenatorischen Aufwand der Spielregeln begegnet. Tatsächlich ist bei Fischer-Lichte die Ablehnung der Syntax als vermeintlicher Inbegriff sprachtheoretischer Borniertheit und in Wirklichkeit Chiffre für eine lästige Objektivität eklatant. Noch das Symbol Benjamins krankt ihr zufolge daran, daß »die ihm fehlende semantische Dimension, die an sich... in Abhängigkeit von der pragmatischen konstituiert wird, mit der syntaktischen bereits für das jeweilige bedeutungskonstituierende Subjekt gegeben sein soll« (188), während in der Allegorie Subjektivität sich wie immer verzweifelt realisiert. Strikt lehnt sie auch Blochs Objektivismus als »für uns nicht akzeptabel« (165) ab. Insgesamt handelt es sich dabei offenbar weniger um die selbstbewußte liberale Zurückweisung metaphysischer Positionen als vielmehr um eine eher ängstliche Vergewisserung hinsichtlich der Fundamente eines keineswegs unangefochtenen Liberalismus. Darauf deutet nicht zuletzt der aporetisch-radikalistische Zug von Fischer-Lichtes Argumentation. Er hat jedenfalls nichts damit zu tun, daß, wie sie an Stellen glauben machen will, eine hermeneutisch sich verstehende Semiotik durchaus die Revolution systematisch zu reflektieren imstande ist; er ist vielmehr der Reflex der liberalen Aporien, in denen die Freiheit vom äußeren Zwang sich immer auch als »Willkürherrschaft der Subjektivität« (192) darstellt, wobei die Revolution als paradoxer Ausdruck der liberalen Freiheit zum Faszinosum der akademischen Auseinandersetzung gerät (vgl. 114f. und 202f.). Um dieser Herrschaft die Willkür auszutreiben, muß sie vom Subjekt reflektiert werden. Daß dazu das systematisch entmündigte Subjekt der verwalteten Konsumgesellschaft am wenigsten in der Lage ist, hat auch der Autorin gedämmert; denn ausdrücklich verweist sie diese Selbstreflexion in den utopischen Bereich des Ästhetischen. »Der Prozeß ästhetischer Bedeutungskonstitution«, resümiert sie am Schluß, »setzt das von sogenannten objektiven Zwängen entmündigte Subjekt in seine Rechte als ein bedeutungskonstituierendes Subjekt in jedem seiner Verlaufsmomente wieder ein« (206).

Ilse Bindseil (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Götze, Karl-Heinz: Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz. Verlag Peter D. Lang, Frankfurt/M.-Bern-Cirencester/U.K. 1980 (629 S., br., 64,— DM).

Zu einem Zeitpunkt, an dem Ankündigungen und Erscheinen neuer Literaturgeschichten sich häufen, wobei häufig ein mehr oder minder geschickt hergestellter Bezug zur »Sozialgeschichte« den Mangel an theoretisch-methodologischer wie geschichtsphilosophischer Reflexion legitimieren soll, kann eine Untersuchung zur Literaturgeschichtsschreibung besonderes Interesse verlangen. Dies umso mehr, wenn es sich um die breit angelegte Untersuchung von 'Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz' handelt, dessen Literatur der literaturwissenschaftlichen Diskussion seit Ende der 60er Jahre wesentliche Anstöße gab. Götze warnt in diesem Zusammenhang vor vorschneller Aktualisierung der Literatur des Vormärz — er versteht darunter begründet den Zeitraum zwischen 1830 und 1848 (nicht ohne weiteres ist mir allerdings die gattungsbezogene Abgrenzung für die Zeit nach 1848, z. B. für J. Schmidt, einsichtig). Aktuell ist ihm die Literaturgeschichtsschreibung dieser Zeit v. a. hinsichtlich ihrer bewußten gesellschaftlichen Zielsetzung und hinsichtlich ihres Verständnisses von wissenschaftlicher Tätigkeit als Praxis (501). So kann die vormärzliche Literaturgeschichtsschreibung »Medium der (bürgerlichen) Selbstreflexion« werden, aus dem Bedürfnis nach »geschichtsphilosophischer Vermittlung des vergangenen mit dem gegenwärtigen Zeitalter deutscher Geschichte«, jenes geprägt durch Literatur und Philosophie, dieses durch die politische Subjektwerdung der Deutschen (493/494). Literaturgeschichte wird so Bestandteil des oppositionellen bürgerlichen »Kampfes um ideologische Hegemonie« (44; s. 56), erhält in diesem Sinne operative Funktion (49). Aus dieser grundlegenden Intention begründet sich die für den Autor typische Form der Literaturgeschichte im Vormärz als »nationalliterarische Gesamtdarstellung mit oppositioneller Absicht und geschichtstheoretischem Konzept« (58), verbunden mit dem Interesse an empirischer Breite (28) (gilt dies für Heine?). Von dieser Bestimmung der wesentlichen Kennzeichen der Gattung ausgehend kommt Götze zur Auswahl ihm exemplarisch erscheinender Literaturgeschichten der Zeit; stellvertretend zugleich für die wichtigsten bürgerlichen Gruppen (Aristokratie wie Unterschichten produzieren im Vormärz keine Literaturgeschichten). Behandelt werden so Menzel (als Beispiel für die noch nicht erfolgte Trennung von bürgerlich-liberaler, jungdeutscher und national-konservativer Haltung), Vilmar (kleinbürgerlich-konservativ), Gervinus (bürgerlich-liberal), Zimmermann (radikal-demokratisch) und Heine (über bürgerliche Positionen hinausgehend). Die Nennung dieser Autoren allein deutet nicht nur den Umfang des zu bearbeitenden Materials an, sondern mehr noch die Aufgabe, dies z. T. (für Zimmermann z. B.) erst zu erschließen und aufzuarbeiten. In dieser Hinsicht leistet Götze Beachtliches, v. a. wenn man bedenkt, daß wesentliche Voraussetzungen dazu fehlten — selbst etwa der Versuch einer Gattungsbestimmung. Dies begründet aber zugleich die Ungleichgewichtigkeit der einzelnen Kapitel, geht es doch darum, »eine Sammlung von Kritiken (Menzel), eine Literaturgeschichte für das Laienpublikum (Vilmar), eine 'wissenschaftliche' Literaturgeschichte (Gervinus), einen didaktischen Leitfaden für die Schule (Zimmermann) und literarische Essays (Heine) zu vergleichen« (75). Herrscht z. B. im Kapitel über Vilmar zunächst die referierende Inhaltsübersicht vor, so wird die Darstellung der »Literaturgeschichte« Heines weitgehend aus Bezug und Abgrenzung zu den vorhergehend dargestellten Positionen, v. a. von Gervinus, entwickelt.

Die dargestellten Positionen bleiben im wesentlichen dann doch auf die jeweiligen Autoren bezogen, ihre gesellschaftliche Wirkung und Rückwirkung wird nur am Rande Gegenstand der Untersuchung; die Angabe von — häufig nur mühsam zu ermittel-

den — Auflageziffern ersetzt noch nicht die Einbeziehung der Rezeption und Wirkung der Literaturgeschichten bei dem zu differenzierenden bürgerlichen Publikum. Wird doch der bürgerliche »Kampf um ideologische Hegemonie« von sehr unterschiedlichen Voraussetzungen aus geführt: »Menzel schreibt Literaturgeschichte als Strategie zur ideologischen Entwaffnung der Besitzlosen; Vilmar benutzt sie als Vehikel, um die Sehnsucht nach der Feudalordnung im Herzen derjenigen wieder erstehen zu lassen, in deren Köpfen die bürgerlichen Ideen schon eingedrungen sind; Gervinus und Heine tragen den Streit um Reform und Revolution wie den um die soziale Verfassung der künftigen Gesellschaft auf literaturgeschichtlichem Wege aus« (491). So geht es zwar allen Autoren um Gesellschaftsprogrammatik, aber nur bei Gervinus fallen theoretisch literaturhistorische Geschichtsphilosophie und Gesellschaftsprogrammatik zusammen (496/97). Götze kommt von daher zur These von einer spezifischen Affinität zwischen Literaturgeschichtsschreibung und gemäßigt-liberalem Bürgertum; diese Affinität führe dazu, daß Literaturgeschichte analog zum wachsenden Einfluß des gemäßigten Bürgertums ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerate.

Zu diskutieren ist m.E. in diesem Zusammenhang eine von Götze nicht sonderlich akzentuierte, doch entscheidende Voraussetzung seines Vorgehens: Er begründet die besondere Eignung der Literaturgeschichtsschreibung zur Befriedigung bürgerlicher Legitimationsbedürfnisse damit, daß die Literatur der »Unterdrückten« sich auch ohne und gegen die politische Macht durchsetzen könne, also mit dem Konzept der Zwei Kulturen in einer Gesellschaft (46). Daß aber aus Lenins Bemerkungen zur nationalen Frage kein Konzept zweier getrennter kultureller »autonomer« Welten abgeleitet werden kann, haben z.B. R. Karolewski und D. Kramer gezeigt. Gerade dadurch aber ist es Götze möglich, den ideologisch-literarischen Differenzierungsprozeß im Vormärz doch weitgehend »abgehoben« in Einzelpositionen getrennt abzuhandeln, wo Einbeziehung der jeweiligen Widerspruchtendenzen wie ihres jeweiligen gesellschaftlichen Bezuges nötig scheint. Erstmals dargestellt sind aber so wesentliche Positionen bürgerlicher Ideologieentwicklung im Rahmen der Literaturgeschichtsschreibung des deutschen Vormärz.

Hans-Joachim Ruckhäberle (Paris)

Bumke, Joachim: *Mäzene im Mittelalter. Die Gönner und Auftraggeber der höfischen Literatur in Deutschland 1150 — 1300.* Verlag C.H. Beck, München 1979 (717 S., 4 Abb., Ln., 138,— DM).

Die datenreiche Publikation weist auf ein Desiderat der Erforschung mittelalterlicher Literatur — freilich in einem etwas anderen Sinne als der Autor meint. Es fehlt bisher an einer Darstellung der ideologischen Instanz/Praxisform Literatur im Mittelalter. Wichtige Elemente einer solchen Analyse spricht Bumke an: Voraussetzung für die Praxis hochmittelalterlicher (Laien-) Literatur ist die Herausbildung neuer Aufführungsbedingungen; der Fürstenhof als Zentrum der politischen Macht ist zugleich der Ort, an dem sich ein größeres Adelspublikum einfindet und an dem allein die materiellen Bedingungen erfüllt sind, die die Abfassung umfangreicherer Epen gestatten. Bumke weist zu Recht auf die Bedeutung der Hausklöster der Fürsten (Stellung von Schreibern, fremdsprachenkundige »Spezialisten«), der Kanzleien, auf die hohen Kosten für Schreibmaterial, Beschaffung der raren Vorlagen etc. Weniger Beachtung finden die Wirkungen der Instanz Literatur für den Zusammenhalt der Adelsgesellschaft, für die Austragung von ideologischen Kämpfen, für die Herstellung von Hegemonie einer bestimmten hochadeligen Fraktion (der Landesfürsten) über die übrigen Mitglieder des Adels. Bumkes Untersuchung ist dennoch wichtig: in empirischer Überprüfung und Auswertung zieht er die Grenze zwischen »gesicherte(n) Nachrichten« und »vage(n) Kombinationen« (33) der bisherigen Gönner- und Auftraggeberforschung. Eine Fülle von bisher als gesichert angenommenen Gönnerzuweisungen werden als unzureichend

und spekulativ verworfen. Diese Sicherung der unmittelbar am Literaturprozeß Beteiligten bildet den Hauptteil der Untersuchung (73-228).

Die gesicherten oder sehr wahrscheinlichen Fälle erlauben die Schlußfolgerung, daß die Literatur in der Mehrzahl der Fälle für fürstliche Höfe geschrieben wurde und daß etwa der Verlust des Gönners durch Tod oder Gunstentzug für den Dichter oft den Abbruch, die Nichtvollendung seines Werkes bedeutet hat. Dieser Charakter eines mit Strenge prüfenden Forschungsberichtes wird Bumkes Untersuchung (nebst Materialanhang) den Platz eines häufig benutzten (und bis auf Einzelheiten zuverlässigen) Nachschlagewerkes garantieren.

Bumke schreibt in indirekter Auseinandersetzung mit einer von E. Köhler beeinflussten Forschungsrichtung, derzufolge der aufsteigende aber unfreie Ministerialen(Dienstmannen-)Stand für die Durchsetzung der damaligen Literatur (in Thematik und Stil) verantwortlich sei. Doch vor der Beantwortung der Frage »ministerialischer oder höfisch-fürstlicher Charakter der Literatur?« wäre m.E. der Sinn der Frage selbst zu überprüfen. Kommt es nicht eher darauf an, das Arrangement der Wirkungen zu analysieren, welches Fürsten, Adel, Ministerialität und Dichter in einer kohärenten Praxis zusammenschließt? Dies würde unter anderem erklären, warum der Literatur, die doch ohne Mäzene nicht denkbar ist, der Zug einer Auftragschreiberei zum höheren Ruhm des Gönners meist völlig fehlt.

Ulrich Seelbach (Berlin/West)

Schmitt, Peter: *Faust und die »Deutsche Misere«*. Studien zu Brechts dialektischer Theaterkonzeption. Palm & Enke, Erlangen 1980

(338 S., br., 46,— DM).

Daß eine literatur- und theaterwissenschaftliche Aufarbeitung der brechtschen »Urfaust«-Inszenierungen von 1952 (Potsdam) und 1953 (Berlin/DDR), vor allem im Hinblick auf die Weiterentwicklung des epischen zum dialektischen Theater und die Klassikaneignung Brechts ein Desiderat ist, wird man kaum bezweifeln können. Daß eine solche Darstellung genügend Gelegenheit zur Polemik gegen die Klassikauffassung der DDR-Kulturpolitik in den fünfziger Jahren bietet, versteht sich ebenfalls (Beispiel: »Er [Abusch; C. A.] handhabte seinen 'Engels' wie die Inquisitoren die Bibel: er suchte das für ihn Brauchbare heraus.« [240]).

Peter Schmitt nimmt sich vor, zu zeigen, warum »Theater durch die Verwendung historischer Stoffe zu weitaus größerer Aktualität gelangen kann (als durch die Verwendung aktueller [C. A.]« (2). Gerade im Hinblick auf Brechts und Eislers Auseinandersetzung mit der Materialästhetik erweckt auch die Ankündigung von »Analysen der theatralischen Kommunikation, der Konzeption einer im Probenverlauf wachsenden und sich erst in der jeweiligen Aufführung voll realisierenden Fabel« (3) Interesse für die Arbeit. Die folgende Darstellung zeigt allerdings, daß die Rekonstruktion von Brechts und Eislers Absichten um so undeutlicher gerät, je mehr sich die Gelegenheit bietet, gegen die »sogenannte 'Erbe-Rezeption' in der SBZ/DDR« (3) anzugehen. Sie scheint für Schmitt mehr auf die zum Über-Ich hochstilisierte Autorität Lukács zurückzuführen zu sein, als auf eine umfassende kulturpolitische Konzeption in der Aufbau-phase der DDR. Die Diskussion von »Brechts Verhältnis zur Klassik« (29) reduziert sich ebenfalls auf die Wiederholung der bereits seit langem bekannten Arbeiten von Werner Mittenzwei und Hans Mayer. Wesentliche Elemente der in Brechts Ästhetik angestrebten Kommunikation mit dem Zuschauer finden sich in verschiedene Kapitel über die ganze Arbeit verteilt. Die dazwischenliegenden Kapitel behandeln die Umsetzung dieser Theorie in den Urfaust-Inszenierungen, wodurch insgesamt ein sehr disparates Bild entsteht und zahlreiche Zusammenhänge an späterer Stelle wieder aufgenommen werden müssen. So ist z.B. nicht einsichtig, wieso der Begriff der Fabel und der Aufbau der brechtschen Faustversion behandelt werden können (Kap. 6), ohne gleichzeitig das

Historisieren der Fabel (Kap. 8) und die Konzeption der Figuren (Kap. 8 und 10) zu diskutieren. Der Leser gewinnt also den Eindruck eines Baukastens verschiedener Theoriefragmente, aus denen man sich beliebig bedienen kann und nicht den einer zunehmend differenzierten Organisation des ästhetischen Materials. Dazu paßt auch, daß Schmitt den Tragödienbegriff bei Eisler sehr vage auf nur einer Seite behandelt (246).

Gerade weil Brechts Herangehensweise von ihm selbst oft nur flüchtig skizziert ist, wäre es günstiger gewesen, die zentralen Kategorien aus seinem theaterpraktischen Umgang mit dem Stoff abzuleiten, anstatt sich bei Widersprüchen auf die schlechte Quellenlage zurückzuziehen oder ohne Konsequenzen bleibende Theoriefragmente vorzuführen, so z.B. den theoretischen Ansatz Arno Pauls und seine Erweiterung durch Wekwerth.

Das vorletzte Kapitel referiert Eislers Opernlibretto »Johann Faustus«, ohne die inzwischen — z.B. im AS 5 — fortgesetzte Diskussion zu berücksichtigen. Hierbei wird im übrigen der Erzähler von Thomas Manns Roman »Doktor Faustus« als »Serenius Zeitblohm« (215) vorgestellt! Im letzten Kapitel gibt Schmitt den Ablauf der »Faustus-Debatte« in der DDR wieder und benutzt die Mängel dieser Diskussion zur Diskreditierung der Kulturpolitik der DDR.

Die Schlußfolgerung, daß Brecht und mit ihm das dialektische Theater tot seien, während sich die Lehrstücktheorie und -praxis von ihm »emanzipiert« (258) hätten, läßt den Grundtenor des Buches vollends klarwerden: Brecht dort zu akzeptieren, wo er sich als Parteigänger der eigenen Meinung benutzen läßt und ihn dort abzulehnen, wo seine Theatertheorie und -praxis die herrschende Gesellschaftsformation in Frage stellen könnte.

Claudia Albert (Berlin / West)

Kunst- und Kulturwissenschaften

Henze, Hans-Werner (Hrsg.): Zwischen den Kulturen. Neue Aspekte der musikalischen Ästhetik I. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1979 (271 S., br., 37,— DM).

In den letzten Jahren haben sich im Zusammenhang mit sozialen und politischen Bewegungen Ansätze einer neuen Musikkultur herausgebildet. Ein besonderes Merkmal vieler Initiativen ist ihr Laiencharakter. Es haben sich aber auch einige zeitgenössische Komponisten dieser neuen Musikkultur zugewandt. Ihre Kompositionen beziehen sie unmittelbar auf die politischen Auseinandersetzungen (z.B. Berufsverbote, Frieden, Ökologie). In diesem Zusammenhang wird der Begriff der »politischen Musik« verwendet. Bürgerliche Musikkritiker und Theoretiker sprechen dieser Musik jeglichen erstzunehmenden »Kunstcharakter« ab, und 'legitimieren' die »Lockerung des Kunstanspruchs« dieser Musik durch ihre »Rücksicht auf soziale und politische Funktionen« (Dahlhaus). Die »politische Musik« will unmittelbar verstanden werden. Vielfach wird Folklorematerial außereuropäischer Länder aufgegriffen, womit zugleich eine Verbindung zu den Befreiungskämpfen in der 3. Welt hergestellt werden soll.

Solche musikalischen Praxen sind insofern fortschrittlich, als sich in ihnen vielfältige kulturelle Aktivitäten »von unten« herausbilden. Wie verhält sich *diese* fortschrittliche Seite zu dem, was ästhetischer, künstlerischer Fortschritt genannt wird? Wie stehen die Musikgruppen zu musikalischer Tradition, wie versuchen sie zu erben? Wie verhindern sie die Barbarci in der Ästhetik durch Überpolitisierung der Kunst, vor der Hanns Eisler warnte? Um solche Fragen geht es in diesem Buch. Henze fragt in seinem programmatischen Aufsatz, wie eine nicht volkstümelnde Volkskunst möglich ist? Ausgehend von seinen Erfahrungen beim »Cantiere Internazionale d'Arte« in Montepulciano zielen seine Überlegungen auf eine Demokratisierung der Musikkultur. Vermittlung zwischen

den Kulturen ist für ihn die Verbindung zwischen Avantgardekunst und Volkskunst. Er fordert dazu auf, Schönberg, dessen Musik er nicht als Formalismus, sondern als »große Gefühlskunst« (17) begreift, und Mahler trotz ihrer Gegensätzlichkeiten gemeinsam zu beerben. Es geht Henze um ein breites Musikverständnis, um Bildung in Musik und mit Musik, denn Musik ist eine »öffentliche Angelegenheit« (29) und »Musik, Musikalität ist lehrbar, erlernbar« (27). Er schlägt vor, mit Hilfe der Semiotik den »Sprachcharakter« von Musik allgemein verständlich und lehrbar zu machen. Um sinnliches Erleben und vernünftiges Begreifen von Musik geht es in dem Aufsatz von J. Brockmeier. Die Fragen werden am Beispiel der Kompositionen und Schriften Monteverdis, der Auseinandersetzung um die Vorherrschaft vokaler Musik gegenüber instrumentaler im 16. Jahrhundert diskutiert. Im Gegensatz zu dieser historischen Darstellung lesen sich Brockmeiers Darlegungen der Hegelschen Ästhetik schwerfällig und hätten mehr auf heutige Probleme zugeschnitten werden können. In seiner »Skizze über Elemente sozialistischer Kultur in Westeuropa« stellt Tomberg die Kultur ganz in den Dienst der Klassenkämpfe. Seine Sichtweise ist schwer mit einer Realität zu vermitteln, in der sich sozialistische Elemente einer Kultur nicht nur da entwickeln, wo die Forderungen des Klassenkampfes der Arbeiterklasse auf den Fahnen stehen. H.-K. Jungheinrich fordert in seinem Aufsatz auf, »anders mit Musik umzugehen« (69). Dazu hält er solche Bestrebungen für nützlich, »die in den Institutionen und außerhalb Freiräume ausmachen und mit Alternativen experimentieren« (70). Drei spannende informative Berichte (G.F. Facio, M. Barnett, M. Harrison) handeln von den Aufgaben einer neuen Musik in den Ländern der 3. Welt. Sie entsteht in unmittelbarem Zusammenhang mit den politischen und kulturellen Befreiungskämpfen. Der Kampf gegen die wirtschaftlichen und kulturellen Mächte aus den USA, die Versuche einer Verbindung von Folklore und neuer Musik stellen sich hier viel schärfer als in unseren Regionen. Im Gespräch mit Henze machen italienische Arbeiter deutlich, daß Kultur zusammenhängt mit ihrer Befreiung von Herrschaft. »Kulturelle Fähigkeiten sollten immer verbunden sein mit der Möglichkeit, sich zu wehren und anzugreifen.« (193)

Am Schluß kommen vier Komponisten zu Wort. Jahns Forderung an die Komponisten, »sozial zu komponieren«, bezieht sich darauf, »die Spieler zur Mitarbeit zu bewegen« (230). Blake schildert, wie er durch Eisler und Brecht politische, ästhetische Impulse erhalten hat. Sinopli setzt sich mit Webern und dem Darmstadt der 50er Jahre in einer Weise auseinander, die eher für »Kenner der Szene« nachzuvollziehen ist. H. Pousseur formuliert im Gespräch mit M. Nyffeler den Anspruch, ein »musikalisches Vokabular, eine musikalische Grammatik zu entwickeln, die fähig sind, neue menschliche Verhältnisse zu schildern« (262).
Anke Bünz-Elfferding (Berlin / West)

Huck, Gerhard (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1980 (352 S., br., 38,— DM).

14 Aufsätze sind mit einer Einführung des Herausgebers in diesem Band zusammengestellt. Der zeitliche Horizont reicht vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart — mit dem Schwerpunkt von 1890 bis 1945. Daran ist zu erkennen: Es geht vor allem um Aspekte der Herausbildung der modernen Massenfreizeit Lohnabhängiger. Die behandelten Themen gehören zum Bereich des Ringens der Arbeiterbewegung um selbstorganisierte oder staatliche Freizeitmöglichkeiten (Arbeitersport, Jugendorganisationen, Volksbildung) und zu den Strategien von Unternehmen, Kirche und Staat, die Freizeit der Massen in ihrem Interesse zu beeinflussen und zu nutzen (Institutionalisierung des Muttertags, Tourismus über »Kraft durch Freude«).

Allerdings ergibt sich hieraus noch recht wenig innerer Zusammenhang, gegenseitige Beziehung der Einzeluntersuchungen. Das liegt m.E. vor allem am Fehlen einer auch

nur halbwegs tragfähigen und durchgängigen theoretischen Auffassung des Gegenstandes — der Zusammenhänge von Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation und der Ausbildung von Massenfreizeit. Darin äußert sich ein Grundmangel der Sozialgeschichtsschreibung der letzten Jahre, soweit sie von einem allgemeinen Industrialisierungs-Konzept ausgeht; hinzu tritt in diesem Fall das weitgehende Fehlen einer Forschungstradition der Historiker zum Gegenstand und das Theorie-Defizit der aktuellen Freizeitsoziologie in der Bundesrepublik. Zwar sind die Beiträge in ihrer theoretischen Reichweite durchaus verschieden, aber selbst die besten sind hier nicht mehr als Mosaiksteine, die der Einfügung in ein Gesamtbild bedürfen.

Das hätte zumindest der Anspruch an den einleitenden Aufsatz des Herausgebers sein können. Er versucht jedoch gar nicht, die folgenden Texte ordnend aufzugreifen. Neben einigen kurzen Bemerkungen zur freizeitsoziologischen Diskussion entwickelt Huck einen Leitgedanken zur Sozialgeschichte der Freizeit: die Veränderung des Zeitbewußtseins mit dem »Übergang zur industriellen Weltepoche« (13) — die Abkehr von natürlich oder rituell bestimmten Zeiteinteilungen zugunsten der Vorstellung eines gleichmäßigen, mathematisch-mechanisch in gleichartige Abschnitte einteilbaren Zeitflusses.

Dieser Ansatz ist nicht neu, bei Huck jedoch weitgehend idealistisch pointiert: »Erst seit Zeit von konkret ausgefüllter Zeit zur abstrakten Verrechnungseinheit für jegliches menschliche Tun geworden war, konnte der Gedanke Sinn gewinnen. Zeit zu teilen, Zeit zu sparen, Zeit zum Maß für Leistung zu machen, 'freie' Zeit von Arbeitszeit strikt abzugrenzen« (14).

Die Verbindung von Naturwissenschaften, Kapitalentwicklung, Industrialisierung und Zeitbewußtsein ist hier stark verkürzt. Die moderne Zeitauffassung erscheint darüber hinaus im Leben der unterdrückten Klassen als zentraler Verlust gegenüber der vorindustriellen Epoche: »Soziale Abhängigkeit wurde fühlbar vor allem im Verlust der freien Verfügung über die Zeit« (14) — seit Marx' Analyse der doppelt freien Lohnarbeit kann diese Auffassung nicht mehr als wissenschaftlich gelten. Sozialgeschichte steht hier in — allerdings nicht offen entfalteter — Polemik mit der marxistischen Auffassung, die die Entwicklung von Lebensweise der Arbeiter und Kapitalismus aus der Zukunftsperspektive notwendig frei vergesellschafteter Produzenten untersucht. Nahegelegt wird, vor allem die »dunklen Seiten« der historischen Entwicklung (zumindest bis zum Ende der Weimarer Republik) zu sehen in der Disziplinierung durch großindustrielles Zeitregime, das freie, spontane »Verausgabung« der Individuen durch moralische Verdammung und herrschaftliche Reglementierung austreibt. Nicht die Ausbildung einer kollektiv handlungsfähigen Klassenbewegung, die Freizeit in ihrem Interesse zu gestalten versucht, liefert das Paradigma, sondern die Einengung der Freiheit der kleinen Leute durch die großen Apparate von Industrie und herrschenden Mächten. Das mündet dann konsequent in der kulturkritischen Sorge, daß in unserer heutigen Gesellschaft »Freizeit am Ende nichts anderes sei als der fahle Abglanz eines unerfüllten Traums, eine Strafe, eine zwanghafte Jagd nach 'Zerstreuung von der Zerstreuung durch Zerstreuung' (R. Glasser)« (7).

Fazit: Der Band bietet Episoden aus der Entwicklung der Freizeit, die immer mit Interesse und meist mit Erkenntnisgewinn zu lesen sind. Von einer Sozialgeschichte der Freizeit ist er weit entfernt — weiter, als beim heutigen Erkenntnisstand unvermeidbar. Die knappen Literaturhinweise können in ihrer Zufälligkeit da auch nicht weiterhelfen.

Kaspar Maase (Bad Vilbel)

Armanski, Gerhard: Die kostbarsten Tage des Jahres. Massentourismus — Ursachen, Formen und Folgen. Rotbuch Verlag, Berlin/W. 1978

(111 S., br., 7,— DM). — zit. I

Prahl, Hans-Werner, und Albrecht Steinecke: Der Millionen-Urlaub. Von der Bildungsreise zur totalen Freizeit. Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1979

(276 S., Ln., 28,— DM). — zit. II

Der moderne Massentourismus ist ein Privileg der Bewohner der entwickelten Industriestaaten, die sich die geeignetsten Regionen der Erde auf möglichst billige Art dafür reservieren. Wahrgenommen werden können seine Möglichkeiten inzwischen nicht mehr nur von den Besitzenden, sondern auch von Teilen der arbeitenden Klassen, die damit einen Teil ihres formationsspezifischen Regenerations-(Entmüdungs-)Bedürfnisses (I. 69) abdecken. Teilweise haben sich zwischen Tourist und Urlaubsaufenthalt als Vermittler kapitalistische Unternehmen geschaltet, die durch ihre profitorientierte Praxis die konkrete gesellschaftliche Form des Tourismus prägen — vielfach zuungunsten der Zielregionen und der Touristen.

Obwohl dieser Tourismus ein Massenphänomen mit bedeutenden gesellschaftlichen Auswirkungen ist, kommt die Tourismus-Forschung nur langsam voran. Allein neue Bücher sind noch kein Fortschritt, zumal wenn sie wenig Neues bieten. Die beiden Titel fassen zusammen, was man weiß oder ahnt: *daß* der moderne Massentourismus ein Phänomen der kapitalistischen Gesellschaft ist (allerdings, und das moniert Friedrich A. Wagner in seiner vorurteilsvollen FAZ-Kritik vom 3.1.1980 mit Recht, konzentriert auf den kommerziellen Tourismus, der nur den kleineren Teil des Phänomens ausmacht). Nur: So präzise wie das heute notwendig und möglich wäre, wird die widerspruchreiche Formationsspezifika der Entwicklung nicht nachgezeichnet.

II bringt leicht lesbare muntere kultur- und sozialgeschichtliche Reportagen zur Entwicklung von Badetourismus, Alpinismus, Skifahren usw. (wobei die Spezifika des alpinen Vereinstourismus nicht herausgearbeitet wird: der Alpenverein erschließt mit anderen Folgen als der kommerzielle Massentourismus). Relativ neu ist die Aufarbeitung der (kurzen) Geschichte des Spanientourismus. Dargestellt wird die Marketing-Strategie für Irland, die auf Individualisten setzt, und die Entwicklung in Kenia (auf S. 89 und 92 werden gleiche Investitionszahlen für unterschiedliche Zeiträume genannt) mit Aspekten wie »Bordell der Industrieländer« (99), der Devisen-Sickerrate und der indirekten externen Gewinnabschöpfung. Das alles ist nicht besonders neu und nicht sehr intensiv recherchiert — genau so, wie an anderer Stelle die ökonomische Dynamik des Tourismusgeschäftes für die Anbieter nicht wirklich analysiert, sondern nur wiedergegeben wird. Der erste Teil von II ist nach Regionen und Ländern geordnet, der zweite Teil bringt einen historischen Exkurs; Wiederholungen und Überschneidungen sind nicht vermieden worden. Angedeutet werden die gesellschaftsgeschichtlichen Implikationen: »der Tourismus wurde zum Kitt der auseinanderklaffenden gesellschaftlichen Widersprüche« (155) — schon mit Cook angeblich, deutlicher aber bei »Kraft durch Freude«-Reisen. (Inzwischen gibt es eine neuere Zusammenfassung dazu: Hasso Spode, »Der deutsche Arbeiter reist«; Massentourismus im Dritten Reich. In: Gerhard Huck (Hrsg.), Sozialgeschichte der Freizeit. S. die Rezension in diesem Heft.) Enttäuschend ist, daß zwischen »deutscher Sommerfrische« (159) und KdF überhaupt nichts erwähnt ist; Naturfreunde und dergleichen kommen nicht vor.

Deutlich wird die Formationsspezifika auch in ihrer Bedeutung für das touristische Erleben (I, 74: »der Tourist lernt nicht«). In beiden Titeln werden die negativen Folgen und die Strategien der Unterwerfung unter touristische Bedürfnisse dargestellt (bezogen auf profitorientierte Tourismusindustrie und die ihr zuarbeitende Planung z.B. im französischen Roussillon I, 83; in Spanien I, 57; in Bali I, 65). Deutlich wird die damit induzierte Dynamik: »Der Tourismus zerstört, wonach zu suchen er angetreten ist« (I,

56; am Beispiel Sylt II, 37f.); es gibt ausgesprochen kolonialistische Aspekte (I, 50) und Ausbeutung ohne Rücksicht auf die Folgen (»Was vernichtet ist, wird liegengelassen«, I, 65). Enzensbergers Kategorien »Normung, Montage, Serienfertigung« (I, 39; II 200 und 232) werden ausführlich rekapituliert.

Die Autoren von II betonen, daß man dem Tourismus nicht gerecht wird, wenn man in ihm nur die »ständige Wiederholung unerfüllter und unerfüllbarer Bedürfnisse sieht« (Prahl/II 10). Besonders eindringlich mahnt Armanski, die auch in den verzerrten Formen des kommerziell formierten Tourismus vorhandenen Bedürfnisse nach Erholung (die offene Frage, wieso sich eigentlich diese Entmüdung in den letzten 7 Jahrzehnten so intensiv auf den Jahresurlaub konzentriert hat, wird nicht gestellt) und das auch im bürgerlichen Fluchttraum enthaltene Glücksverlangen (I, 84) ernstzunehmen. Man solle nicht »falsche Bedürfnisse« unterstellen, sondern die »Frage nach den gesellschaftlichen Triebkräften« (II, 199) stellen, fordern auch die anderen Autoren.

Linke Tourismuskritik, solange sie nichts anzubieten hat als den Alternativtourismus, der doch wieder nur der Vorreiter des Massentourismus ist, verkommt oft genug zur »Kritik der Edeltouristen an ihren armen Vettern« (I, 90). Aber auch bei diesen Arbeiten sind die Alternativen schal. Da gibt es die gut vorbereitete »bewußt-assoziierte Aneignung der Welt« in der kleinen Bildungs-Gruppenreise, ausdrücklich kein Vorbild für den Massentourismus (I, 95, zitiert dann bei II 257f.), da gibt es bei beiden den Verbraucherschutz und die Forderung nach »kritischer Reiseerziehung« sowie den Hinweis auf die Aufgaben der Gewerkschaften und die Vorteile der »Reisezielbeständigkeit«. Daß eine »Erweiterung der Erlebnismöglichkeiten« und entsprechende Tourismusformen erst entwickelt werden müssen, sieht jeder ein — nur sind die neuen Ideen und ist die Aufarbeitung der z.B. in der Arbeiterbewegung und in dem genossenschaftlich organisierten Vereinstourismus der Gebirgs- und Wandervereine bereits praktizierten anderen Formen zu marginal, um Impulse zu geben. Man müsse endlich den Massencharakter des Tourismus akzeptieren und davon ausgehend Alternativen entwickeln, heißt es (II, 256) — aber die Realität der linken Tourismuskritik und -theorie ist noch meilenweit davon entfernt.

Fazit: Lesbare Zusammenfassungen ohne viel Neues (wobei im Gesamtvergleich, Preis inbegriffen, I ein wenig besser abschneidet als II, das dafür reicher an historischem Material ist).
Dieter Kramer (Marburg)

Soziologie

Hammerich, Kurt, und Michael Klein (Hrsg.): Materialien zur Soziologie des Alltags. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 20/1978), Westdeutscher Verlag, Opladen 1978 (466 S., br., 52,— DM). —zit.: a

Sprondel, Walter M., und Richard Grathoff (Hrsg.): Alfred Schütz und die Idee des Alltags in den Sozialwissenschaften. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1979 (213 S., br., 29,80 DM). —zit.: b

Die Frage, warum im alltäglichen Leben als große Veränderung wahrgenommen wird, »wenn etwa die Tapete im Wohnzimmer gewechselt wird, kaum aber ein Regierungswechsel« (a, 12), ist ein schönes Beispiel dafür, was von einer Soziologie des Alltags an Erklärungen zu erwarten ist. Je mehr den Sozialwissenschaften das Alltägliche zum Problem wird (man vergleiche z.B. die Themenausschreibung zur »Krisenverarbeitung im Alltag« im *Argument* 121, 420ff.), desto größer wird auch die Verwirrung, was denn Alltag sei und wie man ihn untersuchen könne. »Alltag« ist zu einem Schlüsselbegriff und, »schwer beladen mit dem Gewicht theoretischer Reflexionen«, zu einem »recht unalltäglichen Begriff« geworden (Elias in a, 22). Einer inflationären Verwen-

derung des Alltagsbegriffs samt seiner Komposita (Alltagswissen, -bewußtsein, -erfahrung, -phantasie, -handeln, -gespräch, -kultur etc.) läuft die Entwicklung der verschiedenen Theorie- und Forschungsparadigmen parallel. Zwischen Konzepten, die den Alltag zum Gegenstand von Analyse und Kritik machen und denen, die das alltägliche Wissen als kritische Gegen-Instanz begreifen wollen, Alltagssoziologie damit in Ablehnung 'herrschender' Soziologie gleichsam in den Rang einer Basiswissenschaft erheben (im Alltag sei eben jeder Mensch kompetent), haben sich eine Fülle von Ansätzen herausgebildet, die zu destillieren bisher wenig Anstrengungen unternommen wurden.

Der Sonderband der Kölner Zeitschrift unternimmt in seinem ersten Teil den Versuch einer differenzierenden Klärung von Begriffen und Konzepten. Zwei Beispiele: Norbert Elias, der allerdings die Einordnung als Theoretiker des (historischen) Alltags abweist (a. 24), gibt in seinem Beitrag »Zum Begriff des Alltags« eine sehr anschauliche Auslese von Typen zeitgenössischer Alltagsbegriffe: Alltag = Routine, Alltag = Arbeitstag, Alltag = Leben der Masse der Völker, Alltag = Ereignisbereich des täglichen Lebens, Alltag = Privatleben, Alltag = Sphäre des natürlichen Erlebens und Denkens, Alltag (Alltagsbewußtsein) = Inbegriff des ideologischen und undurchdachten Erlebens und Denkens (a. 26). In ihrer Einführung »Alltag und Soziologie« unterscheiden die Herausgeber Hammerich und Klein (a. 7f.) einige zur Zeit dominante Ansatzpunkte einer Soziologie des Alltags: (I) als Übertragung soziologischer Kategoriensysteme auf nicht-definierte, scheinbar selbstverständliche Situationen zum Nachweis von deren Strukturiertheit und Regelmäßigkeit, wofür besonders die Arbeiten von Goffman stehen; (II) als Untersuchung eines gesonderten Bereichs der Reproduktionssphäre jenseits der übrigen institutionalisierten Lebensbereiche; (III) als 'Geschichte von unten', d. h. als Beschäftigung mit der Lebens- und Denkweise des 'kleinen Mannes' (und nicht geschichtsträchtiger Persönlichkeiten) — repräsentiert u. a. in der Methodologie und Forschungspraxis der »Oral History« (vgl. dazu Bajohr im *Argument* 123, 667ff.); (IV) schließlich — in der Tradition von Phänomenologie und Wissenssoziologie — als Fundierung soziologischen Wissens im Alltagswissen und seiner Verstehensvorgänge, wie in der phänomenologischen Soziologie von Alfred Schütz und seinen Nachfolgern.

Der Vorzug des Kölner Sammelbandes liegt darin, daß er in seinen drei Teilen (ausgeschlossen mit Originalbeiträgen oder deutschen Erstveröffentlichungen) das Ausmaß der Untersuchungen zum Alltag breit dokumentiert. Hervorzuheben ist die Auswahlbibliographie, die fast 400 Titel zählt. Der erste, theoretische Teil enthält neben den referierten Beiträgen von Elias und Hammerich/Klein eine Analyse der deutschen Rezeption des Symbolischen Interaktionismus von Krappmann und der Ethnomethodologie von der Bielefelder Soziologengruppe (Hammerich), Arbeiten über »den Umgang mit Motiven« (Stone/Hagoel) und über »Normen im Alltag« (Zimmerman) sowie einen in Aufbau und Stringenz der Darstellung ausgezeichneten Beitrag von Grathoff zum Thema »Alltag und Lebenswelt als Gegenstand phänomenologischer Sozialtheorie«. Grathoff ist der einzige Autor in diesem Sammelband, der eine systematisch abgeleitete Bestimmung von 'Alltag' gewagt hat: »Alltag ist bereits 'vorgegeben', d. h. eine in sozialen Konstruktionen (Sprache, Wissen, Sozialstruktur) vorkonstituierte Welt, die spezifische Stile der Erlebniserfahrung des Alltags (insbesondere: Arbeit) bereits vorgibt« (a. 78; vgl. ebenfalls 68). Der zweite und dritte Teil enthält Untersuchungen über Aspekte des Alltagshandelns: »Erwiderungen und Reaktionen« (Goffman), »Sozialpsychologie des Raumes und der Bewegung« (Kruse/Graumann), »Zeitbewußtsein und Kontrolle der Zeit« (Heinemann/Ludes), »Zur sozialen Bedeutung des Körpers« (Field), »Technik im Alltag« (Lenk/Ropohl), »Ästhetik im Alltag« (Treinen), »Reflexionen über das Alltägliche« (Szczepański), »Literatur und Alltag« (Thurn), »Jedermanns-Soziologie und soziale Realität« (Wieder), »Über die sozialen Bedingungen für das Gelingen von 'Parties'« (Lacrosse), »Alltagstheorien und Handlungsselbstverständlichkeiten« (Klein),

»Kommunikation an der Theke« (Laermann), »Die Doppelhochzeit« an einem französischen Beispiel (Delsaut).

Ein dominanter Zug des Sammelbandes ist die Abstinenz gegenüber historisch-materialistischen Erklärungsversuchen von 'Alltag'. Eine Auseinandersetzung mit den Alltagstheorien von Trotzki, Lefebvre, Kosík, Lukács und ihm folgend Agnes Heller wird nicht geführt, auch wenn sie in der Einführung von Hammerich/Klein kurz angesprochen sind. Ebenfalls findet man keinen Beitrag mit einem sozialhistorisch orientierten Zugang, bei dem 'Alltag' als ein durch die Art der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion festgelegter Erfahrungsbereich von gewohnten Denk- und Tätigkeitsformen definiert werden könnte. Hier ist der Interessierte immer noch auf den grundlegenden Aufsatz von Klaus Laermann zur »Alltags-Zeit« im Kursbuch 41 von 1975 angewiesen.

Die unzulängliche gesellschaftliche Bestimmung von 'Alltag' trifft in noch stärkerem Maße auf den zweiten Sammelband zu, der die Beiträge eines Konstanzer Schütz-Kolloquiums von 1974 zusammenfaßt, und in dem die Bedeutung von Alfred Schütz für die Entwicklung der phänomenologischen Sozialtheorie gewürdigt wird. Schütz hatte in seinem wichtigen Buch über den »Sinnhaften Aufbau der sozialen Welt« von 1932 damit begonnen, die Handlungstheorie Max Webers mit der Phänomenologie Edmund Husserls zu verbinden, um die verstehende Soziologie phänomenologisch zu fundieren. So wird in allen Beiträgen des Sammelbandes ein Alltagsbegriff verwendet (die »Idee des Alltags«), der sich ausschließlich auf die phänomenologische Grundlage einer Verankerung soziologischen Wissens in alltäglichen Wissensbeständen bezieht. Von daher soll die Struktur und Typik sozialer Realität erklärt werden. Leider fand sich kein Autor zu einer Schütz-Kritik als Kritik an dem auch bei Schütz tragenden, aber eben gesellschaftlich und historisch konturlosen Lebenswelt-Begriff bereit. So behandelt z.B. Grathoff (b, 89ff) in einem anregenden Beitrag die Problematik der Ausgrenzung von Anomalie, verbleibt aber — konsequent phänomenologisch — auf der Ebene rein intersubjektiv hergestellter Urteile über Normalität und Anomalie, so daß die historisch-gesellschaftliche und sozialpsychologische Konstitution von Abweichungen vernachlässigt bleiben.

Der Sammelband enthält 13 Beiträge, die sich unter den Sparten »Sinnverstehen und mundane Intersubjektivität« (Waldenfels, Pettit, Kockelmans), »Typik und Relevanz« (Srubar, Embree, Natanson), »Normalität und Anomalie« (Grathoff, Brand, Blankenburg), »Phänomenologie, Alltagsidee und Soziologies« (Sprondel, Seyfarth, Psathas, Luckmann) außer mit der Schützschen Sozialtheorie auch mit deren Beziehungen zu Gurwitsch, Husserl, zur Wissenssoziologie und zur Ethnomethodologie befassen. Der Band ist — mit Ausnahme des ersten Aufsatzes von Waldenfels über »Verstehen und Verständigung« bei Schütz — als Einführung in die phänomenologische Soziologie kaum geeignet, sondern zeigt eher den fortgeschrittenen Stand der Diskussion zwischen Phänomenologie und Sozialwissenschaft aus der Sicht der Phänomenologen.

Günter Beiersdorf und Detlev Schöttker (Braunschweig)

Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken. Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 1980 (162 S., br., 24,— DM).

Von den Schriften Frantz Fanons hat vor allem dessen letzte Arbeit »Die Verdammten dieser Erde« noch immer zentrale Bedeutung in der Theorie nationaler Befreiung in Ländern der Dritten Welt, insbesondere bezogen auf afrikanische Sozialbewegungen. Der deutschen Übersetzung dieses Hauptwerkes (Reinbek: Rowohlt 1966) sowie verschiedener Essays unter dem Titel »Aspekte der Algerischen Revolution« (Frankfurt/M.: Suhrkamp 1969), folgte die Publikation der Fanon-Biographie von David Caute (München: dtv 1970). Dazu gesellten sich seit Ende der 60er Jahre verschiedene Beiträge zur

Rezeption des Fanonschen Ansatzes auch im deutschsprachigen Raum. Die Veröffentlichung des Erstlingswerkes 'Peau noire, masques blancs' (Paris 1952), als 'Black Skin, White Masks' 1967 erstmals in englisch erschienen, blieb dagegen nahezu 30 Jahre aus.

Daß diese Frühschrift Fanons keinesfalls durch die späteren Arbeiten entbehrlich wurde, ergibt sich aus der unterschiedlichen Dimension des Ansatzes sowie dem behandelten Thema. Im Urteil Aimé Césaires z. B. stellt 'Schwarze Haut, weiße Masken' die bedeutendste Studie über die menschlichen Folgen von Kolonialismus und Rassismus dar, während 'Die Verdammten dieser Erde' als Schlüssel zum Verständnis des Dekolonisierungsprozesses diene. Das Erstlingswerk Fanons hat den entfremdeten Menschen unter Kolonialverhältnissen (sei es unter unmittelbar physischen eines besetzten Landes oder im Sinne der geistigen Kolonisation als Schwarzer im »europäischen Mutterland«, wie von Fanon während seines Studiums in Paris erfahren) zum Gegenstand. Seine Ausbildung zum Psychiater findet in dieser Schrift ebenso Ausdruck wie seine Auseinandersetzung mit der Negritude-Bewegung, deren Genese unter den in Paris lebenden schwarzen Intellektuellen und deren Beeinflussung durch den von Sartre geprägten existentialistischen Humanismus der 40er und frühen 50er Jahre Fanon miterlebte.

Fanon exemplifiziert seine Aussagen anhand der eigenen Erlebnisse. Trotz dieser Subjektivität sieht er aber Grund genug zur Generalisierung seiner individuellen sinnlichen Erfahrungen und deren Verarbeitung in der weißbestimmten Umwelt: »... freilich ist uns bekannt, daß dieselben Verhaltensweisen bei jeder Rasse anzutreffen sind, die kolonisiert worden ist« (19). »Wertfreiheit« beansprucht Fanon nicht, er ergreift Partei: »Ich habe es mir zum Ziel gesetzt, das Elend des Schwarzen zu berühren. Mit den Händen und mit dem Herzen. Ich wollte nicht objektiv sein. Das stimmt übrigens nicht: es war mir nicht möglich, objektiv zu sein.« (58)

Die Umsetzung und Vermittlung von Gefühlen und Empfindungen prägen diese humanistische Streitschrift, die versucht, »es dem Farbigen zu ermöglichen, anhand präziser Beispiele die psychologischen Umstände zu verstehen, die seine Artgenossen entfremden können« (54). Für eine weiße Leserschaft impliziert dies die Konfrontation mit zutiefst emotionalen Aussagen, die Betroffenheit wecken und Herausforderung sind: »Scham. Scham und Selbstverachtung. Ekel. Wenn man mich liebt, dann sagt man mir, daß man mich trotz meiner Hautfarbe liebe. Verabscheut man mich, dann fügt man hinzu, daß dies nichts mit meiner Hautfarbe zu tun habe ... Hier wie dort bin ich ein Gefangener des Höllenkreises.« (76) Eines Höllenkreises, den Fanon vor allem nach der gewaltsamen Unterwerfung fremder, außereuropäischer Völker durch die weißen Kolonisatoren sich konstituieren sah. Den psychischen Konflikt des kolonisierten Individuums, dessen Kulturzwiespalt und Ambivalenz durch unvereinbare Systeme gewachsen und verstärkt wurde: »Von heute auf morgen hatten die Neger zwei verschiedene Bezugssysteme, im Hinblick auf die sie sich situieren mußten. Ihre Metaphysik oder, bescheidener ausgedrückt, ihre Bräuche sowie die Instanzen, auf welche sie verwiesen, waren außer Kraft, weil sie in Widerspruch zu einer Zivilisation standen, die sie nicht kannten und die sie betrog.« (72) Schwarzer Mystizismus als Fluchtmechanismus und Schaffung von Gegenwerten zur weißen Rationalität sieht Fanon mit diesem Prozeß untrennbar verknüpft (83f.). Ebenso die »ethische Selbstvalorisierung« als Ausdruck des geistigen Kolonisierungsprozesses auf der Ebene sekundärer Sozialisation durch weiß definierte Medien und Inhalte: »Es ist leicht gesagt: der Neger inferiorisiert sich. In Wahrheit wird er inferiorisiert.« (96)

Daß der in »Schwarze Haut, weiße Masken« artikulierte humanistische Ansatz eines Menschen, der sich seiner Selbstentfremdung bewußt wird und sich gegen sie auflehnt, erst den Anfang einer in »Die Verdammten dieser Erde« vollzogenen Analyse im sozialrevolutionären Kontext signalisierte, deutet sich schon in den Schlußbemerkungen dieses Buches an: »Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß Appelle an die Vernunft oder an

die Achtung vor dem Menschen die Wirklichkeit zu ändern vermögen. Für den Neger, der auf den Zuckerrohrplantagen auf Martinique arbeitet, gibt es nur eine Lösung: den Kampf. Und diesen Kampf wird er nicht nach Erstellung einer marxistischen oder idealistischen Analyse beginnen und führen, sondern weil er seine Existenz nur im Rahmen eines Kampfs gegen Ausbeutung, Elend und Hunger begreifen kann.« (142) Dieser Kampf darf nach Fanon — und damit wendet er sich implizit gegen Inhalte der Negritude — nicht der Restauration oder Verklärung zerstörter Vergangenheit dienen, sondern dem Aufbau einer neuen Identität. »Auf keinen Fall darf ich danach trachten, eine unverdientermaßen verkannte Neger-Zivilisation wieder aufleben zu lassen. Ich mache mich zum Menschen keiner Vergangenheit. Ich will die Vergangenheit nicht auf Kosten meiner Gegenwart und meiner Zukunft besingen.« (114)

Daß die in dieser Streitschrift formulierte Zielsetzung, »dem Schwarzen wie dem Weißen eine gesunde Begegnung zu ermöglichen« (54), auch gegenwärtig noch nicht verwirklicht worden ist, rechtfertigt, ja fordert geradezu, über das fachliche Interesse an den Werken Fanons hinausgehend auch heute noch die deutschsprachige Veröffentlichung und die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem, was Fanon schon vor so langer Zeit auch uns zu sagen hatte.

Henning Melber (Berlin / West)

Kossodo, Blandena Lee: Die Frau in Afrika. Zwischen Tradition und Befreiung. Paul List Verlag, München 1978 (288 S., 32 Abb., Ln., 32,— DM).

Wer »Afrika ausschließlich an europäischen Maßstäben mißt, wird die vielfältigen Kulturformen dieses Kontinents falsch interpretieren« (Klappentext). Am Abbau von Vorurteilen, vor allem von generell negativen Wertungen traditioneller Formen der Arbeitsteilung und des Familienlebens versucht sich Kossodo (die eigentlich Psychoanalytikerin ist) mit einem feuilletonistischen Panorama dieser Kulturformen, an dessen Ende sie feststellt: »Es wäre ebenso töricht, verallgemeinernde Schlüsse über die Stellung der Frau in Afrika zu ziehen, wie wenn man etwa in Europa die Lebensbedingungen der Schwedin denen der Sizilianerin gleichsetzen wollte.« (260) Ungeachtet dieser Relativierung bestätigt das Buch viele exotische Vorstellungen über den »schwarzen Kontinent«.

Der generellen Einführung über die Rolle der Frau in der Geschichte Afrikas folgt die Darstellung — nicht jedoch Analyse — des Lebenszyklus der Frau in den traditionellen Stammeskulturen (Bedeutung und Ritualisierung von Geburt, Kindheit, Pubertät, Ehe, Alter und Tod). Dabei präsentiert Kossodo ein Bündel deskriptiver Sammlungen von Reiseeindrücken, die in kunterbunter Reihenfolge eine variationsreiche aber leider zumeist völlig oberflächliche Aufzählung der unterschiedlichsten Riten und Normen in geschlechtsspezifischer Hinsicht bieten. Zur Verwirklichung ihres formulierten Anspruches (also des Abbaus bestehender Vorurteile) setzt sich die Autorin dabei auch so ziemlich kritiklos über Praktiken hinweg, die selbst bei allem (nicht-paternalistischen) Wohlwollen und Verständnis für die Andersartigkeit afrikanischer Kultur sicherlich nicht zugunsten der bestehenden Männergesellschaften sprechen. In Bezug auf die Behandlung von Initiationsriten beispielsweise begnügt sich Kossodo vor der Schilderung unterschiedlicher Erscheinungsformen mit dem lapidaren Hinweis, daß »... bei der Beschneidung der Mädchen zwischen verschiedenen Praktiken zu unterscheiden (ist)« (114). Daß diese Praktiken bei beiden Geschlechtern in bestimmten Fällen durchaus eine berechtigte Funktion erfüllen, soll hierbei gar nicht in Abrede gestellt werden. Der Rezensent (als männliches Wesen vorbelastet) fragt sich allerdings, ob es an dieser Stelle der Glaubwürdigkeit der Autorin nicht besser zu Gesicht gestanden hätte, wenn sie wenigstens kurz zu den inhumanen Methoden der Klitoris-Beschneidung Stellung bezogen hätte (siehe dazu u. a. den ausführlichen Beitrag in *Courage* Nr. 9 vom September 1978: »Klitorisbeschneidung — Genitale Verstümmelung von Frauen in Nordafrika«,

S.20-28). Dies vermeidet Kossodo jedoch tunlichst, will sie doch für Verständnis und Aufklärung werben ...

Neben dieser Kritiklosigkeit fällt die lobenswerte Absicht auch dem latenten Fortschrittsglauben der Autorin zum Opfer. Als Vertreterin einer relativ unkritischen Modernisierungstheorie stellt Kossodo im zweiten Teil ihres Buches, der sich mit den Gegenwartsproblemen afrikanischer Frauen befaßt (Anpassungsschwierigkeiten im Konflikt zwischen Tradition und Modernisierung, dargestellt in den Bereichen Arbeitsleben, Familie und gesellschaftliche Stellung der Frauen), die seit Beginn des gewaltsamen Zerstörungsprozesses afrikanischer Stammesgesellschaften durch Kolonisierung und Imperialismus bewirkten sozio-ökonomischen Veränderungen selten in Frage. Folgende Beispiele dürften zur Belegung dieser Tendenz ausreichen. Sie verdeutlichen gleichzeitig, wie sehr sich die Autorin durch ihre Tummelei auf Gemeinplätzen oftmals in Unklarheiten und Widersprüchen verfängt: Kossodo bewertet den in jüngerer Zeit stattfindenden Zugang von Frauen zu Lohnarbeit im peripheren Kapitalismus afrikanischer Nationalstaaten als »Fortschritt von ganz besonderer Bedeutung« (214). Die Autorin begründet diese Einschätzung damit, daß durch diese Entwicklung die traditionell vorherrschende Einstellung zur Ehe unter den afrikanischen Frauen abgebaut wird und die ökonomische Unabhängigkeit durch eine berufliche Karriere die Ehe nicht mehr zur Reproduktion erfordert. Dieser Aussage folgt einige Seiten später die kategorische Feststellung, »die Ehe ist für die Frau immer noch der einfachste Weg, sich Eintritt in die soziale Oberschicht zu verschaffen« (248). Andererseits jedoch: »Der Typ der unverheirateten Frau, die beruflich Karriere macht, ist heute in Afrika keine Seltenheit mehr« (214). Im Gegensatz dazu wiederum resümiert Kossodo, daß »die Stellung der Frau in Afrika immer noch fast ausschließlich von ihrer Ehe und Verwandtschaft und viel weniger von ihren eigenen Fähigkeiten und Leistungen abhängt« (260).

Ausgehend von dieser Wahrnehmung gelangt Kossodo auch zu der Einschätzung, daß »der exklusive und konventionelle Charakter der Frauenverbände im heutigen Afrika ... ein typisches Phänomen der jetzigen Entwicklungsphase (ist)« (248). Einer Entwicklungsphase, die von der Autorin ruhig in sehr viel kritischerem Maße hätte reflektiert werden können, nicht zuletzt auch um der Verwirklichung ihrer Zielsetzung dabei ein gutes Stück näher zu gelangen. So allerdings bleibt Kossodos Versuch sicherlich auf einer Ebene beschränkt, die dem Anliegen nicht gerecht wird. Als einführende Übersicht (der eine sehr verständliche Sprache und die völlig nicht-akademische Behandlung des Themas zugute kommt) mag »Die Frau in Afrika« für einen Leserkreis, der in etwa Parallelen zum Charakter der oben beschriebenen afrikanischen Frauenverbände aufweist, ein lesenswertes Buch darstellen. Für die Leserschaft des *Argument* allerdings wohl kaum.

Henning Melber (Berlin/West)

Fiebach, Joachim: *Literatur der Befreiung in Afrika.* Damnitz Verlag, München 1979 (301 S., br., 12,— DM)

Fiebach, Theaterwissenschaftler an der Humboldt-Universität, der die literarischen Bewegungen Afrikas »von den Interessen europäischer marxistischer Kunstwissenschaftler bestimmt« betrachtet (7), demonstriert an ausgewählten Beispielen, »wie sich moderne, über den Druck verbreitete Literatur als Faktor der nationalen und sozialen Befreiung von den vierziger bis Mitte der siebziger Jahre unseres Jahrhunderts entfaltete und veränderte« (7). Durch Kapitel über »Tendenzen und Elemente gesellschaftlicher Umwälzungen im subsaharischen Afrika« (9-49) und die Tradition der mündlichen Dichtung (50-72) wird eine Einführung und Vorkenntnis vermittelt, die über die Darstellung der einzelnen Werke afrikanischer Autoren hinausgehend grundlegendes Verständnis für die sozio-kulturelle Situation in Ländern Afrikas ermöglicht. In den weiteren Teilen der Arbeit hält Fiebach diese Einordnung kultureller Ausdrucksformen (und

zwar bezogen auf den jeweiligen nationalstaatlichen Rahmen und die bestehenden sozialen Verhältnisse) ebenfalls aufrecht, auch wenn er die Darstellung anhand einiger der bekanntesten Autoren Afrikas exemplarisch vollzieht.

Die Auseinandersetzung mit Einzelwerken der modernen Literatur Afrikas beginnt mit der kolonialen Situation, unter deren Bedingungen sich die »Entwürfe für ein goldenes afrikanisches Zeitalter« (75) entwickelten. Gegenüber der Lyrik des senegalesischen Staatspräsidenten Senghor als dem führenden Vertreter der »konservativ-romanischen« Negritude wird von ihm die Prosa Sembene Ousmanes als »proletarisch-revolutionäre Alternative« gesetzt. Daß trotz dieser unterschiedlichen Bewertung der literarischen Aussagen auch gemeinsame Ansatzpunkte und strukturelle Ähnlichkeiten im Werk dieser beiden Autoren bestehen, betont auch Fiebach (111).

Die Phase formaler Dekolonisation setzte der afrikanischen Literatur neue Aufgaben: die antikoloniale Kulturbewegung mußte sich mit dem nationalen Entwicklungsweg der unabhängigen Länder auseinandersetzen. Die Realität gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse, die Auswirkungen kolonialer Hypotheken und die Enttäuschung darüber, daß die idealtypischen Zukunftsbilder freier und gleicher afrikanischer Gesellschaften nicht zu verwirklichen waren, bewirkten eine »Literatur der Ernüchterung« und die Re-Orientierung auf einen Neubestimmten revolutionären Ansatz (136ff.). Stellvertretend für die »literarische Diagnose der Unabhängigkeit« (152) stellt Fiebach die Entwicklung des Romanwerks des Nigerianers Chinua Achebe vor. Ähnlich wie in den Arbeiten Ousmanes und Mongo Betis glaubt Fiebach dabei jedoch zu entdecken, daß die Reflexion der neuen, komplizierten Situation kaum neuartige Wahrnehmungen, Assoziationen und emotionale Regungen verursacht (178). Als Beispiel der »Sensibilisierung für eine schwierige Wirklichkeit« (178) stellt er demgegenüber die Prosa des ghanaischen Schriftstellers Ayi Kwei Armah vor. Dennoch bleibt Fiebach zufolge auch die Kritik Armahs an den gesellschaftlichen Verhältnissen des Neokolonialismus in idealistisch ungenauen Einschätzungen verfangen (200). Anders dagegen das Werk des Kenyaners Ngugi wa Thiongo, den Fiebach als Protagonisten einer Literatur revolutionärer Haltung charakterisiert.

Der Nigerianer Wole Soyinka schließlich dient zuletzt als Beispiel jener Literatur, die der Autor als »Dialektik, Mythos und Suche nach Alternativen« kategorisiert (222). Etwas zu abrupt schließt damit das Buch. Eine abschließende Zusammenfassung und komprimierte Übersicht, eventuell auch noch ein chronologisches Verzeichnis der im Text behandelten Literatur, hätte nicht geschadet. Das Personenregister vermag da kaum Abhilfe zu leisten. — Auch der westdeutsche Verlag wäre gut beraten gewesen, wenigstens im Anhang der Lizenzausgabe die notwendigen ergänzenden Informationen anzubieten, die zur vollständigen Erschließung der von Fiebach vorgestellten Literatur hilfreich sind. In den in deutscher Übersetzung erschienenen Werken bezieht sich Fiebach natürlich auf die in der DDR publizierte Titel — wie z.B. die Übersetzung des Romans von Wole Soyinka »Season of Anomy« als »Zeit der Gesetzlosigkeit« (Berlin 1977). Die entsprechenden Verweise auf Ausgaben in westdeutschen oder schweizerischen Verlagen dagegen — in einer Lizenzausgabe für die Bundesrepublik sicherlich angebracht — finden sich nicht. So liegt im Falle Soyinkas derselbe Roman in der seit 1979 produzierten Buchreihe zweier Verlage (»Dialog Afrika«) unter dem Titel »Die Plage der tollwütigen Hunde« vor. In eben dieser Reihe erscheinen u.a. auch Arbeiten von Ngugi wa Thiongo (dessen Buch »Petals of Blood« als »Freiheit mit gesenktem Kopf« veröffentlicht wurde), Sembene Ousmane, Mongo Beti, Ismael Mbise. Ist es für den Interessierten, aber nur begrenzt des Englischen oder Französischen mächtigen Laien ohnehin schwer genug, die von Fiebach sehr ausführlich vorgestellte Literatur zu lesen, wird dies durch solche »Unterlassungssünden« seitens des Verlages noch zusätzlich behindert.

Henning Melber (Berlin/West)

Turner, John F.C.: Verelendung durch Architektur. »Housing by People«. Plädoyer für eine politische Gegenarchitektur in der Dritten Welt. Rowohlt Verlag, Reinbek 1978 (142 S., br., 47 Abb., 6,80 DM).

Turner hat als staatlich angestellter Architekt in Lateinamerika gearbeitet und dort die illegal errichteten Ansiedlungen am Rande der Großstädte kennengelernt und sich mit ihnen beschäftigt; dabei wurde sein Architektenselbstverständnis nachhaltig erschüttert und radikal verändert. Er wendet sich gegen das Kopieren europäischer hochzentralisierter Produktions-, Verteilungs- und Dienstleistungssysteme durch Länder der Dritten Welt. Die großen Wohnungsbauvorhaben als Kennzeichen »zentralverwalteter bürokratischer Systeme« — sind nach Meinung des Autors sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Staaten anzutreffen —, die nur den Bautyp des »Superblocks« kennen, verursachen hohe gesellschaftliche Kosten. Der finanzielle Aufwand für Management, Wartung und Verwaltung übersteigt oft die Mieteinnahmen, vom hohen Energieverbrauch und Energieaufwand für die Baumaterialien ganz zu schweigen. Die großen Wohnungsbauvorhaben können nur für einen Bruchteil der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden und ignorieren die variablen Wohnbedürfnisse ihrer Bewohner.

Die Frage nach dem »Wohnwert« steht bei Turner im Mittelpunkt und ist Ausgangspunkt seiner Reformvorstellungen. »Solange irrigerweise angenommen wird, daß ein Haus von materiell höherem Standard notwendigerweise ein besseres Haus ist, solange werden Wohnungsprobleme falsch in Begriffen wie Zahl der 'benötigten' Einheiten, die 'unter Standard' sind, falsch dargestellt« (50). Die staatlichen Bauverwaltungen in zentralverwalteten Systemen bauen »im allgemeinen nach Standards, die sich die Mehrheit nicht leisten kann und die von den Ländern unmöglich im großen Maßstab subventioniert werden können« (64/65). Die Fremdbestimmung der Bewohner und die Ignorierung ihrer Wohnbedürfnisse müssen sich zwangsläufig in Nachlässigkeit und Vandalismus gegenüber den Wohnungen äußern.

Aufgrund seiner Beobachtungen in den selbsterbauten Hüttensiedlungen, in denen die Kosten für Herstellung und Unterhalt gering sind sowie die Lage meist sehr verkehrsgünstig ist, setzt sich Turner für die Einführung des Prinzips der Selbstverwaltung ein. Gedacht ist dabei nicht so sehr an Selbsthilfe im Sinne von »Do-it-yourself-Häuserbauern« sondern an Selbstverwaltungsorgane, die die Wohnhäuser mit möglichst wenig Energie und kleinen Werkzeugen (kleine Betriebsgrößen — »angemessene Technologie«) und hohem Gebrauchswert errichten und die örtlichen Grundressourcen ausschöpfen. Staatliche Eingriffe sollen nur im infrastrukturellen Bereich geduldet werden. Die Übernahme von örtlicher und persönlicher Verantwortung und Kontrolle wecke Eigeninitiative, Einbildungskraft bzw. schöpferische Phantasie und den Willen, sich um etwas zu kümmern. »Die Entschlossenheit eines Haushaltes, Zeit, Anstrengungen und Fertigkeiten in sein Heim zu investieren«, hänge »von der zu erwartenden Zufriedenheit und von der Nützlichkeit seiner Wohnung ab« (75).

Das Buch läßt eine sozioökonomische Analyse des Wohnungsbaus Lateinamerikas vermissen, genauso wie man vergeblich die Entwicklung einer Durchsetzungsstrategie erwartet. Die angestrebte Selbsthilfe bzw. individuelle Verwirklichung wird sich mit den Appellen an die Tüchtigkeit des Einzelnen und der Forderung nach Einstellungsänderung wohl kaum durchführen lassen, auch nicht durch den Austausch von Informationen. Was geschieht z.B. mit dem »Nichttüchtigen«, der sich Kleineigentum nicht leisten kann? Hält der Autor kleinkapitalistische Zustände wirklich für erstrebenswert? Vielen Beobachtungen und Überlegungen ist jedoch zuzustimmen, und aufgrund der ehrlichen Intentionen des Autors ist es ein sympathisches Buch, auch wenn die Übersetzung miserabel ist.

Joachim Petsch (Bonn)

Soziale Bewegung und Politik

Staritz, Dietrich (Hrsg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik.

Geschichte — Entstehung — Entwicklung. Eine Einführung. Leske Verlag, Opladen 1980 (277 S., br., 16,80). —zit. I

Schönbohm, Wulf: CDU. Portrait einer Partei. Geschichte und Staat 215,

Günter Olzog Verlag, München/Wien 1979 (175 S., br., 5,80 DM). —zit. II

Gutjahr-Löser, Peter: CSU. Portrait einer Partei. Geschichte und Staat 216,

Günter Olzog Verlag, München/Wien 1979 (151 S., br., 5,80 DM). —zit. III

Der von Staritz herausgegebene Band ist die aktualisierte zweite Auflage der 1976 erschienenen »einführenden Überblicksdarstellung des westdeutschen Parteiensystems«, die eine »Einordnung des Parteiensystems und der Parteienentwicklung in den jeweiligen übergreifenden sozio-ökonomisch-historisch-politischen Kontext« ermöglichen soll (I/7). Nach einem Überblick über das deutsche Parteiensystem vor 1945 (Teil I) und die Wiederentstehung der Parteien in den Westzonen und der DDR (Teil II) wird im Hauptteil III die Entwicklung der westdeutschen Parteien von 1949 bis 1979 analysiert. Der Band schließt mit einem empirischen Aufsatz über Sozialstruktur und Parteiensystem.

Wenn es so etwas wie ein »Ergebnis« der historischen Entwicklung des deutschen Parteiensystems gibt, so läßt es sich mit zwei widersprüchlichen Zitaten belegen: »Aus einem historischen Rückblick und Vergleich geht hervor (...), daß sich die Grundstruktur des Parteiensystems vom Kaiserreich, in der Weimarer Republik, über den Nationalsozialismus bis heute grundsätzlich nicht verändert hat.« (I/198) Dies läßt sich nicht allein »politisch«, sondern nur sozialstrukturell — marxistisch also: klassentheoretisch — erklären. Andererseits: so richtig die Kritik am Begriff der »Volkspartei« ist, so sehr gilt doch: »Es gibt keine 'Klassenparteien' mehr, also auch keine Partei, die ausschließlich die Bourgeoisie organisiert; und es gibt in diesem Sinne auch keine Arbeiterpartei. Aber es bestehen (...) eben doch Parteien, die sich schwergewichtig auf relativ homogene, unterschiedliche soziale Basen stützen.« (I/250) Die Vermittlung beider Ergebnisse, die Schmollinger/Stöss mit dem Begriff der »Massenlegitimationspartei« vorschlugen, führt nicht weit, da ja gerade unklar bleibt, wieso bzw. nach welchen Gesetzmäßigkeiten verschiedene Parteien langfristig verschiedene »Massen« an ihre Politik zu binden vermögen.

Trotz dieses theoretischen Mangels (der ja nur einen generellen der bisherigen marxistischen Politiktheorie reflektiert) ist die Lektüre des Bandes nur zu empfehlen: sie vermittelt nicht nur einen gebündelten Überblick über die deutsche Parteienentwicklung, sondern macht — trotz der notwendigen Kürze der Beiträge — die Vielfalt der Faktoren sichtbar, die eine genetisch-strukturelle Parteitheorie berücksichtigen muß.

Die beiden Monografien über die Unionsparteien fallen demgegenüber deutlich ab. Während Schönbohm immerhin einen recht informativen historischen Überblick der CDU-Entwicklung bietet, gelingt es Gutjahr-Löser nicht, die enormen CSU-Erfolge in Bayern auch nur ansatzweise durch eine konkrete Beschreibung bzw. Analyse der CSU-Politik zu begründen. Typisches Beispiel: »Die erfolgreiche Arbeit Seidels als Parteivorsitzender und als Ministerpräsident zeigte sich ein Jahr später wiederum eindrucksvoll bei der Landtagswahl.« (III/36) Worin diese »erfolgreiche Arbeit« bestand, erwähnt der Autor nicht. Fragen wie die nach der Spezifik der CSU-Politik oder die ihrer Verallgemeinerbarkeit zu einer erfolgreichen Bundespolitik stellen sich dem Autor konsequenterweise gar nicht erst.

Die Autoren — beide Mitglied ihres Untersuchungsobjekts — bleiben ganz kritik- und distanzlos den Argumentationsmustern der offiziellen Unionsprogrammatis verhaftet. So überrascht es nicht, daß Schönbohm das Konzept der »sozialen Marktwirt-

schaft« als »wahrhaft revolutionär« (II/41), weil »jenseits von Kapitalismus und Sozialismus« befindlich (II/43), bezeichnet. Und Gutjahr-Löser entdeckt eine »Ökonomie, die nach Ansicht von Karl Marx von 'Natur-Gesetzen' bestimmt ist« (III/12). Überraschend ist aber, daß die Autoren glauben, die Unionspolitik durch deren Selbstverständnis als Volkspartei charakterisieren zu können (II/43f., III/14). Daß Mitglieder-Wählerbasis der CDU/CSU keineswegs repräsentativ für die Sozialstruktur der BRD sind, kann sich Schönbohm z.B. nur durch oberflächliche Bemerkungen wie der folgenden erklären: »(...) die Hemmschwelle für einen Arbeiter, Mitglied in der CDU zu werden, war und ist nach wie vor recht hoch.« (II/128) Warum nur, warum? Ein weiteres Manko des Volksparteien-Konzepts liegt darin, daß Schönbohm auch der SPD eine »Entwicklung zur Volkspartei« (ebd.) bescheinigt. Wo liegen dann aber die politischen Unterschiede zwischen SPD und CDU? Indem Schönbohm nicht in der Lage ist, die politischen Alternativen der Union zur sozialliberalen Koalition herauszuarbeiten, bringt er unfreiwillig die Hegemonie des Sozialliberalismus zum Ausdruck.

Karl-Ernst Lohmann (Berlin/West)

Schacht, Kurt: Die F.D.P. Zur Geschichte und Politik. Marxismus aktuell Bd. 145; Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1980 (131 S., br., 8,50 DM).

Publikationen zur Geschichte und Politik der FDP sind rar. Die umfangreichen Studien von Kaack und Juling haben gewissermaßen Monopolstellung. Sie sind in ihrem reichen Aufkommen an Informationen dem Politologen unentbehrlich geworden. Jedoch in ihren Interpretationen und auch im Selektionsverfahren zeigen sie sich ihrem Gegenstand kaum in Distanz. Man wird sagen dürfen, sie sind ausgesprochen FDP-freundlich gehalten. — Und unsere Linke? Sie hat zum Thema »FDP« weitgehendst geschwiegen. Zu sehr wirkte wohl ihr Verdikt »scheiß-liberal« aus Zeiten der Studentenbewegung blockierend. So muß die hier angezeigte marxistische Arbeit, das Taschenbuch von Kurt Schacht, als ein Anfang, als ein Denkanstoß gewertet werden.

Der Autor zeichnet die Geschichte der FDP als konstituierenden Teil bundesrepublikanischer Entwicklung nach. Nicht nur programmatische Texte und Äußerungen führender Politiker werden herangezogen, es wird vor allem nach dem Verhältnis von Programmatik und Realisierung, nach den von der FDP vertretenen Interessen bzw. der Institution »Interessenvertretung« gefragt. Auf diesem Weg gelangt Schacht zu der Einschätzung: »... die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der FDP-Spitze ist kein Beitrag zur Sicherung der Existenz der Mittelschichten, kein Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und inflationärer Entwicklung. Sie folgen in allen entscheidenden Punkten der Strategie und Taktik der Monopolgruppierungen.« (77f.) Das Verhältnis von Kapital und Partei-Spitze klingt hier als ein unmittelbares an. Diese Sichtweise ist Produkt einer Theorie, die die Politik der bürgerlichen Parteien im Monopolkapitalismus als von Interessen bestimmter Kapitalfraktionen getragen versteht. Die Parteibasis erscheint in diesem Umkreis als relativ ohnmächtige Kraft, die bestenfalls Kurskorrekturen bewirken kann. Die Programmatik der Partei muß in diesem Sinne immer auch verschleiern. Und so werden von Schacht alle Ebenen der freidemokratischen Politik konsequenterweise auf diese Interessen zurückgeführt. Zur Entspannungspolitik, einem Terrain, auf dem die Freien Demokraten phasenweise recht progressiv wirkten (z.B. Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs), konstatiert Schacht in aktueller Sicht: »Zwar kann die FDP-Führung das Drängen aus ihrer Partei nach Fortsetzung der Entspannungspolitik nach konstruktiven Beiträgen zur Abrüstung nicht völlig unberücksichtigt lassen, aber ihre dominierende Position in der Partei erlaubt es ihr, sich darüber hinwegzusetzen.« (110) Die Begründung dieses Kurses, als Politik in der sozial-liberalen Koalition, fällt dann zurück auf den Begriff einer Politik, die den »Anforderungen flexibler Kräfte des Großkapitals« (48) entspricht. So bleibt die Partei-Basis letztendlich

eine Größe, mit der im Interesse des Kapitals taktiert wird. Nun fallen bei der Schachtschen Vorgehensweise »Partei-Spitze« und »Partei-Basis« so weit auseinander, daß die Frage nach den Motivationen, d. h. nach den Bedürfnissen, die im Bereich der Basis den Ausschlag geben für die Wahl einer bürgerlichen Partei, und im besonderen der FDP, kaum beantwortet werden kann. Es wäre jedoch zu fragen, ob und inwieweit Interessen dieser Wähler (und Mitglieder der Parteien) nicht gerade auch in wesentlichen Punkten identisch sind mit denen des Großkapitals. Diese Fragestellung dürfte allerdings nicht dazu führen, die engen Verbindungen zwischen bürgerlichen Parteien (die Splitterparteien ausgeklammert) und Großkapital zu relativieren. Schacht läßt deutlich werden, in welchem Maße die FDP mit dem Großkapital lüiert ist, wenn er u. a. die Verbindungen des Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff, seines Vorgängers Hans Friedrichs und Bundesinnenministers Gerhard Baum zum Großkapital offenlegt.

Schachts Arbeit ist vor der Bundestagswahl '80 auf dem Buchmarkt erschienen. Sie ist unübersehbar auch Agitationsschrift — gegen die FDP und für die DKP, weist aber über diesen starren Blickwinkel hinaus. Schacht fragt nach bürgerlich-demokratischen Bündnispartnern für die Kommunisten und findet sie bei den Jungdemokraten, denen er antimonopolistische Tendenzen attestiert, und auch bei all den Liberalen, die ohne (subjektiv) anrimonopolistische Komponente »für die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte, gegen die Hochrüstung der NATO, für den Fortgang der Entspannung eintreten« (125). Daß der Autor die DKP als Synonym für »die Kommunisten« setzt, scheint dem Rezensenten jedoch ebenso eine Verkennung aktueller Probleme in der Linken wie des Autors Empfindlichkeit hinsichtlich der Menschenrechtsdebatte, wenn er jeglichen Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Staaten a priori als Antikommunismus versteht. — Schachts FDP-Buch sollte genügend Anregungen enthalten, zu verhindern, daß es das einzige bleibt, was die Linke zum Thema »FDP« bieten kann.

Reinhard Budde (Berlin/West)

Bruder, Wolfgang, und Thomas Ellwein (Hrsg.): Raumordnung und staatliche Steuerungsfähigkeit. Politische Vierteljahresschrift — Sonderheft 10/1979. Westdeutscher Verlag, Opladen 1980 (297 S., br., 44,— DM).

So unterschiedlich in diesem Band die Analysen akzentuiert sind, so gleichlautend ist doch der allgemeine Tenor der Beiträge: »daß sich angesichts der qualitativ neuen Problemkonstellation in Zukunft die schon jetzt beschränkte Wirksamkeit des raumordnungspolitischen Steuerungspotentials weiter vermindern wird« (Vorwort, 8). Dieses Fazit aus der gegenwärtigen Diskussion um die Raumordnung wird innerhalb dreier Themenbereiche erarbeitet: 1. Ausgewählte Probleme der Raumordnungs- und Regionalpolitik; 2. Reformmöglichkeiten und -perspektiven; 3. Regionalisierung von Fachpolitiken als räumliche Lösungsstrategie.

Ausgangspunkt der Analysen ist die Feststellung einer allgemein veränderten Produktionsstruktur: verschärfter internationaler Wettbewerb, neue Technologien, verlangsamtes Wirtschaftswachstum und letztlich eine »langfristig rückläufige Bevölkerungsentwicklung« (H. Afheldt, 111). Diese Veränderungen führten dazu, daß sich die räumlichen Disparitäten zwischen expandierenden Verdichtungsgebieten und strukturschwachen ländlichen Räumen wenn nicht verschärfen, so doch zumindest verfestigen. »Das Ziel der Verbesserung und Sicherung der Lebensqualität in allen Teilräumen« (F. Wolf, 196), einst globales Ziel der Raumordnung, kann nicht eingelöst werden und reduziert sich zunehmend auf einen symbolischen Wert zur Legitimationssicherung des politischen Systems. Die Ursachen für diese räumlichen Disparitäten »liegen primär, ja sogar nahezu ausschließlich im ökonomischen Bereich« (F. Wolf, 199). Raumordnungspolitik hat sich folglich nach dem Verständnis der Autoren in erster Linie als raumbezogene Wirtschaftspolitik zu verstehen. Die Frage, warum staatliche Interventionsmaß-

nahmen in diesem Bereich letztlich scheitern mußten und weitgehend durch eine Anpassungspolitik an die ökonomische Entwicklung ersetzt wurden, beantworten die Autoren mit dem Hinweis auf drei Ursachenkomplexe: 1. die politische Ebene mit der Konkurrenz zwischen den staatlichen Instanzen von Bund, Ländern und Kommunen, was letztlich zur Ineffektivität, wenn nicht sogar zur Selbstblockierung staatlicher Politik führt; 2. die Verwaltungsebene mit der einseitigen Klientelbeziehung der staatlichen Verwaltung zu einigen Großunternehmen und somit die wachsende strukturelle Abhängigkeit der Bürokratie von jenen Großunternehmen; und 3. die Ebene zwischen Staat und Wirtschaft mit der prinzipiellen Marktkonformität und dem Credo der privaten Unternehmerentscheidung als Grenze jeglicher staatlicher Politik. Während die politische und die Verwaltungsebenen in den einzelnen Beiträgen eingehend analysiert werden, wird die Ebene der Marktkonformität als Vorgabe staatlicher Politik zwar thematisiert, aber nicht systematisch analysiert. So wird in einigen Beiträgen die Struktur mittlerer und kleinerer Unternehmen im Zusammenhang mit der Raumrelevanz staatlicher Forschungsförderung analysiert, doch blenden diese Analysen die politische Vermittlung ökonomischer Gegebenheiten aus (vgl. Handwerkskammern, Industrieverbände etc.). Ökonomische Entwicklungen werden so mit der Veränderung politischer Programme auf staatlicher Ebene kurzgeschlossen, ohne hierbei vermittelnde ideologische Instanzen als Erklärungsgrundlage zu berücksichtigen.

Was bleibt somit angesichts der Notwendigkeit von Raumordnung für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung bei gleichzeitigem Versagen der staatlichen Steuerungsfähigkeit? Neben einem allgemein resignativen Grundton der Analysen nennen die Autoren auch Forderungen wie jene nach Dezentralisierung, Regionalisierung, Integration mit Fachpolitiken, erhöhte Diagnose- und Prognosekapazität etc. Quintessenz all dieser Forderungen ist jedoch die nach einer innovationsorientierten Raumordnungspolitik in Verbindung mit einer effektiven Forschungspolitik. Unter dem Stichwort der »funktionalen Arbeitsteilung' zwischen Regionen« (R.W. Wettmann/H.-J. Ewers, 261) soll das Eigenpotential der unterschiedlichen Teilräume mit dem Ziel der selbständigen Strukturanpassung aktiviert werden. Doch muß letztlich eine solche Raumordnungspolitik sich vor allem an den innovationsfreudigen Großunternehmen orientieren, an jenen Großunternehmen, die gerade durch die Ansiedlung ihrer »Headquarter«-Funktionen in den Verdichtungsgebieten die bestehende räumliche Disparität zementieren. Strukturschwache Gebiete blieben auch hier wiederum dem »Spiel der freien Marktkräfte« überantwortet, oder besser: den Entscheidungen einiger Monopolunternehmen. — »Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen« (H. Afheldt, 113) ist das erklärte Ziel der Raumordnungs- und Regionalpolitik. Und doch setzt diese Politik nicht unmittelbar bei den Arbeitsplätzen an, sondern versucht jenes arbeitsmarktpolitische Ziel mittels »einer verbesserten Ausrüstung des Faktors Arbeit mit Kapital« (C. Böhret u.a., 78) zu erreichen. Eine solche staatliche Politik orientiert sich somit allein an den unternehmerischen Investitionsentscheidungen und versucht, die Kapitalmobilität zu lenken. Gewerkschaftliche Interessen müssen hierbei konsequenterweise herausfallen. Sie erscheinen lediglich als Störfaktor für eine vorgebliche Steuerungsrationale und müssen anderweitig durch Zugeständnisse befriedigt werden (Integration durch Sozialpolitik). Gerade hier, bei der räumlichen Entwicklung von Arbeit und Kapital, muß jedoch eine gewerkschaftliche Politik ansetzen, die sich die maßgebliche Beeinflussung der zukünftigen Arbeitsmarktentwicklung zum Ziel gesetzt hat. Dies nicht thematisiert zu haben, muß dem vorliegenden Band als entscheidender Nachteil angerechnet werden. Was die Beiträge vor allem behandeln, ist eine staatliche Regionalpolitik von oben. Soziale Bewegungen — wie z.B. die Arbeiterbewegung —, die sich jedoch ausdrücklich auf regionale Probleme beziehen (vgl. Regionalismus-Diskussion), bleiben hierbei auf der Strecke.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Kühn, Hagen: Politisch-ökonomische Entwicklungsbedingungen des Gesundheitswesens. Eine Untersuchung am Beispiel der Krankenhauspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1958-1977/78. Anton Hain Verlag, Königstein/Taunus 1980 (500 S., br., 76,— DM).

Es handelt sich um die wohl umfassendste und differenzierteste politisch-ökonomische Analyse des Gesundheitswesens, die bislang in der Bundesrepublik vorgelegt wurde. Den Schlüssel für ein sozial-ökonomisches Verständnis dieser Bereiche sieht Kühn in der politischen Ökonomie des Lohnes bzw. der Reproduktion der Arbeitskraft. Gesundheitspolitik wird im Bedingungs-zusammenhang der politischen, sozialen und ökonomischen Reproduktion des gesellschaftlichen Systems insgesamt interpretiert, wobei das Gesundheitswesen jedoch nicht nur als Objekt dieser Gesamtbewegung, sondern auch als dessen Bestandteil, dessen Besonderheiten selbst als gesellschaftliche Entwicklungsdeterminanten anzusehen sind, begriffen wird (5). Ausgangspunkt der Analyse sind diese Besonderheiten. In Teil A wird der konkrete Arbeitsprozeß im Krankenhaus untersucht. Kühn widerlegt die These, daß das Krankenhaus die »entwicklungsleitende Institution« im arbeitsteiligen Zusammenhang des Gesundheitswesens sei. Vielmehr sind sowohl die Anforderungen an das Krankenhaus als auch die dortigen Leistungs- und Interaktionsprozesse weitgehend extern bestimmt. Damit sind aber — entgegen der Auffassung konservativer Autoren — die empirisch faßbaren Leistungsausweitungen nicht in erster Linie als angebotsinduzierte Nachfrage, sondern vielmehr als Ausdruck der Dysfunktionalität anderer sozialer Teilbereiche innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens zu verstehen (57). Die Leistungsexpansion im Krankenhaus ist nach Kühn vor allem der unzureichend präventiven Orientierung des Gesundheitswesens, strukturellen Defiziten im ambulanten Bereich und einer wachsenden »Absortionsfunktion« des Krankenhauses für allgemeingesellschaftliche Probleme (z. B. Altersproblematik) zuzuschreiben. Daraus folgt, daß isolierte Krankenhauspolitik als Hebel zur Lösung der heutigen gesundheitspolitischen Probleme untauglich ist. Kühn fordert statt dessen Entlastung des Krankenhauses durch präventive Ausrichtung der vorgelagerten Sektoren und Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung (88). Thematisiert wird aber auch der qualitative Aspekt der Krankenversorgung selbst, sowie die Tendenzen der Privatisierung vor allem im Bereich der Sonderkrankenhäuser. Hiermit verbindet der Autor die Analyse der interessenpolitischen Lage der Patienten und Krankenhausbeschäftigten. Dabei werden wichtige Begründungen für die Bedeutung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und die schrumpfende Reichweite individueller und ständischer Konfliktbewältigungsstrategien der Krankenhausbeschäftigten entwickelt (115ff.). Kühn mißt der Überwindung des ständischen und der Entwicklung gewerkschaftlichen Bewußtseins im Krankenhaus auch eine wichtige Funktion bei der Abwehr inhumaner und versorgungsinadäquater Entwicklungen zu (108ff.).

In Teil B der Untersuchung wendet sich Kühn der Analyse des gesamtgesellschaftlichen »politisch-ökonomischen Magnetfeldes«, in dem sich die gesundheitspolitischen Akteure bewegen, zu (141). Dieses theoretische Kernstück ist ein Beitrag von prinzipieller Bedeutung für die Entwicklung einer materialistischen Theorie des Gesundheitswesens. Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß die Leistungen des Gesundheitswesens nutzenmäßig in die Reproduktion der Arbeitskraft eingehen und wertmäßig Bestandteil des Reproduktionsfonds der Arbeitskraft sind. Die Untersuchung der Bewegungsfaktoren der allgemeinen Reproduktionsbedingungen und vor allem der Rolle des Staates bei der Sicherung der Reproduktionserfordernisse (196ff.) ist damit Voraussetzung für die Erklärung der spezifischen Prozesse im Gesundheitsbereich. Kühn entwickelt die These, daß mit der wachsenden Bedeutung der über Sozialversicherungsfonds und staatliche Haushalte umverteilten »vergesellschafteten« Elemente des Reproduktionsfonds der Arbeitskraft die klassischen »antagonistischen Interessen zwischen Kapital und

Arbeit in zusätzlichen neuen Formen in Widerspruch geraten. Damit wird aber auch die Durchsetzung demokratischer Gestaltungsrechte immer zwingender zum Bestandteil des Kampfes der Lohnabhängigen um die Sicherung ihrer Reproduktionsbedingungen und soziale Demokratie zur Bedingung der Sicherung der Zweckrationalität des Gesundheitswesens (217).

Im Teil C der Arbeit werden die Ergebnisse der theoretischen Analyse auf die konkrete Entwicklung der Gesundheits- und besonders der Krankenhauspolitik seit den 50er Jahren angewendet. Die Auseinandersetzungen um die Finanzierungsreform des Krankenhauses werden im Zusammenhang mit den verteilungs- und ordnungspolitischen Interessen und der politisch-ökonomischen Gesamtentwicklung detailliert dargestellt und diskutiert. Deutlich wird, daß sich Gesundheitspolitik in einem Spannungsfeld zwischen den Ebenen der ökonomischen und der politisch-sozialen Systemstabilisierung befindet. Die Konkretisierung dieses Widerspruchs in der Politik der jeweiligen Bundesregierungen wird nachgezeichnet. Dabei zeigt Kühn, warum die CDU-Regierungen in ihrer engen Verflechtung mit konservativen Interessen das Problem der Krankenhausfinanzierung nicht lösen konnten und die Reformen der sozialliberalen Koalition zwischen 1969 und 1974 widersprüchlich blieben. Als wesentlich für das letztliche Scheitern der sozialliberalen Reformpolitik wird ihre fehlende Verbindung mit einer in die privatwirtschaftliche Entscheidungssphäre eingreifenden Wachstums- und Strukturpolitik gesehen. Abschließend behandelt Kühn die forcierte Kostendämpfungspolitik seit 1974. Herausgearbeitet wird der häufig demagogische Charakter der öffentlichen Kostendebatte (418) sowie das inhumane und unsoziale Wesen des Kostendämpfungsinstrumentariums und seine auf Dauer auch ökonomisch dysfunktionalen Wirkungen.

Insgesamt macht die Arbeit deutlich, daß Verbesserungen des Gesundheitswesens und die Abwehr destruktiver Tendenzen entscheidend vom Druck der Arbeiterbewegung abhängen. Kühn betont aber im Hinblick auf aktuelle Strategien der Gegenseite, daß dieser Druck um so schwerer zu entfalten sei, je mehr sich die Gewerkschaften eine Fragmentierung ihrer Interessenpolitik in den Bereich der individuellen Einkommenssicherung einerseits und den der kollektiven Reproduktion andererseits aufzwingen lassen (452).

Die Studie ist nicht nur für die gesundheitsökonomische Diskussion im engeren Sinne von Interesse. Sie vermittelt eine Fülle interessanter Anregungen auch für medizinsoziologische und sozialmedizinische Fragestellungen sowie für die allgemeine gesundheitspolitische Diskussion. Etwas kurz kommt vielleicht die Analyse des Widerspruchs zwischen reproduktiven und repressiv-ausgrenzenden Funktionen des Krankenhauses, wie er vor allem im psychiatrischen Bereich noch immer deutlich hervortritt. Ein vertieftes Verständnis dieser Problematik — wie der spezifischen Besonderheiten des Krankenhauses überhaupt — setzte allerdings eine umfassendere Aufarbeitung seiner Geschichte voraus. Diese Anmerkung kann jedoch die Bedeutung der Arbeit, die durch ihre produktive Verknüpfung von theoretischer und empirischer Analyse besticht, nicht relativieren. Bedauerlich ist dagegen der hohe Preis des Buches, der die wünschenswerte Verbreitung eher behindern dürfte.

Michael Regus (Siegen)

Koch, Egmont R., und Fritz Vahrenholt (Hrsg.): Im Ernstfall hilflos? Katastrophenschutz bei Atom- und Chemieunfällen. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980 (381 S., br., 19,80 DM).

Die nach Seveso, aber auch nach Harrisburg gegebenen Versicherungen einer deutlichen Überlegenheit in Sicherheitsfragen sollen in dieser Textsammlung mit internationalem fachlichem Beistand auf ihre Haltbarkeit überprüft werden (10). Den Herausgebern erschienen dabei die Vorteile einer pluralistischen Bandkonzeption wesentlicher als die Nachteile einer »manchmal nicht ganz einheitlichen Darstellungsform«, da dies

eine kontroverse Diskussion ermöglichen. — Nach einem Problemaufriß der Herausgeber über die trotz aller Vorkehrungen verbleibenden Rest-Risiken rekonstruieren Egmont R. Koch und John J. Berger die in der kritischen Periode um die Reaktoren von Three Miles Island zutagegetretenen Mängel und Unzulänglichkeiten zumal des sekundären Katastrophenschutzes: »auf einen Massenexodus war niemand vorbereitet« (10). Die Konsequenzen hieraus formuliert Jan Beyea, indem er »eine Revision der bisherigen, nur für die unmittelbare Umgebung der Kernkraftwerke ausgelegten Katastrophenpläne« fordert (73). Er stützt sich dabei auf Studien über Unfallfolgen, die für die Reaktoren von Harrisburg, Barsebäck (20 km von Kopenhagen) und im Niederelbraum durchgerechnet wurden. Das Unfallfolgmodell wird außerdem am Beispiel des französischen Reaktors von Fessenheim dargestellt. Die Folgerung: »Bis zu einem Umkreis von etwa 50 km sollte die Bevölkerung ... so schnell wie möglich evakuiert werden«, z.B. die Bevölkerung von Hamburg.

Die Einsicht in die Notwendigkeit, welche Beyea »noch vor und nicht erst nach einem Reaktorunfall« für die BRD erhofft, war nun aber kaum Leitstern der Deutschen Risikostudie, deren Ergebnisse Hans-Jürgen Danzmann langatmig und unkritisch vorträgt: Die Gefahren niedriger Dosen radioaktiver Strahlung beurteilt er nach dem, was »überwiegend als anerkannt gilt« (109). Kein Wort über den Erkenntniswert der kritischen Studien von Mancuso, Kneale u. a., die eine verhältnismäßig hohe Krebsgefährdung bei geringen Dosen nachgewiesen haben — eine Frage, die von der Chemikalien-seite her schon Anfang der sechziger Jahre von Rachel Carson aufgeworfen worden war («Der stumme Frühling«, Neuauflage Beck 1976).

Die von Danzmann an den Tag gelegte Diskussionsunwilligkeit ist nicht eben geeignet, die grundsätzlichen methodischen Mängel der Deutschen Risikostudie wettzumachen, die diese mit dem Mitte der siebziger Jahre in den USA vorgelegten Rasmussen-Bericht als ihrem Vorbild teilt. Die Lehren aus Harrisburg wurden hier übersehen, daß man in einem unbeherrschten Prozeß von Versuch und Irrtum herumtappt (Klaus Traube).

Wie wenig auch in der BRD der sekundäre Katastrophenschutz »Friedenskatastrophen« (Menke-Glückert, 332) gewachsen ist, dokumentiert E.R. Koch am Fehlen von ABC-Zügen zur Aufdeckung und Bekämpfung atomarer, biologischer und chemischer Verseuchungen; völlig unzureichender medizinischer Vorbereitung auf den Ernstfall; unzureichender Alarmpläne für die Bevölkerung. Politiker tabuisieren entweder insgesamt diese Fragen oder ritualisieren ihre Behandlung mit unsinnigen detaillierten Festlegungen etwa bei Großübungen: die Einübung der Kommandowege erscheint hier wichtiger als die Lernfähigkeit der Betroffenen — ein Bestreben, dessen skandalöse Seiten unlängst beim italienischen Erdbeben-Ernstfall zutage traten.

Dasselbe Thema nimmt Peter Menke-Glückert vom Bundesinnenministerium in einem »Plädoyer für ein neues Katastrophenbewußtsein« wieder auf. Er stützt zwar die Forderung nach Entmilitarisierung des Zivilschutzes, will aber »alle denkbaren Notstände (einschließlich des Verteidigungsfalles) von *enem* Grundkonzept der Gefahrenabwehr her geplant« wissen (332). Er fordert zwar »Bürgerbeteiligung statt Tabuisierung« (344ff.), setzt dabei aber auf Illusionen der Art: »Eine erkannte Gefahr ist meist keine Bedrohung mehr« (339), was als Ernüchterung verkauft wird: Das Restrisiko ist im »emotionalen Unterton« verschüttet (330).

Eine andere Sprache sprechen dagegen die zur Chemieproblematik von Fritz Vahrenholt beigesteuerten Materialien. Ein Beitrag klärt die unterschätzten Gefahren durch Giftgaswolken auf, wodurch nun aber die Bedrohungen beileibe nicht verschwunden sind. Im Gegenteil: Wie es in einer Beilage zum Buch heißt, ist die Deutsche Marathon Petroleum GmbH laut Gerichtsbeschuß gar nicht »Verursacherin der Gaswolke vom Dreikönigstag«. Und die Erfolgsmeldungen von Hans-Ingo Joschek von der BASF über

die Störfallabwehrplanung des Konzerns werden durch die von der IG Chemie dokumentierte Vertuschungspraxis anlässlich eines Brandes im Ludwigshafener Werk Lügen gestraft. Unter diesen Voraussetzungen sind die Möglichkeiten einer Diskussion, geschweige denn fruchtbarer Kontroversen, gewiß gering einzuschätzen.

Rolf Czeskleba-Dupont (Aalborg)

Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Vorwort von Erhard Denninger, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (404 S., br., 14,— DM).

Wer nach der grundlegenden und überzeugenden Arbeit von Werner *Hofmann* über »Stalinismus und Antikommunismus« (es 222) noch Zweifel an der Existenz der westlichen Variante der politischen Grundtorheit gehabt haben sollte, hat seit dem Erscheinen des Buches von A. v. Brünneck eine gut ausgewählte und vorgestellte Materialsammlung des justizförmigen Antikommunismus. Die ca. 1900 Einzelbelege sind ebenso zahlreich wie erdrückend.

Das Buch ist schon mehrfach als Standardwerk bezeichnet und positiv aufgenommen worden. Obwohl dieser Umstand zunächst bedenklich stimmen muß, wenn man die Bandbreite der Besprechungsorgane berücksichtigt (von der FAZ bis zu konkret), soll der Hauptverdienst der Arbeit nicht geschmälert werden: Es ist eine klar gegliederte, gut lesbare und hervorragend recherchierte Dokumentation der Justizaktionen gegen Kommunisten, Sozialisten, Marxisten und alle tatsächlichen oder mutmaßlichen »Sympathisanten«. Daß von Anlage und Gehalt keine typische Rechts(zeit)geschichte im Sinne gewohnter Rechtsnormen- und Urteilsgeschichte beabsichtigt war, ergibt sich aus einer vorangestellten Schilderung der KPD-Politik von 1945-1968 und einer Übersicht über die Kommunistenverfolgungen von 1949-1951, die in nachfolgenden Kapiteln jeweils spezifisch fortgesetzt wird.

Schwerpunkt der Darstellung ist die politische Strafjustiz, die sich bestehender und neugeschaffener Straftatbestände bediente und mithilfe extensiver (»grenzenloser«) Auslegung die Organisationen selbst, ihre Aktionen und Verlautbarungen sowie ihre Mitglieder verfolgte. Dazu gehörten auch politische und private Kontakte zur DDR, sofern sie nicht in deutlichem »Wiedervereinigungszusammenhang standen. Die Berührung mit dem Kommunismus bzw. mit den Ländern, die ihn für sich reklamierten, war nur dem erlaubt, der sich hinreichend als Antikommunist ausgewiesen hatte. V. Brünneck folgt geduldig der gesamten Palette des politischen Strafrechts: vom Hochverratt bis zum Zeitungsverbot. Das Charakteristikum jedes politischen Strafrechts tritt hervor: je unmittelbarer der Bezug zur laufenden politischen Auseinandersetzung ist, desto generalklauselartiger und weiter wird der Tatbestand gefaßt, womit das »rechtsstaatlichste« Element des Strafrechts überhaupt, die Garantiefunktion des gesetzlichen Tatbestandes, über Bord geworfen wird.

Auch das Vorfeld der Kriminalisierung wird eindrucksvoll beleuchtet, indem auch administrative, vor allem polizeiliche, und zivil- und arbeitsrechtliche Sanktionen gegen Kommunisten dokumentiert werden. Aus allen Teilbereichen der insoweit unterschiedlos politischen Justiz fügt sich ein wirksamer Einschüchterungsapparat zusammen, der historisch adäquat die damalige Politik der Westintegration absicherte. Historisch adäquat deshalb, weil im Verbund einer relativen Wirtschaftsprosperität mit einer schwachen Arbeiterbewegung ohne Gegenmachtstrategien gerade offene Repression den gewünschten Effekt erzielte. Seit den beiden bedeutsamen Krisen, deren zweite praktisch seit sechs Jahren anhält, und nach Ablösung der »reinen« Unionsregierungen sind die Mittel und Mechanismen bei gleichen Zielen anders geworden, obgleich sich an der Hauptmalaise der Arbeiterbewegung nichts geändert hat. In dieser Hinsicht ist das Buch ein Lehrstück zur Analyse und Einschätzung der Berufsverbote, die nach einer

Atempause von 4 Jahren (gab es wirklich eine Atempause?) den Antikommunismus in eine neue Form überführten.

Den dauerhaften Verlust des Arbeitsplatzes gab es allerdings schon früher (299ff.) als selbständigen und oft wirksamsten Bestandteil der politischen Justiz. Die Landesarbeitsgerichte und ab 1954/55 auch das Bundesarbeitsgericht billigten fristlose Entlassungen wegen (partei)politischer Betätigung im Betrieb bzw. wegen politischer Ermittlungs- und Strafverfahren. Auch die Einstellung eines Straf- oder bereits eines Ermittlungsverfahrens (von den betroffenen mindestens 125 000 Personen wurden etwa 6 500, also jeder 20., verurteilt; im Strafrecht insgesamt kommt auf 5-6 Ermittlungen eine Verurteilung) änderte nichts an dem endgültigen Verlust der Arbeitsstelle. »Schwarze Listen« der Unternehmer und Hinweise der Ämter für Verfassungsschutz sorgten für den Ausschluß vom Arbeitsmarkt überhaupt (304).

Bei flüchtiger Durchsicht könnte man meinen, v. Brünneck wollte eine Lanze für den Positivismus brechen und herausarbeiten, daß das Rechtsinstrumentarium letztlich doch Bürgerschutz garantieren kann. Abendroth (konkret 5/79, 27) scheint das mit dem Vorwurf »Überpositivismus« gemeint zu haben. Nach meinem Verständnis geht es v. Brünneck vielmehr darum, zu zeigen, wie Gesetze und deren Anwendung unmittelbare Waffen im politischen Kampf sind. Das am ehesten theoretische Kapitel Nr. 17 (334ff.) belegt eine materialistische Gesetzesauffassung des Autors. Allerdings bleibt am Ende eine Unklarheit, auf die auch Abendroth in seiner Kritik verweist: Ist die politische Justiz gegen links nun ein Beweis dafür, daß der Rechtsstaat »ein Gebilde mit 'beträchtlichen Randunschärfen'« (366; auch Denninger im Vorwort) ist oder dafür, daß sich die politische Macht auf der Basis ökonomischer Macht stets derjenigen Mittel — in rechtsstaatlicher Gewandung oder nicht — bedient, die zur Erhaltung und Festigung der gegebenen Struktur- und Verhältnisse erforderlich sind (so der Verweis auf Kap. 16, 310ff., das vom *Kampf* gegen die politische Justiz handelt)? Die fehlende Standortbestimmung für Verfassungsprinzipien wie Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie etc. ist ein Mangel, der leicht zu Mißverständnissen führt, etwa dazu, den Verfasser für einen Rechtsstaats-, wenn auch keinen Gesetzespositivisten zu halten.

Doch sollte in erster Linie der enorme Wert der akribischen Dokumentation gewürdigt werden; daß sie zur Pflichtlektüre für alle gehört, die sich kompetent zur Geschichte der BRD äußern wollen, steht außer Frage. Die politische Einschätzung des Gelesenen kann getrost denjenigen überlassen werden, die Tatsachen noch zur Kenntnis nehmen — und die politische Justiz gegen Kommunisten ist nun eben in Deutschland eine kontinuierliche Tatsache.

Joachim Heilmann (Hannover)

Fangmann, Helmut D.: Justiz gegen Demokratie. Entstehungs- und Funktionsbedingungen der Verfassungsjustiz in Deutschland. Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 1979 (256 S., br., 34,— DM).

Der Titel des Buches bezieht sich auf ein Doppeltes: Zum einen auf die Rolle der Justiz während der Weimarer Republik überhaupt, deren eindeutige Stoßrichtung im Bereich des politischen Strafrechts bekanntlich gegen die Arbeiterbewegung zielte. Zum anderen auf die Tatsache, daß die Einrichtung bzw. Existenz eines (Staats-)Gerichts, das die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen prüft, in einem auf allgemeinem Wahlrecht basierendem (bürgerlichen) demokratischen System per se antidemokratische Züge trägt. Die aktuelle Bedeutung der Arbeit liegt darin, daß »die in Weimar eingeleitete Entwicklung der Verfassungsverrechtlichung (...) ihre Fortsetzung in der aktuellen Ver selbständigung des Bundesverfassungsgerichts von der Verfassung (findet)« (11).

Bevor es in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zu einer Diskussion über Erweiterung der Kompetenzen des Staatsgerichtshofes kam, war bereits die Frage, ob die Justiz allgemein die Befugnis zur Prüfung von Gesetzen auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin be-

sitze, diskutiert und in bejahendem Sinne von der Justiz selbst beantwortet worden. »Die Befugnis wird zumeist als richterliches Prüfungsrecht bezeichnet und meint den Vorgang der inzidenten Normenkontrolle des Richters, der das von ihm aus Anlaß bzw. im Verlauf eines konkreten Rechtsstreits anzuwendende Gesetz einerseits auf die Einhaltung des verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Gesetzgebungsverfahrens von der Abstimmung im Parlament bis zur Verkündung des Gesetzbeschlusses im Gesetzesblatt (formelles Prüfungsrecht) und andererseits auf dessen Vereinbarkeit mit Grundrechten und Grundsätzen der Verfassung prüft (materielles Prüfungsrecht) und es unter Umständen für nichtig erklärt. Nicht das Prüfen, sondern das außer Kraft setzen des Gesetzes durch den gesetzgebundenen Richter ist das Entscheidende, deshalb ist der überkommene, noch dem Gesetzespositivismus des 19. Jahrhunderts verhaftete Ausdruck 'Prüfungsrecht' irreführend bzw. verharmlosend.« (7, Fn. 1)

Interessant ist der methodische Ansatz der Arbeit. Dem Verfasser geht es nämlich nicht darum, »die Rechtsprechung und Literaturmeinungen (zum richterlichen Prüfungsrecht, AL) einmal mehr unter ausschließlich normativen Gesichtspunkten zu bewerten, indem er sie für rechtmäßig oder rechtswidrig hält ... gefragt wird (darüber hinaus, AL) nach Widersprüchen zwischen verschiedenen Rechtsideologien ..., es geht um die Abweichungen in den Gerichtsentscheidungen und literarischen Darstellungen von der vorrevolutionären Rechtsideologie, dem Verfassungstext von 1919 und der Entstehungsgeschichte.« (22f.)

Im Zentrum der Entwicklung des richterlichen Prüfungsrechts stand das Reichsgericht in Zivilsachen, welches, bereits seit der Reichsgründung existierend, alle ökonomisch relevanten Streitfälle zu entscheiden vermochte. Der primäre Anwendungsbereich des richterlichen Prüfungsrechts war die Aufwertungsjudikatur des Reichsgerichts. Mit einer bis 1923 rapide zunehmenden Inflation in Deutschland, die das Geldvermögen entwertete, wurde der gesetzliche Grundsatz »Mark = Mark« allmählich zur Farce. »Durch die Inflation sah sich die Richterschaft in den Konflikt gedrängt, entweder den in den vorkonstitutionellen Währungsgesetzen enthaltenen Grundsatz 'Mark = Mark' zu akzeptieren oder diesen aufzugeben und sich für die inhaltlichen Interessen der Inflationsgeschädigten des Bürgertums zu entscheiden.« (101) In diesem Sinne hatte der Vorstand des Richtervereins beim Reichsgericht Anfang 1924 bereits erklärt, jede gesetzliche Maßnahme, die auch nur partiell die Aufwertung verbieten würde, würde wieder aufgehoben.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre stand dann in Fortsetzung der Diskussion über das richterliche Prüfungsrecht die Diskussion über die Erweiterung der Kompetenzen des Staatsgerichtshofes an. Zu einer gesetzlichen Verabschiedung einer erweiterten Befugnis des Staatsgerichtshofes kam es jedoch nicht mehr. Die Verfassungsjustiz vermochte in der Weimarer Republik, die von heftigen sozial-ökonomischen und politischen Krisen wie von stark entwickeltem Klassenbewußtsein geprägt war (207), nur eine geringe ideologische Funktion zu entfalten. Immerhin wurden die ersten Fundamente des heutigen Systems der Verfassungsjustiz in der Weimarer Zeit gelegt.

Zweifelhaft dürfte allerdings die These sein, daß die heutige »Verfassungsverrechtlichung« auf Ursachen hindeutet, »die nicht so sehr in der aktuellen Entwicklung der Bundesrepublik, sondern mehr im Entwicklungsprozeß ... vor allem der Weimarer Epoche beschlossen liegen und in der Rekonstruktionsphase nach 1945 rezipiert und entwickelt wurden« (17). Diese These dürfte nämlich nicht genügend die unterschiedliche politische Konstellation der offenen Klassenkonfrontation in Weimar einerseits und des Systems eines »autoritären Pluralismus« in der Bundesrepublik andererseits berücksichtigen.

Daß mit Hilfe unter anderem des Bundesverfassungsgerichts die Verrechtlichung von politischen Konflikten in der Bundesrepublik gelingt, ist eine »höchst voraussetzungs-

volle Variante der Politikverarbeitung. Sie setzt nämlich die Abstützung durch eine Ideologiefornation voraus, die einen flexiblen 'Pluralismus' von bis in das Alltagsbewußtsein hineinreichenden Formen der Aneignung ... normaler Ideologien institutionalisiert« (K.H. Ladeur, DuR 2/80, 168). Genau an dieser Voraussetzung für den Erfolg von Verfassungsjustiz hat es jedoch in der Weimarer Republik gefehlt.

Hans-Albert Lennartz (Kassel)

Klein, Harald: Koalitionsfreiheit im pluralistischen Sozialstaat. Athenäum Verlag, Königstein/Ts. 1979 (193 S., br., 55.— DM).

Es handelt sich um eine überwiegend ideologiekritische Analyse der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zur Tarif- und Organisationspolitik der Gewerkschaften. — Klein analysiert die vom BAG entwickelten Argumentationsfiguren wie »negative Koalitionsfreiheit«, »Kampfparität«, »Sozialadäquanz« in rechtsvergleichender Sicht (USA) und in Bezug auf eine spezifisch deutsche obrigkeitstaatliche Tradition, die gekennzeichnet ist durch Restriktion verbands- bzw. koalitionsmäßiger Organisation gesellschaftlicher Interessen, verbunden mit dem Pathos individueller Fürsorge.

Der antipluralistischen, »konfliktfeindlichen Einstellung des BAG« (103/104), die in zahlreichen Beschränkungen des gewerkschaftlichen Handlungsspielraumes einerseits und zugleich in dem Versuch ihrer »Inkorporierung« als Ordnungsfaktor gegenüber ihrer Mitgliedschaft zum Ausdruck kommt, hält Klein — im wesentlichen unter Bezug auf R. Dahrendorf und den Juristen P. Häberle — »die Fruchtbarkeit und positive Funktionalität« (109) und die »gemeinwohlstiftende Funktion öffentlicher pluralistischer Konflikte« (111) entgegen, welche in der Verfassung verschiedentlich »institutionalisiert und legitimiert« sind (110). Der Staat ist nicht, wie das BAG annimmt, zu »liberalstaatlicher Neutralität«, sondern nach Meinung des Autors durch das Sozialstaatsprinzip in Verbindung mit der Koalitionsfreiheit »zur Einrichtung und ständigen Gewährleistung materieller Parität verpflichtet« (148).

Trotz zahlreicher Bezüge auf die ökonomischen und sozialen Grundlagen dieser juristischen Kontroverse bleibt Klein in seiner Kritik wie in den Korrekturvorschlägen doch einem Normativismus und jenen affirmativen Gesellschaftserklärungen unter dem Leitwort R. Dahrendorfs: »Konflikt ist Freiheit« (zit. S. 109) verhaftet, deren offen autoritäre Variante er kritisiert. Wohl unterscheidet sich sein Modell der »offenen« Gesellschaft von jener »geschlossenen« des BAG dadurch, daß er die Organisation gesellschaftlicher Interessen und ihre Konfrontation als »konstruktives Wesensmerkmal demokratischer Ordnung« (11) ansieht, wogegen für das BAG eher die Wahrung des Arbeits- und Wirtschaftsfriedens leitmotivisch ist. Warum allerdings gerade der »institutionalisierte« Konflikt das Charakteristikum freiheitlicher und demokratischer Ordnung sein soll, wird bei ihm so wenig klar, wie in den Urteilen des BAG die Gründe für die ungewöhnlichen Bemühungen um den Arbeitsfrieden deutlich werden.

Erst die Qualifizierung des gesellschaftlichen Grundkonflikts, der Lohnarbeit, als Grundtatbestand gesellschaftlichen Zwanges bildet den Hintergrund für die Analyse der gesellschaftlichen Interessenbindung der betrachteten arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung. Die weitgehende Aufhebung der grundgesetzlichen Gewaltenteilung durch die autonome und programmatische Rechtsprechung des BAG kann dann innerhalb dieser Struktur als Anpassung gesellschaftlicher Herrschaftsformen, der »Staat« allerdings kaum als Motor gesellschaftlichen Fortschritts im Sinne eines normativ aufgewerteten Sozialstaatsprinzips interpretiert werden. Vor diesem Hintergrund verliert die Identifikation von Konflikt und Freiheit weitgehend ihre Plausibilität.

Christian Seegert (Hamburg)

Wassermann, Rudolf (Hrsg.): BGB, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Bd. 3: Besonderes Schuldrecht. Luchterhand, Darmstadt/Neuwied 1979 (1104 S., Ln., 128,— DM).

Kommentare zu den Gesetzen gehören zum juristischen Handwerkszeug, um Gesetze in der Weise auf soziale Tatbestände anzuwenden, daß sich daraus konkrete Entscheidungen für oder gegen geltendgemachte Interessen ableiten lassen. Was letztlich für das »Urteil« den Ausschlag gibt, der Wille des Gesetzgebers, der Wille des Gesetzes, die Meinung der Obergerichte, die Meinung der Kommentare oder diejenige der Gesetzesanwender, darüber besteht im einzelnen Streit. Auf jeden Fall muß der Jurist seine Entscheidung »lege artis« begründen, einmal mit überzeugenden Argumenten, zum anderen mit Hinweisen, daß ja andere Gerichte möglichst höherer Instanz oder Schriftsteller in den anerkannten juristischen Fachzeitschriften ähnlich entschieden haben.

In den Alternativkommentaren soll nun »eine Alternative und zugleich notwendige Ergänzung zu den herkömmlichen Kommentaren einerseits, zur bestehenden Ausbildungsliteratur andererseits« (VIII) geboten werden. Veränderungen in der Rechtsauffassung und im Gesetzesrecht sollen aus ihrem sozialen Kontext her erklärt werden, bzw. aus veränderten sozialen Gegebenheiten und einem sozialstaatlich orientierten Verständnis sollen solche Veränderungen im Rechtsverständnis des BGB gefördert werden. Allen Alternativ-Kommentatoren ist dabei gemeinsam, daß sie für eine stärkere Berücksichtigung derjenigen Interessen plädieren, die wie Mieter-, Verbraucher- und Arbeitnehmerinteressen in der individualistisch formalen Konzeption des Bürgerlichen Gesetzbuches allenfalls durch ein paar »Tropfen sozialen Öls« beachtet wurden.

Während in den herkömmlichen Kommentaren die dem Gesetzgeber oder der Rechtsprechung abgerungenen Zugeständnisse an soziale Interessen als Wildwuchs und unzusammenhängende Details kommentiert werden, versuchen die Kommentatoren, die überwiegend aus juristischen Reformfachbereichen in Hamburg und Bremen kommen, gerade in diesen sozialen »Ausnahmen« Regeln, Entwicklungstendenzen und Prinzipien herauszufiltern. Dabei müssen sie auf die sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen dieser Entwicklungen eingehen, da anders nicht erklärbar ist, warum sich das Bürgerliche Gesetzbuch gerade in den hier kommentierten Bereichen des besonderen Schuldrechts, nämlich dem Verbrauchs- (Kaufvertrag, Reiseveranstaltervertrag, Werkvertrag, Darlehen etc.), Wohnungsmiet- und Arbeitsrecht, so von seinen Grundlagen entfernt hat.

Diese partielle Abwendung von einer formalen zu einer mehr auf die sozialen und ökonomischen Funktionen abstellenden Sichtweise bewirkt neben einer Betonung sozialer Interessen im Zivilrecht und entsprechend alternativer Interpretationsangebote auch eine z.T. neue Zusammenfassung bisher getrennter Materien.

So zeigt Norbert Reich in seiner Einbeziehung des Wettbewerbs- und Kartellrechts in die Behandlung des Kaufvertrags, daß das BGB nur noch eine Teilfunktion in der Regelung des Güterausstausches auf dem Markt hat und erst eine Synopse der ökonomisch und sozial einschlägigen wirtschaftsrechtlichen Materien es ermöglicht, den Regelungsbereich adäquat zu erfassen. Warum allerdings dann das Abzahlungsgesetz beim Kauf behandelt wird, während der Kredit, zu dem das Abzahlungsgeschäft ökonomisch wohl zu zählen ist, beim Darlehen weitgehend unkommentiert bleibt, ist wenig einleuchtend. Dies mag wohl daran liegen, daß die Systematik des BGB dazu zwingt, die Hauptprobleme im Allgemeinen Teil des Schuldrechts zu kommentieren, andere Probleme wiederum beim AGB-Gesetz. Damit stellt sich jedoch die Frage, ob man nicht überhaupt die Systematik des BGB nur noch als Anknüpfungspunkt wählen sollte und dann nach Sachgebieten, wie Kauf, Kredit, Miete, ordnen sollte.

Auch Derleder erörtert im Mietrecht wichtige Nebengesetze wie das Gesetz zur Rege-

lung der Miethöhe. Dabei steht er nicht vor denselben Schwierigkeiten, da das Wohnungsmietrecht sich zu einem relativ geschlossenen Rechtsgebiet entwickelt hat, das immer weniger auf allgemeine Regeln rekurriert. Es mag vor allem auch daran liegen, daß dieser Teil des Anliegens des Kommentars besonders gelungen zum Ausdruck bringt. Fast gleichgewichtig wird juristische und soziologisch-historische Literatur zu Miete und Wohnen (199) angegeben. Die Kommentierung beginnt mit der Kritik der formalen Abstraktion der Miete von ihrem wesentlichen sozialen Zweck »Wohnen«. Anschließend wird (201-222) genau dieser vernachlässigte Gegenstand »Wohnung« in seiner tatsächlichen Entwicklung, Ideologie und verfassungsmäßigen Bedeutung erläutert. Durch diese in herkömmlichen Kommentaren ausgelassene soziale Information erhält dann die weitere Kommentierung eine neue Fundierung, die das, was bisher als Ausnahme verstanden wurde, als sozial notwendige Regel verständlich macht. Insbesondere die eingehende Kommentierung, z.B. zu §564b, dem Kündigungsrecht des Vermieters zur Ermöglichung seiner »angemessenen wirtschaftlichen Verwertung«, zeigt dann, wie wichtig eine solche Grundlegung ist, um hier stringente Argumente gegen eine quasi städtebauliche Aufhebung des nur noch im Einzelfall gewährleisteten Bestandsschutzes der Wohnung zu haben.

Jedoch nicht überall gelingt dieser Durchgriff auf die soziale Bestimmung. Häufig wird auch nur eine in den herkömmlichen Kommentierungen mieterfreundliche Meinung übernommen und unterstützt, manchmal sogar, wie bei dem Verhältnis von Konsumenten-, Leasing- und Abzahlungsgesetz (227; ebenso Reich, 182), die nicht gerade verbraucherfreundliche herrschende Meinung referiert.

Weniger überzeugend als das Mietrecht ist dann die Kommentierung des Arbeitsrechts durch denselben Autor, wo sowohl bei der Einführung als auch bei der Anordnung der Einzelmaterien z.T. doch ein individualistisch anmutender Aufbau vom Einzelarbeitsverhältnis zur Kollektivvereinbarung gewählt wurde und natürlich bereits vom Umfang bedingt die hier weit zahlreicheren Regelungen außerhalb des BGB unberücksichtigt bleiben.

Sehr stark durch systemtheoretische Erklärungsmuster und Sprache bestimmt ist die Kommentierung des Gesellschaftsrechts durch Teubner. Mit Hilfe von organisations-theoretischen Konzepten wird eine dogmatische Neuformulierung der BGB-Gesellschaft versucht, bei dem (in Anlehnung wohl an deutschrechtliche Traditionen) die BGB-Gesellschaft nicht mehr aus dem Individualhandeln, sondern aus dem Kollektivhandeln erklärt wird. Im übrigen wird auch hier eine auf die jeweiligen sozialen Kontexte abstellende Interpretation versucht. Zu fragen ist hier, ob die Zielgruppe des Kommentars (Praktiker und Studenten) erreicht werden kann, wenn sich sprachliche Gebilde häufen wie »daß die rechtliche Normierung der Zurechnungsendpunkte nicht notwendig der Kombination von Umweltfunktionen, Mitglieberanforderungen und internen Vorkehrungen folgt ...« (726).

Eine interessante Form der Kommentierung findet sich bei §823 BGB als dem zentralen Haftungstatbestand des BGB. Hier teilen sich die Autoren die sozialen Funktionsbereiche dieses Paragraphen und kommentieren nach einer historischen Einführung zum klassischen Tatbestand (Koch) seine Anwendung im Verbrauchsbereich, bei den Verkehrssicherungspflichten (Dubischar), beim Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb (Däubler) und beim Persönlichkeitsrecht »im politischen Meinungskampf« (Derleder). Bei §823 Abs. 2 BGB geht Reich auf die damit erreichten Regeln zum Schutz von Verbrauch, Gesundheit, Umwelt und Vermögen ein. Teubner kommentiert wiederum §826 BGB.

Rittstieg, Rüstmann und Ott sind ebenfalls noch innerhalb dieser 150 Seiten zum Recht der unerlaubten Handlung vertreten. Hier ist tatsächlich kein Platz verschenkt. Die je individuelle Vertrautheit mit dem Gegenstand und die Beschränkung auf solche

Kommentierungen, in denen der alternative und zusätzliche Anspruch bewußt ist, machen die zusammenhängende Lektüre gleichzeitig zum Erlebnis eines theoretischen Systemvergleichs alternativer Interpretationsfundamente. Von der materialistisch-soziologischen über die ökonomisch-funktionale zur systemtheoretischen Analyse, von der an konkreten Interessen orientierten über die wohlfahrtsstaatliche bis hin zur rechtsgeschichtlich-dogmatisch orientierten Position finden sich so viele unterschiedliche Ansätze, die nur eines letztlich gemeinsam haben: man findet sie in ihrer theoretischen Darstellung und in ihren praktischen Konsequenzen in den herrschenden Kommentaren nicht berücksichtigt.

Für die zweite Auflage wäre zu wünschen, daß man sich noch stärker auf die Bereiche beschränkt, in denen nun tatsächlich Alternativen und Zusatzwissen angeboten werden. Außerdem sollte überlegt werden, ob die vorhandenen individuellen wissenschaftlichen Kompetenzen der Beteiligten nicht noch breiter gestreut und effektiver im Sinne des Gesamtwerks eingesetzt werden könnten, z.B. auch durch gemeinsame Kommentierungen oder Modelle, wie sie bei §823 BGB erfolgreich gezeigt werden. Ferner sollte man sich noch radikaler dafür entscheiden, vor allem die Teile ausführlich und unter Einbeziehung von Nebengesetzen zu kommentieren, wo der Orientierung an wirtschaftlichen Verwertungsinteressen eine an sozialen Interessen (persönlicher Verbrauch, Wohnungsmiete und Arbeit) orientierte Lesart gegenübergestellt werden kann. Die Wirtschaft wird zur Regelung ihrer Probleme kaum Informationsdefizite haben. Interesse wird der Kommentar vor allem aber bei denen wecken, die sich mit den konkreten Menschen und ihren Bedürfnissen im Bürgerlichen Recht beschäftigen.

Wer eine Zusammenstellung kritischer rechtswissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Literatur zu allen Einzelproblemen des Schuldrechts sucht, wer sich über soziale, historische und ökonomische Grundlagen der Rechtsentwicklung in spezifischen Gebieten informieren will, wer Argumentationen sucht, um soziale Interessen im Recht besser zur Geltung zu bringen, dem ist zu empfehlen, von diesem Kommentar Gebrauch zu machen.

Udo Reifner (Berlin/West)

DAS
ARGUMENT
BEIHEFT '80

Über 100 Besprechungen zu:
Christentum und Revolution, Dialektik,
Kritische Theorie, Literaturgeschichte,
Ethnologie, Sozialgeschichte, BRD,
Schweiz, Sozialistische Länder, u.a.
15,50; 12,80 f. Stud.
für Abonnenten: 12,80/11,- DM



**betrifft:
erziehung**

blätter der IZ3v

1 '81

- P. Fenske: Hilfe, der Schulrat kommt
 H. Lemme: Gesamtschule: Ein Elternvertreter zieht Bilanz
 I. Bednarz-Braun: Mädchen in Männerberufen
 D. Otten/U. Hinz: Schulpolitik im Bildungsgesamtplan
 b:e-Gespräch über themenzentrierte Interaktion mit Ruth C. Cohn
 Sammelrezension: Bildungswissenschaft — zu welchem Zweck?

2 '81

- b:e-Thema:*
Jugendliche und Sexualität
 Neue Liebe, alte Sitten
 H.P. Wolf: Jugend und Sexualität
 H. Kentler: Lieber keine als schlechte Empirie
 G.J. Holtzmeyer: Wissenschaftlicher Voyeurismus
 A. Ucar: Die Rolle der Koranschulen
 I. Brehmer: Lehrerinnenbilder
 b:e-Gespräch mit Peter Härtling
 14. Jg. 1981

91 '81

- Peru:* Ein neues Mäntelchen für die Junta
Türkei: Offener Brief an Bundesminister Matthöfer
BRD-Waffenexporte: Waffen im Irak
Horn von Afrika: Schwere Kämpfe in Tigray
Guinea-Bissau: Noch gibt es keinen grundlegenden Wandel
Philippinen: Liberalisierung durch Aufhebung des Ausnahmezustands?
Saudi-Arabien: Deutsche Panzer nach Saudi-Arabien
Israel: Studenten der TU Berlin in israelischer Haft
Uruguay: Eine Schlappe für die Militärs
Uganda: Wahlen in Uganda — Der verfehlte Neubeginn
El Salvador: Die Generaloffensive
Indien: In Indien nichts Neues
Sri Lanka: Spätfolgen des Kolonialismus
 Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen
 Neue Weltarbeitsteilung
 Arbeit in der 3. Welt — Ein Beitrag zur Überwindung der Unterentwicklung
 Spekulation mit dem Hunger — »Septemberweizen«, ein Film von Peter Krieg
 Der Fall des Prof. Christian Sigrist
 »Denen kann geholfen werden ...« — Famlatur in der 3. Welt
 26. Jg. 1981

Er erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim - Einzelheft: DM 5,-,-; Jahresabo DM 52,-,-; Studentenabo DM 42,-,-; incl. MWSt zuzgl. Versandkosten.

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 bis 60 Seiten: DM 28,-,-/ÖS 200,-,-/Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,-,-/ÖS 140,-,-/Sfr 20,40 - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel.: 0761/77403

Demokratie und Recht

1 '81

J. Hallerbach: Chemie oder Natur — Zur Problematik des neuen Chemikalienrechts
B. Tuschling: Recht als »Widerspiegelung und Handlungsinstrument«?

A. Krölls: Kriegsdienstverweigerung — Zur zeitgemäßen Reform eines Grundrechts

F.K. Kaul: Der Majdanek-Prozeß. Ein Beispiel für die Nichtbewältigung nazistischer Vergangenheit

K.H. Ladeur: Justizielle Verarbeitung des Faschismus

J. Brink: Staatliche Mission in der Schule und Staatskirchenverbot

K. Tonner: Die Beratungen des Deutschen Juristentages zur Reform des Konsumentkreditrechts

Entscheidungen

VG Koblenz, Zensur von Schülerzeitungen — VG Sigmaringen, Rederecht von fraktionslosen Gemeinderatsmitgliedern

5. Jg. 1981

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich — Einzelheft 7,- DM, im Jahresabo 6,- DM, für Studenten 5,- DM, Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Filmkritik

10 '80

Salut à la France

von Peter Nau. *Congrès indépendant du cinéma international*, Brüssel, 1980

Jean Renoir. Kolumnist

Ausgewählte Artikel aus *Ce Soir*, 1937

Zwei Filme von Jacques Rivette:

Out 1: Spectre, von Susanne Röckel

Céline und Julie fahren Boot, von

Jörg Papke

Im Kino. Westberliner Erstaufführungen

11 '80

Dalla Nube Alla Resistenza

Von der Wolke zum Widerstand

Film von Danièle Huillet und Jean-Marie Straub nach *Gespräche mit Leuko* und *Der Mond und die Feuer* von Cesare Pavese

Beschreibung und Text. Mit 86. Abb.

12 '80

Dalla Nube Alla Resistenza

Franco Fortini: Warum ein Film verstehen hilft, was in den letzten zwanzig Jahren geschehen ist. Und was werden soll.

Mythologie und Widerstand. Protokoll eines Doktorandenkolloquiums von Klaus Heinrich

Und ein Text von Jérôme Prieur

Zwei Schwestern

Filmentwurf von Cesare Pavese

24. Jg. 1980

Einzelheft 7,- DM, Jahresabonnement 65,- DM (Auszubildende 59,- DM) incl. 6,5% MwSt., zzgl. Porto; erscheint mtl. — Verlag und Herausgeber: Filmkritiker-Kooperative, Kreittmayrstr. 3, 8000 München 2

FORVM

Internationale Zeitschrift links von der Mitte

325 / 326 '81

Forumkommentar

F. Duve: Reagans Feuerland

Geopolitik

F. Geyrhofer: Der blutige Laie. Reagan und die Fleischfresser

Osteuropa: Sturmhorizont

M. Siegert: Das Veto der Freunde. Kann Polen seinen Sozialvertrag institutionalisieren?

Ungarn: Wo der Staat versagt

CSSR: Den Tschechen geht's zu gut

Literatur

M. Blasovich: Das Dunkel, das sie auflöschte. Beziehungen

P.P. Zahl: Meinen Förderern. Gedicht

Indianer

W. Moser-Heindl/A. Schwarz: Brauner Bär und weißer Falke. Dokumentation über das 4. Russeltribunal

Soziologie

I. Illich: Schattenarbeit. Geschichte der Frauen

Drogen

M. Hopp: Weg damit. Das Mödling-Syndrom der Drogenpolitik

Claudia & Mutter: Du bist schuld! Gespräch über Drogensucht

Rezensionen

28. Jg. 1981

Herausgeber: Günther Nenning. — Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki, M. Siegert. — 6 Hefte im Jahr. — Einzelheft 6,50 DM. 44 ÖS. Jahresabo 48.— DM. 320 ÖS. Studentenabo 36.— DM. 240 ÖS. — Forum, Museumstr. 5. A-1070 Wien.

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

27 '81

Ökologie und Technikkritik

H. Pichlmayer: Kabelfernsehen und Bildschirmtext — ein elektronisches Eisenbahnsystem?

Zweite Sozialistische Konferenz

R. Bahro: Etwas anderer Vorschlag für die Zweite Sozialistische Konferenz. Für den Ausbruch aus dem linken Ghetto.

Forum Internationale Gewerkschaftspolitik

P. Kühne: Wende gewerkschaftlicher Ausländerpolitik? Der DGB und die ausländischen Arbeiter (I. Teil)

I. Denizci: Lieber Kollege Vetter ... wir danken dem türkischen Militär
Ein Dokument

Polen — Vom realen zum wirklichen Sozialismus?

L. Radice: Ist der reale Sozialismus reformierbar?

Thesen für eine Diskussion

H. Brandt: Alle Macht der Madonna

P. Malik: Deutschland im Winter — Reaktionen in der DDR auf Polen

Krieg und Frieden

M. und W. Pohly: Stoßrichtung und politischer Hintergrund des afghanischen Widerstands. Winfried Pohly: Krieg am Golf

9. Jg. 1981

Hrsg.: Ulf Wolter. Redaktionsbeirat: Rudolf Bahro (Bremen), Fernando Claudin (Madrid), Rudi Dutschke (*), Ossip K. Flechtheim (Berlin), Helmut Fleischer (Darmstadt), Robert Jungk (Salzburg), Ekkehart Krippendorff (Berlin), Lucio Lombardo Radice (Rom), Ernest Mandel (Brüssel), Klaus Meschkat (Hannover), Lutz Mez (Berlin), Jakob Moneta (Frankfurt), Arno Münster (Paris), Oskar Negt (Hannover), Theo Piker (München/Berlin), Bernd Rabehl (Berlin), Jochen Steffen (St. Peter Ording)

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

21

Editorial:

J. Stehl: Gebrauchswert und Geschichte

J. Halfmann: Die Ohnmacht der antiszenischen Marxismuskritik

Replik auf Ortman/Fanulla/Arndt (mehrwert 12) und Neugebauer (mehrwert 14)

K. Lichtblau: Zwischen Marx, Freud und Nietzsche

Zur Infragestellung des Marxismus und der Psychoanalyse in der politischen Theorie von Michel Foucault

S. Krätke: Grundrentenbildung und Stadtstruktur

T. Sigel: Wertgesetz und Weltmarkt

Eine Kritik an dem Theorem der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt

G. Stamatis: Zur Normierung der Produktionspreise — Insbesondere zur Normierung der Produktionspreisbildung durch Piero Sraffa

new left review

123 '80

The Enigma of the U.S. Proletariat

Mike Davis: Labour in American Politics

Andrew Levine/Erik Olin Wright: History and Forces of Production

Raimund Loew: The Austrian 'Miracle'

Michael Williams: Sneevliet — A Comintern Odyssey

Walter Benjamin: Brecht's Characters

124 '80

The Politics of Nuclear Disarmament

Jon Halliday: Capitalism and Socialism in East Asia

Raymond Williams: The Politics of Nuclear Disarmament

Mike Davis: The Barren Marriage of American

Labour and the Democratic Party

Isaac Deutscher: 22 June 1941

K.S. Karol: The Tragedy of the Althussers

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e.V., Horst Arndt, Adelheid, Biesecker, Gerd Fanulla, Hans Utz Foederreuther, Elsbeth Glombowski, Jörg Glombowski, Lutz Heiligenstadt, Sonke Hundt, Rainer Künzel, Jürgen Mendner, Günther Ortman, Hajo Riese, Manfred Sommer, Ilse Costas-Steinfeld, Dieter Timmermann, Heide Wiemann. — Erscheint unregelmäßig, - mehrwert, Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

Editor: Perry Anderson. — Erscheint zweimonatlich. Einzelpreis \$4. — /Abo \$20. — — New Left Review, 7, Canishe Street, London W1V 6NL

la pensée

REVUE DU RATIONALISME MODERNE
sciences-arts-philosophie

Institut de Recherches Marxistes

215 '80

Approches Actuelles De La Littérature

- Introduction de M. Apel-Muller
 C. Duchet: Idéologie de la mise en texte
 M. Riffaterre: La trace de l'intertexte
 H. Mitterand: Elements de critique génétique: une image de Germinal
 J. Peytard: Sémiotique / linguistique / littérature
 Y. Gohin: Progrès et Problèmes de la psychanalyse littéraire
 J. Dubois: Sociologie des textes littéraires
 R. Jean: Lire / écrire

216 '80

Nucléaire Et Société

- Introduction de J.-C. Dubart, B. Di-Crescenzo, L. Foulquier sur les enjeux théoriques et politiques de ce dossier entré sur le thème: Energies, besoins sociaux, démocratie
 V. Labeyrie: Energie, développement, écologie
 E. Cotton: De la structure de la matière à l'énergie nucléaire
 C. Etiévant: Recherches sur l'énergie solaire et la fusion thermonucléaire en Europe
 J.-M. Gama, J.-Y. Guezneq: Technologie et sûreté dans le cycle nucléaire de production d'énergie
 R. Mayer: le nucléaire militaire: Conséquences sur l'indépendance des nations, la défense nationale
 J.-C. Dubart: Nucléaire civil, problèmes internationaux

Hrsg. vom Institut de Recherches Marxistes. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 52 FF zzgl. Porto, Jahresabo 320 FF (Stud. 210 FF). — La Pensée, 64, boulevard Auguste-Blanqui, 75013 Paris.

psychologie heute

2 '81

Große Psychologen

- K. Kaye über Jean Piaget: »Ich weiß, daß ich Großes tun werde«
 E. Weber über Anna Freud: Freuds Antigonie

Politische Psychologie

- E. Jaeggi: »Nun seien Sie doch vernünftig«
 Das Menschenbild der Kognitiven Therapie

Psychosoziale Versorgung

- M. Cramer: Die psychosoziale Versorgung in der Bundesrepublik (Teil I)

Minderheiten

- A. Bayaz: »Ich bin weder Türke noch Deutscher — ich habe keine Heimat.«

Polizei-Psychologie

- P. Parin: Wenn der Freund und Helfer zuschlägt

Entwicklungspsychologie

- R. Dinnage: Bindung und Verlust im Leben des Kindes. Über John Bowlby
 D. Baumrind: Kindererziehung zwischen Biologie und Emanzipation

S. Jg. 1981

Redaktion: H. Ernst (verantwortlich), Michaela Huber, Monica Muebes, Rüdiger Runge; Redaktionsassistentin: Karin Quick-Oest. — Monatlich. — Einzelheft 5,- DM, Jahresabo 50,- DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

rote blätter

2/3 '81

Titelstory: Die polnische Krise

Hochschule

Tagebuch eines Erstsemesters

Kooperation IG Metall — Studenten

Neue Burschenherrlichkeit

Unter der Lupe: »Studie über Studentenverhalten«

Bundesrepublik

Hausinstandbesetzungen

Texte zum Frauentag

Aufschwung in der Friedensbewegung?

Dönitz — Verherrlichung eines Kriegsverbrechers

Internationales

US-Völkermord: Gestern Vietnam

— heute El Salvador

Parteitag in Kuba

Kultur

Amendt/Krämer: Peep-Shows

Peter Maffay — ein Schnulzi?

Festival der Jugend '81

Illusionen und John Lennons Tod

11. Jg. 1981

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: F. Sommerfeld, Dr. K. Deinitz, E. Eckhardt, H. Kuhn, M. Tannenhäuser. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 2,— DM. Jahresabo 19,80 DM — Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund.

SOCIALISM IN THE WORLD

21

I. Alaoui: La coopération et l'alliance des forces socialistes subjectives

D. Albers: Six thèses sur les rapports des socialistes de gauche et des eurocommunistes

A. Grlickov: International Cooperation and Solidarity among the Subjective Forces of Socialism

R. Mesa: The People as Protagonists of International Life

Discussion:

Strategies of Subjective Forces of Socialism

National and International Cooperation of Subjective Forces in Socialism

General Debate

Commentaries and Information

Reviews

Special Issue

Josip Broz Tito (1892-1980)

Preparing for the Revolution

The People's Liberation Struggle and the Socialist Revolution

On Marxism

On Socialism

Self-Management and the League of Communists of Yugoslavia in the Socialist Revolution

On World Affairs and International Socialism

5. Jg. 1980

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat, and IC »Kommunist«, NIP Komunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

SOZIALISMUS

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

1'81

Interviews

Wlodimierz Brus: Polen

Alf Lomas: Labour Party und Nato

Kommentare

Bonn ist nicht Weimar/Sozialabbau/Wahlen in Portugal/USA rechts um!

Mut zur Zukunft/Konjunktur

Konjunkturjoker Staatsverschuldung?/Die Konservativen: Verschuldung für wen?/Memo: Sozialistische Staatsverschuldung/Staatsverschuldung plausibel/Abschwung: Rezession oder Krise?

Gewerkschaften in der Defensive

IG Metall: Zugzwang

GEW: In der Schwebe

IG Bergbau: SPD-treu; Haltung zur Energiefrage

Kohle, SPD und Gewerkschaften

Arbeitsgruppe Demoskopie: Krise und Gesellschaftsbewußtsein

Internationales

USA: Mit Reagan wieder Nr. 1?

Italien: Jugendarbeitslosigkeit und nationale Moral/Ein Erdbeben und der Skandal der politischen Klasse

Frankreich: Marsch ins Ghetto? Die Französische Linke unter Druck

Neue politische Literatur

Huber: Wer soll das alles ändern?

Buro/Hirsch: Parlamentarisches Ritual

7. Jg. 1981

Redaktion: W. Breum, G. Cüppers, H. Kubis, M. Laufenberg, W. Pachali, M. Resch, E. Schneider, D. Schwan, C. Thomasberger. Redaktionsbeirat: J. Bischoff, K. Maldaner — Erscheint zweimonatlich — Einzelheft DM 9,—, Jahresabo DM 44,—. VSA Verlag, Postfach 260250, 2000 Hamburg 26

133

Max Beckmann

C. Tümmers: Mann im Dunkel

Max Beckmann — Einige Lebensdaten

R. Hiepe: Komisch, daß ich immer in allen Städten die Löwen brüllen höre. *Max Beckmann in seinen Tagebüchern*W. Grape: Die Bourgeoisie erdrosselt den Menschen. *Über das Bild »Die Nacht«*

J. Scherkamp: Zu Max Beckmanns Triptychon »Die Abfahrt«

H. Olbrich: Durch alle Höllen und Kämpfe hindurch. *Beckmann und die proletarisch-revolutionäre Kunst.*K. Weidner: Vom Sinn des Bildermachens nicht abzubringen. *Zur Beckmann-Rezeption in der DDR-Kunst.*R. Hiepe: Was? Du willst nicht? *Der Plastiker Richard Heß mit neuen Themen und Formen.*W. Willi: Geschichte als Herausforderung. Künstler für den Frieden. *Eine Westberliner Initiative*

W. Grape: Wer bestimmt, was zeigenössische Kunst ist?

G. Zingerl: Kulturkampf

F. Kröll: Neutralisierung der Kultur oder ein mißlungener Versuch, Spuren zu sichern. Eine Nachlese zur Ausstellung »Lebensgeschichten« des Nürnberger »Centrum Industriekultur«

U. Klitzke: Projekt ästhetische Arbeitsplatzgestaltung

P. Schultze: Industriearchitektur und ästhetische Wahrnehmung.

21. Jg. 1980

Redaktion: H.v. Damnitz, H. Erhart, R. Hiepe, U. Kretzschmar, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schelleman, J. Scherkamp, G. Spingath, G. Zingerl — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 52,— DM (Stud. 27,— DM). — Damnitz Verlag, Höhenzollerstraße 144, 8000 München 40

Technologie und Politik

Das Magazin zur Wachstumskrise

Ein kritisches, vierteljährlich erscheinendes Periodikum im Taschenbuchformat mit den Themenbereichen:

- Wachstumskrise ● Industriekritik
- Kritik des technischen Fortschritts
- Politische Kontrolle der Zukunftsexperten
- Industrialisierung der Dritten Welt
- Kritik des Dienstleistungssektors

Herausgegeben von Freimut Duwe · Beratung: Ulrich Albrecht, André Gorz, Ivan Illich, Joachim Israel, Joachim Steffen und Ernst v. Weizsäcker

Heft 2: Illichs Thesen zur Medizin in der Kritik/ Marxisten und die «Grenzen des Wachstums» (1880/DM 6,80)

Heft 3: Welthungerkatastrophe und Agrarpolitik (1942/DM 6,80)

Heft 4: Rüstungs-Technologie (1945/DM 6,80)

Heft 5: Kartelle in der Marktwirtschaft (4007/DM 6,80)

Heft 6: Technologiepolitik in Lateinamerika (4066/DM 7,80)

Heft 7: Brokdorf/Unterelbe/Kernenergie (4121/DM 7,80)

Heft 8: Die Zukunft der Arbeit 1 (4184/DM 7,80)

Heft 9: Energiebedarf, Sicherheit und Arbeitsplätze/ Nukleare Bewaffnung (4189/DM 8,80)

Heft 10: Die Zukunft der Arbeit 2 (4265/DM 6,80)

Heft 11: Sanfte Technik (4273/DM 7,80)

Heft 12: Die Zukunft der Ökonomie 1 (4280/DM 8,80)

Heft 13: Alternativenergie konkret (4440/DM 7,80)

Heft 14: Verkehr in der Sackgasse — Kritik + Alternativen (4531/DM 9,80)

Heft 15: Die Zukunft der Arbeit 3: Leben ohne Vollbeschäftigung? (4627/DM 8,80)

Heft 16: Demokratische und autoritäre Technik (4716/DM 8,80)

Heft 17: Genmanipulation (4724 — Mai '81)



WECHSEL WIRKUNG

3'81

Berechnen oder Begreifen? Feministische Kritik an Naturwissenschaft und Technik

Frauen im Technikstudium

Frauen als wissenschaftliche Hilfsarbeiter
Modellversuch: Mädchen in gewerblich-technischen Berufen

Männlich-Weiblich
Gesplattene Natur

Haushaltswerkzeuge

Patriarchat — der (un)heimliche Inhalt
von Naturwissenschaft und Technik

weitere Themen:

Neues von der GENSchäftelei

Technischer Küstenschutz — eine Gefahr
für unsere Küste?

An Don, Donau und anderswo — Atom-
energie in Osteuropa

Die typische Naturwissenschaftlerin — ein
intelligentes Schreckgespenst?

3000 Tote oder: Mein Eindruck vom Bild-
schirmtext

Wie verkauft man eine Wissenschaftspoli-
tik, die keine ist?

3. Jg. 1981

Redaktion: Klaus Bednarz, Reinhard Behnisch (verantwortlich), u. a. — Vierteljährlich — Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 20,- DM (incl. Versandkosten, gegen Vorauszahlung) — Verlag Reinhard Behnisch, Hauptstr. 31, 1000 Berlin 62



Endlich auf dem Plattenteller —
Live-Aufnahme
des Argument-Workshops

HANNS EISLER —
MUSIK GEGEN DIE DUMMHEIT
Johannes Hodek: Gesang und
Entertainment
Thomas Kühn: Klavier

u.a. mit den Titeln:
Die haltbare Graugans
Lied von der belebenden Wirkung des
Geldes

Die Ballade vom Wasserrad
Das Saarländ

Aus: Hollywood-Elegien
Hollywood
»Unter den grünen Pfefferbäumen«
»Die Stadt ist nach den Engeln ge-
nannt«
»In den Hügeln wird Gold gefun-
den«.

Die Weißbrotkantate
Verfehlt Liebe

LP mit ausführlichem Beiheft:
Texte, musikalische Analysen,
Geschichten.

Preis: 19,80 DM zzgl. Versandkosten
Erscheint Mai 1981

Vorbestellungen an:
Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6,
1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061

»... die Trommelfelle jauchzen...«
(Martin Buchholz, »Die Neue«)
»...eine wohlthuende Bereicherung der
engagierten Musikszene«
(Tagesspiegel Berlin)
»ein zugleich unterhaltender und auf-
klärender Abend«
(Südwest-Presse, Tübingen)
»Hodek entwickelte einen imponie-
rend eigenständigen Interpretations-
stil« (Weser-Kurier, Bremen)
»Der intelligente Komponist auf intel-
ligente Weise vorgestellt...«
(Erlanger Tageblatt)

Mit musikalischer und interpretatori-
scher Schläue wird der Kampf gegen
die Verschmutzung unserer Gefühle
aufgenommen.

Singend, spielend, kommentierend,
analysierend entwickeln J. Hodek
und Th. Kühn mit ihrem Programm ei-
ne neue Hörweise der Musik von Eis-
ler, in der man sich lustvoll bilden
kann.

Sie wenden sich damit heftig und er-
folgreich gegen passives Mitdösen
im Parkett.

Der Abend ist eine heitere Schule für
all die, denen es um die Entwicklung
ihrer Gefühle und ihres Verstandes
geht, die Spaß an Musik haben und
die Eisler in seiner Vielfalt als Kom-
ponist kennenlernen wollen.

(A. Bünz-Elfferding, »Die Neue«)



Pfingsten 1981 zum zweiten Mal!

5. bis 8. Juni

im Henry-Ford-Bau der FU Berlin

**Vorlesungen, Diskussionen,
Kultur zum Selbermachen.**

Lernen, Streiten, Genießen!



Was? Wer? Wie?

Gramsci-Diskussion.
Spontaneität und Politik.
Was ist Ökologie?

VOLKSUNI-Büro:

Muthesiusstr. 38
1000 Berlin 41
Tel.: 7928920

(dienstags und donnerstags)

Politik und Recht im Betrieb. Erfahrungen eines shop steward aus England und eines Betriebsrats aus der BRD. Agitationstheater von und für Kollegen.

Frauenbewegung und Arbeiterbewegung. Geschichte der Familie. Werkstatt schreibender Frauen.

Ökologie — Gewerkschaften. Christentum — Sozialismus. Kirche — Staat. Friedens- und Ökologiebewegung. Friedensstrategien. Ausländerpolitik.

Musik — Literatur — politische Plakatkunst: Zum Zuhören, Ansehen und Selbermachen.

Vorstellung von Projekten der Gewerkschafts-, Frauen- und Alternativbewegung.

Wer mehr wissen will, soll den Volksuni-Brief bestellen.



»In dieser (von Axel Eggebrecht und Peter von Zahn herausgegebenen) Zeitschrift erschienen ausgewählte Sendungen des NWDR . . . Im Herbst 1980 ist ein Band herausgekommen, der 82 Beiträge der Zeitschrift enthält, dazu außer einem Vorwort des Herausgebers auch ein von ihm jetzt geführtes, und zwar intelligent und treffend geführtes Interview mit Axel Eggebrecht. Allein schon dieses Interview macht das Buch lesenswert: ein Stück Rundfunkgeschichte, ein Stück Zeitgeschichte... Ein Buch mit Texten, die jetzt doch, nach einem Jahrhundert-Drittel, da und dort fremd anrühren, nicht weil sie etwas Museales an sich hätten, sondern weil sie radikaler und entschiedener sind, als es im heutigen Programm möglich erscheint...«

Diese in ihrer Art originelle Dokumentation spiegelt ein Stück Zeitgeschichte: Was damals aktuell war und die Gemüter bewegte, ist unbefangen, engagiert und ohne die abgekühlte Distanz des Geschichtsschreibers dargestellt. Charles Schüddekopf hat die hier abgedruckten Sendetexte vernünftig in einzelne Kapitel gegliedert und hat das Verständnis durch die Beigabe einer umfangreichen politischen Zeittafel erleichtert. Ein Lesebuch für alle: für die Alten gewiß überwiegend zu wehmütigen Erinnerung, für die Jungen ein überraschungsreiches Lehrbuch.«

F.W. Hymmen im epd über

Charles Schüddekopf (Hg.): Vor den Toren der Wirklichkeit. Deutschland 1946/47 im Spiegel der Nordwestdeutschen Hefte. 385 Seiten. 22,- DM

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Summaries

A. Lorenzer: The Possibilities of a Qualitative Content Analysis

The article deals with the inherent meaning, the »opening of freedom« of subjectivity in society and its analysis. Between a critique of ideology, which seeks to point to the historical inadequacy of the subjective formulas of paralysed relationships in their contradictoriness, and psychoanalysis, which has to work out the neurotic non-freedom of individuals and the repression of their historically possible needs, a third procedure is presented: the deep-hermeneutic analysis which critically pursues the forms of interaction in human practice debated in cultural formations. The procedure will be exemplarily elucidated in an analysis of the *Mephisto* novel by Klaus Mann which works out the selfdestruction of the anti-fascist intention by holding on to fundamental elements of bourgeois subjectivity.

F. Kröll: The Biography. A Form of Social Research?

The first part of the article discusses current initiatives, motives and consequences in overcoming »objectivism« in the social sciences. A warning is given about misleading justifications of a science of the subject (»Subjektwissenschaft«) by firstly confusing subjective private forms of living and thinking with subjectivity, by secondly secretly slipping in theoretical elements of a philosophy of life and, in conclusion, by inadequately defining that which is to be understood as an unique, individual, life process or biography, respectively. The second part investigates how the »biography« as a subject-scientific category is to be integrated into a materialistic conception of an individual social disposition. It will be attempted to define the »biography« as a category for the theoretical mirroring of a mode of movement in the course of a human life.

G. Wegner: Tanzania — On the way to Socialism?

This contribution investigates the Tanzanian attempt to establish a socialist society after the Arusha Declaration in 1967. Since that time very little success was achieved in the crucial areas of agriculture and industrialisation: neither the transformation of agriculture, which was intended under the headings of 'Ujamaa' and 'Villigization', nor industrial planning really worked. Today Tanzania is probably more dependent on the West, esp. the World Bank, than before 1967. This failure of official Tanzanian policy necessitates the analysis of class-interests, which determine Tanzanian social reality beyond the official Christian-humanitarian ideology. Therefore the author describes the class-analyses of John S. Saul (1974) and Issa G. Shivji (1976). The author concludes that instead of admiring the antiimperialism of Tanzanian politicians one has to assess it in relation to internal contradictions of the country.

H. Melber: The State in the Third World

The attempt to sketch similarities and differences between 'metropolitan' and 'peripheral' state formations and to reflect the central role of the bearers of state power in the context of African countries is based on the summary of theoretical derivations in highly developed capitalist countries, followed by a modification of state theories with regard to Third World countries and an analysis of the role and functions of the state and the state-supporting class(es) in African countries. The author argues that a reorientation towards stronger emphasis of the inter-relationship between mode of production — class formation — class struggle — state apparatus would be necessary to reach by historic-genetic regional analyses a new dimension able to overcome the sociology of ruling/dominating class(es) and institutions.

Project for Regional Social History: New Regional History. Leftist Provincial Patriotism or Critical Social Analysis?

The aims are to show some new tendencies in some relevant books on local/regional history. The authors want to elaborate the common core and the diversity of the literature discussed and show how new approaches on regional history are being developed. The central aspects of these new approaches are (1) their view from the bottom: The historians try to recapture the perspective of the lower classes to understand *their* reality; (2) the discovery of a specific »social logic« in the actions of these lower classes, (3) the rejection of unilinear development theories of social change. In the understanding of the authors such a regional history could be a field of re-integration of the meanwhile exploding sectoral disciplines in social history.

Über die Autoren

- Albert, Claudia*, geb. 1953; Wiss. Mitarbeiterin an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Entwicklung bürgerlicher Kunst und Kultur im 18. Jh., Brecht, Exil, Mitglied der GEW.
- Bachmann, Günter*, geb. 1955; Stud. am Fachbereich Landschaftsentwicklung der TU Berlin, Mitglied der ÖTV.
- Bayertz, Kurt*, Dr.phil., geb. 1948; Wiss. Mitarbeiter an der Univ. Bremen. Veröffentlicht.: *Wissenschaft als historischer Prozeß* (1980). *Wissenschaftsgeschichte und wiss. Revolution* (1981). Arbeitsgebiet: Wissenschaftstheorie und -geschichte.
- Beiersdorf, Günter*, geb. 1954; Lehrer z.A. Veröffentlicht.: *Alltagsgespräch, literarischer Dialog, ästhetische Kommunikation* (zus. m. D. Schöttker, 1978). Arbeitsgebiet: Alltagskultur.
- Bindseil, Ilse*, Dr.phil., geb. 1945, Studienrätin z.A. Veröffentlicht.: *Ambiguität und Ambivalenz* (1976). Arbeitsgebiete: Kritik bürgerl. Text- und Triebtheorien, Ästhetik und Warenästhetik.
- Budde, Reinhard*, geb. 1949; freier Journalist. Arbeitsgebiete: Parteien in der BRD, Faschismustheorien.
- Bunz-Elfferding, Anke*, geb. 1949; Doktorandin. Veröffentlicht.: Mitautorin in *Frauenformen* (1980). Arbeitsgebiete: Kulturtheorie, Frauen.
- Czeskleba-Dapont, Rolf*, geb. 1944; mag.scient. 1976. Mitarbeiter im Forschungsprojekt Energie und Umwelt am Aalborg Universitätscenter. Mitherausgeber und Redakteur der Textsammlung *Sanierung — für wen?* (21971). Arbeitsgebiete: Regionalforschung, Humanökologie.
- v.d. Daele, Wolfgang*, Dr., geb. 1939. Letzte Veröffentlicht.: *Die geplante Forschung* (zus. m. W. Krohn u. P. Weingart, 1979). Arbeitsgebiet: Wissenschaftsforschung.
- Frei, Alfred, Georg*, geb. 1954; Studium der Pol. Wissenschaft und Geschichte. Wichtigste Veröffentlicht.: *Antonio Gramsci — Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus* (1978). Mitglied in ÖTV und SPD.
- Heidelberger, Michael*, Dr.phil., geb. 1947; Ass. am Zentrum interdisziplinäre Forschung der Univ. Bielefeld. Letzte Veröffentlicht.: *Natur und Erfahrung* (zus. mit anderen; 1981). Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie und -geschichte, Sprachphilosophie.
- Heilmann, Joachim*, Dr.jur., geb. 1941; Akad. Oberrat an der Univ. Hamburg. Letzte Veröffentlicht.: *Ernstufige Juristenausbildung in Hannover* (1978). Arbeitsgebiete: Arbeitsrecht, Zivilrecht, Rechtslehre. Mitglied der ÖTV, Personalratsmitglied.
- Hickel, Erika*, Prof. Dr. rer.nat.; Professorin an der TU Braunschweig. Wichtigste Veröffentlicht.: *Arzneimittelstandardisierung im 19. Jahrhundert* (1972). Arbeitsgebiete: Geschichte der Arzneimittel, Geschichte der Biochemie.
- Jäger, Michael*, geb. 1946; Doktorand. Veröffentlicht. zu wissenschaftstheoretischen Fragen und zur Parteitheorie Gramscis. Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Staatstheorie. Mitglied der GEW.
- Klindworth, Joshua*, geb. 1953; Dipl. Verwaltungswissenschaftler, Doktorand. Letzte Veröffentlicht.: *Berufsaufqualifikation und Liberale Wirtschaftsstrategie in der Provinz* (1979).
- Kramer, Dieter*, Dr.phil., geb. 1940; Wiss. Mitarbeiter im Dezernat für Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt/M. Arbeitsgebiete: Freizeit, Kulturtheorie, Kulturgebichtliches Museumswesen, Kulturpolitik. Mitglied der GEW, Naturfreunde, Kulturpolitische Gesellschaft.
- Kröll, Friedhelm*, Dr.phil., habil., geb. 1945; Soziologe. Veröffentlicht.: *Bauhaus 1919-1933* (1974), *Gruppe 47* (1977). Arbeitsgebiete: Literatur- und Kultursoziologie, Biographie-Forschung.
- Krohn, Wolfgang*, Dr., geb. 1941; Wiss. Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Soziologie. Letzte Veröffentlicht.: *Die geplante Forschung* (zus. m. W. v.d.Daele, 1979). Arbeitsgebiet: Wissenschaftsforschung.
- Kunstmann, Wilfried*, geb. 1949; Doktorand. Letzte Veröffentlicht.: *Kritische Theorie von der Geschichtstheologie bis zur Evolutionstheorie* (1981). Arbeitsgebiete: Kritische Gesellschaftstheorie, politische Erwachsenenbildung, Lernprozesse und Moralentwicklung, Militärtheorie.
- Lambrecht, Lars*, geb. 1944; Wiss. Assistent. Letzte Veröffentlicht.: *Gesellschaftsformationen in der Geschichte* (Hrsg. 1978). Arbeitsgebiete: Theorie und Geschichte der Gesellschaftsformationen, der Geschichtswissenschaft und der Arbeiterbewegung, Pol. Soziologie, Wissenschaftsgeschichte.
- Lennartz, Hans Albert*, Dr.jur., geb. 1949; Regierungsrat z.A. in Kassel. Aufsätze zu verfassungsrechtlichen Themen. Arbeitsgebiete: Hochschulrecht, Verfassungsrecht und Politik. Mitglied in VdJ, ÖTV und BdWi.
- Lönn, Michael*, geb. 1957; Doktorand. Arbeitsgebiet: Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie.
- Lohmann, Karl-Ernst*, geb. 1946; Wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. Arbeitsgebiet: Sozialplanung.
- Lorenzer, Alfred*, Prof. Dr. med., geb. 1942; Professor für Soziologie an der Univ. Frankfurt/M. Letzte Veröffentlicht.: *Sprachspiel und Interaktionsformen* (1976).
- Mazze, Kaspar*, Dr.phil., geb. 1946; Lektor und Publizist. Veröffentlichungen zur Kulturtheorie und -politik und zur Freizeitsoziologie.
- Melber, Henning*, Dr. rer. pol., geb. 1950; Wiss. Ang. an der Univ. Bremen. Veröffentlicht. zu Namibia, Südafrika und Tansania. Mitglied der SWAPO of Namibia.

Mittelstraß, Jürgen, Dr. phil., geb. 1936; Professor f. Philosophie an der Univ. Konstanz. Wichtigste Veröffentl.: *Die Möglichkeit der Wissenschaft* (1974), *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie* (Hrsg., 1980ff.). Arbeitsgebiete: Allgemeine Wissenschaftstheorie, Wissenschaftsgeschichte, Philosophiegeschichte, Erkenntnistheorie, Sprachphilosophie.

Petich, Joachim, Dr. phil., geb. 1939; Akad. Oberrat am Kunsthist. Inst. der Ruhrniv. Bochum. Wichtigste Veröffentl.: *Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich* (1976). Arbeitsgebiete: Architektur und Städtebau des Faschismus.

Requs, Michael, Dr. med., geb. 1945; Hochschullehrer für Sozialmedizin an der GHS Siegen. Veröffentl. zu Geschichte der sozialen Medizin, Gesundheitspolitik, Prävention, Rehabilitation, psychosoziale Versorgung.

Reiß, Reinhold, geb. 1955; Studium der Geschichte und Politikwissenschaft, Arbeitsgebiete: Sozial- und Handwerks Geschichte, Revolution 1848. Mitglied der GEW.

Richter, Kurt, geb. 1949; 2. Bildungsweg, Lehrtätigkeit, z.Zt. Student. Mitglied der GEW.

Rückhäberle, Hans-Joachim, Dr. phil., geb. 1947; Mitarbeiter am Centre National de la Recherche Scientifique, Paris. Letzte Veröffentl.: *Frühproletarische Literatur* (Hrsg., 1977). Arbeitsgebiete: Vormärz, Kulturtheorie, Bewußtseins- und Theoriebildung in der Arbeiterbewegung, Mitglied in GEW und S.N.C.S.

Sandkühler, Hans-Jörg, Prof. Dr. phil., geb. 1940; Professor an der Univ. Bremen. Veröffentl. zur Geschichte der Philosophie, zur Entstehung und Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, zur Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie.

Schmidt, Paul, geb. 1952; Doktorand, Arbeitsgebiete: Sprachphilosophie Wittgensteins, Regelbegriff der pragmatischen Sprachwissenschaft.

Schüttler, Dieter, geb. 1954; Doktorand. Veröffentl. zu Rezeptionsforschung, Literaturtheorie, B. Brecht. Mitglied der GEW.

Schott, Dieter, geb. 1954; M.A., Doktorand. Wichtigste Veröffentl.: *Die Konstanzer Arbeiterbewegung 1918-1920* (1980). Mitglied in SPD und ÖTV.

Schütte, Ilse, geb. 1947; Wiss. Assistentin an der Carl-von-Ossietzky-Univ. Oldenburg. Arbeitsgebiete: psychologische Grundlagen der Arbeitslehredidaktik, Verbindung von Arbeit und Lernen, »historisch-genetisches« Didaktik, Mitglied in GEW und BdWi.

Suelbach, Ulrich, geb. 1952; M.A. Veröffentl.: *Die Rätebewegung im Kreis Gießen 1918-19* (1975). Arbeitsgebiete: Deutsche Literatur des Mittelalters, Novemberrevolution, Mitglied der GEW.

Spengler, Tilmann, Dr. phil., geb. 1947; Wiss. Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften. Veröffentl.: *Wissenschaftlicher Universalismus* (Hrsg., 1977). Arbeitsgebiete: Wissenschaftsgeschichte, Wissenschaftspolitik.

Tugunke, Jörg, geb. 1948; Dozent an der VHS Berlin. Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Wissenschaftsgeschichte, Erwachsenenbildung. Mitglied der GEW.

Wärsdorf, Thomas, geb. 1946; 1. Staatsexamen 1972, z.Zt. Studium der Geschichte und Soziologie an der Univ. Konstanz, Mitarbeit im Projekt »Entwicklung im Jugendalter«.

Warnken, Bernd-Jürgen, Dr. phil., geb. 1945; Wiss. Assistent am Ludwig-Uhland-Inst. für emp. Kulturwissenschaft an der Univ. Tübingen. Letzte Veröffentl.: *Literarische Produktion* (1979). Arbeitsgebiete: Literatursoziologie, Kulturtheorie und -politik, Arbeiterkultur, Mitglied in BdWi und GEW.

Warszewczak, Gerd-Uwe, geb. 1956; Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Politikwissenschaft, Arbeitsgebiete: Stadtsoziologie, Staat und Verwaltungstätigkeit, Alternative Bewegungen.

Wegner, Gerhard, geb. 1953; Vikar. Arbeitsgebiete und Veröffentl. zu Arbeiterklasse und Kirche, Ostafrika. Mitglied der ÖTV.

Wolff, Michael, Dr. phil., geb. 1942; Dozent an der Univ. Bielefeld. Wichtigste Veröffentl.: *Geschichte der Imputastheorie* (1978), *Der Begriff des Widerspruchs* (1981). Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Wissenschaftsgeschichte, Sozialphilosophie, Philosophiegeschichte.

Sprach- und Literaturwissenschaft

| | |
|--|-----|
| <i>Götze, Karl-Heinz</i> : Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz (<i>H.-J. Ruckhäberle</i>) | 284 |
| <i>Bunke, Joachim</i> : Mäzene im Mittelalter (<i>U. Seelbach</i>) | 285 |
| <i>Schmitt, Peter</i> : Faust und die »Deutsche Misere«. Studien zu Brechts dialektischer Theaterkonzeption (<i>C. Albert</i>) | 286 |

Kunst- und Kulturwissenschaften

| | |
|---|-----|
| <i>Henze, Hans-Werner</i> (Hrsg.): Zwischen den Kulturen. Neue Aspekte der musikalischen Ästhetik I (<i>A. Bünz-Elfferding</i>) | 287 |
| <i>Huck, Gerhard</i> (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit (<i>K. Maase</i>) | 288 |
| <i>Armanski, Gerhard</i> : Die kostbarsten Tage des Jahres. Massentourismus (<i>D. Kramer</i>) | 290 |
| <i>Prahl, Hans-Werner, und Albrecht Steinicke</i> : Der Millionen-Urlaub (<i>D. Kramer</i>) | 290 |

Soziologie

| | |
|--|-----|
| <i>Hammerich, Kurt, und Michael Klein</i> (Hrsg.): Materialien zur Soziologie des Alltags (<i>G. Beiersdorf und D. Schöttker</i>) | 291 |
| <i>Sprandel, Walter M., und Richard Grabhoff</i> (Hrsg.): Alfred Schütz und die Idee des Alltags in den Sozialwissenschaften (<i>G. Beiersdorf und D. Schöttker</i>) | 291 |
| <i>Fanon, Frantz</i> : Schwarze Haut, weiße Masken (<i>H. Melber</i>) | 293 |
| <i>Kossodo, Blandena Lee</i> : Die Frau in Afrika. Zwischen Tradition und Befreiung (<i>H. Melber</i>) | 295 |
| <i>Fiebach, Joachim</i> : Literatur der Befreiung in Afrika (<i>H. Melber</i>) | 296 |
| <i>Turner, John F. C.</i> : Verelendung durch Architektur. Plädoyer für eine politische Gegenarchitektur in der Dritten Welt (<i>J. Petsch</i>) | 298 |

Geschichte

| | |
|--|-----|
| <i>Zang, G.</i> (Hrsg.): Provinzialisierung einer Region (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Schröder W.</i> (Hrsg.): Moderne Stadtgeschichte (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Brandstätter, H.</i> : Asperg. Ein deutsches Gefängnis (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Piper, E.</i> : Der Aufstand der Ciompi (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Haumann, Heiko</i> (Hrsg.): Vom Hotzenwald bis Wyhl (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Jeggle, Utz</i> : Kiebingen — eine Heimatgeschichte (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Scharfe, M.</i> (Hrsg.): Das andere Tübingen (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Henkel, M., und R. Tauber</i> : Maschinenstürmer (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Poppinga, Onno, u.a.</i> : Ostfriesland. Biographien aus dem Widerstand (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |
| <i>Thompson, Edward P.</i> : Plebeische Kultur und moralische Ökonomie (<i>Projekt Regionale Sozialgeschichte</i>) | 239 |

Soziale Bewegung und Politik

| | |
|---|-----|
| <i>Staritz, Dietrich</i> (Hrsg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik (<i>K.-E. Lohmann</i>)..... | 299 |
| <i>Schönbohm, Wulf</i> : CDU. Portrait einer Partei (<i>K.-E. Lohmann</i>)..... | 299 |
| <i>Gutjahr-Löser, Peter</i> : CSU. Portrait einer Partei (<i>K.-E. Lohmann</i>)..... | 299 |
| <i>Schacht, Kurt</i> : Die F.D.P. Zur Geschichte und Politik (<i>R. Budde</i>)..... | 300 |
| <i>Bruder, Wolfgang, und Thomas Ellwein</i> (Hrsg.): Raumordnung und staatliche Steuerungsfähigkeit (<i>G.-U. Watzlawczik</i>)..... | 301 |
| <i>Kühn, Hagen</i> : Politisch-ökonomische Entwicklungsbedingungen des Gesund- heitswesens (<i>M. Regus</i>)..... | 303 |
| <i>Koch, Egmont, R., und Fritz Vahrenholt</i> (Hrsg.): Im Ernstfall hilflos? Katastro- phenschutz bei Atom- und Chemieunfällen (<i>R. Czeskleba-Dupont</i>)..... | 304 |
| <i>Brünneck, Alexander von</i> : Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundes- republik Deutschland 1949-1968 (<i>J. Heilmann</i>)..... | 306 |
| <i>Fangmann, Helmut D.</i> : Justiz gegen Demokratie (<i>H.-A. Lennartz</i>)..... | 307 |
| <i>Klein, Harld</i> : Koalitionsfreiheit im pluralistischen Sozialstaat (<i>C. Seegert</i>)..... | 309 |
| <i>Wassermann, Rudolf</i> (Hrsg.): BGB. Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Band 3: Besonderes Schuldrecht (<i>U. Reifner</i>)..... | 310 |

Ökonomie

| | |
|--|-----|
| <i>Nowikow, R.A.</i> : Die Zusammenarbeit im Bereich des Schutzes und Verbesse- rung der Umwelt (<i>G. Bachmann</i>)..... | 253 |
| <i>Leonhardt, Alfred, und Gerhard Speer</i> : Umweltproduktion im staatsmonopoli- stischen Kapitalismus (<i>G. Bachmann</i>)..... | 253 |
| <i>Maier, Harry</i> : Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstum? (<i>G. Bachmann</i>)..... | 253 |
| <i>Buhr, Manfred, und Günther Kröber</i> (Hrsg.): Mensch — Wissenschaft — Tech- nik (<i>G. Bachmann</i>)..... | 253 |
| <i>Neef, E., und Vera Neef</i> (Hrsg.): Sozialistische Landeskultur (<i>G. Bachmann</i>)..... | 254 |
| <i>Richter, H.</i> (Hrsg.) Beiträge zur planmäßigen Gestaltung der Landschaft (<i>G. Bachmann</i>)..... | 254 |
| <i>Mimc, Aleksej Aleksandrovic</i> : Die ökonomische Bewertung der Naturressourcen (<i>G. Bachmann</i>)..... | 256 |
| <i>Lojter, M.N.</i> : Naturressourcen (<i>G. Bachmann</i>)..... | 256 |
| <i>Köbler, Johann</i> : Der Charakter der Kosten für den Umweltschutz (<i>G. Bachmann</i>)..... | 256 |
| <i>Kutzschbauch, Kurt</i> : Stoff- und energiewirtschaftliche Aspekte der Umwelt- nutzung (<i>G. Bachmann</i>)..... | 258 |
| <i>Roos, Hans, und Günter Streibel</i> : Umweltgestaltung und Ökonomie der Natur- ressourcen (<i>G. Bachmann</i>)..... | 258 |
| <i>Nick, Harry</i> : Zur materiell-technischen Basis in der DDR (<i>G. Bachmann</i>)..... | 258 |
| <i>Paucke, Horst, und Adolf Bauer</i> : Umweltprobleme — Herausforderung der Menschheit (<i>G. Bachmann</i>)..... | 258 |